



Chronologie Sozialhilfe Schweiz 2000-2024

Umgang mit der Armut

Vorstösse und Entscheide auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene
4. erweiterte Auflage 2025

Véréna Keller



AvenirSocial

Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz
Association professionnelle suisse du travail social
Associazione professionale lavoro sociale Svizzera
Associazion professunala svizra da la lavur sociala

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
	Absicht, Ziel	4
	Zur erweiterten Neuauflage 2025	6
	Quellen, Methode und Struktur des Dokuments.....	6
	Auswahlkriterien	7
	Terminologie	8
	Sprache	9
	Zur Autorin	9
2	Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik	10
	Nationale Ebene	11
	Nationale Sozialhilfestatistik	15
	Statistik Sozialhilfebeziehende 2023	18
3	SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS	19
	Entwicklung der SKOS-Richtlinien und deren Anwendung	20
	Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs, 1963 – 2025	24
	Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen	26
	Projekte der SKOS	28
4	Grundrechte, Datenschutz	30
	Nationale Ebene	31
	Kantonale Ebene	35
5	Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)	40
	Nationale Ebene	41
	Kantonale Ebene	47
6	Geflüchtete, Asyl	53
	Die Ausweise im Asylverfahren (Aufenthaltsstatus)	54
	Nationale Ebene	54
	Kantonale Ebene	59
7	Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung	62
	Nationale Ebene	63
	Kantonale und kommunale Ebene	64
8	Mindestlohn	69
	Nationale Ebene	70
	Kantonale und kommunale Ebene	71
9	Ergänzungsleistungen (EL) für Familien	77
	Nationale Ebene	78
	Kantonale Ebene	79
10	Ältere Arbeitslose, Überbrückungsrente	86
	Nationale Ebene	87
	Kantonale Ebene	88
11	Coronakrise	90
	Nationale Ebene	92
	Empfehlungen und Vorstösse der SKOS	93
	Kantonale und kommunale Ebene	96

1. Einleitung

Absicht, Ziel

—

12 Post-Covid	110
13 Zahnbehandlungen	114
Nationale Ebene	115
Kantonale Ebene	116
14 Positionen, Kampagnen und Allianzen (Nationale Ebene)	118
15 Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden	121
Kanton Aargau, AG	122
Kanton Basel-Land, BL.....	126
Kanton Basel-Stadt, BS.....	129
Kanton Bern, BE.....	131
Canton de Fribourg, FR.....	138
Canton de Genève, GE	139
Kanton Graubünden, GR.....	145
Canton du Jura, JU.....	146
Kanton Luzern, LU.....	148
Canton de Neuchâtel, NE.....	150
Kanton Schaffhausen, SH	152
Kanton Schwyz, SZ	152
Kanton Solothurn, SO.....	153
Kanton St.Gallen, SG	154
Kanton Thurgau, TG.....	156
Canton du Tessin, TI	156
Kanton Uri, UR	157
Canton du Valais, VS	157
Canton de Vaud, VD.....	159
Kanton Zug, ZG	163
Kanton Zürich, ZH	163
Städte Zürich und Winterthur.....	166
16 Quellen	169

1 Einleitung

Absicht, Ziel

Wem steht Unterstützung zu, worin soll diese bestehen und welche Bedingungen sind daran geknüpft? Sollen mit öffentlichen Geldern unterstützte Personen über gleiche Rechte und Freiheiten verfügen wie die nicht unterstützte Bevölkerung? Soll, darf, kann man sie zwingen, eine Lohnarbeit anzunehmen? Wenn sie aber schon eine haben, oder keine zur Verfügung steht? Wie kann Sozialhilfe unterstützen, ohne die herrschende Norm der Eigenverantwortung oder die Geschlechterverhältnisse durcheinander zu bringen? Ist Hilfe eher Disziplinierung ärmerer sozialer Klassen oder Pflicht der Menschlichkeit? Und überhaupt: wie ist Armut definiert? Will, soll, kann Armut verhindert werden? Oder ist sie vielmehr ganz nützlich – als Abschreckung, als Druckmittel, um die herrschenden Verhältnisse zu stützen?

Sozialhilfe umfasst all diese Dimensionen. Das macht sie so interessant. Immer wieder müssen Gemeinschaften solche Fragen diskutieren. Die Positionen sind kontrovers und die Antworten verändern sich. Sozialhilfe betrifft die ganze Gesellschaft und längst nicht nur die Personen, die gerade Leistungen beziehen.

Bis zur Jahrhundertwende wird die Sozialhilfe in der Schweiz zunehmend um- und ausgebaut als ein Rechtsanspruch auf Hilfe, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Personen in Armut und Sozialhilfebeziehenden werden formale Grundrechte zugestanden wie sie für die übrige (schweizerische) Bevölkerung als normal gelten: Niederlassungsfreiheit, Stimm- und Wahlrecht, Rechtsfähigkeit.

Dann kehrt der Wind im Zuge des aktivierenden Sozialstaates. Die Ausrichtung von Leistungen der Sozialversicherungen und der Sozialhilfe sind nun an die Verpflichtung geknüpft, verschiedenste «Integrationsmassnahmen» zu absolvieren, um rasch wieder «unabhängig» zu werden. In diesem Kontext fokussiert sich die öffentliche Debatte auf «Missbrauch». «Scheininvaliden» ist eines der ersten Schimpfwörter der politischen Rechten in ihrem Angriff der sozialen Sicherungssysteme-

Ab Ende der Nuller-Jahre bricht die Schweizerische Volkspartei (SVP) eine orchestrierte Kampagne gegen die Sozialhilfe vom Zaun. Diese äussert sich in Volksinitiativen sowie in unzähligen Vorstössen in den Kantonen und Gemeinden. Die Thematik bietet der Rechtspartei die Möglichkeit, gleichzeitig Personen ohne Schweizer Pass, ärmere soziale Gruppen, Grundrechte, den Staat und den Service public sowie demokratische Institutionen und Verfahren anzugreifen. Sie kann weit über die eigene Partei hinaus mobilisieren. Sozialhilfebeziehende werden als Kriminelle, als unerwünschte Ausländer:innen, als gehätschelte Faulenzer:innen, die naive Gutmenschen an der Nase herumführten, dargestellt. Fakten und Expert:innenwissen scheinen nicht mehr zu greifen. Gerechtigkeit und Solidarität, Demokratie und

1. Einleitung

Absicht, Ziel

—

Menschenrechte, ja Menschlichkeit und Respekt erscheinen als verlorene Werte einer anderen Epoche.

In diesem Kontext verschränken sich Migrations- und Sozialpolitik zusehends. Sozialpolitik wird als Migrationspolitik instrumentalisiert. Sozialhilfebezug wird zu einem zentralen Motiv, das Bleiberecht in der Schweiz zu verweigern. Nach den beiden angenommenen Volksinitiativen der SVP von 2012 und 2014 geht es Schlag auf Schlag: unrechtmässiger Sozialhilfebezug wird schweren Verbrechen gleichgesetzt (2016), Einbürgerung nach rechtmässigem Sozialhilfebezug kann verweigert werden (2018), rechtmässiger Sozialhilfebezug kann zur Ausweisung führen (2019).

Die Coronapandemie (2020-2022) verändert das politische Klima erneut, jedenfalls für die Dauer der Krise. Soziale Problematiken und Ungleichheiten werden sichtbarer und rücken verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. Die Krise zeigt, dass die bestehenden Sozialversicherungen schnell und effizient ausgebaut werden können, dass aber wegen Lücken im sozialen Schutz nicht alle Personen abgesichert sind. Insbesondere der Nichtbezug von Sozialleistungen wird breit diskutiert. Der Existenzsicherung wird mit vermehrtem Respekt begegnet. Sie erscheint als eine notwendige, legitime öffentliche Aufgabe; Solidarität ist kein Schimpfwort gegen Links mehr.

Während der Coronakrise wird humanitäre Überlebenshilfe – Wohltätigkeit – stark ausgebaut. Sie wird sowohl von Privatpersonen, von neu geschaffenen Initiativgruppen als auch von vorbestehenden Hilfswerken erbracht, oftmals unter Mitwirken von Freiwilligen, die im Kontext der Krise eine Tätigkeit suchen. Dies unter viel wohlwollender Medienpräsenz und oftmals mit staatlicher finanzieller Unterstützung. So verschränken sich private und öffentliche Hilfen, Wohltätigkeit und Rechtsanspruch, spontan und professionell erbrachte Leistungen zu einem unübersichtlichen Gemisch.

Hingegen ist eine Entwicklung der Sozialhilfe mit einfacheren Zugangsbedingungen und höheren Leistungen kein Thema. Die Sozialhilfezahlen nehmen trotz und seit Corona ständig ab – in unserem Verständnis ein Indiz für eine problematische Leistungserbringung. Umso bemerkenswerter ist die Beobachtung, dass während und für die Dauer der Coronakrise mehrere Kantone und Städte am Rande der Sozialhilfe neue Formen der Existenzsicherung einführen für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren: Personen ohne Aufenthaltsrecht (Sans-Papiers) und solche in prekären Arbeitsverhältnissen wie z.B. Kulturschaffende oder auch Studierende. Einzelne dieser neuen Module werden nach der Krise weitergeführt. Ob und inwiefern die Pandemie die Sozialpolitik dauerhaft verändert hat, scheint uns aus heutiger Sicht eher fraglich; Forschungen dazu laufen.

Ob die Situation für sozialhilfebeziehende Personen heute «besser» ist als «früher», ist eine nicht zu beantwortende Frage. Sicher ist, dass sich vieles verändert hat. Neue Rechte sind selbstverständlich geworden, andere bleiben eingeschränkt, so die persönliche und die Wirtschaftsfreiheit, die Entscheidungs- und Dispositionsfreiheit und der Schutz der Privatsphäre. Armut bleibt eine massive Einschränkung von Rechten, Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten.

Wie diese Chronologie zeigt, ist Sozialhilfe ein hoch dynamischer Bereich. Zahlreiche Gesetze, Verordnungen und weitere Regelungen werden immer wieder revidiert und dies auf allen politischen Ebenen: Bundesgesetze mit einem direkten, expliziten Bezug zur Sozialhilfe, die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe

—

1. Einleitung

Zur erweiterten Neuauflage 2025

(«SKOS-Richtlinien») sowie die kantonalen Sozialhilfegesetze mit ihren Verordnungen und Erlassen. Oft, aber nicht ausnahmslos, geht es um Verschärfungen der Zugangsbedingungen, Ausbau der Pflichten und Einschränkungen von Rechten und Leistungen. Kantone und Gemeinden, insbesondere grosse Städte, bauen die Organisation der Sozialhilfe um. Auch Verbände, soziale Institutionen, politische Parteien und Bewegungen sowie Lehre und Forschung greifen in die Debatten ein.

Auch die Rolle der Sozialhilfe gegenüber andern Sicherungssystemen wird regelmässig verhandelt. Neu eingerichtete Leistungen führen dazu, dass einige Kategorien von Personen in Armut nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ebenso stehen Vorschläge eines garantierten Grundeinkommens oder einer grundlegenden Neuorganisation der sozialen Sicherheit zur Diskussion. So werden ausserhalb der Sozialhilfe einige für die Adressat:innen vorteilhafte Neuerungen eingeführt (höhere Leistungen, klarere Rechtslage), während die Sozialhilfe selbst kaum in diese Richtung reformiert wird.

Der vorliegende Text will diese Dynamiken in einer verlässlichen Dokumentation auflisten. Er soll den Werdegang von Entscheiden und die Entwicklung von Tendenzen in ihrem zeitlichen, geografischen und politischen Kontext festhalten. Diese Chronologie soll als Grundlage für Analysen dienen, um die an den Vorstössen und Entscheiden beteiligten Akteur:innen und deren Absichten und Vorstellungen herauszuarbeiten. Wir stellen den jeweiligen Kapiteln kurze Einführungen voran, um die gesammelten Fakten in einen Kontext zu stellen, dies ohne Anspruch auf eine detaillierte Analyse.

Diese Chronologie richtet sich an Personen, die mit der Sozialhilfe vertraut sind. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, denn es ist mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel nicht möglich, alle Vorstösse und Entscheide auf Bundesebene, in allen 26 Kantonen und 2000 Gemeinden zu erfassen. Die aufgeführten Informationen jedoch sind überprüft und erheben den Anspruch auf Richtigkeit¹.

Zur erweiterten Neuauflage 2025

Eine erste Chronologie erschien im Mai 2019, dann im Zweijahresrhythmus überarbeitete und erweiterte Neuauflagen. Hier liegt die 4. Neuauflage vor. Sie enthält alle in den vorherigen Auflagen aufgelisteten Informationen. Diese wurden nachgeführt, korrigiert und ergänzt und die Kapitelstruktur sowie die jeweiligen Kapiteleinführungen überarbeitet.

Quellen, Methode und Struktur des Dokuments

Die vorliegende Aufstellung umfasst grundsätzlich den Zeitraum zwischen 2000 und Ende 2024, geht aber manchmal etwas weiter zurück. Sie gründet auf Unterlagen und Publikationen von Fachverbänden und Institutionen (insbesondere: AvenirSocial Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz, Artias, Caritas, Denknetz, Hälfte/Moitié,

¹ Die Autorin bedankt sich bei den Kollegen, die diese Neuauflage überprüft, ergänzt und verbessert haben: Tobias Bockstaller, Verantwortlicher Fachliche Grundlagen AvenirSocial Bern; Naël Froehlich, Wissenschaftlicher Mitarbeiter HETSL im Nationalen Forschungsprojekt Fit for Crisis? Social Policy in Times of COVID-19: a Longitudinal Mixed-Method Approach; Markus Kaufmann, Geschäftsführer SKOS, Bern. Einschätzungen und Kommentare unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorin. Für allfällige Fehler ist sie allein verantwortlich und bittet um entsprechende Rückmeldung unter info@avenirsocial.ch.

1. Einleitung

Auswahlkriterien

Reiso, SKOS, Städteinitiative Sozialpolitik, Surprise, Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS, usw.), auf Parlamentsunterlagen und -archiven sowie auf Beiträgen aus wissenschaftlichen Publikationen, Fachzeitschriften und der Presse. Je nach Thema und je nach Kanton sind die Angaben ausführlicher oder spärlicher. Dies ist ausschliesslich durch die Methodik der Erfassung der Informationen bedingt: diese ist keine systematische – dafür fehlen uns die Mittel – sondern abhängig davon, ob die Autorin Kenntnis hat von Vorstössen und Entscheiden.

Diese Chronologie ist nach zwei verschiedenen Logiken geordnet, einer thematischen und einer kantonalen. Die thematische Ordnung ist zentralen Themen der Sozialhilfe gewidmet, während die kantonale Ordnung Vorstösse und Entscheide in den Kantonen aufführt, die ihrer Vielfältigkeit halber nicht immer thematisch zugeordnet werden können. Wir mussten entscheiden, welcher Logik wir den Vorrang geben wollen, d.h. wo wir die Vorstösse und Entscheide detailliert aufführen. Wir haben der thematischen Ordnung den Vorrang gegeben. So wird ersichtlich, dass Themen oft an mehreren Orten gleichzeitig zur Debatte stehen. Der Vollständigkeit halber und um eine Übersicht über die Debatten in jedem Kanton zu ermöglichen, verweisen wir in den Kantonskapiteln mit Jahr und Titel auf die Vorstösse in den Themenkapiteln.

Innerhalb der Kapitel haben wir eine chronologische Darstellung gewählt. Wir mussten zwischen dem Anfangs- und dem Abschlussdatum eines Vorstosses wählen. Grundsätzlich reihen wir die Vorstösse nach Abschlussdatum (neuestes Datum, letzter Entscheid) ein, machen allerdings einige Ausnahmen im Interesse der Lesbarkeit.

Vorstösse, die zum Zeitpunkt der Publikation hängig (nicht abgeschlossen) sind, markieren wir mit dunkelroter Schrift.

Auswahlkriterien

Diese chronologische Aufstellung erfasst die uns bekannten Vorstösse und Entscheide in der Schweiz (Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) betreffend Sozialhilfe. Sie erfasst ausserdem neu geschaffene oder vorgeschlagene Module mit dem Ziel, den Sozialhilfebezug für bestimmte Personengruppen durch andere, vorteilhaftere Lösungen unnötig zu machen. Die Formen dieser Vorstösse sind zahlreich: Initiativen, Petitionen, Motionen, Postulate, Gesetzesvorlagen sowie Projekte und Vorschläge von Verwaltungen, Organisationen und Personen. Bis auf einige Ausnahmen sind wenig verpflichtende Interventionsformen wie schriftliche und mündliche Anfragen und Interpellationen nicht aufgelistet².

Vorstösse und Entscheide folgender Natur sind **nicht** Teil dieser Aufstellung:

- Bedarfsleistungen ausserhalb der Sozialhilfe (neue Terminologie ab 1.1.2024: Armutsbekämpfende bedarfsabhängige Sozialleistungen) mit Ausnahme der Ergänzungsleistungen für Familien und für ältere Arbeitslose;
- Sozialversicherungen;
- weitere Leistungen der Sozialen Sicherheit, des Gesundheits- und des Bildungswesens;

² Eine Zusammenstellung der Vorstösse auf Bundesebene findet sich bei der Artias: Synthèse des travaux législatifs fédéraux. Modifications adoptées et objets terminés/liquidés. Thème « Aide sociale ». Mise à jour et complétée par Camille Zimmermann, juriste. État au 24.12.2024. <https://artias.ch/aide-sociale/>

1. Einleitung

Terminologie

—

- Steuerrecht;
- Armutsstudien (siehe dazu z.B. Neukomm 2023) sowie Aktivitäten im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut (Plattform, Monitoring)³, ausser sie stehen in explizitem Zusammenhang mit Änderungen der Reglementierungen der Sozialhilfe;
- Die Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe in den Kantonen sowie die Organisation der Sozialdienste mit der Aufgabenverteilung unter verschiedenen Berufsgruppen, mit einigen Ausnahmen;
- Die Umsetzung der SKOS-Richtlinien in den Kantonen wird in Ausnahmefällen erwähnt. Die SKOS erstellt dazu regelmässig eine systematische Aufstellung (siehe Kapitel SKOS-Richtlinien);
- Die Grundsätze und Normen betreffend Integrationsmassnahmen, welche sich je nach Kanton stark unterscheiden. So handelt es sich um ein Recht im Tessin, in Neuenburg hingegen um eine Pflicht;
- Die Frage der Unterhaltspflicht kraft Familienrechts (Pflichten zwischen Ehegatten und Partnern im Konkubinats- oder getrennten Partnern, zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern oder unter Geschwistern);
- Gerichtsentscheide auf Bundes- und Kantonsebene. Diese finden sich bei der Artias⁴, der SKOS⁵ und der Unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht UFS sowie auf einer (kostenpflichtigen) Datenbank Sozialhilferecht der Hochschule Soziale Arbeit Luzern HSLU⁶;
- Entscheide von Gemeinden, bei der SKOS aus- bzw. (wieder) einzutreten sowie anderweitige Kontroversen in den Medien, ausser einigen Ausnahmen.

Terminologie

In der Schweiz unterscheiden sich die Bezeichnungen für Verwaltung und parlamentarische Organe von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde. Wir verwenden in diesem Dokument allgemeingültige Bezeichnungen. Kantonale Ebene: die Legislative (Parlament) bezeichnen wir als Grossen Rat (GR) und die Exekutive (Regierung) als Regierungsrat (RR) und entsprechend die Gewählten als Grossrat bzw. Grossrätin sowie als Regierungsrat bzw. Regierungsrätin. Auf der Gemeindeebene nennen wir das Parlament (bzw. die Gemeindeversammlung) Gemeindeparlament und die Exekutive Gemeindeexekutive. Die Gewählten

³ Die Aktivitäten der Nationalen Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut (NAPA, 2019 – 2024) sind das Folgeprojekt des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut (NAP) von 2014-2018. Siehe dazu den Evaluationsbericht NAPA (Stern et al. 2024). In der Herbstsession 2024 beauftragen die Räte den Bundesrat, das Nationale Programm Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut bis mindestens 2030 weiterzuführen. Zudem soll er eine neue, nationale Armutsstrategie verabschieden. Dieser Auftrag erfolgt nach entsprechenden Vorstössen der Nationalrätin Estelle Revaz (SP/GE, Motion 23.4450) und des Ständerats Simon Stocker (SP/SH, 23.4454).

⁴ Artias.ch > Veille jurisprudence > Revue des arrêts du TF. https://artias.ch/artias_type_veille/revue-des-arrets-du-tf/

⁵ Ausgewählte BGr-Urteile: <https://skos.ch/skos-richtlinien/rechtliches/bundesgerichtsurteile>

⁶ https://www.weblaw.ch/competence/editions_weblaw/datenbanken/sozialhilferecht.html

1. Einleitung

Sprache

—

bezeichnen wir entsprechend als Mitglied des Gemeindeparlaments und als Mitglied der Gemeindeexekutive.

La même logique d’une terminologie générale s’applique en français : dans les cantons, le législatif (parlement) sera désigné par Grand Conseil et l’exécutif (gouvernement) par Conseil d’État. Les élu:es seront nommé:es respectivement député:e du Grand Conseil et conseiller ou conseillère d’État. Dans les communes, le délibératif (parlement ou assemblée communale) sera nommé délibératif communal et l’exécutif, exécutif communal. Les élu:es seront nommé:es membre du délibératif communal respectivement membre de l’exécutif communal.

Sprache

Die Sprache, ein ungelöstes Problem in der mehrsprachigen Schweiz. Aus Ressourcengründen sind in diesem Text die kantonalen Vorstösse und Entscheide nicht übersetzt, sondern in der Mehrheitssprache des jeweiligen Kantons aufgeführt. Dies führt zu einem teilweise zweisprachigen Text, der für Personen, denen nicht beide Sprachen geläufig sind, gewiss anspruchsvoll ist.

Betreffend nicht-binärer Sprache weicht die Autorin vom Leitfaden nicht-binäre Sprache von AvenirSocial ab. Sie verwendet die Schreibweise der WochenZeitung und bezieht sich auf die Empfehlungen der HES-SO (2024, Pour un langage inclusif) und der Bundeskanzlei (2024, für eine geschlechtergerechte Sprache). En français, elle accorde au plus proche.

Zur Autorin

Véréna Keller absolviert eine erste Ausbildung in Sozialer Arbeit in Gwatt/Bern und arbeitet im Kanton Genf als Sozialpädagogin, Sozialarbeiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Bereichen Behinderung, Schule, Sozialhilfe und Wiedereingliederung. Nach ihrem Masterstudium in Erziehungswissenschaften an der Universität Genf ist sie als Professorin an der Fachhochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne (HETSL, HES-SO) in den Bereichen Soziale Arbeit und Sozialpolitik tätig und publiziert mehrfach zu diesen Themen. Sie wird Studiengangleiterin des Bereichs Soziale Arbeit, Vizepräsidentin des Berufsverbands Soziale Arbeit Schweiz AvenirSocial und Vorstandsmitglied der SKOS. Nach ihrer Pensionierung ist sie weiterhin als emeritierte Professorin, im Denknetz, bei AvenirSocial, in der Gewerkschaft VPOD und in weiteren Organisationen tätig. Sie lebt in Genf.

Véréna Keller, Genève, Februar 2025

—

2 Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Sozialhilfe (Fürsorge nach dem früheren Begriff) war in der Geschichte der Schweiz lange eine Aufgabe hauptsächlich der Heimatgemeinden (und nicht der Wohngemeinden). Heute sind die Kantone zuständig für die Unterstützung aller bedürftigen Einwohner:innen auf ihrem Gebiet ausser in den Bereichen des Asyls während den ersten 5 bzw. 7 Jahren und der Auslandschweizer:innen¹. Die Sozialhilfe von Arbeitslosen kann vom Bund geregelt werden (Art. 114 BV). Die Kantone können die Gemeinden mit der Sozialhilfe beauftragen. Dies führt zu grossen Ungleichheiten in der Ausgestaltung der Sozialhilfe. Auch deshalb bleibt die Frage eines nationalen Sozialhilferahmengesetzes aktuell. Zudem wird der Bund immer wieder aufgefordert, bestimmte Aspekte der Sozialhilfe zu regeln. Dies zeigt u.E., dass die Kantonszuständigkeit, also der Föderalismus, an Grenzen stösst.

Hier die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene und zur nationalen Statistik, jeweils chronologisch nach dem neusten Datum geordnet. Das Kapitel schliesst mit den neusten Eckdaten zu Sozialhilfebeziehenden.

¹ Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) vom 24. Juni 1977.

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Ebene

—

Nationale Ebene

- **Seit 1905, Forderung nach Bundeslösung** - Die Forderung nach einer Bundeslösung der Existenzsicherung wird bereits an der Gründungsversammlung des Armenpflegervereins von 1905 erhoben und 1955 wiederholt (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 15).
- **2000, Bundesverfassung, Einführung eines Grundrechts auf Existenzsicherung** - Ein Grundrecht auf Existenzsicherung wird in die neue Bundesverfassung von 1999 aufgenommen; sie tritt am 1.1.2000 in Kraft (siehe Kapitel Grundrechte).
- **1992 - 2000, Nationalrat, Debatten zum Recht auf Existenzsicherung und für Bundesrahmengesetz** - Am 17. Juni 1992 reicht die Nationalrätin Christine Goll (SP) eine parlamentarische Initiative «Recht auf Existenzsicherung» (92.426) ein, welche ein Verfassungsrecht auf Existenzsicherung sowie eine Bundeskompetenz für die entsprechende Gesetzgebung verlangt. Am 12. November 1993 zieht sie die Initiative zugunsten einer entsprechenden Debatte in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) zurück. Pascal Coullery hatte dazu einen «Diskussionsentwurf» erarbeitet (Coullery 1995). Die SGK-NR nimmt den Vorschlag von Goll als Kommissionsinitiative auf. Eine Subkommission erarbeitet zwischen 1993 und 1996 einen Verfassungsartikelentwurf und führt im Juli 1995 eine Vernehmlassung durch. Dabei lehnt die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden eine Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes ab. Die Kommission kommt zu keinem Entscheid und stellt die Debatte im Jahr 2000 ein (Goll 2005; Gurny & Tecklenburg 2016, S. 15).
- **2008, SODK, Vision eines Bundesrahmengesetzes** - Im Juni 2008 beschliesst die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), dass die Vision eines Bundesrahmengesetzes zur Existenzsicherung vertieft werden soll (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 15).
- **2011, 2015, Keine Bundeslösung betr. Besteuerung von Sozialhilfeleistungen** - Mehrere parlamentarische Vorstösse auf Bundesebene fordern, Ungleichbehandlungen, Schwelleneffekte bei Transferleistungen sowie «unerwünschte negative Anreize» abzubauen. Dazu gehören – gegensätzliche - Vorstösse in Sachen Steuerpflicht:
 - Nationalrätin Bea Heim (SP) verlangt 2009 eine gesamtschweizerische Steuerbefreiung des Existenzminimums für Personen jeden Alters, wie dies bei den Ergänzungsleistungen bereits der Fall ist². Ihre Motion wird am 13.4.2011 abgelehnt.
 - Der Kanton Bern fordert mit einer Standesinitiative: «Die Bundesgesetzgebung (namentlich die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und das Steuerharmonisierungsgesetz) ist dahingehend zu revidieren, dass Unterstützungsleistungen aus öffentlichen Mitteln, die anstelle des Erwerbseinkommens ausgerichtet werden (insbesondere Sozialhilfeleistungen), im Sinne der steuerlichen und wirtschaftlichen Gleichbehandlung

² Altersarmut. Schwelleneffekte. Motion 09.3567, eingereicht am 10.6.2009.

—

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Ebene

—

gänzlich der Einkommenssteuer unterstellt werden»³. Die Initiative wird deutlich abgelehnt (8.12.2014).

- Daraufhin reicht die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats eine Motion mit denselben Forderungen⁴ ein, welche vom Nationalrat leicht abgeändert⁵, aber trotzdem abgelehnt wird (24.9.2015).
- **2011 - 2016, Nationalrat gegen ein Bundesrahmengesetz** – Zwischen 2011 und 2016 diskutiert der Nationalrat mehrfach über ein Bundesrahmengesetz. So werden im Juni 2011 im Nationalrat gleich zwei Motionen mit ähnlicher Ausrichtung eingereicht:
 - Ruth Humbel (CVP) fordert ein Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung, welches ein einheitliches Verfahren und eine Abstimmung der Leistungen festlegen soll. In Anbetracht des zunehmenden Platzes der Sozialhilfe müsse das Zusammenspiel der nationalen Sozialversicherungen und der bedarfsabhängigen kantonalen Leistungen geklärt werden⁶. Der Bundesrat beantragt Ablehnung. Am 21.6.2013 wird die Motion abgeschrieben, da nicht innert 2 Jahren behandelt.
 - Thomas Weibel (Grünliberale) fordert ein schlankes Rahmengesetz für Sozialhilfe analog zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)⁷. Auch diese Motion beantragt der Bundesrat zur Ablehnung und auch sie wird am 21.6.2013 abgeschrieben, da nicht innert 2 Jahren behandelt.

Daraufhin reicht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates SGK-NR ihrerseits eine Motion für ein Rahmengesetz ein⁸. Der Bundesrat ist nun bereit, die Frage vertieft zu prüfen, empfiehlt aber trotzdem Ablehnung. Der Nationalrat nimmt an (20.9.2012), während der Ständerat ablehnt (11.6.2013). Somit ist die Motion erledigt.

Kurz darauf reicht die SGK-NR einen erneuten Vorstoss ein, diesmal in Form eines Postulats, mit welchem sie vom Bundesrat einen Bericht über den Nutzen eines Rahmengesetzes fordert⁹. Der Bundesrat beantragt Annahme, und der Nationalrat nimmt das Postulat mit 88 gegen 87 Stimmen an (10.3.2014). In seinem Bericht¹⁰ erachtet der Bundesrat «die fehlende Verbindlichkeit bei der Sozialhilfe als nicht mehr zeitgemäss». Er folgt der Position der SODK, welche «sich der Bedeutung einer einheitlichen Regelung in der Sozialhilfe bewusst ist und die Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien stärken wird», eine Bundeskompetenz jedoch ablehnt. Der Bundesrat «erwartet jedoch, dass sich die Kantone ihrer

³ Besteuerung von Sozialhilfeleistungen. Standesinitiative 09.300 des Kantons Bern, eingereicht 4.2.2009.

⁴ Besteuerung von Sozialhilfeleistungen und Entlastung des Existenzminimums. Motion 10.3340, eingereicht 29.3.2010.

⁵ Steuerbarkeit von Unterstützungsleistungen und steuerliche Entlastung des Existenzminimums. Motion 14.4004, eingereicht am 4.11.2014.

⁶ Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung. Motion 11.3638, eingereicht am 16. Juni 2011.

⁷ Rahmengesetz für Sozialhilfe. Motion 11.3714, eingereicht am 17. Juni 2011.

⁸ Rahmengesetz für Sozialhilfe. Motion 12.3013, eingereicht am 2.2.2012.

⁹ Rahmengesetz für die Sozialhilfe. Postulat 13.4010, eingereicht am 6.11.2013.

¹⁰ Ausgestaltung der Sozialhilfe und der kantonalen Bedarfsleistungen. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.4010 der SGK-NR, 25.2.2015.

—

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Ebene

—

Verantwortung bewusst sind und selbst einen verbindlichen Rahmen für die Sozialhilfe definieren. [...] Der Bundesrat begrüsst die laufenden Bestrebungen zur Stärkung der SKOS-Richtlinien. Sie bilden den notwendigen verbindlichen Rahmen, welcher in der Sozialhilfe zur Anwendung kommen muss» (S. 59-60).

Unterdessen hat der grünliberale Nationalrat Thomas Weibel eine erneute Motion eingereicht mit dem Titel «Rahmengesetz für die Sozialhilfe». Der BR soll ein schlankes Rahmengesetz für die Sozialhilfe vorlegen ohne Leistungsausweitung und unter Vermeidung von Schwelleneffekten, welche als Negativanreize für die Arbeitsintegration wirken¹¹. Der BR empfiehlt Ablehnung, dies befolgt der Nationalrat (29.9.2016).

- **2016, Petition für Rahmengesetz** - Das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA) reicht eine Petition mit 236 Unterschriften ein mit der Forderung nach einem Rahmengesetz für Sozialhilfe auf Bundesebene (16.2003, 28.1.2016). Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates gibt der Petition keine Folge (Sitzung 14.11.2016); sie verweist darauf, dass die SKOS-Richtlinien für Ausgleichsmechanismen sorgen und dass der Nationalrat erst kürzlich eine ähnliche Motion (Weibel, 14.4070, s. gleich oben) abgelehnt habe.
- **2018, Bund soll die Sozialhilfeabhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen reduzieren** – Die Nationalrätin Silvia Schenker (SP) fordert den Bund auf, mit allen involvierten politischen Ebenen und Institutionen eine gemeinsame Strategie und Lösungen zu entwickeln, um die Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe zu reduzieren, dies nach dem Beispiel der Stipendien im Kanton Waadt¹². Der Bundesrat empfiehlt Annahme; beide Räte nehmen die Motion an (NR 12.12.2014; SR 9.6.2015). Mit seiner Gesamtstrategie für die Armutsprävention erachtet der BR die Motion als erfüllt¹³.
- **2018, Nationalrat, Keine Harmonisierung, kein nationales Rahmengesetz** - Am 15.12.2017 reicht die Nationalrätin Christine Häsler (Grüne Partei Schweiz) eine Interpellation ein mit dem Titel «Nehmen die Kantone ihre Verantwortung für die Harmonisierung der Sozialhilfe noch wahr?» (17.4278). In seiner Stellungnahme vom 14.2.2018 verweist der Bundesrat auf seinen Bericht vom 25.2.2015 «Ausgestaltung der Sozialhilfe und der kantonalen Bedarfsleistungen» (siehe oben) und schreibt: «Der Bundesrat erachtet die fehlende Verbindlichkeit bei der Sozialhilfe als nicht mehr zeitgemäss. [...] Derzeit kann davon ausgegangen werden, dass sich die Kantone zu keiner weiteren Harmonisierung verpflichten wollen. Der Bundesrat hat im Übrigen festgestellt, dass gewisse Kantone ihre Sozialhilfegesetze überarbeitet haben und von den SKOS-Richtlinien abgewichen sind. Der Bundesrat zieht daraus den Schluss, dass es den Kantonen nicht gelungen ist, die Sozialhilfe mit einem verbindlichen Rahmen zu stärken. Der Bund

¹¹ Rahmengesetz für die Sozialhilfe. Motion 14.4070, eingereicht am 4.12.2014.

¹² Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe. Motion 14.3890, eingereicht am 14.9.2014.

¹³ Bundesrat (18.4.2018). Ergebnisse des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut 2014–2018. Bericht des Bundesrates zum Nationalen Programm sowie in Erfüllung der Motion 14.3890 Sozialdemokratische Fraktion vom 25. September 2014.

<https://www.parlament.ch/centers/eparl/layouts/15/DocIdRedir.aspx?ID=MAUWFQFXFMCR-2-40980>

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Ebene

—

kann das nicht an ihrer Stelle tun». Das Geschäft ist an der Sitzung des Nationalrates vom 16.3.2018 erledigt.

- **2019, Nationalrat, Kein Bundesrahmengesetz** - Marianne Streiff-Feller (EVP) und Kathrin Bertschy (glp) reichen zwei Motionen identischen Titels und Inhalts «Die Sozialhilfe mit einem schlanken Rahmengesetz oder einem Konkordat koordinieren» ein¹⁴. Die Motionen fordern Koordination der verschiedenen bedarfsabhängigen Leistungen und eine Harmonisierung der Sozialhilfe über ein nationales Rahmengesetz, da sich nicht mehr alle Kantone an die SKOS-Richtlinien halten. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung der Motionen (2.3.2018), da sich nach seiner Ansicht die Kantone zu keiner weiteren Harmonisierung verpflichten wollen. Beide Motionen werden am 20.12.2019 abgeschrieben weil nicht innert zwei Jahren abschliessend behandelt.
- **2020, Nationalrat, Kein Rahmengesetz zur Existenzsicherung** - Katharina Prelicz-Huber (Grüne Partei Schweiz) will, dass der Bundesrat ein Rahmengesetz für die Existenzsicherung vorlegt¹⁵ in Anlehnung an die Ergänzungsleistungen sowie mit Vorschriften betr. Fachpersonal und nicht-monetären Leistungen und Mitfinanzierung des Bundes. Der Bundesrat beantragt Ablehnung (12.8.2020), der Nationalrat lehnt ab (16.6.2022).
- **2021, Nationalrat, Forderung für weniger Fälle** - Ein Impulsprogramm des Bundesrates soll die Sozialbehörden darin unterstützen, sich für ein System mit tiefer Falllast zu entscheiden, was nachweislich die Ablösequote verbessere, wie das die Studie in der Stadt Winterthur gezeigt habe. Dies verlangt eine Motion des Nationalrats Felix Wettstein, Grüne Partei Schweiz¹⁶. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung, da die SH in die Kompetenz der Kantone falle (12.5.2021). Die Motion wird abgeschrieben, da nicht innerhalb von 2 Jahren behandelt (17.3.2023).
- **2021, Kanton Bern, Kein Vorstoss für Bundesrahmengesetz** - Die Berner Kantonsregierung soll sich auf nationaler Ebene für ein Bundesrahmengesetz für die öffentliche Sozialhilfe einsetzen. Dies verlangt eine überparteiliche Motion von Hasim Sancar (Grüne)¹⁷. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung, weil sich «das heutige System sehr bewährt» habe. Dem folgt der Grossrat (Sitzung vom 15.3.2021).
- **2022, National- und Ständerat, Keine neuen bundesweiten Hilfen für Papierlose** – trotz kantonaler Kompetenz für Sozialhilfe fordern ein Nationalrat und eine Ständerätin den Bund 2020 auf, Hilfen für Papierlose zu schaffen, ohne Erfolg (Siehe Kapitel Coronakrise).
- **2022, Nationalrat, keine Stellungnahme zur Rückerstattungspflicht** - Eine parlamentarische Initiative der Nationalrätin Martina Bircher (SVP) verlangt, die gesetzlichen Bestimmungen «so zu ändern, dass die Rückerstattungspflicht von Sozialhilfe nicht umgangen werden kann». Sie geht davon aus, dass ehemalige

¹⁴ Motionen 17.4166 und 17.4167, beide am 14.12.2017.

¹⁵ Rahmengesetz für die Existenzsicherung. Motion 20.3823, eingereicht am 19.6.2020.

¹⁶ Impulsprogramm zur Erhöhung der Ablösequoten in der Sozialhilfe. Motion 21.3317, eingereicht von Felix Wettstein, Grüne Partei Schweiz, am 18.03.2021.

¹⁷ Bundesrahmengesetz für die öffentliche Sozialhilfe. Motion 232-200 von Hasim Sancar (Grüne), Michael Ritter (GLP), Margrit Junker Burkhard (SP), Melanie Beutler-Hohenberger (EVP), eingereicht am 8.9.2020.

—

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Sozialhilfestatistik

—

Bezüger oft nicht über ihre neue Situation informieren würden. «Noch stossender ist aber, dass gewisse ehemalige Bezügerinnen und Bezüger insbesondere grössere Beträge aus Erbschaften, Schenkungen, Freizügigkeitsleistungen, etc. umgehend auf andere (ausländische) Konten weiterleiten, Liegenschaften im Ausland kaufen oder sogar eine Stiftung gründen»¹⁸. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR beantragt, der Initiative keine Folge zu geben, da die Kantone für die Sozialhilfe zuständig seien und eine solch «beispiellose Massnahme (selbst die Steuerbehörden werden nicht automatisch über einen Erbfall informiert) » die Privatsphäre verletzen würde (14.1.2022). Der Nationalrat gibt keine Folge (2.6.2022).

- **2022, Conseil national, Ne pas faciliter l'accès aux prestations d'aide sociale** - Dans le but de lutter contre le non recours à l'aide sociale et la discrimination en fonction du passeport, les lois doivent être changées afin, notamment, d'augmenter la limite de fortune et d'interdire l'obligation de remboursement et le traitement différencié en fonction du passeport. C'est ce que demande la conseillère nationale Ada Marra (PS)¹⁹. La commission de la sécurité sociale n'entre pas en matière (Rapport du 23.6.2022) et propose, par 13 voix contre 10, de ne pas donner suite. Le Conseil national ne donne pas suite (12.12.2022).
- **2023, Conseils national et des États, non à la détection précoce des risques de pauvreté** - Le Conseil fédéral doit élaborer un concept visant à donner des compétences légales aux cantons afin de mettre en place des programmes de prévention sociale rapide et efficace, soit de détection des risques de pauvreté et de surendettement. C'est ce que demande le conseiller national Benjamin Roduit (Le Centre)²⁰. Le Conseil fédéral propose le rejet de la motion (12.5.2023). Le Conseil national l'accepte (101 pour contre 80 non, 1.3.2023), alors que le Conseil des États la rejette.

Nationale Sozialhilfestatistik

Da die Sozialhilfe im Kompetenzbereich der Kantone liegt, werden während langer Zeit Statistiken nur auf Kantons- oder Gemeindeebene erhoben mit je eigenen Zielsetzungen, Methoden und Gutdünken. So sind keinerlei Vergleiche zwischen den Kantonen möglich und Entwicklungen auf gesamtschweizerischer Ebene können lange nicht dokumentiert werden.

Statistiken gibt es aber schon lange vor den modernen Sozialforschungsmethoden. So die *Enquête sur le paupérisme dans le canton de Vaud en 1840* (1977), die erste uns bekannte systematische Untersuchung über Armut. Ein Vorläufer der modernen Sozialhilfestatistik ist die «Armentstatistik» ab 1922 und ab 1999 liegen erste vergleichbare Daten aus einigen Städten vor. Seit 2005 publiziert das BFS jährliche nationale systematische Statistiken.

¹⁸ Einhaltung der der Rückerstattungspflicht von Bezügerinnen von Sozialhilfe bzw. Verhinderung der Weiterleitung von Geldern auf Drittkonten. Parlamentarische Initiative 20.498, eingereicht am 17.12.2020.

¹⁹ Pour que les conditions d'accès à l'aide sociale et les conséquences d'y accéder ne deviennent pas des éléments de paupérisation supplémentaire (Damit die Anspruchsvoraussetzungen für die Sozialhilfe und die Folgen des Sozialhilfebezugs nicht zusätzlich zur Verarmung beitragen). Initiative parlementaire 21.454, Ada Marra (PS), déposée le 8.6.2021.

²⁰ Personnes à risques de pauvreté ou de surendettement. Détection précoce. Agir avant qu'il ne soit trop tard. Motion 21.3142, déposée le 11.3.2021 par Benjamin Roduit, Le Centre.

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Sozialhilfestatistik

—

- **1922, Armenstatistik** - Auf nationaler Ebene ist die sogenannte Armenstatistik die erste Dokumentation ihrer Art. Sie wurde in der Zeitschrift «Der Armenpfleger», eine Vorgängerin der heutigen ZeSo, ab 1922 während mehrerer Jahre veröffentlicht. Im Jahr 1922 zählte man schweizweit 146'256 Unterstüzte, 7000 mehr als im Vorjahr, wobei Herr Pfarrer Wild von Zürich, der den Bericht verfasste, festhielt, dass sich diese Zahl «bald auf die einzelnen Unterstüzten, bald auf die Fälle oder Familien, bald auf beide zusammen» beziehen²¹.
- **1999, Erste vergleichbare Daten aus einigen Städten** - Erste überkantonale Daten werden ab 1999 von der Städteinitiative Sozialpolitik erhoben und publiziert unter dem Titel Kennzahlenvergleich in der Sozialhilfe. Die Statistik erhebt insbesondere die Anzahl und die Merkmale von Sozialhilfebeziehenden, die Sozialhilfequote und die Bezugsdauer. Die Daten stammen von 13 Städten, die Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik sind, darunter zwei Städte in der Romandie (Basel, Bern, Biel, Lausanne, Luzern, Schaffhausen, Schlieren, St.Gallen, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zug, Zürich) (staedteinitiative.ch > Kennzahlen Sozialhilfe). Die Städteinitiative publiziert weiterhin einen jährlichen Kennzahlenbericht. Neu ist eine 14. Stadt, Chur, dabei. Der jüngste Bericht wird im 29. Oktober 2024 publiziert²².
- **2005, Nationale Sozialhilfestatistik** - Nach ersten Vereinbarungen im Jahr 1999 zwischen einigen Kantonen und dem Bund sowie Piloterhebungen publiziert das BFS seit 2005 eine detaillierte, systematische schweizweite Statistik aufgrund von Erhebungen aus allen Kantonen: die Sozialhilfestatistik. Anzahl und Strukturmerkmale von Personen und Haushalten, die Leistungen der Sozialhilfe beziehen, werden vollständig erhoben, ebenso wie finanzielle Aspekte (BFS > Statistiken finden > Soziale Sicherheit > Sozialhilfe).
- **2016, Zusammenlegung der Statistiken des Asyl- und Flüchtlingsbereichs mit jener der ordentlichen Sozialhilfe.** Ab dem Erhebungsjahr 2016 werden die Daten in den Bereichen Asyl und Flüchtlinge vom BFS nach den Methoden der Sozialhilfestatistik erhoben und in Publikationen mit jener der ordentlichen Sozialhilfe zusammengelegt. Bis anhin wurden die Daten im Asylbereich von der Statistik eAsyl (neu Sozialhilfe-AsylStat) bzw. der Sozialhilfe-FlüStat im Flüchtlingsbereich separat erhoben. Diese Zusammenlegung ist ein Hinweis auf die Annäherung der beiden Bereiche (Asyl- und ordentliche Sozialhilfe); sie kann dazu beitragen, dass negative Wahrnehmungen der Asylfragen auf die ordentliche Sozialhilfe übertragen werden.
- **2020, Fallzahlenmonitoring SKOS** - Seit der Corona-Pandemie (ab Mai 2020) führt die SKOS ein monatlich aktualisiertes Fallzahlenmonitoring durch, um rasch über aktuelle Informationen betreffend eines befürchteten massiven Anstiegs des Sozialhilfebezugs zu verfügen. Dieses gründet auf Angaben eines Teils der Sozialdienste (58% der Sozialhilfebeziehenden); die Daten sind deshalb nur beschränkt repräsentativ (allerdings zeigt der Vergleich mit der Sozialhilfestatistik eine nur geringe Abweichung von 0,5% im Jahr 2020). Die SKOS wird ihr

²¹ Der Armenpfleger, Heft 12, S. 134-135, Band 21 (1924). <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=zes-001%3A1924%3A21%3A%3A40#141>

²² https://staedteinitiative.ch/cmsfiles/mm_sozialhilfe_in_stadten_20241029_sperrfrist.pdf

2. Bundeskompetenz, Bundesrahmengesetz und nationale Statistik

Nationale Sozialhilfestatistik

Monitoring bis zur Publikation der Ergebnisse der modernisierten Sozialhilfestatistik des BFS 2026 (siehe gleich unten) weiterführen²³.

- **2026, Modernisierung und Digitalisierung der Sozialhilfestatistik** – Seit 2020 arbeitet das BFS an einer Modernisierung und Digitalisierung der Sozialhilfestatistik mit den Zielen, die Belastung der Erhebungsstellen zu reduzieren, die Analysen zu stärken sowie die Dauer zwischen Datenerhebung und Publikation zu verkürzen. Das neue Erfassungsinstrument heisst eSOSTAT anstelle von SOSTAT. Ab April 2024 stellen erste Dienste auf eSOSTAT um. Bis Ende 2025 soll die Einführung der Modernisierung abgeschlossen sein. Für Juni 2026 ist die erstmalige Publikation auf Basis der Daten 2025 vorgesehen²⁴.

²³ <https://skos.ch/themen/sozialhilfe-und-corona/monitoring-fallzahlen>, abgerufen 30.10.2024.

²⁴ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/erhebungen/shs/modernisierungsprojekt.html>

Statistik Sozialhilfebeziehende 2023

Zur Einordnung der in dieser Zusammenstellung aufgeführten Vorstösse stellen wir hier die aktuellen statistischen Daten des Bundesamtes für Statistik zur Sozialhilfe²⁵ zusammen.

Wirtschaftliche Sozialhilfe (ordentliche Sozialhilfe)

Im Jahr 2023 haben 249'700 Personen mindestens einmal eine finanzielle Leistung der SH erhalten. Das entspricht einer Sozialhilfe-Quote von 2,8% (Anteil der SH-Beziehenden an der Gesamtbevölkerung) und ist der tiefste gemessene Wert seit Anbeginn der SH-Statistik 2005. Sowohl die Anzahl Personen als auch die Sozialhilfequote sind seit einigen Jahren rückläufig, mit markanten kantonalen Unterschieden.

Alter. Knapp ein Drittel aller SH-Beziehenden (29,2%) sind Kinder, 1,9% sind im Pensionsalter.

Erwerbstätigkeit. Genau ein Drittel der erwachsenen SH-Beziehenden (33%) sind erwerbstätig, 6,6% arbeiten Vollzeit. Bei den Einelternfamilien sind 43,3% erwerbstätig.

Bezugsdauer der abgeschlossenen Dossiers. Diese liegt unter 2 Jahren bei 60% der abgeschlossenen Dossiers, unter 1 Jahr bei 43,4% und zwischen 1 und 2 Jahren bei 16,5% der abgeschlossenen Dossiers.

Ausbildung. Die Hälfte (50,9%) der SH-Beziehenden (25 -65 Jahre) hat eine abgeschlossene Berufsbildung, 43,3% auf Sekundarstufe II und 7,7% auf tertiärer Stufe. 49,1% haben einen obligatorischen Schulabschluss.

Nationalität. 47% aller SH-Beziehenden sind schweizerischer Nationalität, 53% ausländischer. Die SH-Quote von Personen ohne Schweizer Pass ist rund 3x höher als jene von Schweizer:innen (5,7% gegenüber 1,8%). Allerdings ist die SH-Quote bei europäischen Staatsangehörigen mit 2,2% nur wenig höher als jene der Schweizer:innen, während Personen aus den «übrigen Ländern der Welt» eine SH-Quote von 17,8% aufweisen; viele sind Geflüchtete.

Haushaltgrösse. Die Hälfte (51,5%) der unterstützten Haushalte bestehen aus einer Einzelperson. In 27,3% der unterstützten Haushalte leben Kinder. 14,3% aller unterstützten Haushalte sind Einelternfamilien. Jede 5. Einelternfamilie (18,6%) in der Schweiz benötigt SH.

Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich

Dieser Bereich ist besonders stark von internationalen und nationalen politischen und administrativen Entscheiden geprägt. So nimmt im Jahr 2023 die Anzahl Asylanträge zu (13'200 Anträge, +23,3% gegenüber 2022, ohne Schutzstatus S). Gleichzeitig geht die Unterstützungspflicht von Personen dieser Bereiche nach 5 bzw. 7 Jahren an die Kantone und die ordentliche Sozialhilfe über (siehe Kapitel Geflüchtete); somit sind sie nicht mehr in der Flüchtlingsstatistik erfasst.

Asylbereich (SH-Asyl-Stat). Im Jahr 2023 werden 34'100 Personen unterstützt (+6% gegenüber 2022), was einer Quote von 84,6% (84,6% aller Personen aus dem Asylbereich) entspricht.

Flüchtlingsbereich (SH-FlüStat). Im Jahr 2023 werden 22'600 Personen unterstützt (+0,4% gegenüber 2022), was einer SH-Quote von 80,3% entspricht.

Schutzstatus S. Im Jahr 2023 werden 22'200 Personen unterstützt.

²⁵ BFS (16.12.2024). Sozialhilfebeziehende im Jahr 2023. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2024-0501.html>

3 SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Dieses Kapitel zeigt die Entwicklung der SKOS-Richtlinien auf. Die von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) empfohlenen «Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe», umgangssprachlich «SKOS-Richtlinien» genannt, sind Empfehlungen zuhanden der Sozialhilfeorgane von Bund, Kantonen, Gemeinden und Organisationen der privaten Sozialhilfe. Verbindlich werden die Richtlinien erst durch die kantonale Gesetzgebung und die Rechtsprechung sowie kommunale Reglementierungen. Von diesen Richtlinien nicht direkt erfasst sind Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene sowie Auslandschweizer:innen¹. Die SKOS-Richtlinien stellen die einzige schweizweite Referenz dar; Gerichte beziehen sich darauf. Die Richtlinien können somit zu einer höheren Rechtssicherheit und einer gewissen Gleichbehandlung beitragen (siehe auch Hänzi 2011). Allerdings zeigen alle Untersuchungen, dass die Richtlinien sehr unterschiedlich angewendet werden (z.B. Roulin & Hassler 2023, Höglinger et al. 2024) und z.T. massiv unter dem von der SKOS festgelegten sozialen Existenzminimum liegen.

Dieses Kapitel ist in vier Unterkapitel gegliedert: Entwicklung der SKOS-Richtlinien; Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs 1963 – 2025; Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen; Projekte der SKOS.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide in chronologischer Abfolge nach dem neusten Datum geordnet.

¹ RL gültig bis 31.12.2020: SKOS-RL 2005, Zur Bedeutung dieser Richtlinien. RL gültig ab 1.1.2021: SKOS-RL 2021 A.1, <https://rl.skos.ch>

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Entwicklung der SKOS-Richtlinien und deren Anwendung

Entwicklung der SKOS-Richtlinien und deren Anwendung

- **1905, Schaffung der Armenpflegerkonferenz** - 1905 wird in Brugg die Armenpflegerkonferenz gegründet, eine Konferenz aus Vertreter:innen der öffentlichen und privaten Fürsorge (Gurny & Tecklenburg 2016). Mitte der 1960-er Jahre wird aus ihr die Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF) und 1996 die heutige Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).
- **1963, Erste Richtlinien in Frankenbeträgen** - 1963 veröffentlicht die Armenpflegerkonferenz erstmals Richtlinien mit konkreten Frankenbeträgen, nämlich die «Richtsätze für die Bemessung von Unterstützungen». Die ersten Unterstützungsbeiträge werden mit einer Bandbreite angegeben: Für eine Einzelperson wird der Betrag bei 180 bis 210 Franken festgesetzt; hinzu kommen zahlreiche Hilfen «nach Bedarf». Diese Beträge werden bald angepasst und bis 2003 immer wieder erhöht (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 9) (siehe Tabelle unten).
- **1992 und 1998, Einführung Pauschalisierung** – In zwei Etappen wird der Grundbedarf zunehmend pauschalisiert und nach Haushaltsgrösse systematisiert. Dies stärkt die Dispositionsfreiheit und die Rechtsgleichheit (siehe unten, Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs).
- **2003, Einführung einer Kategorie «junge Erwachsene»** - Ab 2003 empfiehlt die SKOS spezielle Richtlinien für die Kategorie «junge Erwachsene» (18 bis 25 Jahre). Der nachhaltigen beruflichen Integration ist höchste Priorität beizumessen; junge Erwachsene sollen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Erstausbildung abschliessen. Junge Erwachsene dürfen gegenüber jenen, die keine Sozialhilfe beziehen, nicht bevorzugt werden. Das Führen eines eigenen Haushaltes wird nur in Ausnahmefällen finanziert. Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Ausbildung sollen in der Regel bei den Eltern wohnen. Der Grundbedarf wird um 20% gekürzt ausser bei Personen mit Integrationsmassnahmen, Erwerbstätigkeit oder Kinderbetreuung (RL 2015 B4 und H11). Die RL 2021 übernehmen die spezifische Behandlung junger Erwachsener (SKOS-RL 2021 C.3.2. und C.4.2).
- **2005, Sozialhilfe nach Aktivierungsprinzip** - Im Kontext der neoliberalen Kritik, gemäss welcher der Sozialstaat unterstützte Personen passiv, faul und zu Schmarotzern mache, entscheidet die SKOS gegen Ende 2003, ihre Richtlinien vollständig zu überarbeiten. Mehrere Städte (vor allem Basel, Bern, Zürich; siehe Kapitel Sozialhilfe in den Kantonen) haben mit der Einführung von neuen sogenannten Anreizmodellen (Arbeit statt Fürsorge, Arbeit soll sich lohnen) den Weg für eine solche Revision bereitet. Die SKOS führt das sogenannte Aktivierungsprinzip ein, das die berufliche Wiedereingliederung über ein «Anreizsystem» fördern soll. Mit anderen Worten ein System, das die finanziellen Leistungen in Abhängigkeit vom Verhalten der Personen und ihrem «Verdienst» oder «Einsatz» bei der Arbeitssuche zuspricht. Folgende Änderungen werden beschlossen:
 - Senkung des Grundbedarfs um 7 Prozent auf 960 Franken für eine Einzelperson;
 - Einführung von verschiedenen sog. Anreizleistungen (welche die Senkung des Grundbedarfs teilweise kompensieren): a) Einkommens-Freibetrag (EFB) zwischen 400 und 700 Franken; b) Integrationszulage (IZU) zwischen 100 und 300 Franken; c) Mindestintegrationszulage von 100 Franken für Personen, die

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Entwicklung der SKOS-Richtlinien und deren Anwendung

—

nicht in der Lage sind, eine Arbeit anzunehmen sowie bei fehlenden Programmen;

- Aufruf an Kantone und Gemeinden, Integrationsprogramme einzuführen.

Diese Änderungen werden durch die Ergebnisse einer Studie (Gerfin 2004) legitimiert, welche zum Schluss kommt, dass die geltenden Richtlinien für Einpersonenhaushalte zu hoch seien. Gerfin pocht auf die Einführung eines Anreizsystems, denn «Sozialhilfe muss im Vergleich zum Einkommen bei Vollerwerbs-tätigkeit unattraktiv sein». Gemäss Gerfin sollte die Sozialhilfe «für als arbeitsfähig eingestufte Sozialhilfeempfänger auf ein Niveau reduziert werden, das mittelfristig nicht existenzsichernd ist». Der Grundbedarf soll den Ausgaben der einkommensschwächsten 10 Prozent der Bevölkerung (und nicht wie bisher den einkommensschwächsten 20 Prozent) entsprechen (Gerfin 2004, S. 32 und 7).

Damit werden zum ersten Mal in der Geschichte der SKOS die Ansätze gesenkt. Für einen Teil (ein Drittel) der unterstützten Personen werden diese vorerst noch mit sog. Anreizleistungen kompensiert (Tecklenburg & Gurny 2016).

Die revidierten Richtlinien treten am 1. Januar 2005 in Kraft.

- **2015, Revision der Richtlinien** - Nach heftiger Kritik von der politischen Rechten, insbesondere der SVP, werden die Richtlinien erneut revidiert (Revision 2015). Im Vorfeld gibt die SKOS zwei wissenschaftliche Studien in Auftrag:
 - Eine Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS), welche zum Schluss kommt, dass der geltende Grundbedarf für Haushalte mit einer bzw. zwei Personen 90 bzw. 97 Franken tiefer liege als die Ausgaben der 10 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte in der Schweiz (BFS 2015)².
 - Eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, welche die Umsetzung und die Folgen des Anreizmodells untersucht. Die Studie stellt fest, dass das Prinzip gut akzeptiert ist, in den Kantonen jedoch unterschiedlich umgesetzt wird (Dubach et al., BASS, 2015).

Fazit der SKOS zu den zwei Studien: Eine grundlegende Revision der Sozialhilfe ist nicht angebracht. Eine Vernehmlassung betreffend einer allfälligen Senkung des Grundbedarfs ergibt sehr unterschiedliche Meinungen. Um die Legitimität der SKOS-Richtlinien zu stärken, beschliesst die SKOS, die Richtlinien der Konferenz der kantonalen Sozialdirektionen (SODK) vorzulegen. Diese soll darüber beschliessen und damit ihre politische Verantwortung wahrnehmen. Die revidierten Richtlinien treten in zwei Etappen in Kraft.

- Erste Etappe der Revision 2015 mit vier Änderungen: a) Grossfamilien: Der Grundbedarf für Grossfamilien wird ab der sechsten Person um 76 Franken gekürzt; b) junge Erwachsene: Der Grundbedarf wird für junge Erwachsene um 20 Prozent gekürzt, wenn sie allein in einem eigenen Haushalt leben, keine Kinder haben und weder in Ausbildung sind noch eine Arbeitsstelle haben; c) Sanktionen: Der Grundbedarf kann bis um 30 Prozent (vorher bis

² Mit anderen Worten: Die Studie zeigt auf, dass die SKOS-Richtlinien in Tat und Wahrheit unter den Ausgaben der 10 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte liegen, obwohl sich die SKOS weiterhin auf diesen Referenzwert beruft.

—

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Entwicklung der SKOS-Richtlinien und deren Anwendung

—

maximal 15 Prozent) gekürzt werden; d) die Mindestintegrationszulage wird aufgehoben und in die Integrationszulagen integriert. Diese Änderungen treten per 1. Januar 2016 in Kraft.

- Zweite Etappe der Revision 2015: An den finanziellen Leistungen wird nichts verändert, hingegen werden die Richtlinien klarer strukturiert (Umstrukturierung der situationsbedingten Leistungen, Klarstellung der Nothilfe sowie der Arbeits-tätigkeit von Müttern/Vätern von kleinen Kindern). Diese Änderungen treten am 1. Januar 2017 in Kraft.

Ab 2015 werden die SKOS-Richtlinien inklusive den Anpassungen des Grundbedarfs jeweils der SODK zur Genehmigung vorgelegt.

- **2018, Verletzung von verfassungsrechtlichen Grundlagen in der Sozialhilfe** - In Anbetracht der massiven Vorstösse in den Kantonen dahingehend, die Sozialhilfe-Richtsätze zu unterschreiten, gibt die SKOS ein Rechtsgutachten in Auftrag. Dieses zeigt auf, dass eine Unterschreitung Bundesrecht und Grundrechte verletzt, und zwar insbesondere die Verfassungsartikel betr. Menschenwürde (Art. 7), Diskriminierungsverbot (Art. 8), Persönliche Freiheit (Art.10), Recht auf Hilfe in Notlagen (Art. 12) und Rechtswegeggarantie (Art. 29 BV) (Coullery 2018).
- **2019, Zu tiefer Grundbedarf** - Die SKOS präsentiert den Medien eine neue Studie, die aufzeigt, dass der derzeitige Betrag zur Deckung des Grundbedarfs rund 100 Franken zu tief ist für Einpersonenhaushalte, und dass eine geminderte Sozialhilfe Gesundheit und Ernährung gefährdet sowie die Sozialhilfebeziehenden vom Sozialleben ausschliesst. Die Studie kritisiert die Verwendung eines «eingeschränkten Warenkorb» bei der Festlegung der Sozialhilfeansätze als einen methodisch unhaltbaren Zirkelschluss, welcher die tatsächlichen Ausgaben nicht abdeckt³.
- **2020, Neuorganisation SKOS-Richtlinien** - In den Jahren 2017-2020 nimmt die SKOS eine sog. Nachführung (Neuorganisation) der Richtlinien vor, ohne deren Inhalt zu verändern; insbesondere werden die Ansätze der materiellen Hilfe nicht verändert⁴. Neu sind die Richtlinien in 6 thematische Kapitel und nach drei Kategorien (Richtlinien, Erläuterungen, Praxishilfen) strukturiert. Sie treten per 1. Januar 2021 in Kraft.
- **2021, Anwendung der SKOS-Richtlinien in den Kantonen** - Die SKOS erhebt seit 2014 alle zwei Jahre Angaben zur Anwendung ihrer Richtlinien in den Kantonen und Gemeinden (Richtlinienmonitoring). Das neuste Monitoring betrifft das Jahr 2021 (nächstes Monitoring für 2024 wird im 1. Quartal 2025 publiziert) zeigt u.a. Folgendes (SKOS 2022):
 - In 17 Kantonen entspricht der Grundbedarf (GB) den SKOS-Richtlinien 2022 nämlich 1006.-. Ein Kanton liegt darüber mit 1110.-, da die Integrationszulage inbegriffen ist (VD). Sieben Kantone (AG, BL, FR, GE, JU, NE, SO) stehen bei 986.-. Ein Kanton (BE) steht bei 977.-, was den RL von 2011 entspricht.

³ Medienbericht SKOS 8.1.2019: Studie von Stutz et al. 2018, Büro BASS.

⁴ In der Vernehmlassung zur Revision äussern sich verschiedene Organisationen und Personen kritisch. AvenirSocial kritisiert insbesondere, dass der Grundbedarf zu tief bleibt, dass Altersguthaben auszulösen sind und dass Sanktionen, das sogenannte Anreizsystem und die Rückerstattungspflicht beibehalten werden (www.avenirsocial.ch > Was wir tun > Politische Aktivitäten > AvenirSocial, 20.1.2020, Rückmeldungen zu den überarbeiteten SKOS-Richtlinien).

—

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Entwicklung der SKOS-Richtlinien und deren Anwendung

- Die SKOS-Richtlinien empfehlen für junge Erwachsene (18 – 25 Jahre) einen nach ihrer Lebenssituation abgestuften GB. Für jene mit eigenem Haushalt ohne Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung oder Ausbildung sehen sie den GB minus 20%, also 798 Franken vor. In den Kantonen variiert dieser Ansatz zwischen 457 und 997 Franken. Zwei Kantone definieren Personen bis zu einem Alter von 30 bzw. 35 Jahren als junge Erwachsene (TG bzw. NE). Die Kantone wenden die Abstufungen sehr unterschiedlich an.
- In vielen weiteren Bereichen bestehen weiterhin grosse kantonale und kommunale Unterschiede betr. Integrationszulagen, Einkommensfreibetrag, situationsbedingte Leistungen, Mietkosten, Sanktionen, Rückerstattung, Finanzierung, usw.

Die SKOS stellt kommentierend fest, dass «die SKOS-Richtlinien das Ziel der Harmonisierung der Sozialhilfe zwischen den Kantonen grossmehrheitlich erreichen, [...] 8 Kantone den Grundbedarf tiefer ansetzen, [...] weitere Abstriche am Grundbedarf [...] zu einschneidenden Einschränkungen [...] führen] und setzt sich deshalb dafür ein, dass der Grundbedarf in möglichst allen Kantonen die empfohlenen Beträge nicht unterschreitet». Sie erachtet «Harmonisierungsbestrebungen [als] wünschenswert» (SKOS 2022, S. 18).

- **2020-2024, Zu tiefe Ansätze, Willkür und «Flickenteppich»** – Gleich vier unabhängige Untersuchungen stellen kurz hintereinander starke Ungleichheiten und manchmal Willkür in der Anwendung der SKOS-Richtlinien fest und kritisieren einmal mehr die zu tiefen Ansätze, die dazu noch oftmals unterschritten werden. Alle Studien lösen ein grosses Medienecho aus.
 - Die Nationale Plattform gegen Armut beauftragt die Universität Basel und die Hochschule Luzern Soziale Arbeit mit einer Studie über die Situation von Rechtsschutz und Rechtsberatung in der Sozialhilfe. Die Studie stellt fest: «Der Rechtsschutz in der Sozialhilfe hat Lücken, und teilweise sind sie gravierend» (Fuchs et al. 2020, S.4). Es mangle in den Sozialdienst an juristischen Kenntnissen und an Zeit. Auch hat die Studie «Evidenz für eine zu rigide Auslegung der Voraussetzungen bzw. für zu pauschale Ablehnungen ergeben» (S.122). Sie empfiehlt u.a. leicht zugängliche, unentgeltliche und unabhängige juristische Beratungsstellen bereits auf den untersten Verfahrensstufen.
 - Die bei 190 Sozialdiensten in 5 Deutschschweizer Kantonen durchgeführte Studie «HarmSoz» weist erhebliche Unterschiede im Vollzug nach. «Insgesamt führen die verschiedenen gesetzlichen Rahmenbedingungen, der unterschiedliche Umgang mit Ermessensspielräumen, mangelnde Aufsicht des Vollzugs und der eingeschränkte Zugang zum Recht zu einer Situation, in der Klient:innen unterschiedliche Leistungen erhalten, je nachdem in welcher Gemeinde sie einen Antrag auf Sozialhilfe stellen». Kleinere Sozialdienste sind oftmals zu wenig professionalisiert. Die von der FHNW durchgeführte Studie basiert auf Fallvignetten (Roulin & Hassler 2023, S. 33 s.).
 - Eine weitere Untersuchung fokussiert auf Mietzinsrichtlinien. Von Journalist:innen des Vereins Oeffentlichkeitsgesetz.ch und Reflekt in Zusammenarbeit mit sechs Tageszeitungen in allen 550 Gemeinden von fünf Deutschschweizer Kantonen durchgeführt, stellt sie fest, dass die Mietzinslimiten für eine vierköpfige Familie zwischen 935 und 2250 Franken netto variieren. Viele

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs, 1963 – 2025

Gemeinden hatten ihre Richtlinien seit Jahren nicht angepasst (Oeffentlichkeitsgesetz.ch & Reflekt 2024).

- Eine Studie über die materielle Situation von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe) stellt u.a. fest, dass die heutige Sozialhilfe den «verfassungs- und völkerrechtlich verankerten kinderrechtlichen Verpflichtungen» ungenügend nachkomme und damit den betroffenen Kindern keine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermögliche. So deckten die SKOS-Richtlinien weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Kinderkosten ab. Bei Familien mit Asylfürsorge (per Gesetz unter der ordentlichen Sozialhilfe, je nach Kanton nur die Hälfte davon) sei die Unterversorgung noch wesentlich prekärer. Die Studie kritisiert ausserdem die stark degressiven Ansätze für Familien mit mehreren Kindern und Jugendlichen aufgrund einer veralteten Äquivalenzskala und politischem Druck, die restriktiven und oftmals willkürlichen Entscheide betreffend situationsbedingter Leistungen sowie die Tatsache, dass dem Alter der Kinder nicht Rechnung getragen werde. Die Studie wird vom Büro BASS im Auftrag der SODK, der SKOS und weiterer offizieller Stellen durchgeführt (Höglinger et al. 2024).
- **2023-2027 Richtlinienrevision** – Um «für die kommenden Herausforderungen gerüstet» zu sein, lanciert die SKOS eine weitere Richtlinienrevision in 3 Etappen. Die erste soll korrigieren, die zweite einige Themen klären und die dritte Fragen zu Wohn- und Lebensgemeinschaften klären. Die Änderungen der ersten Etappe treten per 1.1.2024 in Kraft⁵. Ausserdem gehören zwei Prüfaufträge der SODK zur Revision; sie betreffen einerseits die Anpassung des Grundbedarfs und andererseits die Rückerstattung. **Zur 2. Etappe läuft eine Vernehmlassung bis Mitte 2025.**

Kommentar. Die von der SKOS immer wieder genannten und von vielfältigen Studien bestätigten Probleme wie Nichtbezug, Notwendigkeit von Vereinfachungen der Verfahren und des Zugangs, starke kommunale Unterschiede und insbesondere die zu niedrigen Unterstützungsansätze werden in dieser Revision nicht angegangen.

Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs, 1963 – 2025

Seit seiner ersten Fassung von 1963 wird der Grundbedarf (GB) nach SKOS-Richtlinien immer wieder angepasst, sowohl was seine Zusammensetzung als auch, was seine Höhe betrifft. Der Grundbedarf gilt grundsätzlich für alle Sozialhilfebeziehenden; trotzdem werden für bestimmte Personengruppen tiefere Beträge eingeführt. Diese sind oben aufgelistet (Entwicklung der SKOS-Richtlinien).

Zwischen 1992 und 1998 wird der Grundbedarf in zwei Etappen zunehmend pauschalisiert und nach Haushaltsgrösse systematisiert. Gewisse Leistungen der «zusätzlichen Hilfen» werden in den Grundbedarf aufgenommen und die Unterhaltsberechnung nicht mehr von Alter und Zivilstand, sondern von der Haushaltsgrösse abhängig gemacht. Dies stärkt die Dispositionsfreiheit und die Rechtsgleichheit. Man unterscheidet nun zwischen dem Grundbedarf I für die Existenzsicherung und dem Grundbedarf II für die Teilnahme am Sozialleben. 2003 erreicht der Grundbedarf

⁵ SKOS Richtlinienreiviion in drei Etappen. <https://skos.ch/skos-richtlinien/richtlinienrevision-2023-2027>, abgerufen 20.11.2024.

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Entwicklung des empfohlenen Grundbedarfs, 1963 – 2025

seinen Höchststand mit 1030 Franken (Grundbedarf I) + 46 bis 160 Franken (Grundbedarf II) für eine Einzelperson (Gurny & Tecklenburg 2016, S. 9). Der Grundbedarf I entspricht dem Betrag zur «Existenzsicherung, um in der Schweiz dauerhaft ein menschenwürdiges Leben zu führen», während der Grundbedarf II darauf abzielt, «den Grundbedarf an die regionalen Gegebenheiten anzupassen [...]. Der Betrag II gilt für alle sozialhilfeempfangenden Haushalte in einer bestimmten Region [...und zielt darauf ab,] die soziale Integration aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen» (SKOS-Richtlinien 12/02, B.2–3 und B.2–6).

Ausserdem soll seit 2009 gemäss SKOS-Richtlinien der Grundbedarf grundsätzlich an die Teuerung angepasst werden gemäss den Modalitäten der Ergänzungsleistungen der AHV/IV «spätestens mit einem Jahr Verzögerung» (Empfehlungen 2022 C.3.1). Eine solche Anpassung findet per 1. Januar 2011 und per 1. Januar 2013 statt, dann erst wieder per 1. Januar 2020 und danach folgen weitere Anpassungen aufgrund der neuen starken Teuerung, allerdings jeweils «mit verlängerter Übergangsfrist» (also noch länger als 1 Jahr Verzögerung, das ohnehin vorgesehen ist)⁶.

Per 1.1.2025 empfiehlt die SODK einen Grundbedarf von 1061 Franken. Gemäss SKOS übernehmen 10 Kantone diese Richtlinie (also 1061 Franken) per 1.1. 2025 und 2 Kantone zu einem späteren Zeitpunkt 2025. In 1 Kanton (VD) verbleibt der Grundbedarf inkl. Integrationszulage bei 1138 Franken, in 12 Kantonen bei 1031 Franken (also Richtlinie 2023) und in 1 Kanton (BE) bei 1006 Franken (also Richtlinie 2022). 5 Kantone planen eine Anpassung an die Richtlinie 2025 per 2026⁷

⁶ Beschluss SODK vom 30.11.2020: Grundbedarf für Einpersonenhaushalt auf 1006 Franken per 1.1.2022.

⁷ Höhe des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt (GBL) für einen Einpersonenhaushalt. Empfehlung SODK ab 1.1.2025: CHF 1061. SKOS, Stand 1.1.2025. https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/richtlinien/teuerung/Karte_GBL_in_den_Kantonen.pdf, abgerufen 16.12.2024.

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen

SKOS-Richtlinien, Grundbedarf, Einpersonenhaushalt, absoluter Wert

Gültig ab	Betrag	Zusätzlich als materielle Grundsicherung
1963	180 - 230 Franken	+ zusätzliche Hilfen nach Bedarf
1972	360 Franken	+ 80 Franken Taschengeld
1982	510 Franken	+ 120 Franken frei verfügbare Quote
1992	670 Franken	+ 150 Franken frei verfügbare Quote
1998	1010 Franken	+ Grundbedarf II, 45 – 100 Franken
2003	1030 Franken	+ Grundbedarf II, 46 – 160 Franken
2005	960 Franken	+ diverse Zulagen je nach Situation
2011	977 Franken*	+ diverse Zulagen je nach Situation
2013	986 Franken*	+ diverse Zulagen je nach Situation
2020	997 Franken*	+ diverse Zulagen je nach Situation
2022	1006 Franken*	+ diverse Zulagen je nach Situation
2023	1031 Franken*	+ diverse Zulagen je nach Situation
2025 ⁸	1061 Franken*	+ diverse Zulagen je nach Situation

*Teuerungsanpassung

Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen

Grundsätzlich, gemäss SKOS-Richtlinien, sind Leistungen der Sozialhilfe in der Schweiz Schulden, die rückerstattet werden müssen. Ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat dieses System bereits vor 25 Jahren als überholt bezeichnet und seine abschreckende Wirkung auf potenzielle Sozialhilfebeziehende betont (OECD 1999, S. 170).

Die SKOS empfiehlt seit mindestens 1999, grundsätzlich keine Rückerstattung auf Einkommen zu fordern, das nach der Unterstützungszeit durch eine Erwerbstätigkeit erworben wird. Leistungen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration sollen nicht rückerstattungspflichtig sein. Ebenso soll Personen, die infolge eines Erbes oder erheblichen Vermögensanfalles Leistungen rückerstatten müssen, ein angemessener Betrag belassen werden. Wenn Kantone eine Rückerstattung vorsehen, soll dies mit einer grosszügigen Einkommensgrenze und für eine begrenzte Dauer geschehen (SKOS-RL 2016 E3). Die ab 2021 geltenden Richtlinien empfehlen zudem, folgende Leistungen von der Rückerstattungspflicht auszunehmen: Prämien für Krankenkasse, Gesundheitskosten für Menschen mit Behinderung sowie Leistungen für eine Reihe von Personen, u.a. Kinder und Jugendliche (SKOS-RL 2021 E.2).

In ihrem Monitoring-Bericht 2021 bedauert die SKOS, dass die Rückerstattungspflicht «von den Kantonen und Gemeinden sehr unterschiedlich gehandhabt» wird (SKOS 2022, S. 13).

⁸ Beschluss SODK vom 8.11.2024: Erhöhung des Grundbedarfs um 2,9% auf Empfehlung der SKOS infolge der Teuerungsanpassung der AHV/IV. Die SODK empfiehlt, die Anpassung spätestens per 1.1.2026 einzuführen.

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen

—

Die Frage der Rückerstattung gibt u.a. Hinweise darauf, in welchen Situationen Unterstützung als legitim betrachtet wird. Sie bleibt weiterhin aktuell, wie die zahlreichen in dieser Chronologie aufgeführten Vorstösse aufzeigen:

- Der Nationalrat nimmt keine Stellung zur Rückerstattungspflicht (2022, Kapitel Bundeskompetenz);
- SKOS. Während der Coronakrise gelten die üblichen Empfehlungen der SKOS in Sachen Rückerstattung. Daran erinnert die SKOS in einem Merkblatt (29.5.2020) (Kapitel Corona, Empfehlungen und Vorstösse der SKOS);
- Die Rückerstattung ist eines der Themen der laufenden Richtlinienrevision 2023-2027 (siehe oben). Rückerstattungspflichtig wären nur mehr Leistungen für Grundbedarf und Wohnen für Erwachsene;
- AG: Die Rückzahlung durch Altersvorsorge-Guthaben ist ab 1.1.2023 verboten (Kantone, 2019-2023, Altersvorsorge-Guthaben);
- BL: Der Vorschlag, auf Rückzahlungen aus Lohneinkommen zu verzichten, wird 2018 abgelehnt, sieben Jahre später dann eingeführt (2025) (Kantone);
- BE: Drei Erwähnungen: 1) Die EL für minderbemittelte (sic) Personen kennen keine Rückerstattungspflicht (Kapitel Grundeinkommen, BE, 1971-2016). 2) Die Rückerstattung nach Erbschaften soll systematischer erfolgen (Kantone, BE, 2016). 3) Im Vorschlag einer Gesamtrevision des Sozialhilfegesetzes soll die Rückzahlung auf grossen Vermögenszuwachs beschränkt werden (Kantone, BE, 2024, hängig);
- FR: Drei Erwähnungen: 1) Während der Coronakrise fordert ein *Manifeste pour la dignité*, die Rückzahlungspflicht abzuschaffen (Kapitel Corona, FR, Manifeste). 2) Trotz eines Grossratsbeschlusses, auf Rückzahlungen aus Lohneinkommen zu verzichten (Kantone, FR, 2023, Rückerstattung), behält das neue Sozialhilfegesetz 3) die Rückzahlungspflicht bei, beschränkt sie aber auf steuerbare Einkommen über 57'000 Franken (Kantone, FR, 2025);
- GE und VD: Die Nicht-Rückzahlbarkeit ist ein starkes Argument für die Einführung der neuen Mindesteinkommen in den Kantonen GE (1995) und VD (1997). Diese beiden Kantone schaffen in der Folge die Rückerstattungspflicht auch in der traditionellen Sozialhilfe ab: Genf 2004 mit Ausnahme von Erbe oder hohem Lotteriegewinn; VD in der Kantonsverfassung 2003 (Art. 60 Abs.b) (Kapitel Kantone);
- GR: Der Grosse Rat stimmt einer Überprüfung der Rückerstattungspflicht zu (2021). Im Oktober 2024 nimmt er eine entsprechende Teilrevision des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger an. Die allgemeine Pflicht wird beibehalten, aber aufgehoben bei Integrationsmassnahmen, Erstausbildung und Behinderung (Kapitel Kantone);
- UR: Die Vorlage eines neuen Sozialhilfegesetzes behält die Rückerstattung aus Einkommen bei (Ende Oktober 2024 hängig) (Kapitel Kantone);
- VS : En 2017, le Grand conseil prolonge le délai de remboursement de 10 à 20 ans. En 2021, la nouvelle loi sur l'aide sociale supprime l'obligation de remboursement suite à une activité lucrative sauf situations très favorables (chap. Cantons).

—

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Projekte der SKOS

Projekte der SKOS

- **2011, Modell SKOS für Familienergänzungsleistungen** - Die SKOS veröffentlicht ein Modell für Familienergänzungsleistungen mit dem Ziel, Familienarmut zu bekämpfen und die Sozialhilfe zu entlasten (SKOS 2011, Juni).
- **2011, Stipendien statt Sozialhilfe** - Die SKOS will eine wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie fordert eine Revision des Stipendiensystems sowie die Unterstützung von jungen Menschen. Diese Massnahmen gewichtet die SKOS als höchste Priorität im Kampf gegen Armut (SKOS 2011, Dezember).
- **2018, Kampagne Alternativen zur Sozialhilfe für über 55-Jährige** - Die SKOS lanciert eine Kampagne Alternativen zur Sozialhilfe für über 55-Jährige. Die Kampagne fordert insbesondere, dass Arbeitslose im Alter von über 55 Jahren nicht mehr ausgesteuert werden können und dass verschiedene Bildungs- und Arbeitsmarktmassnahmen für sie ausgearbeitet werden (SKOS 2018b, Februar). Diese Kampagne wird ein grosser Erfolg: am 19.6.2020 beschliesst die Bundesversammlung eine Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose (siehe Kapitel Ältere Arbeitslose).
- **2018-2023, Weiterbildungsoffensive für Sozialhilfebeziehende** - Die SKOS lanciert eine Weiterbildungsoffensive für Sozialhilfebeziehende unter dem Titel «Arbeit dank Bildung» in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Weiterbildung SVEB. Die SKOS stellt fest, dass ein grosser Teil der Sozialhilfebeziehenden keine Berufsausbildung hat. Sie fordert Investitionen in die Bildung, also für möglichst umfassende Qualifikationen, um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern (SKOS 2018a, Januar).

Eine Motion von Nationalrat Kurt Fluri (FDP) nimmt diese Forderungen auf. Er beauftragt den Bundesrat, im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2021–2024 einen Kredit von 40 Millionen Franken für die Förderung von Grundkompetenzen und die berufliche Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden zu sprechen⁹. Der Bundesrat beantragt Ablehnung (5.9.2018). Am 19.6.2020 wird die Motion abgeschrieben, da nicht innert zwei Jahren abschliessend behandelt. Die Forderung wird aber aufgenommen in der Debatte zum BFI-Kredit 2021-2024. Die Mittel für die Förderung der Grundkompetenzen werden auf 43 Millionen erhöht und die Sozialhilfebeziehenden im Grundsatzpapier des SBFI erstmals explizit erwähnt¹⁰.

Im Januar 2023 bildet sich eine Allianz mit Organisationen aus Bildung, Soziales, Wirtschaft und Sozialpartnern (u.a. Schweiz. Arbeitgeberverband SAV, Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB), die sich eine Ausweitung der Weiterbildungsoffensive zum Ziel setzt (Medienkonferenz 16.1.2023). Im Kontext des oft erwähnten Fachkräftemangels zählt die Allianz auf einen erhöhten Willen, Tiefqualifizierte weiterzubilden.

⁹ Arbeit dank Bildung. Motion 18.3537, eingereicht am 14.6.2018.

¹⁰ https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/2020/06/grundsatzpapier-21-24.pdf.download.pdf/grundsatzpapier_2021-2024_d.pdf

3. SKOS-Richtlinien, Projekte der SKOS

Projekte der SKOS

—

- **2024, Caseload Converter.** Nach der Studie der Stadt Winterthur (s. Sozialhilfe in den Kantonen, Städte, 2017 Winterthur) und einer ersten Testphase erarbeitet ein Forschungsteam der ZHAW um die Autorin der Winterthurer Studie Myriam Eser Davolio gemeinsam mit dem Büro BASS und der SKOS ein Online-Berechnungsinstrument (genannt Caseload Converter). Dieses soll es Sozialdienstleitenden ermöglichen, den Personalbedarf für ihren Sozialdienst zu ermitteln. Ab 2024 steht das Instrument den Mitgliedern der SKOS gegen Bezahlung zur Verfügung¹¹.

Kommentar. Das Instrument legt ausgehend von der gängigen Praxis eine sehr hohe Referenzfallzahl zugrunde. Die von den Sozialarbeitenden erwarteten Tätigkeiten sind nicht konkret aufgeführt.

¹¹ https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/themen/Organisationsentwicklung/Caseload-Converter_Abschlussbericht.pdf

4 Grundrechte, Datenschutz

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts werden Personen, die in Armut leben und/oder Sozialhilfe beziehen, auf Bundesebene gewisse Grundrechte formal zugesprochen: 1978 das Stimm- und Wahlrecht, 1979 die Niederlassungsfreiheit und 1995 das Recht auf Hilfe in Notlagen. Die Gewährung dieser Rechte zeugt von einem gesellschaftlichen Konsens, alle Bürger:innen gleich zu behandeln unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation, und dies kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Allerdings verhindern diese Grundrechte keine Armut. Und zahlreiche weitere Grundrechte bleiben eingeschränkt, so die persönliche Freiheit oder die Entscheidungs- und Dispositionsfreiheit. Um den Schutz der Privatsphäre (Datenschutz) ist es besonders schlecht bestellt: Im Rahmen der sog. Amts- oder Rechtshilfe können Sozialdienste von anderen Behörden Daten erhalten und müssen ihnen solche übermitteln, ohne die sozialhilfebeziehenden Personen dahingehend zu informieren oder ihre Einwilligung einzuholen. Über ihre persönliche, finanzielle, berufliche und gesundheitliche Situation müssen Sozialhilfebeziehende systematisch und umfassend Auskunft geben. Diese Bestimmungen verletzen das Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre (Art. 13 Bundesverfassung). Sie betreffen insbesondere Personen ohne Schweizerpass und können zu deren Ausweisung führen (siehe Kapitel Ausländer). Ausserdem werden mancherorts Sozialhilfebeziehende überwacht infolge einer neu geschaffenen bundesgesetzlichen Grundlage für Observationen von Versicherten im Oktober 2019. Eine vergleichbare totale Offenlegung und Kontrolle der individuellen Situation verlangt der Staat in keinem andern Bereich.

So wird Sozialhilfebeziehenden infolge ihrer Armut die Rechts- und Handlungsfähigkeit für eine selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung nicht in gleichem Mass zuerkannt wie Personen ausserhalb der Sozialhilfe. Ihre Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten sowie ihre Rechte sind massiv eingeschränkt. Dies verletzt das Prinzip der Rechtsgleichheit.

Hier die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler, danach auf kantonaler Ebene, jeweils chronologisch nach dem neusten Datum geordnet.

4. Grundrechte, Datenschutz

Nationale Ebene

Nationale Ebene

- **1978, Stimm- und Wahlrecht auch für Arme (Männer)** -Trotz der Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts für Männer ab 1798 schliessen die meisten Kantonsverfassungen Bedürftige von der Wahlbevölkerung aus, mit Ausnahme der Kantone Waadt und Genf, die ihnen dieses Recht 1845 bzw. 1847 gewähren. Die Bundesverfassung von 1848 garantiert den männlichen Schweizern das Stimm- und Wahlrecht, anerkennt aber die Ausschlussgründe der Kantone (Geisteskrankheit, Geistesschwäche, strafrechtliche Verurteilung, fruchtlose Pfändung, Konkurs, Sittenlosigkeit, Bettelei, Zwangsversorgung usw.), welche gegen 20 Prozent der erwachsenen Männer betreffen. 1915 stützt das Bundesgericht immer noch den Ausschluss von Bedürftigen vom Wahl- und Stimmrecht. Nach der Wirtschaftskrise des Ersten Weltkriegs wird der Ausschluss infolge Zahlungsunfähigkeit auf den verschuldeten Vermögenszerfall beschränkt. Seit 1978 dürfen weder strafrechtlich Verurteilte noch zahlungsunfähige Bürger:innen von ihren Bürgerrechten ausgeschlossen werden¹.
- **1979, Niederlassungsfreiheit für Sozialhilfebeziehende.** Zwei neue Verfassungsartikel, die an der Abstimmung vom 7. Dezember 1975 angenommen werden, garantieren die Niederlassungsfreiheit von Schweizer:innen im gesamten Staatsgebiet² und weisen dem Wohnkanton die Unterstützungskompetenz von Bedürftigen zu³. Auf dieser Grundlage entsteht das Bundesgesetz vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG), das am 1. Januar 1979 in Kraft tritt. Das ZUG legt die gesamtschweizerische rechtliche Basis für eine Praxis, die bereits weitgehend gängig ist, eben das Prinzip der Hilfe am Wohnort (und nicht am Heimatort). Die Änderung ist allerdings nicht vollständig: Nach ZUG muss der Heimatkanton während der ersten zwei Niederlassungsjahre in einem Nichtheimatkanton weiterhin für die Unterstützung aufkommen (Art. 16 ZUG) (s. Tabin et al. 2010).

Obwohl jegliche Abschiebung aus dem Kanton gemäss ZUG verboten ist, wird Sozialhilfebeziehenden manchmal das Niederlassungsrecht verweigert (siehe Kapitel Sozialhilfe in den Kantonen, SG 2013-2019).

Erst 40 Jahre später werden die Artikel 14 und 16 des ZUG mit Wirkung per 8. April 2017 aufgehoben infolge einer parlamentarischen Initiative von Ständerat Philippe Stähelin (CVP)⁴. Dies ist der letzte Akt, mit dem das Heimatprinzip in der Sozialhilfe durch das Wohnortsprinzip abgelöst wird.

- **1995, Ungeschriebenes Verfassungsrecht auf Existenzsicherung** - Ein Bundesgerichtsentscheid vom 27. Oktober 1995 (BGE 121 I 367) anerkennt zum ersten Mal in der Schweiz ein Recht auf Existenzsicherung. Aufgrund der Beschwerde dreier tschechischer Brüder - im Kanton Bern wohnhafte anerkannte Flüchtlinge - anerkennt das Bundesgericht (BGer) ein «ungeschriebenes Verfassungsrecht» auf Existenzsicherung in Notlagen unter Einhaltung der Grundrechte wie das Recht auf Menschenwürde, auf Leben, auf persönliche Freiheit, auf

¹ Bundesgesetz über die politischen Rechte von 1976 (s. Poledna 2010).

² Art. 45, der in der Bundesverfassung von 1999 zu Art. 24 wird.

³ Art. 48, der in der Bundesverfassung 1999 zu Art. 115 wird.

⁴ Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons. Parlamentarischen Initiative 08.473, eingereicht von Ständerat Philippe Stähelin (CVP) am 3.10.2008. Diese PI wird am 14.12.2012 vom Ständerat und gleichentags vom Nationalrat angenommen.

4. Grundrechte, Datenschutz

Nationale Ebene

—

persönliche Entfaltung, auf Gleichheit und auf minimale materielle Gerechtigkeit. Gemäss dem BGer ist die Deckung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse in einem demokratischen Rechtsstaat unabdingbar. Der Grund der Bedürftigkeit (auch ein mögliches schweres Verschulden) oder der Aufenthaltsstatus sind dabei irrelevant. Rechtsmissbrauch liegt gemäss BGer nur dann vor, «wenn das Verhalten des Bedürftigen einzig darauf ausgerichtet ist, in den Genuss von Hilfeleistungen zu gelangen».

Diese neue Rechtsprechung verändert die Praxis und bald auch die Bundes- und Kantonsverfassungen sowie die kantonalen Gesetze grundlegend.

- **2000, Recht auf Hilfe in Notlagen.** Die neue Bundesverfassung von 1999, die am 1. Januar 2000 in Kraft tritt, verankert die Gewährleistung der Menschenwürde und das Recht auf Hilfe in Notlagen:
 - Art. 7 Menschenwürde. Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen.
 - Art. 12 Recht auf Hilfe in Notlagen. Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.

Die Einschränkung «nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen» wurde im Laufe der parlamentarischen Debatten hinzugefügt. Der ursprüngliche Entwurf des Bundesrats hielt ein bedingungsloses Recht fest: «Recht auf Existenzsicherung. Wer in Not ist, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind»⁵.

Viele Kantonsverfassungen enthalten unterdessen ähnliche Formulierungen wie die Bundesverfassung und garantieren ein Recht auf Hilfe in Notlagen für ein menschenwürdiges Dasein.

- **2008, Zusammenarbeit zwischen IV und Sozialhilfe** - Die fünfte IV-Revision führt das Prinzip der Früherfassung ein. Das revidierte Gesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, regelt die entsprechenden Informationsflüsse in folgenden neuen Artikeln:
 - «Zur Meldung berechtigt sind: [...] die Durchführungsorgane der kantonalen Sozialhilfegesetze» (Art. 3b Abs. 2j IVG);
 - «[...] arbeiten die IV-Stellen eng zusammen mit [...] den Durchführungsorganen der kantonalen Sozialhilfegesetze»⁶.
- **2009, Meldepflicht für Namen von Ausländer:innen, die Sozialhilfe beziehen** - Nach den Änderungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG, neu: AIG) und der entsprechenden Verordnung (VZAE), die am 1. Januar 2009 in Kraft treten, müssen die Behörden der Sozialhilfe den Migrationsbehörden unaufgefordert die Namen der Ausländer:innen übermitteln, die Sozialhilfe beziehen. Hier die neuen Artikel:
 - «Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Behörden unterstützen sich gegenseitig in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erteilen die benötigten Auskünfte und gewähren auf Verlangen Einsicht in amtliche Akten. [...] Der

⁵ Botschaft über eine neue Bundesverfassung (96.091), BB 1996-666, S. 591.

⁶ Art. 68bis Abs. 13 IVG, eingeführt mit der 4. IV-Revision, neuer Wortlaut in der 5. Revision.

—

4. Grundrechte, Datenschutz

Nationale Ebene

—

Bundesrat bestimmt, welche Daten den Behörden nach Absatz 1 gemeldet werden müssen bei [...] dem Bezug von Sozialhilfe»⁷.

- «Die für die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen zuständigen Behörden melden der kantonalen Migrationsbehörde unaufgefordert den Bezug von Sozialhilfe durch Ausländerinnen und Ausländer»⁸.
- **2010, Recht auf ein menschenwürdiges Leben, keine Bettelexistenz.** Ein Bundesgerichtsentscheid führt die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 12 aus: «Das Grundrecht auf Existenzsicherung garantiert kein Mindesteinkommen, sondern nur das Überleben im Sinne eines menschenwürdigen Lebens: die Deckung der Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung und medizinische Grundversorgung. Artikel 12 der Bundesverfassung beschränkt sich also darauf, jene Mittel zu decken, die ein menschenwürdiges Überleben ermöglichen, um eine Bettelexistenz auf der Strasse zu vermeiden»⁹.
- **2011, Sozialhilfe bekommt Zugang zum Informationssystem der Arbeitslosenversicherung AVAM** - Nach der Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG), die am 1. April 2011 in Kraft tritt, haben die Sozialdienste mittels Abrufverfahren Zugriff auf die IT-Systeme (Informationssystem für Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik AVAM), «welche der Dossierverwaltung und der beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen und sozialhilfeabhängigen Ausgesteuerten dienen» (Art. 96c, Abs. 2ter AVIG).
- **2018, Bearbeitung von schützenswerten Daten im Einbürgerungsprozess erlaubt** - Mit dem Inkrafttreten des neuen Bürgerrechtsgesetzes 2018 (siehe Kapitel «Ausländer:innen», 2018 Sozialhilfebezug verhindert Einbürgerung) kann das Staatssekretariat für Migration (SEM) fortan «Personendaten bearbeiten, einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders schützenswerten Daten über [...] die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen» (Art. 44 BÜG).
- **2019, Überwachung (Observation) von Versicherten und in der Sozialhilfe** – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verbietet in seinem Urteil vom 18. Oktober 2016 (in Sachen Vukota-Bojic gegen die Schweiz, Nr. 61838/10) die Überwachung der Versicherten, weil eine rechtliche Grundlage fehle. Nach diesem Urteil müssen die Unfallversicherungen und die IV jegliche Überwachung einstellen. Daraufhin reicht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR eine parlamentarische Initiative (16.479) ein, vorauf das Parlament das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ATSG in Rekordzeit revidiert (Entscheid 16. März 2018). Die Änderung schafft die rechtliche Grundlage und erlaubt nun dem Versicherer, eine versicherte Person «verdeckt» zu überwachen, wenn sie sich an einem öffentlichen Ort oder an einem Ort befindet, der von einem allgemein zugänglichen Ort aus frei einsehbar ist. Er kann dabei «Bild- und Tonaufzeichnungen machen und technische Instrumente zur Standortbestimmung einsetzen, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die versicherte Person unrechtmässig Leistungen bezieht oder zu erhalten versucht» (Art. 43a). Ein Direktionsmitglied des

⁷ Art. 97 AIG, Amtshilfe und Datenbekanntgabe, unverändert übernommen vom AuG.

⁸ Art. 82, neu Art. 82b VZAE, Meldepflichten.

⁹ BGE 136 I 254, 8C_724/2009 vom 11. Juni 2010.

—

4. Grundrechte, Datenschutz

Nationale Ebene

Versicherers kann die Überwachung anordnen (eine Bewilligung des Gerichts wie bei mutmasslichen Straftaten wird nicht benötigt) und «externe Spezialistinnen und Spezialisten» (= Privatdetektive) damit beauftragen, mit Ausnahme der Standortbestimmung.

Zwei Bürger und eine Bürgerin (eine Autorin, ein Jurist und ein Student) ergreifen das Referendum gegen diese Gesetzesänderung. Dieses wird darauf von vielen politischen Parteien und Vereinen, darunter AvenirSocial, unterstützt und kommt schnell zustande. In der Volksabstimmung vom 25. November 2018 wird die Gesetzesänderung mit 64,7 Prozent angenommen. Per 1. Oktober 2019 tritt die Verordnung (ATSV) in Kraft und somit sind Observationen wieder erlaubt.

Nun betrifft zwar das ATSG die Sozialversicherungen und nicht direkt die Sozialhilfe (als Bedarfsleistungssystem in kantonaler Kompetenz), jedoch lassen sich die Kantone im Bereich Sozialhilfe von den ATSG-Bestimmungen inspirieren. Infolge obgenannter Entscheide schaffen zahlreiche Kantone eine gesetzliche Grundlage für Observationen der Sozialhilfe, unserer Kenntnis nach die Kantone (in alphabetischer Reihenfolge) AG 2017-2024, TG 2022, VS 2017, VD 2020, ZG 2024, ZH 2017-2021 (Details gleich unten, Kantonale Ebene).

- **2020, Sozialhilfedaten bleiben geschützt** - Am 15. September 2017 reicht der Bundesrat eine Botschaft betr. Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz ein (17.059). Erklärtes Ziel ist, der technischen Entwicklung sowie den Entwicklungen in der EU Rechnung zu tragen. Die vorberatende Kommission (Staatspolitische Kommission) des NR beschliesst als Erstrat mit 9 gegen 9 Stimmen und 7 Enthaltungen bei Stichentscheid des Präsidenten (Mehrheit durch SVP und FDP), dass Sozialhilfebezug nicht mehr als besonders schützenswerte Personendaten gelten soll (Art. 4 Abs. c Al. 6), denn es könne «im Interesse der Vertragspartner, der Anbieter oder gar der Öffentlichkeit sein, zu wissen, ob eine Person Sozialhilfe bezieht». Der Nationalrat hingegen belässt Sozialhilfebezug in der Liste der geschützten Daten (24.9.2019, 126 gegen 67 Stimmen), und so bleibt es denn auch in der Schlussabstimmung des revidierten Gesetzes (25.9.2020).
- **2023, keine Förderung der Rechtsberatung** – Der Bundesrat soll die Rechtsberatung in der Sozialhilfe mittels Anschubfinanzierung in den Kantonen fördern, um den Zugang zum Recht zu verbessern. Dies fordert eine Motion der Nationalrätin Samira Marti (SP)¹⁰. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung aus Gründen der kantonalen Zuständigkeit. Die Motion wird abgeschrieben, da nicht innerhalb von 2 Jahren behandelt (22.12.2023).

¹⁰ Motion Förderung der Rechtsberatung in der Sozialhilfe mittels Anschubfinanzierung, Motion 21.4486, eingereicht am 16.12.2021.

4. Grundrechte, Datenschutz

Kantonale Ebene

Kantonale Ebene

Kanton Aargau, AG

- **2018, Informationen automatisch weitergeben** - Das revidierte Sozialhilfegesetz sieht u.a. die automatische Weitergabe von Informationen inklusive besonders schützenswerten Personendaten vor (s. Kapitel Sozialhilfe in den Kantonen, AG 2018, schärfere Kriterien).
- **2017 - 2024, Gesetzliche Grundlage für Observationen** - Anfangs 2017 stimmt der Grosse Rat einem Vorstoss zu, welcher die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für Observationen beim Verdacht auf Missbrauch der Sozialhilfe verlangt¹¹. Ende 2020 verlangt eine erneute Motion nochmals dasselbe, denn aargauische Gemeinde-Sozialämter «beklagen sich zunehmend über potentielle Missbrauchsfälle, bei denen es aber beinahe unmöglich erscheint, den Missbrauch gerichtsverwertbar nachzuweisen»¹². Der Grosse Rat nimmt die Motion an (8.12.2020). In eine Teilrevision des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes wird die gesetzliche Grundlage für Observationen aufgenommen. AvenirSocial nimmt Stellung dagegen¹³. Der entsprechende Artikel 19c wird von Grünen und SP abgelehnt, von der Mehrheit hingegen angenommen. Die Revision tritt per 1.1.2024 in Kraft.

Kanton Bern, BE

- **2012, Generalvollmacht** - Mit dem revidierten Sozialhilfegesetz des Kantons Bern (SHG), das am 1. Januar 2012 in Kraft tritt, muss jeder und jede Empfänger:in eine Generalvollmacht unterzeichnen, die sich auf Artikel 8b und 8c stützt. Damit kann der Sozialdienst bei jeder Instanz (private oder öffentliche, medizinische, Banken, Versicherungen usw.) beliebig Informationen einholen.

Mehrere Vereine, darunter AvenirSocial, und Privatpersonen führen Beschwerde vor Bundesgericht: eine solche Bestimmung sei verfassungswidrig, da der Schutz der Privatsphäre nicht geachtet und eine Anhäufung von Informationen ermöglicht werde. Das BGER weist die Beschwerde mit 3 gegen 2 Stimmen ab (8C_949/2011, 4.9.2012): die Bestimmung könne verfassungsgemäss sein, wenn sie nicht strikt umgesetzt werde; dazu müsse sie die vom Gesetz vorgesehene Dreistufigkeit bei der Informationsbeschaffung einhalten: zunächst durch die Mitwirkungspflicht der Person, dann über Dritte und erst dann mit der Generalvollmacht. Das BGER äussert ausserdem ein grosses Vertrauen in die Sozialarbeiter:innen: «Die abstrakt betrachtet verfassungskonforme Vollmacht erwiese sich als verfassungswidrig, wenn zu befürchten wäre, dass sie entgegen den dargelegten Einschränkungen verwendet würde. Von besonderer Bedeutung ist dabei [...] die Qualität der Gesetzesanwender [...]. Im Bereich Sozialhilfe sind grundsätzlich Personen beschäftigt, welche aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage

¹¹ André Rotzetter (CVP), Motion 16.240, 15. Februar 2017, angenommen als Postulat.

¹² Motion betreffend Schaffung der gesetzlichen Grundlage für Observationen beim Verdacht auf Missbrauch der Sozialhilfe, 20.124, eingereicht von René Bodmer (SVP), mitunterzeichnet von Grossräten und Grossrätinnen aus CVP und FDP am 12.5.2020.

¹³ Vernehmlassungsantwort AvenirSocial zu den Änderungen im Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (SPG). 25.11.2021. https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2021/11/20211125_Vernehmlassungsantwort_AG_Sozialhilfegesetz_AvenirSocial-1.pdf

4. Grundrechte, Datenschutz

Kantonale Ebene

—

sind, zwischen für den Sozialhilfeanspruch erforderlichen und nicht erforderlichen Informationen zu differenzieren. Das zeigt sich etwa am Berufsbild, welches der Beschwerde führende Verband AvenirSocial [...] vermittelt. [...] Ausbildungsstand und Interessenlage lassen die Gefahr missbräuchlicher Verwendung solcher Vollmachten daher als sehr gering erscheinen». Gemäss BGer kommt eine Verweigerung, die General-vollmacht zu unterzeichnen, einer Mitwirkungsverweigerung gleich. Dies kann eine Kürzung rechtfertigen, darf aber den absoluten Existenzbedarf nicht berühren.

Die drei Organisationen, die die Beschwerde beim BGer eingelegt hatten, reichen daraufhin eine Individualbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit den gleichen Argumenten wie vor dem BGer ein (2. April 2013). Der EGMR erklärt die Beschwerde für unzulässig, ohne den Entscheid zu begründen und dies per Entscheid durch einen Einzelrichter¹⁴.

Thurgau, TG

- **2022, Thurgau, gesetzliche Grundlage für Observationen** - Der Grossrat Ruedi Zbinden (SVP) und 58 Mitunterzeichnende verlangen 2018 per Motion die gesetzliche Ermöglichung von Observationen bei «missbräuchlichem Sozialhilfebezug»¹⁵. Der Regierungsrat erachtet den Vorschlag als zielführend und legitim auch im Hinblick auf die eidgenössische Annahme des ATSG und nimmt die Motion an (21.1.2019), ebenso der Grosse Rat (13.3.2019). AvenirSocial spricht sich gegen eine entsprechende Revision des Sozialhilfegesetzes aus¹⁶. Im Februar 2021 legt der RR eine Revisionsvorlage des Sozialhilfegesetzes vor¹⁷. Damit sollen Observationen auf schriftliche Anfrage von der Fürsorgebehörde angeordnet werden dürfen (also ohne richterlichen Beschluss). Am 12.1.2022 stimmt der Grossrat der Vorlage zu. Die Revision tritt per 1.7.2022 in Kraft.

Canton du Valais, VS

- **2017, Base légale pour observations** - Une modification de la Loi sur l'intégration et l'aide sociale (LIAS) entre en vigueur le 16.2.2017. Elle précise les possibilités d'observation des bénéficiaires dans un nouveau chapitre 4a (Inspection spécialisée, art. 15b).
- **2021, Facilitation de la transmission des données** – Lors de sa révision totale de la loi sur l'aide sociale, le canton facilite la transmission des données.

Canton de Vaud, VD

- **2020, Base légale pour observations** - Le Conseil d'État veut autoriser l'observation des bénéficiaires de l'aide sociale. Le processus pour y parvenir est tout à fait inhabituel car il est inséré dans le cadre du débat sur le budget de l'année

¹⁴ 7. November 2013. Siehe Avenirsocial.ch > Was wir tun > Medien > zum Archiv > 9.4.2013 Beschwerde beim EGMR.

¹⁵ Überwachung bei missbräuchlichem Sozialhilfebezug. Motion 16 MO 15 190, eingereicht am 14.2.2018 von Ruedi Zbinden (SVP) und 58 Mitunterzeichnenden.

¹⁶ AvenirSocial > Wer wir sind > Region Ostschweiz, 12. Mai 2020.

¹⁷ Regierungsrat, Botschaft zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe, 20 / GE 5/125, 23.2.2021. Der Änderungsvorschlag betrifft auch die Rückzahlung von SH-Leistungen von Geflüchteten (siehe Kapitel Geflüchtete 2022).

—

4. Grundrechte, Datenschutz

Kantonale Ebene

—

suiivante (2020). Dans ce contexte, le Conseil d'État propose des changements de plusieurs lois dont celle sur l'aide sociale. Il argumente à ce propos qu'il cherche à «assurer, respectivement augmenter, la sécurité financière pour l'État»¹⁸. Il propose un nouvel article 39d de la LASV : « L'enquêteur peut observer secrètement un bénéficiaire et, à cette fin, effectuer des enregistrements visuels ou utiliser des instruments techniques visant à le localiser ». Par mesures techniques, il faut entendre l'utilisation d'un GPS.

Le député Axel Marion (PDC) demande de supprimer le recours à des instruments techniques, ce que refuse le Grand Conseil (70 Non, 30 Oui, 20 Abstentions). L'article 39d est introduit dans la LASV avec quelques avis contraires et abstentions (11.12.2019). En troisième débat, le vote de la séance précédente est confirmé par 106 Oui, 11 Non et 20 Abstentions (17.12.2019), alors qu'en vote finale, la loi est acceptée, à main levée, à une très large majorité avec seulement quelques voix contraires. Le nouvel article entre en vigueur au 1^{er} mars 2020.

Kanton Zug, ZG

- **2024, Observationen und Datenbeschaffung.** Die CVP-Fraktion verlangt per Motion eine gesetzliche Grundlage für Observationen im Bereich Sozialhilfe¹⁹, welche vom Grossen Rat angenommen wird (7.3.2019). Der RR legt daraufhin eine Teilrevision des Gesetzes über die Sozialhilfe vor, welche eine Regelung von Observationen sowie Präzisierungen im Bereich der Auskunftspflicht und der Datenbeschaffung und -bekanntgabe enthält. In ihrer Vernehmlassungsantwort zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes äussert sich die Region Zentralschweiz von AvenirSocial gegen die Einführung von Observationen (2.2.2022). Die neuen Artikel treten per 1.1.2024 in Kraft.

Kanton Zürich, ZH

- **2012, Kein Datenschutz mehr für Sozialhilfebeziehende und Personen, die mit ihnen im Kontakt stehen** - Das Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich wird am 12. Juli 2010 ergänzt, womit der Datenschutz von Sozialhilfebeziehenden massiv eingeschränkt wird. Daten über Sozialhilfebeziehende können bzw. müssen seither per Gesetz unter verschiedenen Verwaltungsbehörden zirkulieren. Diese Daten umfassen insbesondere Ursachen, Beginn, Umfang und Beendigung des Bezugs; Abtretungen und Auszahlungen; Realisierung von Vermögenswerten; Grad der Integration; Verdacht auf unrechtmässigen Bezug; persönliche und berufliche Verhältnisse. Den Sozialhilfeorganen müssen folgende Stellen Auskunft erteilen: Verwaltungsbehörden; Organisationen und Personen, welche mit öffentlichen Aufgaben betraut sind; Personen, die mit dem Hilfesuchenden in einer Hausgemeinschaft leben oder ihm gegenüber unterhalts- oder

¹⁸ Canton de Vaud, Conseil d'État (octobre 2019). Exposé des motifs et projets de budgets [2020] et Rapport du Conseil d'État et Exposés des motifs et projets de loi et Exposé des motifs et projets de décret et Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil et Réponses du Conseil d'État [à des interpellations], nr. 168, p.124.

¹⁹ Schaffung von Grundlagen für die Überwachung von Sozialhilfebeziehenden bei begründetem Verdacht auf Sozialhilfebetrug. Vorlage 2809.1 – 15623 eingereicht von der CVP-Fraktion am 2.12.2017. Bericht des RR Nr. 3429.1 vom 24.5.2022.

—

4. Grundrechte, Datenschutz

Kantonale Ebene

—

unterstützungspflichtig sind; Arbeitgeber des Hilfesuchenden (Art. 47a bis 47d und Art. 48). Die neuen Artikel treten am 1. Januar 2012 in Kraft.

- **2014, Direktzahlung von Krankenkassenprämien** - Im Kanton Zürich müssen seit 2014 die Krankenkassenprämien für Sozialhilfebeziehende von der Gemeinde direkt dem Versicherer überwiesen werden (Art. 18 Abs.2 EG KVG), dies im Widerspruch zu den SKOS-Richtlinien, die Direktüberweisungen nur in Ausnahmefällen vorsehen (RL 04/05 und 12/16, A7; RL 2021 C.7).
- **2019, Direktzahlung von Mietkosten** – Mitglieder des Grossen Rates aus FDP, GLP und SVP fordern mit einer Motion, dass Direktzahlungen der Mietkosten von Sozialhilfebeziehenden analog zu Direktzahlungen der Krankenkassenprämien (siehe oben, 2014) «grundsätzlich möglich werden»²⁰. Trotz der Empfehlung des Regierungsrates auf Nichteintreten überweist der Grosse Rat die Motion mit 103 gegen 64 und 1 Enthaltung (22.6.2015) und heisst daraufhin eine entsprechende Änderung des Sozialhilfegesetzes gut, welche am 1. Januar 2019 in Kraft tritt. So können seither die Mietkosten von Sozialhilfebeziehenden «in jedem Fall direkt überwiesen werden» (Art. 16 Abs.3 Sozialhilfegesetz Kanton Zürich).
- **2020, Keine zusätzliche Weitergabe von Informationen** – Eine Motion von Grossratsmitgliedern aus SVP, BDP und FDP fordert die Weitergabe von Informationen sowie die Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen bei Wohnortwechseln²¹. Der Grosse Rat überweist die Motion an den Regierungsrat (3.4.2017). Dieser nimmt die Forderungen in die Gesamtrevision des Sozialhilfegesetzes auf (Antrag RR 3.4.2019). Die Motion wird somit abgeschrieben (13.1.2020). Allerdings kommt die Gesamtrevision nicht zustande (s. Kapitel Sozialhilfe in den Gemeinden, ZH 2020, Keine Totalrevision).
- **2017-2021, Gesetzliche Grundlage für Observationen** – Grossrät:innen aus SVP, FDP und BDP fordern eine kantonale, rechtlich unangreifbare Grundlage für die Observation von Sozialhilfeempfänger:innen, um «die bewährte Tätigkeit der Sozialdetektive weiterhin zu gewährleisten»²². Der Grosse Rat nimmt die Initiative mit 122 Ja und 1 Nein an. Er stimmt daraufhin einer Änderung des Sozialhilfegesetzes zu (15. Juni 2020, 88 zu 85 Stimmen), welches die gesetzliche Grundlage für Observationen durch Sozialhilfedetektiv:innen schafft und die Bedingungen dafür festlegt. Der Einsatz von technischen Hilfsmitteln zur Bildaufzeichnung wird erlaubt. Observationen müssen vom Bezirksrat genehmigt werden. In letzter Minute werden technische Ortungsmittel wie GPS-Tracker an Fahrzeugen und unangemeldete Hausbesuche gestrichen. Die Dauer einer Observation wird auf höchstens 20 Tage innerhalb von sechs Monaten festgelegt.

Das revidierte Gesetz geht Vielen nicht weit genug. 49 Gemeinden ergreifen ein Gemeindereferendum, weil GPS-Tracking und unangemeldete Hausbesuche aus dem Gesetz gestrichen wurden. Während SVP und FDP das Referendum

²⁰ Sozialhilfegesetz und Verordnung, Änderung bezüglich Wohnkosten (Miete und Nebenkosten). Motion 268/2014 eingereicht von Linda Camenisch (FDP), Cyrill von Planta (GLP) und Willy Haderer (SVP) am 27.10.2014.

²¹ Weitergabe von Informationen sowie Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen in der Sozialhilfe bei Wohnortwechseln. Motion 58/2016 von Stefan Schmid (SVP), Rico Brazerol (BDP) und Linda Camenisch (FDP), eingereicht am 15. Februar 2016.

²² Klare rechtliche Grundlage für Sozialhilfedetektive. Parlamentarische Initiative 79/2017 von Benedikt Hoffmann (SVP), Linda Caenisch (FDP) und Rico Brazerol (BDP), eingereicht am 20.3.2017.

—

4. Grundrechte, Datenschutz

Kantonale Ebene

—

geschlossen unterstützen, ist die Linke gespalten: Grüne und Alternative Liste lehnen die Gesetzesänderung aufgrund der Grundrechtseingriffe ab, die SP hingegen befürwortet sie: sie sieht das Verbot von GPS-Überwachung und unangemeldeten Hausbesuchen als Fortschritt.

In der Referendumsabstimmung wird die Gesetzesänderung mit 67,7% Ja-Stimmen angenommen (Abstimmung 7. März 2021). Sie tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

- **2021, Anfechtungen erschwert** – Im Mai 2016 fordern die Grossrät:innen Benedikt Hoffmann (SVP), Linda Camenisch (FDP) und Cyrill von Planta (GLP), dass Weisungen nur im Zusammenhang mit einer Sanktion oder Leistungseinstellungen bzw. -kürzung angefochten werden können und damit der Entscheid des Verwaltungsgerichts vom 18. Juni 2009²³ rückgängig gemacht werde. Das vom Gericht geforderte Verfahren dauert ihrer Ansicht nach zu lange und ermögliche es den Sozialhilfebeziehenden, eine Sanktion hinauszuzögern²⁴.

Im Januar 2019 nimmt der Grosse Rat die Initiative an (Änderung Art. 21 SHG). Gegen die Verschärfung reichen im Februar 2019 die UFS, AvenirSocial und weitere Organisationen beim Bundesgericht Beschwerde ein. In einer Zwischenverfügung gewährt das BGer der Beschwerde eine aufschiebende Wirkung, weist dann aber die Beschwerde mit 3 gegen 2 Stimmen ab (14.1.2020, 8C_152/2019, Medienmitteilung) mit dem Argument, der Rechtsweg bleibe garantiert. Daraufhin reicht die UFS beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg Beschwerde ein (25.6.2020). Diese wird nicht entgegengenommen (kommentarloser Entscheid Einzelrichter, 28. April 2021).

- **2007 – 2022, Stadt Zürich, Sozialdetektive und Observationen** - Nach mehreren «Missbrauchsfällen» führt die Stadt Zürich im Sommer 2007 Sozialdetektive ein, welche bei Verdacht Personen observieren dürfen. Das Inspektorat wird 2009 von 90% der Stimmbevölkerung in der Gemeindeordnung festgeschrieben. Andere Gemeinden folgen. 2017 endet diese Handhabung infolge eines Beschlusses des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (siehe oben, Nationale Ebene, 2019, Ueberwachung). Kurz darauf legt die Exekutive der Stadt eine angepasste Verordnung vor, um wieder Observationen durchführen zu können. Das Stadtparlament nimmt diese an (April 2018), aber der Bezirksrat hebt sie aufgrund von zwei Rekursen wieder auf (14.12.2018), da die Kompetenz einer gesetzlichen Grundlage einzig dem Kanton zustehe. Nachdem der Kanton eine gesetzliche Grundlage für Observationen beschlossen hat (Abstimmung 7. März 2021, siehe unten), nimmt die Stadt Observationen nach den neuen Bestimmungen 2022 wieder auf²⁵.

²³ Prozess-Nummern: VB.2009.00262, VB.2009.00268 und VB.2009.00269.

²⁴ Keine selbständige Anfechtung von Auflagen und Weisungen in der Sozialhilfe. Parlamentarische Initiative 169/2016, eingereicht am 23.5.2016.

²⁵ Stadt Zürich, Stadtrat, Beschluss des Stadtrats, 5. Januar 2022. https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/Publikationen%20und%20Broschuren/Stadtratsbeschluesse/2022/Jan/StZH_STRB_2022_0007.pdf

—

5 Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Der politische Kontext bleibt in der Schweiz von der SVP und ihrem Kampf gegen «die Ausländer:innen» und gegen staatliche Unterstützung von Wenigverdienenden geprägt, mit tatkräftiger Unterstützung von bürgerlichen Parteien und Verbänden. Die SVP gewann zwei eidgenössische Volksinitiativen: jene «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (angenommen 2010) und jene «Gegen Masseneinwanderung» (angenommen 2014). Daraufhin werden stetig Verschärfungen eingeführt. Immer wieder wird das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AIG ab 1.1.2019) revidiert, das heisst immer verschärft, auch und gerade in Bezug auf die Sozialhilfe. So kann Sozialhilfebezug seit 2019 zur Ausweisung bzw. zur «Rückstufung» der Aufenthalts- und der Niederlassungsbewilligung führen. Sozialhilfebezug kann auch die Einbürgerung erschweren bzw. verunmöglichen insbesondere seit dem neuen Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG 2018). Und seit 2016 wird unrechtmässiger Sozialhilfebezug mit schweren Verbrechen gleichgesetzt – ein weiterer Schritt, um Armut zu kriminalisieren und Sozialhilfe zu delegitimieren. Zudem will der Bund die Sozialhilfe für Ausländer:innen aus Drittstaaten (Personen mit aussereuropäischer Nationalität) einschränken; entsprechende Arbeiten laufen seit 2014.

Die Logik hinter diesen Änderungen ist folgende: Sozialhilfebezug - durchaus rechtmässiger - ist nicht «normal» insbesondere bei Personen ohne Schweizer Pass; er muss und kann verhindert werden. Ausländer:innen sollen noch weniger Sozialhilfe erhalten als Schweizer:innen und ausgewiesen werden.

Sozialpolitik wird als Migrationspolitik instrumentalisiert. Es kann sein, dass die Verschärfungen bei Personen ohne Schweizer Pass in der Folge auf alle Sozialhilfebeziehenden ausgeweitet werden.

In den letzten Jahren – seit der Coronakrise – sind etliche Vorstösse zu verzeichnen, die die Gleichstellung von Personen ohne Schweizer Pass in Bezug auf Sozialhilfe fördern wollen.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene, danach jene auf kantonaler Ebene, jeweils in chronologischer Reihenfolge nach dem neusten Datum geordnet.

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Nationale Ebene

—

Nationale Ebene

- **2009, Namen von Ausländer:innen, die Sozialhilfe beziehen, müssen übermittelt werden** - Ab 1. Januar 2009 müssen die Behörden der Sozialhilfe den Migrationsbehörden unaufgefordert die Namen der Ausländer:innen, die Sozialhilfe beziehen, übermitteln (s. Kapitel Grundrechte, Nationale Ebene, 2009, Meldepflicht).
- **2014, Sozialhilfebezug verunmöglicht Aufenthaltsbewilligung** - Am 9. Februar 2014 wird die «Masseneinwanderungsinitiative» der SVP von 50,3% der Stimmenden angenommen. Die Initiative schlägt einen neuen Art. 121a der BV vor, welcher jährliche Kontingente und Höchstzahlen für die Aufenthaltsbewilligungen von Ausländer:innen inklusive Asylwesen in der Schweiz vorsieht. Dabei kann der «Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen [kann] beschränkt werden. [...] Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage».

2017 endet ein juristisches Nachspiel betreffend einer vermuteten Volksverhetzung mit einem Schuldspruch für namhafte Mitglieder der SVP. Das Bundesgericht urteilt, dass ein bei der Unterschriftensammlung geschaltetes Plakat, auf dem «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» zu lesen steht, den Tatbestand der Diskriminierung erfülle.

- **2010-2016, Unrechtmässiger Sozialhilfebezug wird schweren Verbrechen gleichgesetzt** - Am 15. Februar 2008 reicht die SVP eine eidgenössische Volksinitiative mit dem Titel «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» ein. Die Initiative will Artikel 121 der Bundesverfassung dahingehend ändern, dass Ausländer:innen «unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz [verlieren], wenn sie: wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchsdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind; oder missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe bezogen haben». Das Parlament verfasst einen Gegenvorschlag mit dem Titel «Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung». Am 28. November 2010 nehmen 52,3 Prozent der Stimmenden die Initiative an, während 52,6 Prozent den Gegenentwurf ablehnen.
 - Die SVP findet, dass sich die Umsetzung ihrer Initiative verzögere und reicht deshalb am 28. Dezember 2012 eine erneute eidgenössische Volksinitiative ein mit dem Titel «Initiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)». Die Initiative nimmt die Forderungen der vorherigen Initiative auf, aber der Ton wird verschärft. In der Volkabstimmung vom 28. Februar 2016 lehnen 58,9 Prozent der Stimmenden die Initiative ab.
 - Zur Umsetzung des neuen Artikels 121 der Bundesverfassung revidiert das Parlament insbesondere das Strafgesetzbuch StGB. Neu weist das Gericht Ausländer:innen aus der Schweiz aus, die für folgende strafbare Handlungen verurteilt wurden: «a) vorsätzliche Tötung [...], Mord [...], Totschlag [...],

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Nationale Ebene

—

Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord [...], strafbarer Schwangerschaftsabbruch [...]; e) Betrug [...] im Bereich einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe, unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe» (Art. 66a StGB). Ein weiterer neuer Artikel 148a StGB mit dem Titel «Strafbare Handlungen gegen das Vermögen/Unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe» sieht in solchen Fällen eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe vor, in leichten Fällen eine Busse. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Oktober 2016 in Kraft.

- **2018, Sozialhilfebezug verhindert Einbürgerung** - Das Bürgerrechtsgesetz von 1954 wird totalrevidiert und durch ein neues Bundesgesetz vom 20. Juni 2014 über das Schweizer Bürgerrecht (BüG) ersetzt, welches am 1. Januar 2018 in Kraft tritt. Das neue BüG nimmt Anpassungen an das Ausländerrecht vor und beinhaltet mehrere Verschärfungen. Es hält die Bedingungen zum Erwerb der Schweizer Staatsbürgerschaft fest: Die Bewerberin oder der Bewerber muss u.a. erfolgreich integriert sein (Art. 11), d.h. insbesondere am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung teilnehmen (Art. 12). Die entsprechende Verordnung (BüV) führt dies aus: «Wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die bezogene Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet» (Art. 7 Al.3 BüV). Die persönlichen Verhältnisse werden berücksichtigt (Behinderung, Krankheit, Erwerbsarmut, Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben, Sozialhilfeabhängigkeit die «nicht durch persönliches Verhalten herbeigeführt» wurde (Art. 9 BüV).
 - Ausserdem kann das Staatssekretariat für Migration (SEM) fortan «Personendaten bearbeiten, einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders schützenswerten Daten über [...] die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen» (Art. 44 BüG).
 - Die SKOS kritisiert den Ausführungserlass scharf, er komme einem Eingriff in die Grundrechte, Diskriminierung, fehlendem Persönlichkeitsschutz und Ausgrenzung gleich (SKOS 17. November 2015, Entwurf Ausführungserlass, Stellungnahme).
 - Mehrere Kantone revidieren ihr kantonales Recht entsprechend dem neuen BüG; einige verschärfen die Kriterien noch weiter.
- **2018, Einbürgerung für junge Sozialhilfebeziehende bleibt möglich** - Am 29.9.2017 reicht die Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP) eine parlamentarische Initiative mit dem Titel «Keine minderjährigen Sozialhilfebezüger erleichtert einbürgern» (17.489) ein. Am 13.9.2018 lehnt der Nationalrat die Initiative mit 112 gegen 67 Stimmen ab.
- **2008 - 2019, Sozialhilfebezug verhindert Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung** - Gemäss Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, müssen alle Ausländer:innen, die in die Schweiz einreisen wollen «die für den Aufenthalt notwendigen finanziellen Mittel besitzen» (Art. 5). Der Familiennachzug bleibt Ausländer:innen vorbehalten, die unter anderem «nicht auf Sozialhilfe

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Nationale Ebene

—

angewiesen sind» (Art. 44). Eine Aufenthaltsbewilligung kann widerrufen werden, «wenn die Ausländerin oder der Ausländer falsche Angaben macht, [...] zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde [...], erheblich oder wiederholt gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung [...] verstossen hat [...], [wenn sie oder er] oder eine Person, für die sie oder er zu sorgen hat, auf Sozialhilfe angewiesen ist» (Art. 62). Eine Niederlassungsbewilligung kann nur dann widerrufen werden, wenn «die Ausländerin oder der Ausländer oder eine Person, für die sie oder er zu sorgen hat, dauerhaft und in erheblichem Mass auf Sozialhilfe angewiesen ist» (Art. 63 al.1c).

Diese Artikel bleiben unverändert in der neuen Version des AuG, das in «Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration» (AIG) umbenannt wird und am 1. Januar 2019 in Kraft tritt.

Das neue AIG, also ab 1.1.2019, sieht zudem neu Integrationskriterien vor (Art. 58a), u.a die Teilnahme am Wirtschaftsleben. Letztere wird vom SEM in einer Weisung, welche 275 Seiten umfasst, ausgeführt: Ausländer:innen sollen «grundsätzlich in der Lage sein, für sich und ihre Familie aufzukommen, sei dies durch Einkommen, Vermögen oder Leistungen Dritter, auf die ein Anspruch besteht. [...] Wer hingegen Sozialhilfe bezieht, nimmt im Sinne dieser Bestimmung nicht am Wirtschaftsleben teil. So kann der Bezug von Sozialhilfe zum Widerruf der ausländerrechtlichen Bewilligung führen, wobei im Einzelfall die Ursachen für den Sozialhilfebezug zu berücksichtigen sind (Ziff. 8.3)»¹. Die persönlichen Verhältnisse müssen allerdings angemessen berücksichtigt werden (Art. 58a al.2 und 96 AIG): Beim Widerruf oder der Rückstufung von Bewilligungen ist «die Verhältnismässigkeit zu beachten, wobei vor allem das Verschulden an der Situation und die bisherige Verweildauer im Lande zu berücksichtigen sind (Urteil BGer 2C_1228/2012 vom 20. Juni 2013 E. 2.2 m.w.H). Zudem ist eine konkrete Gefahr der künftigen Sozialhilfeabhängigkeit erforderlich»². Das AIG gibt neu auch die Möglichkeit, die «Niederlassungsbewilligung einer Person, die dauerhaft und in erheblichem Mass auf Sozialhilfe angewiesen ist, [ist] auch dann zu widerrufen, wenn diese seit mehr als 15 Jahren in der Schweiz lebt (siehe dazu Ziff. 8.3.2.4)» (Weisung SEM, Ziffer 8.3.3.1). Vordem war dies nach 15 Jahren aus diesem alleinigen Grund nicht möglich.

Gemäss Freizügigkeitsabkommen FZA haben erwerbstätige Personen aus den EU/EFTA-Staaten sowie deren Familienangehörige grundsätzlich den gleichen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen wie Schweizerinnen und Schweizer (Art. 9 Abs. 2 Anhang I). ABER:

- Seit dem 1. Juli 2018 haben EU/EFTA-Angehörige, die erstmals zum Zweck der Stellensuche in die Schweiz einreisen, keinen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen. Dies gilt auch für ihre Familienangehörigen (Art. 29a AIG).
- Seit dem 1. Juli 2018 haben Angehörige der EU/EFTA-Staaten bei unfreiwilliger Beendigung der Erwerbstätigkeit während der ersten zwölf Monate des Aufenthalts in der Schweiz keinen Anspruch auf Sozialhilfe (Art. 61a Abs. 3

¹ SEM, Weisungen und Erläuterungen. I. Ausländerbereich (Weisungen AIG). Überarbeitete und vereinheitlichte Fassung. Oktober 2013, aktualisiert am 1. November 2021, Ziffer 3.3.1.4.1.

² SEM, Weisungen und Erläuterungen. I. Ausländerbereich (Weisungen AIG). Überarbeitete und vereinheitlichte Fassung. Oktober 2013, aktualisiert am 1. November 2021. Ziffer 8.3.1.5. Siehe auch Ziffern 8.3.2.4 und 8.3.3.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Nationale Ebene

—

AIG). Nach den ersten zwölf Monaten des Aufenthalts (also im 2. Jahr) behalten sie ihre Arbeitnehmereigenschaft noch während sechs Monaten nach der Beendigung der Erwerbstätigkeit oder nach der Beendigung der Auszahlung von Arbeitslosenentschädigungen (Art. 61a Abs. 4 AIG). Während dieser Zeit haben sie Anspruch auf Sozialhilfe (Art. 9 Abs. 2 Anhang I FZA). Nach diesen Fristen erlischt dieser Anspruch, wenn die ausländische Person nicht wieder die Arbeitnehmereigenschaft erlangt hat.

- **2019 – 2020, Bundesparlament, keine weiteren Verschärfungen** - Zwei Vorstösse für weitere Verschärfungen werden abgelehnt:
 - der Kanton St.Gallen verlangt mit einer Standesinitiative³ unter anderem die Festlegung eines Schwellenwertes der Sozialhilfe, der einen Widerruf der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung ermöglicht. Beide Räte schreiben die Initiative ab (NR am 19.6.2020, SR am 8.9.2020), da die Forderungen mit dem neuen AIG umgesetzt seien.
 - Nationalrat Erich Hess (SVP) fordert, dass bei einem Sozialhilfebezug über 50'000 Franken die Aufenthaltsbewilligung und bei über 80'000 Franken die Niederlassungsbewilligung unwiderruflich entzogen werde⁴. Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge (13.6.2019).

Trotzdem nimmt der Druck auf Ausländer:innen mit Sozialhilfebezug zu (siehe unten, «2014 – 2020 - 2022, Vermeidung von Sozialhilfebezug durch Personen aus Drittstaaten»). Siehe dazu insbesondere die Synthese von Paola Stanic (2020).

- **2020, Kinder nicht speziell schützen.** Der Bundesrat soll Vorschläge zum besseren Schutz von Kindern im Zusammenhang von Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen vorlegen. Dies verlangt die Nationalrätin Yvonne Feri (SP). Der BR erachtet das Anliegen als erfüllt und empfiehlt Ablehnung. Der Nationalrat lehnt ab (5.3.2020)⁵.
- **2020, National- und Ständerat, Keine neuen Hilfen für Papierlose** – (Siehe Kapitel Coronakrise).
- **2014 – 2020 - 2022, Vermeidung von Sozialhilfebezug durch Personen aus Drittstaaten** - Die FDP-Liberale Fraktion des Nationalrates will Einwanderer aus Drittstaaten für eine Anfangszeit von drei bis fünf Jahren nach der Einreise von der Sozialhilfe ausschliessen⁶. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung (5.11.2014), der Nationalrat nimmt den Vorstoss an (14.9.2016) und der Ständerat ein entsprechendes Postulat seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-S)⁷. Mit letzterem soll der Bundesrat die rechtlichen Möglichkeiten untersuchen, damit der Bund die Sozialhilfe für Ausländer:innen aus Drittstaaten einschränken oder ausschliessen kann.

³ Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen. Standesinitiative 16.307, eingereicht am 18. April 2016.

⁴ Sozialhilfe-Obergrenze für Ausländer. Parlamentarische Initiative 18.414, eingereicht am 15.3.2018.

⁵ Notwendige Kinderschutzmassnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern, Postulat 18.3121, eingereicht am 8. März 2018.

⁶ Keine Einwanderung in unser Sozialsystem. Motion 14.3691, eingereicht am 10.9.2014.

⁷ Kompetenzen des Bundes im Bereich der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten. Postulat 17.3260, eingereicht am 8.6.2017.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Nationale Ebene

—

Nach mehreren Berichten (Bundesrat, Büro BASS, Ecoplan, weitere Expert:innen) beschliesst der Bundesrat ein Massnahmenpaket, um die Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten einzuschränken (Medienmitteilung Bundesrat 15.1.2020).

Die SKOS kritisiert die Massnahmen als weitere Verschärfungen im Ausländerrecht, welche die Integrationsbemühungen unterlaufen und ausserdem in die Zuständigkeit der Kantone eingreifen⁸.

Zwei dieser Massnahmen treten per 1.1.2021 in Kraft⁹

- die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung von Personen, die in «erheblichem Umfang» Sozialhilfe beziehen, ist dem Staatssekretariat für Migration (SEM) zur Zustimmung zu unterbreiten ist. Der Schwellenwert für die Zustimmungspflicht beträgt 50 000 Franken bei Einpersonenhaushalten und 80 000 Franken bei Mehrpersonenhaushalten. Das Rundschreiben des SEM vom 2.2.2021 präzisiert, welche Leistungen der Sozialhilfe bzw. des Kindes- und Erwachsenenschutzes bei der Bestimmung dieses Schwellenwert einzubeziehen sind¹⁰
- Die Rückstufung einer Niederlassungs- zu einer Aufenthaltsbewilligung unterliegt der Zustimmung des SEM. Sind die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt und erscheint diese Massnahme im Einzelfall verhältnismässig, so besteht kein Ermessensspielraum für eine Verwarnung oder eine Rückstufung.

Das Massnahmenpaket vom 15.1.2020 sieht auch allfällige Gesetzesänderungen vor. Am 27.10.2021 gibt der Bundesrat entsprechende Änderungen im AIG in die Vernehmlassung: tiefere Ansätze während der ersten drei Jahre nach Erteilung einer Kurzaufenthalts- oder einer Aufenthaltsbewilligung an Drittstaatangehörige sowie Präzisierungen betreffend der Integrationsvoraussetzungen, welche auch Familienangehörige umfassen (Art. 38a, 58a Abs.1c und 84 Abs.5 AIG). Ziel ist es, «die Sozialhilfeleistungen für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten einzuschränken und so den Anstieg der Sozialhilfeausgaben [...] zu reduzieren. Zugleich schaffen die Massnahmen Anreize für die betroffenen Personen, sich besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren»¹¹.

In ihren Vernehmlassungsantworten lehnen die SKOS¹², AvenirSocial und die UFS¹³ oder auch die Charta Sozialhilfe Schweiz¹⁴ die Vorschläge dezidiert ab, da

⁸ SKOS, Anpassungen bei der Sozialhilfe für Personen aus Drittstaaten, Mai 2020, https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/positionen/2020_Stellungnahme_Sozialhilfe-Drittstaaten.pdf

⁹ Änderung der Verordnung des EJPD über die dem Zustimmungsverfahren unterliegenden ausländerrechtlichen Bewilligungen und Vorentscheide: Umsetzung der Handlungsoptionen zur Vermeidung von Sozialhilfebezug durch Drittstaatsangehörige, 4.8.2020.

¹⁰ <https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/rechtsgrundlagen/weisungen/auslaender/aufenthalt/20210221-rs-sozialhilfe.pdf.download.pdf/20210221-rs-sozialhilfe-d.pdf>

¹¹ SEM (26.1.2022). Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG). Einschränkung der Sozialhilfeleistungen für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten. Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. EJPD.

¹² Vernehmlassungsantwort 1.4.2022, <https://skos.ch/publikationen/vernehmlassungen>

¹³ Vernehmlassungsantwort AIG, 12.4.2022, <https://avenirsocial.ch/was-wir-tun/politische-aktivitaeten/>

¹⁴ Charta Sozialhilfe Schweiz. Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) – Argumente der Charta Sozialhilfe Schweiz. 1. März 2022. <https://charta-sozialhilfe.ch/infos#c1220>

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Nationale Ebene

—

sie prekäre Lebensverhältnisse förderten, die berufliche Integration hinderten, keine kostensenkende Wirkung hätten, diskriminierend seien, in die kantonale Hoheit eingriffen und nicht auf aktuellen Grundlagen beruhten. Ein Ergebnisbericht der Vernehmlassung soll dem Bundesrat in den nächsten Monaten vorgelegt und dann über das weitere Vorgehen entschieden werden (Information SEM auf Anfrage, 21.11.2024)

- **2022, Keine Legalisierung aller Personen ohne Aufenthaltstitel** - Der Bundesrat soll die Legalisierung aller in der Schweiz wohnhaften Personen zulassen, damit sie Zugang zum Gesundheitswesen und der Sozialhilfe haben. Dies fordert die Nationalrätin Stefania Prezioso Batou¹⁵. Der BR empfiehlt Ablehnung der Motion. Dies tut der Nationalrat (2.3.2022).
- **2022, Keine gerechte Sozialhilfe für alle** - Mit einer nationalen Petition ans Parlament fordert das HEKS (EPER) eine gerechte Sozialhilfe für alle (Pour une aide sociale juste). Sozialhilfe darf nicht zum Entzug der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung führen und kein Hinderungsgrund für Familiennachzug sein. Eingereicht am 28.6.2022 mit 8500 Unterschriften (<https://www.heks.ch/gerechte-sozialhilfe>). Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) reicht, sich auf die Petition beziehend, ein Postulat ein und verlangt eine Standortanalyse zum möglichen Handlungsbedarf¹⁶. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung, da bereits Studien im Gang seien. Der Nationalrat lehnt das Postulat ab (27.9.2023).
- **2022, Fragen zu Einbürgerungen und Sozialhilfe** - Der Bundesrat soll den Gründen für die tiefe Einbürgerungszahl in der Schweiz nachgehen. Dies fordert die Grüne Ständerätin Lisa Mazzone¹⁷. Ohne dass sie dies in ihrem Vorstoss explizit festhalten würde, ist einer der Gründe dafür Sozialhilfebezug. Der BR beantragt Annahme des Postulats (29.6.22). Dem stimmt der Ständerat zu (27.9.22) und überweist an den Bundesrat.
- **2022, Conseil national, Ne pas faciliter l'accès aux prestations d'aide sociale** (voir chap. Compétence fédérale).
- **2023, Studie zu den Auswirkungen von Sozialhilfe auf Einbürgerung und Aufenthaltsstatus gefordert** – Der Bundesrat soll eine Studie zu dieser Frage vorlegen, da die Revision des AIG von 2019 zahlreiche Personen hindere, Sozialhilfe zu beziehen. Dies fordert der Nationalrat Mustafa Atici (SP)¹⁸. Der Bundesrat beantragt Ablehnung (8.9.2021); er verweist auf eine hängige Studie (welche unterdessen publiziert wurde) (Guggisberg & Gerber 2022). Der Nationalrat lehnt das Postulat ab (4.5.2023).
- **2023, Anfrage für Daten zu den aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen bei Sozialhilfebezug** - Im Kontext ihrer Initiative bittet Samira Marti (siehe unten, 2020-2023, Keine Wegweisung) den Bundesrat um Daten zu den

¹⁵ Generelle Legalisierung von Sans-Papiers und garantierter Zugang zur Sozialhilfe für die ganze Bevölkerung. Motion 20.3339, eingereicht am 6.5.2020 von Stefania Prezioso Batou, Nationalrätin Ensemble à Gauche/Grüne Fraktion.

¹⁶ Analyse und Vergleich der Asylsozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden, Postulat 23.3586, eingereicht am 11.5.2023.

¹⁷ Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen. Postulat 22.3397, eingereicht am 5.5.2022.

¹⁸ Tausende Berechtigte verzichten auf Sozialhilfe aus Angst, ihr Aufenthaltsstatus werde zurückgestuft oder ihre Chancen auf Einbürgerung verschlechtert. Postulat 21.3731 eingereicht am 16.6.2021.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Kantonale Ebene

—

aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen bei Sozialhilfebezug¹⁹. Der BR beantwortet die Fragen am 23.2.2022. Im Dezember 2023 wird der Vorstoss abgeschrieben, da nicht innert 2 Jahren im Rat behandelt.

- **2020-2024, Keine Wegweisung von Ausländer:innen** – Die Nationalrätin Samira Marti (SP, BL) verlangt eine Änderung des Ausländergesetzes (AIG), damit Sozialhilfe nicht mehr zu einer Wegweisung führen kann bei Personen, die sich seit 10 und mehr Jahren ordnungsgemäss in der Schweiz aufhalten, ausser sie hätten ihre Bedürftigkeit mutwillig herbeigeführt oder belassen²⁰. Die SP, Unia und SBAA bilden eine Allianz und lancieren eine Petition an den Nationalrat mit dem Titel «Armut ist kein Verbrechen». Sie wird von rund 80 Organisationen unterstützt, darunter AvenirSocial. Die Petition wird im Juni 2023 mit 17'000 Unterschriften eingereicht²¹. Die Staatspolitische Kommission NR unterstützt die parlamentarische Initiative mit 12 gegen 11 Stimmen (27.5.2021), wohingegen jene des Ständerats sie ablehnt (7 gegen 6 Stimmen, 16.11.2021). Der Nationalrat nimmt sie an (96 Ja, 85 Nein, 21.9.2022, desgleichen der Ständerat mit 23 gegen 20 (12.6.2023).

Am 21.11.2024 gibt die Staatspolitische Kommission des NR eine Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung²². Diese schlägt nicht etwa die Streichung des Sozialhilfebezugs als mögliche Ursache eines Widerrufs des Aufenthalts- bzw. Niederlassungsrechts vor, sondern fügt einzig an, es sei «zu berücksichtigen, ob die betroffene Person durch eigenes Verschulden die Sozialhilfeabhängigkeit herbeigeführt» habe (neuer Art. 62 1 bis und 63 1 bis AIG).

Kantonale Ebene

Kanton Aargau, AG

- **2018, Verwarnung vor Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfebeziehenden** - Eine von Martina Bircher eingereichte Motion der SVP-Fraktion²³ will die Kriterien verschärfen, die zur Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfebeziehenden führen. Insbesondere verlangt sie, die ohne Ausschaffung «tolerierete» Leistungshöhe zu halbieren. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung oder Umwandlung in ein Postulat. Der Grosse Rat nimmt den Vorstoss mit folgender Änderung an: keine Ausschaffung, sondern Verwarnung des Entzugs von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen (13.11.2018).
- **2019, Keine Diskriminierung von Grossfamilien** - Die Grossrätin Martina Bircher (SVP) reicht eine Motion «betreffend Eigenverantwortung bei der Familienplanung für Sozialhilfeempfänger (drei Kinder sind genug)» (19.274, 10.9.2019) ein. Sie hält fest: «Mittlerweile stammt jeder 5. Sozialhilfeempfänger

¹⁹ Armut ist kein Verbrechen. Datenbeschaffung zu aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen bei Sozialhilfebezug. Interpellation 21.4630 von Samira Marti, eingereicht am 17.12.2021.

²⁰ Armut ist kein Verbrechen. Parlamentarische Initiative 20.451, eingereicht am 18.6.2020.

²¹ <https://poverty-is-not-a-crime.ch/de/> abgerufen 4.7.2023.

²² **Frist 14.3.2025.** Vernehmlassungsvorlage, erläuternder Bericht usw. siehe https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing#https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2024/91/cons_1

²³ Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfeempfängern – konsequente Anwendung des Ausländergesetzes (Art. 62 und 63). Motion 17.318, eingereicht am 12.12.2017.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Kantonale Ebene

—

im Kanton Aargau aus Afrika. Gerade in diesen Kulturkreisen sind Grossfamilien alltäglich». Diesen «Fehlanreiz» will sie mit Kürzungen der Ansätze für Grundbedarf und Wohnen auf maximal 5 Personen korrigieren. Der Regierungsrat lehnt die Motion in einer ausführlichen Antwort ab (11.12.2019), insbesondere weil sie die Rechtsgleichheit und das Diskriminierungsverbot missachte, indem sie Grossfamilien aus Afrika anvisiere. Der Vorstoss wird zurückgezogen (12.5.2020).

- **2020, erschwerte Einbürgerung bei Sozialhilfebezug** - Nach Inkrafttreten auf Bundesebene des neuen Bürgerrechtsgesetzes und der entsprechenden Verordnung (BüV) (s. Kapitel Ausländer:innen, 2018) behandelt der Aargauer Grosse Rat eine Änderungsvorlage des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG). Er nimmt zwei Paragraphen an, darunter eine Verlängerung der Wartefrist nach Sozialhilfebezug von 3 auf 10 Jahre, lehnt die Vorlage als Ganzes aber ab (9.5.2017). Die Grossrätinnen Edith Saner und Susanne Voser (beide CVP) verlangen daraufhin eine rasche Aufnahme der beiden Paragraphen in ein revidiertes Gesetz²⁴. Daraufhin stimmt der Grosse Rat einer Änderung des KBüG mit 86 zu 50 Stimmen zu (7.5.2019). Somit kann nicht eingebürgert werden, wer in den 10 Jahren vor dem Einbürgerungsverfahren Sozialhilfe bezog bzw. während des Verfahrens bezieht, denn diese Person «erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet» (neuer Art. 9 Abs. 2 KBüG). Die Abstimmungsbroschüre erwähnt eine Ausnahmeregel für Härtefälle gestützt auf das Bundesrecht²⁵, eine solche kommt im Gesetz aber nicht vor. Gegen das veränderte KBüG wird mit 43 Stimmen das Behördenreferendum ergriffen (ein Viertel der Ratsmitglieder verlangt eine Volksabstimmung). An der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 wird die Verschärfung von 53,2% der Abstimmenden angenommen.
- **2017 - 2022, Keine Senkung für Ausländer:innen** - Martina Bircher (SVP) und Konsorten (SVP, FDP, CVP) verlangen per Motion²⁶, die Sozialhilfe (Grundbedarf und Wohnung) sei in Abhängigkeit der getätigten Anzahl Steuerjahre und der Anzahl AHV-Beitragsjahre festzulegen. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab (20.9.2017). Der Grosse Rat nimmt sie mit 80 Ja gegen 52 Nein als Postulat an (Überweisung an den Regierungsrat 7.11.2017). Der RR verfasst daraufhin einen Bericht von 116 Seiten an den Grossen Rat²⁷; dieser betrifft auch die Motion «Motivation statt Sanktion» (siehe oben). Er schreibt: «Eine Umsetzung der Postulatsforderungen würde den Verwaltungsaufwand im Vollzug durch den Kanton und die Gemeinden entsprechend erheblich erhöhen und zu rechtlichen Unsicherheiten führen. Gleichzeitig ist der Nutzen einer Umsetzung der Postulate fraglich». Er schlägt Abschreibung beider Vorstösse vor. Dies tut der Grossrat

²⁴ Motion 17.167 eingereicht am 27.6.2017.

²⁵ Behinderung, Krankheit, Erwerbsarmut, Betreuungsaufgaben, Ausbildung «können dazu führen, dass kein Ausschluss vom Einbürgerungsverfahren stattfindet. Dabei darf die Sozialhilfeabhängigkeit nicht durch persönliches Verhalten herbeigeführt worden sein». Staatskanzlei Aargau, Abstimmungsbroschüre zur Vorlage vom 9. Februar 2020, S.9.

²⁶ Sozialen Frieden in der Sozialhilfe bewahren – Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien. Motion 17.157, eingereicht am 27. Juni 2017.

²⁷ Regierungsrat Kanton Aargau, 2. März 2022, Ergebnis der Prüfung der Postulate (17.157) "Sozialen Frieden in der Sozialhilfe bewahren – Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien gemäss § 10 Bemessungsrichtlinien (§ 10 SPG)" und (17.270) "Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe – Änderung der Bemessungsrichtlinien (§ 10 SPG)", 22.45.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Kantonale Ebene

—

(Sitzung 3.5.2022) ohne Gegenstimme bei 2 Enthaltungen. Die Urheber:innen der Vorstösse aus SVP, FDP und CVP stimmen also der Abschreibung zu.

Kanton Basel-Land, BL

- **2018, Senkung für Ausländer:innen** – Der Grossrat Peter Riebli (SVP) verlangt, den Grundbedarf sowie die Wohnkosten auf ein Minimum zu senken und zwar in Abhängigkeit der Anzahl Steuerjahre und der bezahlten Steuerbeträge, um dem Prinzip der Gegenleistung zu entsprechen und die Kosten der Sozialhilfe zu beschränken²⁸. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab (29.1.2018); sie ist seiner Meinung nach diskriminierend, illegal, nicht umsetzbar und ungerechtfertigt. Der Grosse Rat nimmt die Motion als Postulat mit 41 gegen 40 Stimmen an (22.3.2018). Es wird am 4.11.2021 im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes abgeschrieben.
- **2020, Keine Folgen des Sozialhilfebezugs für Ausländer während Corona** – Die Regierung soll dafür sorgen, dass die Anweisung des SEM umgesetzt wird, dass nämlich die Aufenthaltsbewilligungen nicht gefährdet werden dürfen infolge der Covid-Krise. Dies verlangt die Grossrätin Bianca Maag-Streit²⁹. Der RR denkt, dass die Gemeinden diesbezüglich informiert haben.

Kanton Basel-Stadt, BS

- **2017, Einbürgerung von Sozialhilfeempfängern (noch) unverändert** – Im Oktober 2016 reicht die SVP des Kantons Basel-Stadt eine Volksinitiative mit dem Titel «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern» ein. Die Initiative ist identisch mit einer im Kanton Bern (siehe dort 2013). Die Regierung erarbeitet eine Revision des Bürgerrechtsgesetzes als Gegenvorschlag zur SVP-Initiative, die sie für teilweise rechtlich zulässig hält. Sie empfiehlt die Ablehnung der Initiative (16.1642.01, 25.4.2017). Das Initiativkomitee zieht die Initiative am 24.10.2017 zurück.

Kanton Bern, BE

- **2013, Keine Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden** - Im Kanton Bern reicht die Junge SVP eine Volksinitiative mit dem Titel «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern» (2.2.2012) ein. Sie will den Zugang zum Bürgerrecht in der Berner Verfassung ändern und schlägt unter anderem Folgendes vor: «nicht eingebürgert wird namentlich, wer [...] wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist oder wer für eine Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren rechtskräftig verurteilt worden ist» und, im nächsten Absatz, «Leistungen der Sozialhilfe bezieht oder bezogene Leistungen nicht vollumfänglich zurückbezahlt hat» (Art. 7). Die Initiative wird in der Volksabstimmung vom 24. November 2013 mit 55,8 Prozent Ja-Stimmen eher überraschend angenommen.
- **2018, Erschwerte Einbürgerung** - Mit einem neuen Bürgerrechtsgesetz (KBüG) passt sich der Kanton Bern dem neuen Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (s. Kapitel Ausländer:innen, 2018) an. Er gewährt das Bürgerrecht nur

²⁸ Steuerjahre definieren Sozialhilföhe. Motion 2017/611, eingereicht am 30.11.2017.

²⁹ Corona-Krise, Folgen in der Sozialhilfe. Interpellation 2020/294.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Kantonale Ebene

—

mehr jenen Personen, die «erfolgreich integriert» sind. Dies ist nach Gesetz u.a. dann der Fall, wenn zehn Jahre vor der Gesuchseinreichung und während des Einbürgerungsverfahrens keine Leistungen der Sozialhilfe bezogen wurden, ausser die bezogenen Leistungen wurden vollständig zurückbezahlt. Ausnahmen sind möglich (Art. 12 KBüG vom 13. Juni 2017). Diese Regelung ist schärfer als jene des Bundesgesetzes, welches drei Jahre vorschreibt.

Kanton Graubünden, GR

- **2018, Erschwerte Einbürgerung** - Mit einem totalrevidierten Bürgerrechtsgesetz (KBüG) vom 13. Juni 2017 passt sich der Kanton Graubünden dem neuen Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (s. Kapitel Ausländer:innen, 2018) an. Allerdings gewährt er das Bürgerrecht weiterhin nur jenen Personen, die in den vergangenen zehn Jahren bezogene Sozialhilfegelder zurückbezahlt haben (Art. 5. Al.2c KBüG), während das Bundesgesetz dafür eine Frist von 3 Jahren vorsieht. Ausserdem können, wie im Bundesgesetz geregelt, die zuständigen Behörden Daten bearbeiten einschliesslich der Persönlichkeitsprofile und der besonders geschützten Personendaten, u.a. betreffend Massnahmen der Sozialhilfe (Art. 24, Ziffer e KBüG). Das Gesetz tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Kanton Solothurn, SO

- **2018, Keine Kürzungen für Junge und für Ausländer:innen** - Die Grossrätin Johanna Bartholdi (FDP.Die Liberalen) verlangt Abweichungen von den SKOS-Richtlinien in Abhängigkeit des Alters und der Anzahl AHV-Beitragsjahre sowie eine Beschränkung der Anspruchsdauer für Ausländer³⁰. Der Regierungsrat beantragt entschieden Ablehnung³¹. Dem folgt die Sozial- und Gesundheitskommission (13.12.2017). Frau Bartholdi zieht den Antrag zurück (24.1.2018).

Kanton St.Gallen, SG

- **2017, Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden nicht weiter verschärft** - Der Grossrat Mike Egger (SVP) verlangt im Namen seiner Fraktion, Kriminellen und Sozialhilfebezügern die Einbürgerung zu verweigern³². Der Regierungsrat ist der Meinung, das neue Bundesrecht werde den Anliegen der Motion gerecht (Antrag 10.1.2017). Die SVP zieht die Motion zurück (Grosser Rat, 20.2.2017).
- **2019, Keine Kürzung für Ausländer:innen** - Die Grossrätin Carmen Bruss und der Grossrat Sascha Schmid (beide SVP) verlangen in einer weiteren Motion eine Kürzung der Sozialhilfe von 30% für Leute, die noch nie einen Franken einbezahlt haben, sie nennen Junge und Ausländer:innen³³. Der Grosse Rat lehnt die Motion ab (25.11.2019).

³⁰ Kostenanstieg bei der Sozialhilfe bremsen. Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien gemäss Art. 93 Sozialverordnung SV. Auftrag A 0101/2017, 17.5.2017.

³¹ Regierungsratsbeschluss 2017/2007, A 0102/2017, DDI, vom 28.11.2017.

³² Notwendige Präzisierung der Einbürgerungskriterien. Motion 42.16.11, eingereicht am 28.11.2016.

³³ Kürzung der Sozialhilfe für Leute, die noch nie einen Franken in unser Sozialsystem einbezahlt haben. Motion 42.19.30, eingereicht am 12.9.2019.

—

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Kantonale Ebene

—

Kanton Tessin, TI

- **2021, Erschwerte Einbürgerung** - Der Grossrat Nicholas Marioli (Lega) verlangt, dass eine Einbürgerung nur für Personen möglich sei, welche in den vergangenen 10 Jahren keine Sozialhilfe bezogen oder diese zurückbezahlt haben³⁴. Auf Empfehlung der Justizkommission nimmt der Grosse Rat die Initiative mit 38 gegen 32 Stimmen an (18.2.2020). Die Gesetzesänderung tritt per 1.9.2021 in Kraft.

Canton du Valais, VS

- **2015, Expulser les étrangers qui demandent une aide sociale** - Les député:es Fournier (UDC), Bregy (PDC), Favre (PLR) et Maret (PDC) demandent, par motion urgente, de révoquer systématiquement l'autorisation de séjour ou d'établissement des étrangers qui demandent une aide sociale et d'accorder la seule aide d'urgence aux titulaires d'un permis L (autorisation de travail courte durée)³⁵. Le Grand Conseil accepte la motion (11.9.2015).
- **2015, Refus de remettre des cartes prépayées aux étrangers** - Le député Jean-Luc Addor (UDC) demande de remettre des cartes prépayées aux bénéficiaires étrangers pour éviter l'envoi d'argent liquide dans leur pays³⁶. Le Grand Conseil refuse le postulat (17.12.2015).
- **2016, Durcir les conditions d'accès pour les ressortissants européens** - Le député Grégory Logean (UDC) veut remédier à « l'explosion du budget de l'aide sociale » et éviter que les ressortissants de l'UE/AELE « n'émargent systématiquement de l'aide sociale ». Pour y parvenir, il demande notamment d'exclure de l'aide sociale les permis L, d'introduire un délai de carence avant l'octroi de l'aide sociale ordinaire pour les étrangers, de réglementer les normes pour jeunes bénéficiaires et l'utilisation d'un véhicule privé, de mieux contrôler les abus, de mettre en place de médecins-conseils « pour contrôler objectivement l'aptitude au travail » ainsi que d'abolir le secret de fonction à l'égard des services cantonaux³⁷. Le Conseil d'État estime que la plupart des points soulevés sont déjà réglés ou à l'étude et accepte la motion, ce dont le Grand Conseil prend acte dans sa séance du 16.12.2016.

Kanton Zürich, ZH

- **2012, Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden nicht eingeschränkt** - Am 18.11.2009 legt der Regierungsrat des Kantons Zürich dem Grossrat einen Revisionsentwurf des Bürgerrechtsgesetzes vor, um die Praxis im ganzen Kanton zu vereinheitlichen. In diesem Entwurf wird von den Einbürgerungskandidat:innen unter anderem wirtschaftliche Unabhängigkeit verlangt, eine Bedingung, die von Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen oder in den letzten drei Jahren bezogen haben oder Leistungen gemäss AVIG erhalten, als nicht erfüllt beurteilt wird. Der Grosse Rat verschärft den Regierungsvorschlag so sehr, dass die

³⁴ Modifica della Legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale (LCCit) (Inserimento del criterio di rimborso delle prestazioni assistenziali percepite negli ultimi dieci anni». Parlamentarische Initiative IG 667, 21.1.2019.

³⁵ Aide sociale – modifier la procédure concernant les étrangers au bénéfice de l'aide sociale. Motion 3.0209, déposée le 8.9.2015.

³⁶ Cartes prépayées pour les étrangers à l'aide sociale. Postulat 2.0116, déposé le 11.9.2015.

³⁷ Pour une révision de la loi sur l'intégration et l'aide sociale. Motion 2.0133, déposée le 18.12.2015.

5. Personen ohne schweizer Pass (Ausländer:innen)

Kantonale Ebene

—

Regierung der Volksabstimmung Ablehnung empfiehlt. Die SVP geht noch weiter und startet ein Referendum mit Gegenvorschlag unter dem Titel «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher», mit dem die Einbürgerungsvoraussetzungen zusätzlich verschärft werden sollen.

Der Grosse Rat und der Regierungsrat empfehlen Ablehnung des Gegenvorschlags. Die Volksabstimmung am 11. März 2012 lehnt sowohl den Vorschlag des Grossen Rates als auch den Gegenvorschlag der SVP ab.

- **2019, Keine Senkung für Ausländer:innen** - Für Ausländer:innen sollen reduzierte Sozialhilfeansätze gelten, und zwar in Abhängigkeit der getätigten Anzahl Steuerjahre in der Schweiz. Dies fordert der Grossrat Konrad Langhart mit zwei Mitunterzeichnenden (alle SVP)³⁸. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung, da der Vorstoss gegen die SKOS-Richtlinien verstosse und die Leistungen der Sozialhilfe ohnehin zu tief seien, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der Grosse Rat lehnt die Motion deutlich ab (127 Nein, 44 Ja, 2.12.2019).

³⁸ Steuerjahre definieren Sozialhilfeshöhe. Motion 367/2018, 3.12.2018.

6 Geflüchtete, Asyl

Seit dem ersten Asylgesetz von 1979 werden in jeder Revision – über 20! - weitere Verschärfungen vorgenommen, um die «Attraktivität» der Schweiz für Asylsuchende zu senken. Der Asylbereich ist zwar auf Bundesebene geregelt, jedoch sind die Kantone zuständig für die Durchführung der finanziellen und personellen Unterstützung, welche ihnen vom Bund teilweise rückvergütet wird. Auf organisatorischer Ebene ist der Asylbereich vielerorts nahe bei der ordentlichen Sozialhilfe angesiedelt. Die finanzielle Unterstützung im Asylbereich orientiert sich teilweise explizit an der Unterstützung gemäss ordentlicher Sozialhilfe, ist aber per Gesetz (Ausländergesetz und Asylgesetz) tiefer bzw. sehr viel tiefer angesetzt und kompliziert abgestuft nach Asylstatus und Stand des Verfahrens.

Die Anzahl der Geflüchteten unterliegt aufgrund von politischen und administrativen Entscheidungen auf europäischer und schweizerischer Ebene starken Schwankungen. So wurde im Frühjahr 2022 die Ankunft von Flüchtlingen aus der Ukraine in einer für die Schweiz hohen Zahl oft als Flüchtlingskrise bezeichnet¹.

Die Bereiche Sozialhilfe und Geflüchtete nähern sich in den letzten Jahren an, wie wir dies in diesem Kapitel aufzeigen. Dies verdient grosse Beachtung und erregt unsere Besorgnis, denn der Flüchtlings- und Asylbereich scheint als veritables Labor für Verschärfungen und Ungleichbehandlungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu dienen, welche dann in die ordentliche Sozialhilfe übertragen werden könnten.

Nachfolgend die uns bekannten Entscheide auf nationaler Ebene, nach dem neusten Datum geordnet, und danach jene auf kantonaler Ebene.

Zur Klärung stellen wir vorab die verschiedenen Ausweise im Asylverfahren vor.

¹ Das Staatssekretariat für Migration SEM zählt Ende November 2024 133'000 Personen im Asylverfahren, davon 43'000 vorläufig Aufgenommene. Dazu kommen 67'000 Personen mit S-Ausweis (Ukraine) und 66'000 anerkannte Flüchtlinge. Staatssekretariat für Migration SEM. Statistique en matière d'asile, novembre 2024.

<https://www.sem.admin.ch/sem/fr/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2024/11.html>

6. Geflüchtete, Asyl

Die Ausweise im Asylverfahren (Aufenthaltsstatus)

Die Ausweise im Asylverfahren (Aufenthaltsstatus)²

	Verfahren	Ausweis	Sozialhilfe	Unterstützung im Monat, Einzelperson
Asylsuchende	Asylgesuch gestellt, im Asylverfahren	Ausweis N	Asylsozialhilfe	CHF 300-800*
Nichteintretensentscheid	Asylantrag wird gar nicht erst geprüft, Ausweisung	NEE	Nothilfe	CHF 240-300*
Abgewiesene Asylsuchende	Asylantrag abgelehnt, Wegweisungsentscheid	NEGE	Nothilfe	CHF 240-300*
Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	Erfüllen die Flüchtlingseigenschaft, aber nach Schweizer Gesetzgebung besteht Asylausschlussgrund	Ausweis F	Ordentliche Sozialhilfe	CHF 1031 nach SKOS-Richtlinien
Vorläufig aufgenommene Ausländer:innen	Asylgesuch abgelehnt, aber Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar. Unterstehen nicht mehr dem Asyl-, sondern dem Ausländergesetz	Ausweis F	Asylsozialhilfe	CHF 300-800*
Schutzbedürftige	Vorübergehender Schutz für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung aufgrund Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen ohne ordentliches (individuelles) Asylverfahren	Schutzstatus S	Asylsozialhilfe	CHF 300-800*
Anerkannte Flüchtlinge mit Asylgewährung	Asylgesuch angenommen. Erfüllen die Voraussetzungen der Flüchtlingskonvention und die Anforderungen des nationalen Asylrechts	Ausweis B	Ordentliche Sozialhilfe	CHF 1031 nach SKOS-Richtlinien

*Einzelperson im Monat (wenn Unterstützung als Sachleistung nicht möglich) + Unterkunft + Krankenversicherung. Kantonale Regelungen, deshalb die Spannweite.

Nationale Ebene

- **2004 und 2008, Sozialhilfestopp und Nothilfe** - Ab 1. April 2004 erhalten Asylbewerbende mit einem Nichteintretensentscheid NEE nur noch Nothilfe und keine Sozialhilfe mehr, dies aufgrund ihrer Überführung vom Asyl- ins ordentliche Ausländerrecht. Sie gelten als Ausländer:innen mit illegalem Aufenthalt und haben die Schweiz unverzüglich zu verlassen. Bis dies soweit ist, können sie Nothilfe beziehen. Der Bund gewährt den Kantonen dafür einen einmaligen Pauschalbeitrag, den die Kantone nicht unbedingt vollständig und sehr unterschiedlich ausgeben (8.- bis 10 Franken pro Tag und Person je nach Kanton + Unterkunft). Per Gesetz liegt Nothilfe «unter dem Ansatz für die Sozialhilfe, die Asylsuchenden und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung» gewährt wird (Art. 82 AsylG) und wird «nach Möglichkeit» in Form von Sachleistungen an bestimmten Orten ausgerichtet. Nothilfe ist rund drei Mal tiefer als ordentliche Sozialhilfe.

Diese Regelung wird ab 1. Januar 2008 aufgrund des revidierten Asylgesetzes (AsylG 1998) auf abgewiesene Asylsuchende mit Wegweisungsentscheid NEGE ausgeweitet (SEM 2009; Kopf 2010; Gordzielik 2020).

² Schweizerische Flüchtlingshilfe, abgerufen 5.11.2024.

6. Geflüchtete, Asyl

Nationale Ebene

—

- **2014 Tiefe und noch tiefere Ansätze der Unterstützungsleistungen** - Nach einer weiteren Asylgesetzrevision gelten seit dem 1. Februar 2014 folgende Unterstützungsformen im Asylbereich. Drei Hauptkategorien lassen sich unterscheiden:
 - Anerkannte sowie vorläufig aufgenommene Flüchtlinge werden gemäss ordentlicher Sozialhilfe unterstützt;
 - Asylsuchende, Schutzbedürftige sowie vorläufig aufgenommene Ausländer:innen erhalten «nach Möglichkeit» Unterstützung in Form von Sachleistungen. Die Unterstützung (Asylsozialhilfe) liegt «unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung» (Art. 82 AsylG; Art. 86 AIG). Die kantonalen Unterschiede sind enorm und nicht einfach zu erfassen. Eine Einschätzung kommt auf rund 40% der ordentlichen Sozialhilfe (Schweiz. Flüchtlingshilfe 2022), während eine Umfrage (SODK 2021, Grosse Diskrepanzen, siehe unten) feststellt, dass die Ansätze der Asylsozialhilfe für eine Einzelperson um 19 bis 71% tiefer liegen als bei der einheimischen Bevölkerung;
 - Personen mit einem Wegweisungsentscheid sowie solche mit einem Nichteintretensentscheid sind von der Asylsozialhilfe ausgeschlossen. Sie erhalten nur noch Nothilfe (siehe oben, 2004 und 2008, Sozialhilfestopp), welche noch einmal tiefer angesetzt ist als Asylsozialhilfe (8.- bis 10.- pro Tag und Person je nach Kanton + Unterkunft).

Somit erhalten also nur anerkannte sowie vorläufig aufgenommene Flüchtlinge Sozialhilfe zu den gleichen Bedingungen und Ansätzen wie die ansässige Bevölkerung. Andere Kategorien des Asylbereichs (Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Ausländer:innen und Schutzbedürftige) erhalten Hilfe zu zunehmend tieferen Ansätzen als die ansässige Bevölkerung, während abgewiesene Asylsuchende mit Wegweisungsentscheid oder Nichteintretensentscheid nur noch Nothilfe erhalten.

Diese Ansätze gelten 2024 weiterhin.

- **2016, Zusammenlegung der Statistiken des Asyl- und Flüchtlingsbereichs mit jener der ordentlichen Sozialhilfe** (s. Kapitel Bundeskompetenz, Nationale Sozialhilfestatistik, 2016).
- **2019, Neues Asylverfahren** - Per 1. März 2019 tritt ein neues Asylverfahren in Kraft (beschleunigtes Verfahren, Bundesasylzentren). Dieses regelt auch die Kompetenzen in Sachen Unterstützung. Neu entrichtet der Bund Globalpauschalen nur noch während einer beschränkten Zeit, danach übernehmen die Kantone alle Kosten entsprechend zwei verschiedener Kategorien³.
 - Für Asylsuchende, Schutzbedürftige, vorläufig aufgenommene Ausländer:innen und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge überweist der Bund während höchstens sieben Jahren seit der Einreise Pauschalen an die Kantone. Die Pauschalen sind für jede Flüchtlingskategorie anders. Nach 7 Jahren übernimmt die ordentliche Sozialhilfe (Kanton bzw. Gemeinde) die Kosten (Art. 87 Abs.1 AIG).

³ 5. und 6. Kapitel des revidierten Asylgesetzes AsylG (insbes. Art. 88; Artikel 86 und 87 Bundesgesetz über die Ausländer:innen AIG.; Artikel 1-40 (insbes. Art. 20 und 24) der Asylverordnung 2 AsylV 2.

—

6. Geflüchtete, Asyl

Nationale Ebene

- Für anerkannte Flüchtlinge (Asylgewährung) überweist der Bund während höchstens 5 Jahren seit Einreichung des Asylgesuchs Pauschalen an die Kantone. Nach 5 Jahren übernimmt die ordentliche Sozialhilfe (Kanton bzw. Gemeinde) die Kosten (Art. 88 AsylG).

- **2021, Grosse kantonale Diskrepanzen in der Asylsozialhilfe** – Gemäss einer Umfrage der SODK liegt die Tagespauschale der Asylsozialhilfe in einer individuellen Unterkunft zwischen 9.70 und 26.80 Franken für Einzelpersonen und zwischen 35 und 62.40 Franken für eine vierköpfige Familie (SODK 2021). Verglichen mit dem SKOS-Grundbedarf liegt die Asylsozialhilfe somit bei Einzelpersonen um 19 bis 71 Prozent unter den Ansätzen der einheimischen Bevölkerung, bei einer vierköpfigen Familie um 10 bis 50 Prozent (SKOS 2023).
- **März 2022, Ukraine-Flüchtlinge** - Ab Beginn des Krieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 entsteht schnell eine grosse Solidarität in der Bevölkerung, auch Angst gegenüber einem Krieg, der auch die Schweiz bedrohen kann. Zahlreiche Flüchtlinge werden privat aufgenommen.

Der seit 1998 (Jugoslawienkriege) im Asylgesetz verankerte Schutzstatus S wird diesen Flüchtlingen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit ohne individuelle Prüfung ab 12. März 2022 für 2 Jahre gewährt. Die Unterstützungsleistungen sind einerseits identisch mit jenen für Asylsuchende, also tiefer als ordentliche Sozialhilfe und nach kantonalem Recht geregelt (siehe oben). Andererseits ist der Schutzstatus S vorteilhafter. Insbesondere dürfen diese Personen sofort arbeiten, die Familie nachziehen und haben freie Reisemöglichkeit im Schengenraum.

Rasch führen diese Ungleichbehandlungen zwischen verschiedenen Kategorien von Geflüchteten zu Kritik⁴.

Der Schutzstatus S wird mehrmals um jeweils 1 Jahr verlängert. Nach aktuellem Beschluss soll er bis zum 4. März 2026 gelten.

- **Juli 2022, Die SKOS berät Sozialdienste betr. Asylsozialhilfe** – Obwohl die SKOS grundsätzlich nur für die ordentliche Sozialhilfe zuständig ist, übernimmt sie im Kontext der Ukraine-Krise erstmals Funktionen im Bereich Asyl. Im Auftrag der SODK (2022) berät sie die für die Asylsozialhilfe zuständigen Sozialdienste in Zusammenarbeit mit der SODK (<https://skos.ch/themen/gefluechtete-aus-der-ukraine>). Ab Frühling 2023 dehnt sie die Beratung aus und integriert sie in ihr Beratungsforum. Ebenso publiziert sie auf ihrer Webseite zahlreiche Informationen zum Thema Flucht und Asyl (<https://skos.ch/themen/migration>).
- **2022, Nationalrat, Keine verbesserten Ansätze in der Asylsozialhilfe** – Im September 2022 verlangt die Nationalrätin Céline Widmer (SP), das Ausländerintegrations- und das Asylgesetz dahingehend anzupassen, dass Geflüchtete mit Schutzstatus und vorläufig Aufgenommene (aber nicht Asylsuchende, Ausweis N) den anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt werden, dh. ordentliche Sozialhilfe erhalten⁵. Dies, um das Existenzminimum zu gewähren, Integration zu ermöglichen und die grossen kantonalen Unterschiede abzuschaffen. Der Bundesrat beantragt Ablehnung; er sieht keinen Handlungsbedarf. Bei den genannten Gruppen stünde

⁴ Siehe z.B. Flüchtlingshilfe Schweiz, Medienmitteilung 30.5.2022; VPOD-SSP, Permis S et travail: quand KKS discrimine sans fondement. *Services publics*, 14 octobre 2022, p. 7.

⁵ Keine reduzierte Sozialhilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine und vorläufig Aufgenommene. Motion 22.4148 eingereicht am 29.9.2022.

6. Geflüchtete, Asyl

Nationale Ebene

die Rückkehr im Vordergrund und sie sollten daher «nicht in gleichem Ausmass von der Sozialhilfe profitieren wie Personen mit einem fortdauernden Anwesenheitsrecht». Auch würden erhebliche Mehrkosten entstehen (Stellungnahme BR 16.11.2022). Der NR lehnt die Motion ab.

- **Januar 2023, Die SKOS plädiert für höhere Ansätze in der Asylsozialhilfe, um Integration zu ermöglichen** – In einem Positionspapier kritisiert die SKOS die zu niedrigen Ansätze der Asylsozialhilfe. Diese seien kontraproduktiv und erlaubten kaum eine menschenwürdige Existenz, verhindern Integrationsanstrengungen und persönliche Verantwortung, schafften einen grossen administrativen Aufwand sowie ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen. Die SKOS stützt sich auf eine Umfrage der SODK von 2021 (Grosse Diskrepanzen, siehe oben) und ein Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern von 2022 (siehe unten, Kantonale Ebene, BE 2016-2023). Für die SKOS «lassen sich aus fachlicher Sicht tiefere Sozialhilfeansätze für Personen aus der Zielgruppe der Integrationsagenda nicht rechtfertigen, weil damit die Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben behindert und ein menschenwürdiges Leben erschwert werden». Sie fordert gleich hohe Ansätze wie in der Regelsozialhilfe für diese Personengruppen, was formal eine Revision von Art. 82 des Asylgesetzes bedingt (SKOS 2023).
- **2023, keine Analyse der kantonalen Ansätze** – Der Bundesrat soll die kantonalen SH-Ansätze im Asylbereich vergleichen und die Auswirkungen der tiefen Ansätze auf die soziale und wirtschaftliche Situation untersuchen, dies im Zusammenhang einer Petition des HEKS, welches kritisiert, dass tiefe Ansätze der Integration zuwiderlaufen. Dies verlangt die staatspolitische Kommission des Nationalrates⁶. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung mit Bezug auf die Kompetenz der Kantone und bereits laufende Studien, insbesondere der PI 20.451 «Armut ist kein Verbrechen» (s. Kapitel Ausländer:innen, 2020-2024, Keine Wegweisung). Der Nationalrat lehnt das Postulat mit 86 zu 81 Stimmen ab (27.9.2023).
- **2024, Die tiefen Sozialhilfe-Ansätze von 2014 (s. oben) gelten weiterhin.**
- **2024, Höhere Ansätze vermindern Kriminalität** – Eine vom Schweizerischen Nationalfonds SNF finanzierte Studie eines internationalen Forschungsteams stellt fest, dass höhere Sozialhilfe-Ansätze die Anzahl Bagatelldelikte von Geflüchteten klar herabsetzen. Auch gebe es keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Sozialhilfe und der Intensität der Jobsuche. Die Studie (Auer et al 2024) basiert auf den Daten von 2009 – 2016 von 34'000 vorläufig aufgenommenen Personen und den Strafanzeigen.

⁶ Analyse und Vergleich der Asylsozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden, Postulat 23.3586, eingereicht am 11.5.2023.

6. Geflüchtete, Asyl

Nationale Ebene

—

- **2016, 2023, 2024, kein Bargeld mehr für Geflüchtete** – Mehrere Vorstösse der SVP fordern, an Geflüchtete kein Bargeld, sondern «Bezahlkarten» (Debitkarten) abzugeben, um «falsche Anreize» zu beseitigen, «Kriminalität, Missbrauch, Heimatzahlungen, Drogenkauf» zu reduzieren, die «Attraktivität der Schweiz als Zielland für illegale Migration zu senken». Dies fordern:
 - 2016, eine Anfrage der SVP-Nationalrätin Verena Herzog⁷. Der BR sieht keinen Handlungsbedarf (16.11.2016).
 - 2024, ein Postulat der SVP-Ständerätin Esther Friedli (SVP, SG)⁸. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung, der Ständerat nimmt an und überweist an den BR (12.6.2024).
 - 2024, ein Postulat des SVP-Nationalrats Andreas Glarner⁹. Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung, der Nationalrat nimmt an und überweist an den BR (12.9.2024).
- **2024, Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene bleibt** – Die SVP will den Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene stoppen und reicht deshalb zwei identische Motionen zur Änderung des Ausländergesetzes ein: eine Motion des Nationalrats Thomas Knutti im Februar 2024¹⁰ und eine der Ständerätin Esther Friedli (SVP, SG) im Mai¹¹.

Der BR empfiehlt Ablehnung, da die Forderung unvereinbar sei mit Art. 13 der Bundesverfassung sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention. Zudem würden jährlich nur rund 100 Bewilligungen erteilt (Antwort auf Motion Friedli, 21.8.2024). Der Nationalrat nimmt die Motion mit 105 gegen 74 Stimmen an (24.9.2024). Dagegen protestieren zahlreiche Organisationen. Der Ständerat als 2. Rat lehnt mit 20 gegen 18 Stimmen ab (18.12.2024). Somit sind beide Motionen erledigt.
- **2024, Überwälzen der Kosten an Kantone** - Der Bund soll die Dauer seiner Pauschale zur Abgeltung der Sozialhilfekosten von 5 (anerkannte Flüchtlinge) bzw. 7 (vorläufig Aufgenommene) auf 4 Jahre herabsetzen, in Erwartung einer erfolgreichen Erwerbsintegration innert 3 Jahren. Dies schlägt eine Expertengruppe unter Serge Gaillard im Auftrag des Bundesrates im Rahmen geplanter Einsparungen von insgesamt 3 bzw. 4 Milliarden pro Jahr vor¹² und wird u.a. von der SKOS kritisiert¹³.

⁷ Elektronisches Zahlungssystem statt Bargeld für Asylbewerber. Anfrage 16.1057, eingereicht am 28.9.2016.

⁸ Wäre die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende auch in der Schweiz eine Möglichkeit? Postulat 24.3165, eingereicht am 13.3.2024.

⁹ Einführung von Bezahlkarten für Asylsuchende, Postulat 24.3478, eingereicht am 16.5.2024.

¹⁰ Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene. Motion 24.3057, eingereicht am 28.2.2024.

¹¹ Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene. Motion 24.3511, eingereicht am 30.5.2024.

¹² Gaillard et al. (25.8.2024). Aufgaben- und Subventionsüberprüfung 2024. Bericht zuhanden des Bundesrates. <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/89485.pdf>

¹³ SKOS. Geflüchtete in der Sozialhilfe: Integrationsagenda zeigt Wirkung. Medienmitteilung 18.9.2014.

6. Geflüchtete, Asyl

Kantonale Ebene

—

Kantonale Ebene

Kanton Aargau, AG

- **2020, Geflüchtete werden wieder nach SKOS-Ansätzen unterstützt** - Ab 1. Oktober 2020 unterstützt der Aargauer Sozialdienst anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, die in Asylunterkünften leben, nach normalen Ansätzen der Sozialhilfe (reduziert auf 73,5%, da gewisse Leistungen von der Unterkunft erbracht werden). Bisher wurden diese Flüchtlinge nach Asylansätzen unterstützt, was Bundesrecht und der Flüchtlingskonvention widersprach¹⁴.

In einer Interpellation erkundigt sich die SP-Fraktion, ob die widerrechtlich nicht ausbezahlten Unterstützungsgelder rückwirkend ausbezahlt würden (19. September 2020, 20.265). Der RR sieht dies nicht vor, u.a. mit der Begründung, dass grössere Nachzahlungen eine Einstellung der Sozialhilfe bewirken könnten oder unter die Rückerstattungspflicht fallen würden. Er schätzt den eingesparten Betrag 2016-2020 auf rund 1,3 Millionen (Antwort Regierungsrat, 9.12.2020).

Kanton Bern, BE

- **2016-2023, Kürzungen für vorläufig Aufgenommene** - Ab 2016 erarbeitet der Kanton Bern eine neue «Gesamtstrategie zum Asyl- und Flüchtlingsbereich» (Beschluss Grosser Rat 23.11.2016). Die «neue Stossrichtung» betrifft insbesondere die Sozialhilfe für diese Personen. Ende 2019 verabschiedet der Grosse Rat mehrere Texte; sie treten per 1. Juli 2020 in Kraft:
 - Die totalrevidierten Einführungsgesetze zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) vom 9. Dezember 2019;
 - Das neue Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG) vom 3. Dezember 2019 und die entsprechende Verordnung (SAFV) vom 20. Mai 2020.

Das neue SAFG und die entsprechende Verordnung SAFV enthalten zahlreiche Verschärfungen, Auflagen und Sanktionen, die massiv unter den Richtlinien der gewöhnlichen Sozialhilfe liegen: der Grundbedarf soll 30% unter den SKOS-Richtlinien liegen; nach Nothilfe beträgt er 382 Franken monatlich für eine Person in Kollektivunterkunft. «Damit soll auch ein Signal an die vorläufig Aufgenommenen ausgesandt werden, dass von ihnen eine Integration in die Gesellschaft und eine Ablösung aus der Sozialhilfe erwartet wird»¹⁵. Die Verordnung bestimmt, dass vorläufig Aufgenommene, die nach Beendigung der Bundesbeiträge, also nach 7 Jahren in der Schweiz, «offensichtlich nicht integriert» sind (Art. 2 al. 1c SAFG), nicht wie bisher nach Sozialhilfegesetz, sondern auch ab 8. Jahr weiterhin nach den Ansätzen im Asyl- und Flüchtlingsbereich unterstützt werden, obwohl sie eigentlich nach dem Sozialhilfegesetz zu unterstützen wären. Die Verordnung definiert folgendes: «Integrationsziele aufgrund von Selbstverschulden nicht erreicht» haben Personen, welche geplante Integrationsmassnahmen verweigern, zumutbare Arbeit oder Ausbildung ablehnen, ungenügend mit den

¹⁴ Departement Gesundheit und Soziales, Kanton Aargau, Medienmitteilung 1.10.2020.

¹⁵ Kanton Bern, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, Vortrag zur Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFV), 6. Januar 2020, S. 23.

6. Geflüchtete, Asyl

Kantonale Ebene

—
Behörden zusammenarbeiten, eine Straftat begangen haben oder wiederholt gegen die Hausordnung in einer Kollektiveinheit verstossen haben» (Art. 3 SAFV).

Gegen die Verordnung protestieren AvenirSocial, der Verein Faire Sozialhilfe und zahlreiche Einzelpersonen in ihrer Vernehmlassungsantwort aufgrund der massiven Verschlechterungen und Verletzungen der Grundrechte¹⁶. Sie tritt trotzdem per 1.7.2020 in Kraft.

Daraufhin reichen mehre vorläufig aufgenommene Personen mit Unterstützung von AvenirSocial Beschwerde bei den jeweiligen Regierungsstatthalterämtern ein. Sie bekommen recht. So hebt das Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland die Kürzung von 30% der Sozialhilfe Stadt Bern auf und hält fest, dass die Verordnung rechtlich unhaltbar sei, weil sie das Gleichbehandlungsgebot verletze (12. Mai 2021).

Auch ein Entscheid der Sozialhilfe Biel wird kassiert. Die Gemeinde Biel erhebt dagegen eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde. Im Juni 2022 kassiert das Berner Verwaltungsgericht den Entscheid der Gemeinde¹⁷ und verpflichtet sie, 85% (und nicht 70%) des Grundbedarfs sowie eine entsprechende Nachzahlung auszurichten. Die Kürzungen verletzen das Gleichheitsgebot, das soziale Existenzminimum sei nicht mehr gewährleistet und die Integration bei diesen seit mehr als 10 Jahren wohnhaften Personen sei deshalb erschwert, erachtet aber eine Kürzung von 15% als zulässig. Das Gericht beauftragt den Regierungsrat, die GBL-Ansätze für vorläufig Aufgenommene neu festzusetzen. In der daraufhin revidierten Verordnung wird der Grundbedarf für vorläufig Aufgenommene ab 10 Jahren nach Erteilung der vorläufigen Aufnahme auf 85% des regulären Grundbedarfs erhöht; bei Personen unter 10 Jahren bleibt er bei 70%. Die Sozialdienste erhalten eine Frist bis 1. April 2023 für die Neuberechnung (Kurzmitteilungen des Regierungsrates Kanton Bern, 8.12.2022).

Kanton Luzern

- **2023, Leichte Verbesserungen im Asylbereich** – Im März 2023 gibt der RR eine Revision der Asylverordnung in die Vernehmlassung, mit dem Ziel, einige Aspekte zu präzisieren: die verschiedenen Kategorien von Personen aus dem Asylbereich, Umfang der Leistungen sowie die Unterbringung zu klären¹⁸. AvenirSocial stimmt der Revision grundsätzlich zu, erachtet aber die Erhöhung der Leistungen (10% bei gleichzeitiger Streichung bisher separat ausbezahlter Ausgaben) sowie die Unterschreitung der SKOS-Ansätze im Asylbereich als unhaltbar¹⁹. Die Revision tritt in Kraft.

¹⁶ AvenirSocial > Wer wir sind > Region Bern und Wallis, 6.2.2020.

¹⁷ Verwaltungsgericht Bern. Sozialhilfe; Vereinbarkeit von Art. 8 Abs. 4 SHV mit übergeordnetem Recht. Entscheid des Regierungsstatthalteramts Biel/Bienne vom 8. Juni 2021; vbv 41/2020. Urteil vom 29.6.2022, 100 2021 205. <https://www.vg-urteile.apps.be.ch/tribunapublikation/> (rechts beim gelben Feld Dossier-Nummer 100 2021 205 (ohne Punkte) eingeben).

¹⁸ Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf, 14.3.2023. https://www.lu.ch/-/media/Kanton/Dokumente/GSD/Vernehmlassungen/2023/20230317_Asylverordnung_Teilrevision_2023/Erluterungen_zum_Vernehmlassungsentwurf.pdf

¹⁹ Vernehmlassungsantwort Aenderung Asylverordnung (SLR Nr 892b), 30.6.2023. https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2023/06/20230630_VNL_Asylverordnung_Luzern_AvenirSocial_web.pdf

6. Geflüchtete, Asyl

Kantonale Ebene

Kanton Solothurn, SO

- **2022, Gleiche Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene per Volksabstimmung**
- Die SVP des Kantons Solothurn will die Sozialhilfe für «Scheinflüchtlinge» - gemeint sind vorläufig Aufgenommene – «deutlich» kürzen. Dies verlangt eine Volksinitiative²⁰. «Störend und unverständlich für die Bevölkerung ist darum, warum Personen, welche keine Asylgründe darzulegen vermochten und keinen einzigen Tag gearbeitet haben, die gleich hohen Sozialhilfeleistungen erhalten wie ausgesteuerte, ältere Menschen». Regierung und Parlament empfehlen Ablehnung der Initiative. In der Volksabstimmung vom 16. Mai 2022 wird die Initiative mit 54,6% Nein abgelehnt.

Kanton Thurgau, TG

- **2022, keine Rückzahlungspflicht mehr für Geflüchtete mit Globalpauschale**
– Ein Verwaltungsgerichtsentscheid (25.11.2020, VG.2020.12/E) stellt die mangelnde gesetzliche Grundlage für die Nicht-Anrechnung von Globalpauschalen an die Rückzahlung von Sozialhilfeleistungen fest. Der Regierungsrat will aber diese Pauschale nicht den geflüchteten Personen gutschreiben, da sie unabhängig vom individuellen Fall einen Beitrag an die Kosten darstelle. Er legt einen neuen Art. 19b vor²¹, der dafür die gesetzliche Grundlage schafft. Dieser wird vom Grossen Rat angenommen und ergänzt durch einen neuen Absatz 5 im Artikel 19²², welcher Personen unter Asylrecht mit Globalpauschalen von der Rückerstattungspflicht vollständig ausnimmt (12.1.2022). Die revidierten Artikel treten am 1.7.2022 in Kraft.

²⁰ Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge, eingereicht am 26. Mai 2021.

²¹ Regierungsrat Kanton Thurgau. Botschaft zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe, 20/GE 5/125, 23.2.2021. Die Botschaft enthält auch einen Änderungsvorschlag betreffend gesetzlicher Grundlage für Observationen. <https://grgeko.tg.ch/o/grgeko-portlet/activity/4440225/Botschaft+vom+23.02.2021+%2820-GE+5-125%29.pdf>

²² Ergänzender Bericht der Kommission, 6.11.2021. <https://grgeko.tg.ch/o/grgeko-portlet/activity/5151395/Erg%C3%A4nzender+Kommissionsbericht+vom+06.11.2021+%2820-GE+5-125%29.pdf>

7 Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

In den letzten Jahren gewinnen Diskussionen um Formen der Existenzsicherung zunehmend an Aktualität. Dazu gehören Vorstösse für ein Grundeinkommen sowie grundlegende Reformen der sozialen Sicherung im Sinne einer allgemeinen Erwerbsversicherung. Bei diesen neuen Formen der sozialen Sicherung ausserhalb der Sozialhilfe stellt die Frage der Lohnarbeit eine Trennlinie dar: während die Vorschläge eines garantierten Grundeinkommens dieses von der Lohnarbeitspflicht trennen, bleibt Lohnarbeit zentral in den andern Vorschlägen und diese versuchen, auch unbezahlte Care-Arbeit einzubeziehen.

Auch die erweiterten Ergänzungsleistungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Familien, ältere Arbeitslose) sind neuere Formen der Existenzsicherung; wir führen sie in separaten Kapiteln auf.

Die Coronakrise beschleunigt diese Neuerungen. Mehrere Kantone und Gemeinden führen – für die Dauer der Krise – neue Sicherungssysteme ein (s. Kapitel Coronakrise, **gelb hinterlegt**). Weitere werden nach der Krise eingeführt (s. Kapitel Post-Covid).

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler, danach auf kantonaler und Gemeinde-Ebene in jeweils chronologischer Abfolge nach dem neusten Datum geordnet.

7. Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

Nationale Ebene

—

Nationale Ebene

- **2009-2013, Bundesparlament, Keine allgemeine Erwerbsversicherung** – Die Nationalrätin Silvia Schenker (SP) verlangt einen Bericht vom Bundesrat über die Vorteile einer allgemeinen Erwerbsversicherung verglichen mit dem bestehenden System¹. Der BR beantragt Annahme des Postulats (26.8.2009) und dem folgt der Nationalrat (25.9.2009). In seinem Bericht² hält der BR fest, dass umfassende Reformen keine entscheidenden Vorteile gegenüber dem heutigen System bringen würden. Die Sozialversicherungen erfüllten ihre Zielsetzungen für die meisten Personen im erwerbsfähigen Alter, und die Grundsätze seien nach wie vor zentral und sinnvoll. Verbesserungen drängten sich dennoch auf, um die verschiedenen Systeme einander anzunähern oder besser zu koordinieren. Deshalb erachtet der BR das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung. Es wird am 10.6.2013 abgeschrieben.

- **2016, Schweiz, Bedingungsloses Grundeinkommen in Volksabstimmung abgelehnt** - Der Bund soll ein bedingungsloses Grundeinkommen (revenu de base inconditionnel) einführen und damit der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Dies will die unformulierte Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», welche von einer Gruppe um den Basler Unternehmer Daniel Häni (Unternehmen Mitte) lanciert und am 4. Oktober 2013 eingereicht wird. Der Initiativtext legt keinen Betrag fest; in der Diskussion ist aber oft von 2500 Franken monatlich die Rede. Die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe würden durch ein Grundeinkommen entlastet, nicht aber aufgehoben.

An der Volksabstimmung vom 5. Juni 2016 wird die Initiative mit 76,9% Nein-Stimmen und von allen Kantonen abgelehnt. Eine einzige Gemeinde (Sarzens/VD, 18 Ja, 17 Nein) sowie zwei Stadtkreise in der Stadt Zürich und vier in der Stadt Genf nehmen sie an. Die Bundestadt Bern erlangt eine Zustimmung von 40%. Das schlechteste Resultat erzielt der Kanton Appenzell Innerrhoden mit 87.4% Ablehnung (www.grundeinkommen.ch). Der Verein Grundeinkommen führt die Diskussion weiter (www.verein-grundeinkommen.ch).

- **2017, Bundesrat will immer noch keine allgemeine Erwerbsversicherung** – Silvia Schenker, Nationalrätin SP, fordert erneut einen Bericht betr. Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherung³. Sie erläutert, dass eine Vereinfachung des Systems zu mehr Zugangsgerechtigkeit, Transparenz und grösserer Effizienz führen würde und auf neue Risiken reagieren könne. Der BR ist der Ansicht, dass seine Analyse zum früheren Postulat von Silvia Schenker (09.3655, s. oben) stichhaltig bleibe. «Das heutige System erfüllt seine Aufgaben nach wie vor und lässt sich bei Bedarf schrittweise in Einzelreformen optimieren. Nicht zu überzeugen vermag indes die radikale Reform, die eine allgemeine Erwerbsversicherung zur einheitlichen Absicherung von Erwerbsausfall vorsieht, da nicht feststeht, ob

¹ Allgemeine Erwerbsversicherung. Postulat Silvia Schenker 09.3655, eingereicht am 12.6.2009.

² Bundesrat (14.9.2012). Erwerbsausfall und soziale Absicherung. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates (09.3655) Schenker Silvia „Allgemeine Erwerbsversicherung“ vom 12. Juni 2009. https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/fgg/berichte-vorstoesse/br-bericht-erwerb-sausfall-und-sozialeabsicherung.pdf.download.pdf/erwerb-sausfall_undsozialeabsicherung-berichtdesbundesrates.pdf

³ Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherung. Postulat Silvia Schenker 15.4042, eingereicht am 25.9.2015.

7. Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

—

sie entscheidende Vorteile bringt. Der Bundesrat ist deshalb nicht bereit, im Detail zu prüfen, welche Anpassungen für einen Übergang zu einem neuen System notwendig sind, dessen Konzept er ablehnt» (Stellungnahme BR 25.11.2015). Der Nationalrat folgt der Empfehlung des BR und lehnt das Postulat ab (15.6.2017).

- **2009 - 2022, Reform der Sozialversicherungen und Existenzsicherung für alle gefordert - Reconstruire la protection sociale pour toutes et tous** - Der sozialkritische Thinktank Denknetz entwickelt Vorschläge zur Existenzsicherung. Ein erstes Reformkonzept schlägt eine Allgemeine Erwerbsversicherung vor (Gurny & Ringger 2009), gefolgt von einem Vorschlag zur Existenzsicherung für alle (Gurny & Tecklenburg 2016 und 2020). Diese beiden Konzepte werden in ein drittes Modell integriert mit dem Titel «Für alle und für alle Fälle» (Reconstruire la protection sociale pour toutes et tous). Eine einzige Sozialversicherung soll alle Risikofälle abdecken. Sozialhilfe und alle andern Bedarfsleistungen sollen in Ergänzungsleistungen für alle und für Fälle überführt werden. Erwerbsfähige Personen wären zur Arbeitssuche angehalten (Gurny & Ringger 2022, deutsch und französisch).
- **2023, Eidgenössische Volksinitiative «Leben in Würde – für ein finanzierbares bedingungsloses Grundeinkommen»** (Vivre avec dignité – Pour un revenu de base inconditionnel finançable). Am 21. September 2021 lanciert eine Gruppe um Oswald Sigg eine erneute eidgenössische Volksinitiative für ein Grundeinkommen. Der Betrag ist nicht festgelegt. Die Initiative enthält mehrere Vorschläge zur Finanzierung mittels Steuern und Abgaben. Sie wird anfangs 2023 wegen fehlender Unterschriften abgebrochen. Die 70'000 gesammelten Unterschriften werden am 21. März 2023 bei der Bundeskanzlei als Petition eingereicht.

Kantonale und kommunale Ebene

Kanton Bern, BE

- **1971-2016, Ergänzungsleistungen für minderbemittelte Personen** - Im Jahr 1971 führt der Kanton Bern Zuschüsse nach Dekret für minderbemittelte Personen ein (ZuD, Dekret vom 16. Februar 1971; Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste) aufgrund von Art. 33 des Sozialhilfegesetzes. Diese entsprechen den AHV-IV-Ergänzungsleistungen und erweitern sie aus Gleichbehandlungsgründen auf weitere Personengruppen. Grundsätzlich hat jede Person in entsprechenden bescheidenen finanziellen Verhältnissen Anspruch auf Zuschüsse, ohne Gegenleistung, ohne Rückerstattungspflicht und ohne Kontrolle der getätigten Ausgaben. Daneben besteht die Sozialhilfe weiterhin. Die Zuschüsse werden von der Gemeindeverwaltung gesprochen, also ausserhalb der Sozialarbeit, und weitgehend von der Gemeinde finanziert, im Unterschied zur Sozialhilfe. Vielleicht auch aus diesem Grund werden die Zuschüsse in den Gemeinden sehr unterschiedlich und zunehmend nur noch in Ausnahmesituationen gewährt. Die ZuD werden per 1.1.2016 aufgehoben. Der Kanton Jura übernimmt die Zuschüsse nach Dekret bei seiner Gründung 1979.
- **2024, Stadt Bern, Pilotversuch bedingungsloses Grundeinkommen** - Mehrere Fraktionen (insbesondere Linke und Grüne) verlangen 2021 einen

—

7. Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

Kantonale und kommunale Ebene

—

Pilotversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen⁴. Der Vorstoss wird an die Exekutive weitergeleitet und dann zurückgezogen, danach folgt ein parlamentarischer Vorstoss von der Kommission Soziales, Bildung und Kultur, welcher das Anliegen aufnimmt⁵. Die Stadtexekutive empfiehlt Ablehnung der Motion, da keine anderen Städte zur Mitarbeit bereit seien, nimmt aber das Anliegen als Postulat entgegen (1.3.2023). Das Gemeindeparlament erklärt die Motion erheblich mit 42 gegen 27 Stimmen (17.10.2024).

- **2025, Kanton Bern, BürgerInnen-Geld für Kulturschaffende prüfen** – (s. Kapitel Post-Covid).

Canton de Genève, GE

- **2023, Étude de faisabilité d'un Revenu de transition écologique** – Suite à une conférence de Mme Swaton à l'Hospice général, un groupe de travail « RTE Genève », réunissant la fondation Zoein, l'Hospice général et plusieurs institutions (Office cantonal de l'emploi, Office cantonal action et insertion sociale OAI, commune de Meyrin, ATD, APRES-GE, Réalise) se forme et lance une étude de faisabilité⁶.
- **2024, Non à une expérience pilote de revenu de base** - Plusieurs député:es (Les Vert:es, PS et divers) demandent la mise en place à Genève d'une expérience pilote d'un revenu de base inconditionnel de 5 ans au minimum⁷. La motion est renvoyée sans débat à la Commission de l'économie qui présente un long rapport de majorité et de minorité⁸. La majorité recommande le rejet au vu du nombre d'incertitudes, du coût et de l'opportunité. La Grand Conseil refuse la motion (31.5.2024).

Canton du Jura, JU

- **2021, Demande d'étudier un Revenu de transition écologique RTE** – Le Groupe des Verts et CS-POP, par la voix de Baptiste Laville, demande l'étude d'un RTE⁹. Elle est traitée le 31 mars 2021, l'étude en cours (état fin 2024).

Kanton Luzern, LU

- **2023, Stadt Luzern, Pilotversuch Grundeinkommen in Volksabstimmung abgelehnt** - Am 30. März 2022 reicht ein «buntes, parteiungebundenes» Initiativkomitee eine städtische Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch

⁴ Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern. Parlamentarische Initiative 2021.SR.000211, eingereicht am 11.11.2021. <https://www.pilotprojekte.ch/bern>

⁵ Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten. Parlamentarischer Vorstoss Motion 2022.SR.000124, eingereicht von der Kommission Soziales, Bildung und Kultur, Ursina Anderegg (GB) am 1.9.2022.

⁶ Hospice générale, 24.9.2023 et <https://zoein.org/wp-content/uploads/2023/12/Fiche-capitalisation-GT-RTE-GE-Nov-23.pdf>, consulté le 5.11.2024.

⁷ Pour une expérience pilote du revenu de base inconditionnel (RBI) à Genève. Motion M 2587, déposée le 17.10.2019 par Frédérique Perler, Pierre Eckert (Les Verts) et 20 cosignataires. <https://ge.ch/grandconseil/data/texte/M02587.pdf>

⁸ Rapport de la commission d'économie chargée d'étudier la proposition de motion de Mmes et MM. Frédérique Perler, Pierre Eckert et al. M 2587-A, 3 janvier 2022.

⁹ Revenu de transition écologique. Motion N° 1330 déposée le 27.5.2020.

—

7. Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

Kantonale und kommunale Ebene

—

Grundeinkommen» ein (www.pilotprojekte.ch/luzern). Als einzige Partei geben die Grünen die Ja-Parole heraus. In der Volksabstimmung vom 26.11.2023 wird die Initiative mit 69,2% der Stimmenden abgelehnt.

Canton de Vaud, VD

- **2021, Non à une assurance générale de revenu AGR** – Au début de la crise du coronavirus, en juin 2020, la députée Jessica Jaccoud (PS) demande un rapport au Conseil d'État quant aux avantages et inconvénients d'une assurance générale de revenu cantonale¹⁰. Le but de cette AGR serait de simplifier le système social complexe, de combler les lacunes et de garantir le pouvoir d'achat des Vaudoises et des Vaudois. Les PC famille et la Rente-pont y seraient intégrées. La députée se réfère explicitement au modèle du Réseau de réflexion. La commission recommande au Grand Conseil de prendre le postulat en considération (5 Pour, 3 Contre)¹¹ mais le Grand Conseil le refuse (65 Oui, 68 Non, 0 Abstention, séance du 15.6.2021).
- **2021, Université Lausanne, Promotion d'un Revenu de transition écologique (RTE)** - La chercheuse, philosophe et économiste Sophie Swaton (Institut de géographie et de durabilité, Université Lausanne) promeut un outil qui se veut novateur et qui vise à verser un revenu à des personnes physiques en contrepartie d'activités orientées vers l'écologie et le lien social. L'accompagnement de ces projets et leur adhésion à une structure démocratique (notamment de type coopératif) font partie de cette proposition. À la différence du revenu de base inconditionnel, le RTE ne sépare pas l'activité du revenu mais oriente et accompagne les bénéficiaires vers des activités novatrices en lien avec la transition écologique. Sophie Swaton évoque une première expérience de RTE à Grande-Synthe (Nord de la France) (Swaton 2022). Le RTE est promu par la fondation d'utilité publique suisse ZOEIN (zoein.org) basée à Genève qui s'engage à assurer un suivi professionnel et scientifique de qualité. Plusieurs interventions politiques demandent l'étude, l'expérimentation ou l'introduction d'un RTE, dans les cantons du Jura (2021, ci-dessus), Vaud (2023, ci-après) et Genève (2023, ci-dessus).
- **2023, Canton de Vaud, étude d'un Revenu de transition écologique (RTE)** - Le Conseil d'État doit étudier l'introduction d'un RTE dans le canton. C'est ce que demande la députée Verte Rebecca Joly¹². Le Grand Conseil renvoie son postulat au Conseil d'État (68 Oui, 65 Non, 0 Abstention, séance du 16.3.2021). L'EPER, en collaboration avec la fondation Zoein et le Canton de Vaud (Direction générale de la cohésion sociale) publie un rapport d'étude (Fondation Zoein & EPER 2023) quant à la création d'un RTE dans le Canton qui pourrait démarrer début 2023. Il préconise un RTE pour des personnes recevant des prestations d'aide sociale (RI dans le canton de VD) ou à des entreprises.

¹⁰ Une assurance générale de revenu (AGR) vaudoise afin de maintenir le pouvoir d'achat et combler les lacunes du système d'assurance sociale. Postulat 20_POS_206, déposé le 12.5.2020. <https://siel-docs.vd.ch/ecm/app18/service/siel/getContent?ID=403404>

¹¹ Grand Conseil, Rapport de la commission chargée d'examiner le postulat Jessica Jaccoud [...]. RC-POS (20_POS_206), 23 mars 2021. <https://siel-docs.vd.ch/ecm/app18/service/siel/getContent?ID=2048127>

¹² Pour un revenu de transition écologique dans le canton de Vaud. Postulat 20_POS_207 déposé le 12.5.2020.

7. Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

Kantonale und kommunale Ebene

—

- **2025, Ville de Gland/VD, appel à candidatures pour un projet pilote RTE** – La Ville de Gland lance un appel à candidature pour des projets à impact écologique et social renforçant l'économie locale. Le RTE est doté au maximum de 70'000 francs par personne durant 1 an et comprend un accompagnement personnalisé. Il s'adresse à des entrepreneurs, entreprises et porteurs de projets. Les candidatures sont **ouvertes jusqu'au 31 mars 2025**¹³.

Kanton Zürich, ZH

- **2018, Rheinau/ZH, Dorf testet Zukunft nicht** - Die Exekutive der Gemeinde Rheinau/ZH (1300 Einwohner:innen) beschliesst, ein bedingungsloses Grundeinkommen zu testen (5.6.2018). Der Test soll 2019 stattfinden. Jede in der Gemeinde wohnhafte Person soll ein monatliches Einkommen von 625 Franken (Minderjährige) bzw. 2500 Franken (+25 Jahre) erhalten. Bedingungen: die Hälfte der Einwohner:innen machen mit; die Finanzierung ist durch Gönnerbeiträge und Stiftungen usw. sichergestellt. Es melden sich 770 Personen zum Mitmachen. Das crowdfunding endet am 4.12.2018; die notwendige Summe von 6.2 Millionen ist nicht zusammengekommen (www.dorftestetzukunft.ch).
- **2017-2022, Stadt Zürich, Kein Pilotversuch Grundeinkommen**. Im Nachgang zur eidgenössischen Volksabstimmung verlangt die SP-Fraktion im November 2016 einen Pilotversuch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Zürich. Es «sollen auch innovative Sicherungssysteme erprobt werden, die den Gang in die Sozialhilfe für bestimmte Gruppen unnötig machen (beispielsweise durch Ergänzungsleistungen für Familien)». Ein Betrag ist nicht festgelegt¹⁴. Die Exekutive ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen (17.5.2017). Dem stimmt das Stadtparlament knapp zu und überweist es an die Stadtexekutive (61 Ja (Linke, Grüne), 59 Nein (Rechte), 0 Enthaltungen) (23.11.2017). Das Postulat wird am 29.6.2022 abgeschrieben.
- **2022, Kanton, Kein Modellversuch Grundeinkommen** - Der Kanton Zürich soll einen wissenschaftlich begleiteten Modellversuch eines bedingungslosen Grundeinkommens durchführen, welcher auch die Auswirkungen auf das Ökosystem untersucht¹⁵. Dies verlangt der Stimmberechtigte Kaltenrieder in einer im Grossen Rat eingereichten Einzelinitiative. Der RR lehnt das Anliegen ab. Er ist der Meinung, dass die Einführung eines BGE mit grossen, nicht zu überblickenden Risiken behaftet sei¹⁶. Der Grossrat lehnt das Anliegen mit 109 gegen 53 Stimmen ab; er «will keinen Versuch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wagen» (12.9.2022).

¹³ Ville de Gland. Revenu de Transition Écologique. <https://www.gland.ch/vivre-a-gland/economie/nouvelle-economie/revenu-de-transition-ecologique>; Directive 7.11.2024, https://www.gland.ch/fileadmin/documents/pdf/economie/RTE/2024.12.04_Directive_RTE_signee.pdf, consulté le 18.12.2024.

¹⁴ Durchführung eines Pilotversuchs mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen Motion GR 2016/404, eingereicht am 23.11.2016. Umgewandelt in Postulat GR 2017/405, welches am 29.6.2022 (Frist 2 Jahre) abgeschrieben wird (GR 2022/116).

¹⁵ Modellversuch Bedingungsloses Grundeinkommen. Einzelinitiative EI 8/2020 eingereicht am 10.12.2019.

¹⁶ Antrag des Regierungsrates vom 7. Juli 2021 7032. Beschluss des Kantonsrates über die Einzelinitiative KR-Nr. 8/2020 betreffend Modellversuch «Bedingungsloses Grundeinkommen». <https://parlzhcdws.cmicloud.ch/parlzh5/cdws/Files/6f7afc742cbf431dbf0a397a78b034ba-332/1/pdf>

7. Grundeinkommen und allgemeine Erwerbsversicherung

Kantonale und kommunale Ebene

- **2022, Stadt Zürich, Kein Pilotversuch Grundeinkommen (Volksabstimmung)**
- Am 11. Mai 2021 wird eine städtische Volksinitiative eingereicht. Sie verlangt einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch während drei Jahren. Der Betrag ist nicht festgelegt. Die Initiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen» ist von Einzelpersonen mit und ohne politische Bindung (GLP, SP, FDP) lanciert. Sie ist vernetzt mit dem Verein Grundeinkommen (www.pilotprojekte.ch). Die Stadtexekutive lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab, entsprechend ihrer früheren Ablehnung eines Vorstosses für einen Pilotversuch (2017-2022, siehe oben). Sie argumentiert, dass die Erwerbsarbeit weiterhin zentrales Element der Existenzsicherung bleibe, ergänzt durch soziale Sicherungssysteme (Medienmitteilung 8.9.2021). In der Volksabstimmung vom 25.9.2022 wird die Initiative mit 53.9% abgelehnt.

8 Mindestlohn

In der Schweiz existiert kein nationaler Mindestlohn. Die Löhne werden von den Arbeitgebern festgelegt, wo vorhanden im Rahmen von Gesamt- oder Normalarbeitsverträgen und weiteren Branchenabkommen bzw. Gesetzen und Reglementen. Tiefe Löhne sind eine wesentliche Ursache von Armut (Working Poor) und daher von Sozialhilfebezug: Auch 2023 ist ein Drittel der erwachsenen Sozialhilfebeziehenden in Erwerbsarbeit tätig.

Ein Mindestlohn kann wesentlich zur Armutsverminderung beitragen. Diese Argumentation ermöglichte kantonale Mindestlöhne: es geht um eine sozialpolitische Massnahme und nicht um einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit.

Seit 2017 haben fünf Kantone einen Mindestlohn eingeführt: NE 2017, JU 2020, GE 2020, TI 2021 und BS 2022. In zwei Städten (Zürich und Winterthur) wurde 2023 ein Mindestlohn per Volksinitiative angenommen; die Einführung verzögert sich allerdings aufgrund von Rekursen von Arbeitgeberseite. Unterdessen wurden in den Jahren 2023 und 2024 in 5 Kantonen und 4 Städten entsprechende Volksinitiativen eingereicht: Kantone BL, FR, SO, VS und VD; Städte Bern, Biel, Luzern und Schaffhausen.

Auf Bundesebene werden die Mindestlöhne von Arbeitgeberseite bekämpft (Motion Ettlín 2022-2024, hängig).

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene in chronologischer, danach auf kantonaler und kommunaler Ebene in alphabetischer Reihenfolge der Kantone.

Nationale Ebene

- **1998, Erste Kampagne des SGB für Mindestlohn** - Ab 1998 führt der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB eine erste Mindestlohn-Kampagne unter dem Titel «Keine Löhne unter 3000 Franken». Dies beschliesst der 50. Kongress des SGB 1998 in Davos. Die Kampagne hat zum Ziel, die Problematik der Tieflöhne zu politisieren. Sie wird insbesondere durch Öffentlichkeitsarbeit (Working Poor, Personenfreizügigkeit, usw.) und in den Verhandlungen der GAV umgesetzt (Oesch et al. 2005).

Weitere Kampagnen werden folgen. Eine vollständige Dokumentation der Vorstösse im europäischen Kontext seit 1998 findet sich bei Rieger & Galusser (2023).

- **2014, Schweiz, Nein zu einem Mindestlohn** - Am 23. Januar 2012 reicht der SGB eine Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohninitiative)» ein. Sie schlägt neue Verfassungsartikel 110a und 197 Ziffer 8 vor für einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von 22 Franken, was einem Monatslohn von 4000 Franken entspricht. In der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 wird die Initiative von 76,3% der Abstimmenden und allen Kantonen verworfen. Die besten Resultate erzielt sie in den Kantonen BS mit 37,7%, JU 35,9%, GE 34,0%, TI 32,0% und NE mit 31,9% JA-Stimmen.
- **2019, Ständerat, Kantonale Mindestlöhne sollen bleiben.** Der Ständerat Isidor Baumann (Mitte-Fraktion) will, dass Gesamtarbeitsverträge kantonalen Bestimmungen vorgehen. Er attackiert damit den Neuenburger Mindestlohn, welcher «die Sozialpartnerschaft unnötig schwächt»¹. Der BR lehnt ab, ebenso der Ständerat (19.12.2019).
- **2022-2024, Nationalrat, Nein zu kantonalen Mindestlöhnen.** Eine weitere Attacke gegen Mindestlöhne folgt. Der Ständerat Erich Ettlín (OW, Mitte-Fraktion) fordert den BR auf, Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich zu erklären. Die Motion richtet sich erneut gegen die kantonalen Mindestlöhne, welche «eine schwere Belastungsprobe für die bewährte Sozialpartnerschaft in der Schweiz» darstellten². Der BR lehnt die Motion aufgrund von Kompetenzfragen (Föderalismus) ab, entsprechend seiner Antwort auf eine gleiche Motion Baumann (18.3934, siehe oben). Der Ständerat nimmt die Motion an (14. Juni 2022), ebenso der Nationalrat knapp mit 95 Ja, 93 Nein und 4 Enthaltungen (14. Dez. 2022). Am 24.1.2024 eröffnet der BR eine Vernehmlassung zur Änderungsvorlage des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG)³, «obwohl er einer Gesetzesänderung ablehnend gegenübersteht», denn sie würde gegen mehrere Grundprinzipien der Schweizer Rechtsordnung verstossen. Caritas Schweiz lehnt die Vorlage ab, «da Mindestlöhne ein Mittel zur Armutsbekämpfung sind» (MM 30.4.2024). **(Stand 5.11.2024: Ergebnis der Vernehmlassung und Gesetzesvorlage noch nicht publiziert).**

¹ Stärkung der Sozialpartnerschaft bei allgemeinverbindlich erklärten Landes-Gesamtarbeitsverträgen. Motion 18.3934, eingereicht von Isidor Baumann (Die Mitte-Fraktion) am 27.9.2018.

² Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen. Motion 20.4738 eingereicht von Erich Ettlín, 18.12.2020.

³ <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/85827.pdf>, S. 8.

8. Mindestlohn

Kantonale und kommunale Ebene

Kantonale und kommunale Ebene

Kanton Basel-Land, BL

- **2025, Mindestlohn-Initiative knapp abgelehnt.** Im Sommer 2023 reicht die Unia Region Aargau-Nordwestschweiz eine Mindestlohn-Initiative ein. In Baselland soll ein Mindestlohn von 22 Franken gelten. Der Vorschlag wird in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2025 knapp abgelehnt (51,5% Nein).

Kanton Basel-Stadt, BS

- **2022, Einführung eines Mindestlohn** - Am 22. Februar 2019 reicht der Verein Kantonaler Mindestlohn (12 Gewerkschaften, linke und grüne Parteien) eine kantonale Volksinitiative für einen Mindestlohn ein. Ein Stundenlohn von 23 Franken soll vor Armut trotz Erwerbstätigkeit schützen (www.mindestlohn-basel.ch). Die Regierung legt einen Gegenvorschlag mit einem Mindestlohn von 21 Franken vor, welchem der Grossrat zustimmt (19.0471). In der Volksabstimmung vom 13.6.2021 wird die Initiative mit 50,7% knapp abgelehnt, der Gegenvorschlag hingegen mit 53,8% angenommen. Das neue Gesetz tritt per 1. Juli 2022 in Kraft. Basel-Stadt ist somit der erste Deutschschweizer Kanton mit einem Mindestlohn, 21 Franken.

Kanton Bern, BE

- **2018, Nein zu einem Mindestlohn** - Die Grossrätinnen Natalie Imboden (Grüne) und Béatrice Stucki (SP) fordern die Regierung auf, ein Gesetz auszuarbeiten in Anlehnung an die EL⁴. Der Grosse Rat lehnt die Motion ab (12.6.2018).
- **2024, Städte Bern und Biel, Mindestlohninitiativen hängig.** Am 1. Mai 2024 starten Gewerkschaften, Parteien und Hilfswerke Initiativen für einen Mindestlohn von 23,80 Franken gleichzeitig in den Städten Bern, Biel und Schaffhausen. Dieser Stundenlohn basiert auf den kantonalen Ergänzungsleistungen.
Die Initiative in der Stadt Bern wird im Oktober 2024, jene in Biel im September und jene in Schaffhausen ebenfalls im Oktober eingereicht (siehe dort, weiter unten).

Canton de Fribourg, FR

- **2019, Non à un salaire minimum** – En juin 2018, Xavier Ganioz (PS) et Benoît Rey (Parti chrétien-social) demandent au Gouvernement d’instaurer un salaire minimum dans le canton de 22 francs de l’heure⁵. Le Grand Conseil refuse la motion dans sa séance du 5 février 2019.
- **2023, Initiative populaire en cours** – Le 30 novembre 2023, la Coalition fribourgeoise pour un salaire minimum, composé des syndicats et des partis de gauche et des Vert-es, dépose son initiative. Elle demande un salaire horaire minimum brut de 23 francs (<https://salaire-minimum-fr.ch/>).

⁴ Armut trotz Arbeit verhindern: Einführung eines Mindestlohnes im Kanton Bern. Motion 2017.RRGR.638, eingereicht am 23.10.2017.

⁵ Loi sur le salaire minimum. Motion 2018-GC-98, déposée le 20.6.2018.

Canton de Genève, GE

- **2011, Non à un salaire minimum** - En septembre 2008, le mouvement Solidari-tés dépose une initiative populaire cantonale 142 « Pour le droit à un salaire minimum ». L'initiative demande l'institution d'un salaire minimum « afin que toute personne exerçant une activité salariée puisse disposer d'un salaire lui garantissant des conditions de vie décentes » (nouvel article constitutionnel 10b). L'initiative préconise un salaire mensuel de 4000 francs. En votation populaire du 27 novembre 2011, l'initiative est rejetée par 54,2% des votant·es.
- **2020, Introduction d'un salaire minimum** - Une nouvelle démarche est entreprise quelques années plus tard. La Communauté genevoise d'action syndicale CGAS dépose une initiative populaire cantonale « 23 frs, c'est un minimum » (IN 173, déposé le 18.6.2018) et demande d'instituer « un salaire minimum afin de combattre la pauvreté, de favoriser l'intégration sociale et de contribuer ainsi au respect de la dignité humaine ». L'initiative prévoit un salaire horaire de 23 francs. En votation populaire du 27 septembre 2020, elle est acceptée par 58% des votant·es. La loi entre en vigueur au 1^{er} novembre 2020 et le salaire sera indexé à 23.30 francs dès le 1.1.2021, ceci malgré deux recours contre les modalités d'application, l'un par les syndicats qui contestent la non-adaptation des salaires dans certains secteurs et demandent l'indexation dès 2018 ; l'autre par 5 associations patronales qui demandent de reporter l'entrée en vigueur au 1.2.2021.

Deux études mandatées par le Département de l'économie et de l'emploi montrent que le salaire minimum n'a pas d'impact sur le chômage. La première est publiée le 7.12.2023 et la seconde le 14 septembre 2024 (Weber et al. 2024). De futures études sont prévues en 2025.

Canton du Jura, JU

- **2020, Introduction d'un salaire minimum** - La Constitution jurassienne dispose, depuis son origine en 1977, que chaque travailleur a droit à un salaire qui lui assure un niveau de vie décent (art. 19 al. 3). Le 14 octobre 2009, la Jeunesse socialiste et progressiste (JSPJ) dépose une initiative populaire cantonale « Un Jura aux salaires décents » qui demande au parlement d'instaurer une base légale pour un salaire minimum chiffré, conformément au salaire national médian. Le Grand Conseil jurassien décide de ne pas donner suite à l'initiative (26.9.2012). Or, en votation populaire du 3 mars 2012, elle est acceptée par 54,2% des votant·es. Le 19 février 2015, le Gouvernement dépose un projet de loi pour un salaire horaire minimum de nature sociale de 19,25 francs (niveau des PC pour une personne seule). Mais le Grand Conseil refuse l'entrée en matière sur le projet⁶. S'en suit une bataille juridique : la Cour constitutionnelle jurassienne, saisie par deux députés, annule le refus du Grand Conseil et lui impose d'accepter des dispositions légales concernant un salaire minimum. Six députés (PDC, PLR, UDC) déposent alors un recours au TF contre la décision de la Cour constitutionnelle (4.10.2016), recours qui sera déclaré irrecevable. Finalement, le 22.10.2017, le Grand Conseil adopte la Loi sur le salaire minimum cantonal qui prévoit un salaire brut minimum de 20 CHF. Elle entre en vigueur au 1.2.2018 et doit être appliquée dès le 1.2.2020.

⁶ Séance du 9.9.2015 par 30 voix contre 29; séance du 27.4.2016 par 33 contre 26.

8. Mindestlohn

Kantonale und kommunale Ebene

Luzern, Stadt

- **2023, Volksinitiative Mindestlohn hängig** - Im März 2023 reicht ein Komitee um die Juso eine Initiative «Existenzsichernde Löhne jetzt!» ein. Der verlangte Brutto-Stundenlohn liegt bei 22 Franken. Die Stadtexekutive empfiehlt dem Stadtparlament Ablehnung (27.2.2024), aber letzteres nimmt sie im Mai 2024 ganz knapp an (24 gegen 23 Stimmen). Die rechten Parteien ergreifen das Referendum dagegen, dieses kommt allerdings nicht zustande. Somit wird der Mindestlohn eingeführt, **voraussichtlich auf Anfang 2025**.

Canton de Neuchâtel, NE

- **2017, Introduction du premier salaire minimum en Suisse** - Le 27 novembre 2011, la population neuchâteloise introduit, par 54,6%, le principe d'un salaire minimum dans la Constitution cantonale « afin que toute personne exerçant une activité salariée puisse disposer d'un salaire lui garantissant des conditions de vie décentes » (art. 34a). Plusieurs personnes, entreprises et associations patronales forment recours auprès du Tribunal fédéral contre la loi d'application, qui prévoit un salaire horaire de 20 francs, et obtiennent l'effet suspensif. Le 21.7.2017, le Tribunal fédéral estime que le salaire minimum permet de « garantir à tout salarié des conditions de vie décentes, à l'abri du recours à l'aide sociale, et ainsi de lutter contre la pauvreté ». Le salaire minimum « ne relève pas de la politique économique mais sociale, et n'est donc pas contraire au principe de la liberté économique »⁷. Ainsi, le salaire minimum entre en vigueur au 4 août 2017. Neuchâtel est le premier canton suisse à introduire un salaire minimum.

Ostschweiz (SG, TG, AI, AR)

- **2023, Petitionen für einen Mindestlohn** - Im Juni 2023 reichen der Thurgauer Gewerkschaftsbund und mehrere Gewerkschaften, linke und grüne Parteien sowie weitere Organisationen eine Petition «Ein Lohn zum Leben – ein Mindestlohn für die Ostschweiz» bei den jeweiligen Kantonsregierungen ein. Betroffen sind die Kantone St.Gallen, Thurgau und beide Appenzell.

Kanton Schaffhausen, SH

- **2022, Kanton, Nein zu einem Mindestlohn** - Die Grossräte Daniel Meyer und Patrick Portmann (SP-Juso-Fraktion) fordern die Einführung eines Mindestlohns von 23 Franken /Stunde in Anlehnung des Mindestlohns in Basel⁸. Der Vorstoss wird mit 35 zu 21 Stimmen abgelehnt.
- **2024, Stadt Schaffhausen, Volksinitiative Mindestlohn hängig** – Am 1. Mai 2024 starten Gewerkschaften, Parteien und Hilfswerke Initiativen für einen Mindestlohn von 23,50 Franken gleichzeitig in den Städten Schaffhausen, Bern und Biel. Dieser Stundenlohn basiert auf den kantonalen Ergänzungsleistungen. Die Initiative wird im Oktober 2024 eingereicht.

⁷ 143|403, 2C_774/2014.

⁸ Gesetz für einen Mindestlohn. Motion 2021/10, eingereicht am 14.6.2021.

8. Mindestlohn

Kantonale und kommunale Ebene

Kanton Solothurn, SO

- **2025, Volksinitiative Mindestlohn abgelehnt** - Ein Initiativkomitee bestehend aus Gewerkschaften und SP Solothurn reicht am 19. März 2024 eine Initiative für einen Mindeststundenlohn von mindestens 23 Franken brutto ein (<https://sp-so.ch/artikel-kanal/medienmitteilungen/>). Der Regierungsrat empfiehlt dem Grossrat Ablehnung. Die Initiative wird in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2025 von 58% der Stimmenden abgelehnt.

Kanton St.Gallen, SG

- **2018, Nein zu einem Mindestlohn** – Im April 2018 reicht die Fraktion SP-Grüne eine Motion für einen Mindestlohn ein⁹. Die Motion verlangt eine Gesetzesgrundlage analog zu jener im Kanton Neuenburg für einen Mindestlohn mit sozialpolitischem Ziel in Anlehnung an die Ergänzungsleistungen. In seiner Sitzung vom 13. Juni 2018 beschliesst der Grosse Rat Nichteintreten.

Kanton Tessin, TI

- **2015 - 2021, Einführung Mindestlohn** - Eine von den Grünen Tessin lancierte kantonale Volksinitiative «Salviamo il lavoro in Ticino» schlägt einen Artikel 13 in der Kantonsverfassung vor, demgemäss jede Person Anspruch auf einen Mindestlohn hat, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Die Initiative wird am 14. Juni 2015 von 54.7% der Abstimmenden angenommen. Die Regierung legt alsdann einen Gesetzesentwurf vor für einen Mindestlohn zwischen 3372 und 3462 Franken je nach Wirtschaftszweig und mit der Perspektive einer sukzessiven Erhöhung, was einem Stundenlohn zwischen 18,75 und 19,25 Franken entspricht (Messaggio 7452 del 8.11.2017). Die Grünen finden den Betrag ungenügend, da er Armut nicht verhindere. Am 26.11.2019 legt die parlamentarische Kommission ihren Bericht vor¹⁰. Am 9.12.2019 stimmt das Kantonsparlament der Vorlage mit 45 Ja, 30 Nein und 1 Enthaltung zu. Gegen das Gesetz reichen mehrere Firmen Beschwerde beim Bundesgericht ein¹¹; diese wird abgewiesen. Der Mindestlohn tritt per 1.1.2021 in Kraft.

Canton du Valais, VS

- **2014, Non à un salaire minimum** - En 2008, le Parti chrétien-social valaisan (PCS, renommé Centre Gauche-PCS Valais en 2014) lance une initiative populaire cantonale « Pour un salaire minimum légal » de 3500 CHF. En votation du 18 mai 2014, l'initiative est refusée par 80,7% des votant:es.
- **2024, Initiative pour un salaire minimum en cours** - En janvier 2024, une large coalition de gauche dépose une initiative populaire pour un salaire minimum de 22 francs brut de l'heure (18 francs dans le secteur agricole)¹².

⁹ Armut trotz Arbeit verhindern - Einführung eines Mindestlohns im Kanton Sankt-Gallen. Motion 42.18.06, eingereicht am 23.4.2018.

¹⁰ Rapporto 7452 R, nouova Legge sul salario minimo.

¹¹ 2C_302/2020, 2C_306/2020 vom 11.11.2021.

¹² Initiative cantonale pour un salaire minimum légal. Lancée le 13.1.2023. Comité d'initiative pour un salaire minimum, c/o POP Valais-Wallis, <https://popvalais.ch/initiative-cantonale-pour-un-salaire-minimum-legal/>

8. Mindestlohn

Kantonale und kommunale Ebene

Canton de Vaud, VD

- **2011, Non à un salaire minimum** - En 2008, plusieurs organisations vaudoises¹³ lancent une initiative populaire cantonale « Pour le droit à un salaire minimum ». L'initiative propose un nouvel alinéa de l'article 58 de la Constitution cantonale demandant l'instauration d'un salaire minimum cantonal. En votation du 15 mai 2011, l'initiative est refusée par 51,11% des votant:es.
- **2022, Non à un salaire minimum** - Neuf ans plus tard, se référant à la récente acceptation d'un salaire minimum à Genève, Hadrien Buclin (SolidaritéS) dépose une motion demandant un même salaire minimum dans le canton de Vaud, ceci par une modification de la Loi sur l'emploi¹⁴. Dans sa séance du 15 mars 2022, le Grand Conseil refuse la motion.
- **2023, Initiatives pour un salaire minimum en cours** – Le 3 octobre 2023, un comité d'initiative unitaire (syndicats et partis de gauche et verts, mouvements et associations) dépose deux initiatives populaires cantonales. L'une propose d'ancrer le principe dans la Constitution ; l'autre une nouvelle loi instituant un salaire minimum de CHF 23.- brut : « Salaire minimum Vaud, pour vivre dignement »¹⁵.

Kanton Zürich, ZH

- **2023, Die Städte Zürich und Winterthur führen per Volksabstimmung einen Mindestlohn ein, Kloten lehnt ab** - In diesen drei Städten lanciert Ende Juni 2020 ein Bündnis von Gewerkschaften, Parteien und Hilfswerken gleichzeitig je eine identische kommunale Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben», welche einen Stundenlohn von 23 Franken oder ein Monatseinkommen von 4000 Franken als sozialpolitische Massnahme verlangt. Am 10. November 2020 werden alle drei Initiativen eingereicht (www.einlohnzumleben.ch).
 - 2021, Kloten lehnt ab. In der Volksabstimmung vom 28.11.2021 lehnt Kloten die Initiative mit 52,3% Nein-Stimmen ab.
 - 2023, Winterthur nimmt an. Die Stadtexekutive legt dem Parlament einen Gegenvorschlag mit einem Lohn von CHF 21.60 vor. Das Stadtparlament verwirft diesen (46 zu 8 Stimmen) ebenso wie die Initiative (30 gegen 24 Stimmen) und empfiehlt beide zur Ablehnung. Darauf empfiehlt die Exekutive die Initiative zur Annahme, ohne die als ungültig erklärten Elemente. In der Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 wird die Initiative «überraschend deutlich» (SRF 18.5.23) mit 65,5% angenommen. Arbeitgeberkreise reichen Rekurs dagegen ein. Die erste Instanz (Bezirksrat) weist den Rekurs ab, die Arbeitgeberkreise ziehen weiter ans kantonale Verwaltungsgericht. Dieses erklärt, städtische Mindestlöhne verstössen gegen kantonales Recht: weil sie in den kantonalen Rechtstexten nicht explizit erwähnt würden, dürfe es auf städtischer Ebene auch keine geben¹⁶. Die Unia sieht die Absicht der Arbeitgeber

¹³ ATTAC Vaud, Comédia Suisse-romande, POP & Gauche en mouvement, SolidaritéS Vaud/A Gauche Toute!, Syndicat SUD.

¹⁴ Pour un salaire minimum de 23 francs par heure dans le canton de Vaud. 20_Mot_11, déposée le 3.11.2020.

¹⁵ Communiqué de presse 12 mai 2023 ; <https://www.salaire-minimum-vaud.ch>

¹⁶ Verwaltungsgericht Kanton Zürich, Urteil der 4. Kammer vom 17.9.2024. https://www.zh.ch/content/dam/zhweb/bilder-dokumente/footer/news/2024/11/Urteil_AN.2024.00002.pdf

8. Mindestlohn

Kantonale und kommunale Ebene

-
- darin, «möglichst lange Dumpinglöhne bezahlen zu können, die nicht zum Leben reichen und Menschen trotz 100-Prozent-Jobs aufs Sozialamt zwingen». Der Entscheid wird vermutlich ans Bundesgericht weitergezogen, aber die Einführung verzögert sich (Work 29.11.24) **(Stand 10. Dezember 2024)**.
- 2023, Stadt Zürich nimmt an. Die Stadtexekutive «teilt das grundsätzliche Anliegen der Initiative [...] und] erachtet Mindestlöhne als sinnvolles Mittel [...] Auf diese Weise soll die Situation von Personen verbessert werden, die sich trotz Anstellung keinen angemessenen Lebensunterhalt leisten können. Damit soll sich auch das Risiko reduzieren, von der Sozialhilfe abhängig zu werden». Allerdings empfiehlt sie die Ablehnung der Initiative und legt einen Gegenvorschlag mit « stärkerer sozialpolitischer Ausrichtung» vor. Dieser schliesst Junge bis 25 ohne abgeschlossene Ausbildung vom Mindestlohn aus. Der Mindestlohn beträgt 23,90 CHF pro Stunde (Abstimmungsvorlage Stadt Zürich). Das Gemeindeparlament stimmt dem Gegenvorschlag zu (1. März 2023), die Initiative wird zurückgezogen. FDP, GLP und SVP ergreifen das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss. In der Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 wird der Gegenvorschlag mit 69,4% «überraschend deutlich» (SRF 18.5.23) angenommen. Auch gegen diesen Entscheid reichen Arbeitgeberkreise gleich zwei Rekurse ein, welche in erster Instanz (Bezirksrat) bereits 2023 abgewiesen, dann aber vom Verwaltungsgericht angenommen werden (siehe oben, Winterthur). Die Einführung verzögert sich somit **(Stand 10. Dezember 2024)**.

9 Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Ergänzungsleistungen für Familien können die Armut von Familien mindern und ihnen somit den Gang zur Sozialhilfe ersparen.

Mehrere Vorstösse auf Bundesebene verlangen die Einführung von Familien-EL, bisher ohne Erfolg.

Sechs Kantone haben Familienergänzungsleistungen eingeführt. In chronologischer Reihenfolge: TI 1997; SO 2010 für eine begrenzte Dauer, definitiv ab 2018; VD 2011 GE 2012, BL 2019, FR ab 2026.

In fünf Kantonen sind Vorstösse hängig (AG, BS, NE, SH und ZH), in 9 Kantonen wurden solche abgelehnt und in 6 Kantonen (AI, AR, GL, NW, UR, VS) sind uns keine zum Thema bekannt.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene chronologisch nach dem neusten Datum geordnet, gefolgt von den Vorstössen auf kantonaler Ebene in alphabetischer Abfolge der Kantone.

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Nationale Ebene

—

Nationale Ebene

- **2000-2011, Nationalrat, Keine Ergänzungsleistungen für Familien** - Der Bund soll gesetzliche Grundlagen für eidgenössische EL für Familien nach dem Vorbild des Kantons Tessin schaffen. Dies verlangen zwei parlamentarische Initiativen von Nationalrätinnen, die zeitgleich eingereicht und behandelt werden:
 - Jacqueline Fehr (SP) schlägt vor, die EL an Anreizmodelle betreffend der Anzahl familienergänzender Betreuungsplätze zu knüpfen¹, dies kurz nachdem ihr Vorstoss Ergänzungsleistungen für Eltern (PI 99.405) am 22.6.2000 mit nur 1 Stimme im Nationalrat abgelehnt wurde.
 - Lukrezia Meier-Schatz (CVP) verlangt die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für EL für einkommensschwache Familien mit Kindern bis zu 14 Jahren auf Höhe der Minimalbeträge der EL².
- Der Nationalrat gibt beiden Vorstössen Folge. Nach 4 Fristverlängerungen werden sie allerdings abgeschrieben (17.6.2011).
- **2011, SKOS-Modell für Familien-EL** - Im Juni 2011 veröffentlicht die SKOS ein Modell für Familienergänzungsleistungen, mit dem Ziel, Familienarmut zu bekämpfen und die Sozialhilfe zu entlasten (SKOS 2011, Juni).
- **2015, Nationalrat, Keine Familien-EL** - Am 17.4.2013 reicht Nationalrätin Yvonne Feri (SP) eine Motion mit dem Titel Familienergänzungsleistungen als Mittel zur Armutsbekämpfung (13.3351) ein. Sie fordert die Erarbeitung eines entsprechenden eidgenössischen Rahmengesetzes in Zusammenarbeit mit den Kantonen. Die Motion knüpft an frühere Vorstösse im Parlament an (siehe oben, insbes. Fehr 00.436 und Meier-Schatz 00.437). Der Nationalrat lehnt die Motion am 5.3.2015 ab.
- **2019, Caritas will Familien-EL** - Caritas ruft das neugewählte nationale Parlament, den Bund und die Kantone auf, schweizweit Familienergänzungsleistungen zur Verhinderung von Kinderarmut einzuführen. Der Bund soll ein entsprechendes Rahmengesetz erlassen (Medienmitteilung Caritas 2.12.2019).
- **2022, Nationalrat, Keine Familien-EL** - Der Bundesrat soll eine gesetzliche Grundlage für Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen analog dem Modell der Ergänzungsleistungen für AHV und IV schaffen. Die Anspruchsberechtigung soll bis zum Abschluss einer Ausbildung bzw. Studium gelten. Dies fordert die Sprecherin der Grünen Fraktion Katharina Prelicz-Huber³ im Nationalrat. Der Bundesrat lehnt das Anliegen ab, da die Kantone für bedarfsabhängige Leistungen dieser Art zuständig seien (12.8.2020). Abgelehnt am 11.5.2022 mit 112 gegen 77 Stimmen.
- **2023, Nationalrat, Kinderarmut nicht bekämpfen** - Der Bund soll eine gesetzliche Grundlage für die Einführung von Massnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut in Form von finanzieller Unterstützung für Familien schaffen. Die Grundlage sollen bestehende kantonale Modelle bilden (EL für Familien). Dies

¹ Ergänzungsleistungen für Familien. Tessiner Modell. Parlamentarische Initiative 00.436, eingereicht von Jacqueline Fehr (SP) am 18.9.2000.

² Ergänzungsleistungen für Familien. Tessiner Modell. Parlamentarische Initiative 00.437, eingereicht von Lukrezia Meier-Schatz (CVP) am 19.9.2000.

³ Keine Kinderarmut. Motion 20.3381, eingereicht von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) am 6.5.2020.

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

—

fordert die Nationalrätin Valérie Piller Carrard (SP)⁴. Der Nationalrat lehnt den Vorstoss mit 113 gegen 80 Stimmen ab (27.2.2023).

- **2023, Nationalrat, Immer noch keine Familien-EL** – Eine erneuter Vorstoss, diesmal der Grünen Fraktion, verlangt Familien-EL zum Schutz vor Kinderarmut⁵. Die Kommission (17.8.2023) und der Nationalrat (26.9.2023) geben dem Vorstoss keine Folge.

Kantonale Ebene

Kanton Aargau, AG

- **2017, Nein per Volksinitiative** - Am 23. Dezember 2009 reicht die SP eine Volksinitiative mit dem Titel «Chance für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut» ein. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung aus Gründen der Selbstverantwortung und der angespannten Finanzlage⁶. Auch der Grosse Rat lehnt das Anliegen ab (20.9.2016, mit 91 zu 36 Stimmen). Die Initiative wird in der Volksabstimmung verworfen (12. Februar 2017, 69,5% Nein-Stimmen).
- **2019, Postulat für Familien-EL**. Zwei Jahre nach der Volksabstimmung, im August 2019, stösst die CVP-Fraktion im Grossen Rat nach und verlangt EL für einkommensschwache Familien⁷. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab (14.8.2019) mit Bezug auf die Ablehnung der Volksinitiative von 2017 und weil seiner Ansicht nach Grundlageninformationen (Ausmass der Familienarmut, Kosten, usw.) fehlten. Der Grosse Rat überweist das Anliegen an den Regierungsrat als Postulat (5.11.2019). Dieser erhält eine **Fristerstreckung zur Behandlung bis 30.6.2026**.

Kanton Basel-Land, BL

- **2010, Vielleicht Familien-EL**. Der Grossrat Ruedi Brassel reicht im Namen der SP-Fraktion eine Motion ein⁸. Der Grosse Rat überweist sie an den Regierungsrat (14.10.2010).
- **2018, Vielleicht Familien-EL**. Die Grossrätin Bianca Maag-Streit (SP) fordert Familienergänzungsleistungen⁹. Der Regierungsrat beantragt Entgegennahme als Postulat (5.6.18). Am 29. November 2018 überweist der Grosse Rat den Vorstoss als Postulat.
- **2019, Ja zu Familien-EL per Volksabstimmung**. Am 17. Oktober 2017 legt ein Initiativkomitee (AvenirSocial, Alleinerziehende und kirchliche Organisationen,

⁴ Parlamentarische Initiative 20.454, eingereicht am 19.6.2020.

⁵ Kinder vor Armut schützen. Parlamentarische Initiative 22.484, eingereicht am 29.11.2022 von der Grünen Fraktion.

⁶ Botschaft an den Grossen Rat 16.165 vom 29.6.2016.

⁷ Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Motion 19.144, eingereicht am 14.5.2019.

⁸ Ergänzungsleistungen für Familien. Motion 2009-149, eingereicht am 28. Mai 2009.

⁹ Kinder sind unsere Zukunft und dürfen keine Armutsfallen sein. Motion 2018/502, eingereicht am 26.4.2018.

—

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Kantonale Ebene

—

koordiniert von ATD-Vierte Welt und Caritas) eine Volksinitiative vor. Der RR lehnt die unformulierte Initiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen» ab, stellt ihr aber einen Gegenvorschlag gegenüber. Der RR wolle keine neue isolierte Leistung, sondern warte eine umfassende Strategie gegen Armut und Harmonisierung der Bedarfsleistungen per Ende 2022 ab¹⁰. Auch der Grosse Rat lehnt die Initiative ab (43 Nein, 28 Ja, 15 Enthaltungen, 4.4.2019) und nimmt den Gegenvorschlag an. In der Volksabstimmung vom 24. November 2019 wird die Initiative mit 59% Nein abgelehnt und der Gegenvorschlag mit 53% Ja angenommen. Der Gegenvorschlag lautet: «Der Kanton Basel-Landschaft richtet Leistungen an Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen aus. Art, Umfang und Träger der Leistungen basieren auf den Ergebnissen einer kantonalen Armutsstrategie. Dabei sind Arbeitsanreize zu fördern und allfällige Schwelleneffekte möglichst tief zu halten».

Kanton Basel-Stadt, BS

- **1994 bis 2012, Keine Familien-EL** - Zwei zusammenhängende Vorstösse fordern die Einführung von Leistungen für Familien.
 - 1994 fordert die Grossrätin Rita Schiavi (BastA) den Regierungsrat auf, eine «Ergänzende Kinderzulage» nach dem Modell des Kantons Tessin einzuführen.¹¹ Der Grosse Rat nimmt die Motion an. Es folgen sieben Berichte und Beschlüsse, den Anzug stehen zu lassen (also nicht abzuschreiben).
 - 2010 fordert der Grossrat Beat Jans (SP), die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien zu prüfen, um sie zu entlasten¹². Der Grosse Rat nimmt den Anzug an (2.3.2011).

Der Regierungsrat beantwortet im April 2012 beide Vorstösse gleichzeitig und abschliessend. Er will das «Basler Modell» (zahlreiche bedarfsabhängige Leistungen) ausbauen und keine zusätzliche Sozialleistung einführen. Er schlägt vor, die Vorstösse als erledigt abzuschreiben¹³. Sie werden am 27.6.2012 stillschweigend abgeschrieben.

- **2019, Immer noch keine Familien-EL** - Ein erneuter Vorstoss erfolgt 2019, weiterhin ohne Erfolg. Der Grossrat Oliver Bolliger (Grünes Bündnis) schlägt die Einführung von EL für Familien vor¹⁴. Der Regierungsrat antwortet erneut, dies sei nicht vereinbar mit dem Basler System zur sozialen Sicherung von Familien (Antwort des RR 17.4.2019). Dies nimmt der Grossrat zur Kenntnis (18.5.2019).

¹⁰ Regierungsrat Basel-Landschaft. Vorlage an den Landrat. Nichtformulierte Initiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen» / Ablehnung Initiative und nichtformulierter Gegenvorschlag 2018/954.RR BL, 20.11.2018.

¹¹ Anzug 94.8247, eingereicht am 21.4.1994.

¹² Anzug10.5328.01, eingereicht am 8.12.2010.

¹³ RR Basel-Stadt, Ratschlag und Entwurf betreffend [...] Beantwortung der Anzüge Schiavi [...], Jans [...]. RR-Beschluss vom 18.4.2012.

¹⁴ Schriftliche Anfrage 19.5028.01, eingereicht am 17.1.2019.

—

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Kantonale Ebene

—

- **2024, Vielleicht bald Familien-EL** – Nach einem neuen Anlauf, wiederum durch Oliver Bolliger (Grünes Bündnis)¹⁵, ist der RR bereit, den Vorstoss zur Prüfung (Anzug) anzunehmen¹⁶. Der Grossrat stimmt dem Anliegen zu (23.10.2024). Der Regierungsrat hat **2 Jahre Zeit zur Beantwortung**.

Kanton Bern, BE

- **2014, 2019, Keine Familien-EL** - Im Kanton Bern gibt es bisher zwei Versuche, Familienergänzungsleistungen einzuführen.
 - Im Sommer 2012 fordert der Grossrat Daniel Steiner Brüttsch (EVP) Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien¹⁷. Sein Vorstoss wird vom Grossen Rat in der Junisession 2014 aus finanziellen Gründen abgelehnt.
 - Vier Jahre später fordern Grossrätinnen aus den Fraktionen Grüne, EVP und SP Familien-EL¹⁸. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung «aus finanzpolitischen Gründen» (5.12.2018). Die Motion wird am 11. Juni 2019 zurückgezogen, um das Anliegen nicht zu gefährden im Rahmen der Arbeiten der Verwaltung an einem Bericht zur Umsetzung eines Familienkonzepts.

Canton de Fribourg, FR

- **2026, Introduction de PC familles par votation populaire** – En 2021, la Direction de la santé et des affaires sociales met en consultation l'avant-projet d'une nouvelle loi sur les prestations complémentaires pour familles (AP LPCFam)¹⁹. Il vise aussi à répondre à la motion des députés Bruno Fasel et Hans-Rudolf Beyerler, acceptée par le Grand Conseil en 2010 (2010-GC-6). La prestation s'adresse aux ménages modestes (familles quel que soit le statut matrimonial) avec enfants de moins de 8 ans, domiciliés dans le canton depuis au moins 2 ans. Le calcul est basé sur celui des PC AVS-AI. Il tient compte d'un revenu hypothétique minimal devant être assurée par les familles (incitation au travail) qui est de 12'500 (1 adulte) ou de 25'000 francs (2 adultes). La prestation sera administrée par le personnel de la Caisse cantonale de compensation qui pourrait signaler des situations problématiques à des services spécialisés notamment les SSR. Le projet de loi est déposé le 26.9.2023²⁰.

En votation populaire du 22 septembre 2024, la loi est acceptée par près de 69,6% des votant:es pour une entrée en vigueur au 1.1.2026. La PC familles sera administrée par des « guichets familles » mis en place par les communes.

¹⁵ Motion betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, eingereicht am 10.4.2024 durch Oliver Bolliger (Grünes Bündnis) und Konsorten. <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100407/000000407113.pdf>

¹⁶ <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100407/000000407940.pdf>

¹⁷ Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, parlamentarische Initiative PI 147-2012, eingereicht 7.6.2012.

¹⁸ Einkommensschwache Familien vor der Sozialhilfe bewahren und Ergänzungsleistungen ermöglichen! Motion 136-2018, 2018 RRGR.399, eingereicht von Andrea de Meuron (Grüne), Christine Schnegg (EVP) und Ursula Marti (SP) am 13.6.2018.

¹⁹ Message 2021-DSAS du Conseil d'État au Grand Conseil accompagnant l'avant-projet de loi sur les prestations complémentaires pour les familles (LPCFam), 18.2.2021.

²⁰ Etat de Fribourg, Message 2021-DSAS-20, Projet de loi sur les prestations complémentaires pour les familles (LPCFam), déposé le 26.9.2023. <https://www.fr.ch/document/512521>

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Kantonale Ebene

—

Canton de Genève, GE

- **1995, non aux PC Familles** - Deux député:es demandent d'étudier l'opportunité d'introduire un revenu minimal d'aide sociale pour les familles défavorisées, working-poor ou non, garantissant une existence convenable à l'instar des prestations octroyées aux rentiers et rentières AVS et AI et aux chômeurs en fin de droits²¹. Le Grand Conseil renvoie la motion à la Commission des affaires sociales (séance du 17.2.1995). La motion n'a pas de suites directes au parlement.
- **2012, Introduction de PC Familles** - Fin 2009, le Conseil d'État propose l'introduction de prestations complémentaires pour les familles pauvres qui travaillent. Les PC familles, accordées par analogie aux PC AVS-AI, correspondraient à un revenu minimum cantonal d'aide sociale pour les familles exerçant une activité lucrative d'au moins 40% (famille avec 1 adulte) et qui ont des enfants ou des jeunes en formation. La proposition consiste à élargir la loi sur les PC cantonales à ces familles²². Le Grand Conseil adopte la modification de la loi par 67 Oui, 11 Non et 12 Abstentions (11.2.2011). Avec l'élargissement aux familles, l'intitulé de la loi est modifié et devient : Loi sur les prestations complémentaires cantonales (LPCC). Elle entre en vigueur au 1^{er} novembre 2012.

Kanton Graubünden, GR

- **2011, Keine Familien-EL** - Der Grossrat Tenchio (CVP) schlägt die Einführung von Familienergänzungsleistungen vor (Auftrag vom 15.6.2011). Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung; der Grosse Rat überweist den Auftrag nicht (55 zu 46 Stimmen, 19.10.2011).

Canton du Jura, JU

- **2018, Refus de PC familles en votation populaire.** - Le 14 avril 2016, le Parti chrétien-social indépendant dépose une initiative populaire « Prestations complémentaires pour les familles » qui sera validée de justesse (6 signatures de plus que le nombre exigé). Le gouvernement et la majorité du parlement lui opposent un contre-projet (renforcement des subsides pour les primes d'assurance-maladie). En votation populaire du 10 juin 2018, l'initiative est refusée par 53,3% des votant-e-s et le contre-projet accepté par 52%.

Kanton Luzern, LU

- **2015, Volksabstimmung gegen Familien-EL** - Am 27. November 2013 reichen die Grünen und Jungen Grünen eine Volksinitiative «Kinder fördern, Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» ein. Der RR empfiehlt Ablehnung (Botschaft B 133 vom 9.12.2014), ebenso der Grosse Rat. In der Volksabstimmung vom 15. November 2015 wird die Initiative deutlich abgelehnt.

²¹ Motion M 975 déposée le 31 janvier 1995 par Gabrielle Maulini-Dreyfus (Groupe écologiste), Liliane Maury Pasquier (PS) et Philippe Schaller (PDC) concernant le revenu minimal d'aide sociale pour les familles.

²² Conseil d'État, Projet de loi modifiant la loi sur les prestations cantonales complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants et à l'assurance-invalidité (LPCC) J 7 15, PL10600 déposé le 24.11.2009.

—

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Kantonale Ebene

—

Canton de Neuchâtel, NE

- **2008 à 2021, Proposition PC familles en préparation** - Plusieurs démarches étalées dans le temps se succèdent. D'abord, en 2008, la députée Doris Angst (Les Verts) demande l'introduction de PC familles²³. Ensuite, en 2012, le Grand Conseil accepte une motion du groupe socialiste²⁴. Enfin, en 2018, le Conseil d'État répond à ces deux interventions dans une unique réponse. Il propose de les classer et d'étudier l'introduction de PC non limitées aux familles, mais ouvertes à certains ménages bénéficiaires de l'aide sociale dans le cadre de sa réforme des prestations sociales²⁵. À fin 2021, les travaux quant à l'introduction d'une PC cantonale **sont suspendus en attendant le déploiement du projet Raisone** (cf. chap. Cantons, 2018-2022 Projet Raisone).

Kanton Obwalden, OW

- **2006, Keine Familien-EL** - Das Parlament lehnt 2006 einen Vorstoss ab.

Kanton Schaffhausen, SH

- **2010, Keine Familien-EL** - Im Kanton SH wird eine Motion der Grossrätin Franziska Brenn (SP) vom 14.6.2010 über Familienergänzungsleistungen (2010.5) im September 2010 abgeschrieben.
- **2022, Prüfung von Familien-EL** – Der RR soll die Einführung von Familien-EL prüfen, fordert die Kantonsrätin Linda De Ventura (AL)²⁶. Das Postulat wird mit 1 Stimme Mehrheit (25 zu 24) an die Regierung überwiesen (28.2.2022), welche eine Vorlage unterbreiten muss. Das **Geschäft ist hängig (Stand 20.1.2025)**.

Kanton Schwyz, SZ

- **2011, Volksabstimmung gegen Familien-EL** - Eine Volksinitiative «Familien stärken – Ja zu Ergänzungsleistungen für Familien» scheitert im Jahr 2011.

Kanton Solothurn, SO

- **2010, Einführung Familien-EL per Volksabstimmung** - An der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wird eine Vorlage über die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien (FamEL) angenommen. Die Bestimmungen treten am 1. Januar 2010 in Kraft und gelten vorerst bis 31. Dezember 2014. Sie werden per Grossrats-Beschluss vom 24.6.2014 um weitere drei Jahre verlängert (bis Ende 2017). Am 28.6.2016 beschliesst der Grosse Rat, die FamEL ab 1. Januar 2018 definitiv einzuführen (0068/2016). Es gelten folgende Anspruchsbedingungen: 2 Jahre ununterbrochener Wohnsitz im Kanton, mindestens 1 Kind unter 6 Jahren, Mindestbrutto-Erwerbseinkommen (Bsp. Einelternfamilie mit 1 Kind unter 3 Jahren: <7500 Franken/Jahr).

²³ Introduction d'un système de prestations complémentaires pour les familles à faible revenu en plus des allocations familiales. Postulat 08.174, déposé le 3.9.2008.

²⁴ Prestations complémentaires pour les familles. Motion 11.158, déposée le 24.5.2011.

²⁵ Conseil d'État, Rapport 18.034, 3.9.2018.

²⁶ Einführung Familienergänzungsleistungen (FamEL), Postulat 2021/5, eingereicht am 15.4.2021

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Kantonale Ebene

—

Kanton St.Gallen, SG

- **2024, Keine Familien-EL** – Im Jahr 2012 beauftragt der Kanton St.Gallen das Büro Ecoplan mit einer ersten Studie zur sozialen Sicherung von Familien im Kanton, 2019 erfolgt der Auftrag für eine weitere Studie (Ecoplan 2022) in Folge von drei parlamentarischen Vorstössen zum spezifischen Thema Familien-EL: 2021 verlangt eine Motion die Einführung von Familien-EL²⁷. Sie wird begleitet von zwei Anfragen nach Informationen²⁸. Am 26. Mai 2023 publiziert die Regierung sodann einen Bericht zu einer neuen Familienpolitik, den sie in die Vernehmlassung schickt²⁹. Darin schreibt sie bereits (S.2), dass man sich Familien-EL nicht leisten könne: «Die Einführung eines neuen Instruments, etwa die Familien-EL, ist hingegen nicht angezeigt, auch aufgrund von finanzpolitischen Überlegungen». Der Bericht nach der Vernehmlassung³⁰ zeigt eine recht breite Zustimmung zu Familien-EL. In einer gemeinsamen MM fordern AvenirSocial und Caritas die Parlamentarier:innen auf, Familien-EL einzuführen (8.1.2024). Der Bericht wird vom Kantonsparlament zur Kenntnis genommen. Ein Antrag von SP und Grünen zu Ziffer 2 der Anträge (Einführung von Familien-EL) wird in einer klaren Rechts-Links-Abstimmung mit 83 Nein (Rechte) gegen 27 Ja (Grüne, SP) abgelehnt (19.2.2024).

Canton du Tessin, TI

- **1997, Première introduction de PC familles en Suisse**- Le Canton du Tessin introduit des prestations aux familles avec des enfants de moins de 15 ans selon les barèmes des PC AVS-AI. La première prestation couvre les besoins vitaux de tous les membres de la famille nucléaire si elle comprend au moins un enfant de moins de 3 ans (assegno di prima infanzia API). La seconde couvre les besoins vitaux uniquement des enfants entre 3 (le cadet) et 15 ans (assegno integrativo AFI). Un revenu hypothétique est pris en compte uniquement pour les ménages biparentaux et dans le cadre de l'API³¹. Le canton du Tessin est le premier canton suisse à introduire une PC famille.

Kanton Thurgau, TG

- **2012 und 2020, Keine Familien-EL** - Eine Motion Wohlfender/Wälti (SP) wird im März 2012 nicht überwiesen. Sieben Jahre später verlangen die Grossräte Barbara Kern und Alex Granato (beide SP/Gewerkschaften) ein Gesetz für EL³². Der

²⁷ Senkung der Kinderarmut durch Einführung von Familienergänzungsleistungen. Motion 42.21.15, eingereicht am 7.6.2021 von Jeannette Losa (Grüne) und Katrin Schulthess (SP). Die Motion wird am 24.8.2021 auf Antrag der Regierung in Erwartung ihres Berichts zur Familienpolitik zurückgezogen.

²⁸ Wirksame Massnahmen gegen Kinderarmut, Interpellation 51.21.78, eingereicht am 8.6.2021 von Katrin Schulthess (SP) und Dario Sulzer (SP); Elternschaftsbeiträge – gerät eine wertvolle Unterstützung von Familien in Vergessenheit? Einfache Anfrage 61.22.03, eingereicht am 18.1.2022 von Thomas Warzinek (Mitte).

²⁹ Regierungsrat St.Gallen. Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen. Bericht des Departements des Innern vom 9. März 2023. RRB 2023/341 / Beilage 1.

³⁰ Kantonsrat St.Gallen. Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen. Bericht der Regierung vom 24. Oktober 2023. Geschäftsnummer 40.23.05.

³¹ Legge sugli assegni di famiglia del 11 giugno 1996, Capitolo III, Assegno integrativo, Capitolo IV, Assegno di prima infanzia, entrée en vigueur le 1.1.1997.

³² Gesetz zu kantonalen Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen. Motion 16 MO 35 352, eingereicht am 24. April 2019.

—

9. Ergänzungsleistungen (EL) für Familien

Kantonale Ebene

—

Grosse Rat lehnt die Motion mit 72 zu 45 Stimmen ab (26.8.2020) und folgt damit der Empfehlung des Regierungsrates.

Canton de Vaud, VD

- **2011, Introduction PC familles par votation populaire** - Au 1^{er} octobre 2011, le canton de Vaud introduit des PC Familles couvrant les besoins vitaux de toute la famille avec enfants de moins de 6 ans et des enfants entre 7 et 16 ans. Conditions d'accès : être domicilié dans le canton depuis au moins 3 ans et disposer d'un revenu inférieur au barème. La loi ne précise pas s'il s'agit d'un revenu du travail. Les PC Familles consistent en un montant mensuel qui se calque sur les PC fédérales, mais peut être inférieure de 15% pour des raisons budgétaires. Certains frais médicaux ainsi que des frais de garde peuvent être pris en charge.

Les PC Familles sont proposées par le Conseiller d'État P.-Y. Maillard (PS) dans une nouvelle loi qui comprend également une rente-pont pour chômeurs et chômeuses âgées (cf. chap. Chômeurs âgés). Le Grand Conseil accepte la loi par 85 Oui et 56 Non. Un comité référendaire composé des milieux économiques et des partis de droite s'y oppose, précisant qu'il s'oppose aux seules PC Familles avec trois arguments: les PC Familles sont exportables à l'étranger, leur financement implique une nouvelle ponction sur ceux qui travaillent, c'est une incitation à profiter du système. En votation populaire référendaire du 15 mai 2011, la loi est acceptée par 61% des votant:es³³. Elle entre en force le 1er octobre 2011.

Kanton Zug, ZG

- **2017, Keine Familien-EL** - Die Grossrätinnen Bettina Egler (SP) und Berty Zeiter (Alternative) reichen im Mai 2009 eine Motion betreffend Familien-EL ein³⁴. Der Regierungsrat beantragt Umwandlung in ein Postulat und Annahme desselbigen (Bericht und Antrag des RR, 15.6.2010). Am 31.8.2017 schreibt der Rat das Postulat stillschweigend als erledigt ab.

Kanton Zürich, ZH

- **2007, die Volksinitiative «Chancen für Kinder» scheitert.**
- **2024, Vorstoss hängig** - Die Grossrätin Birgit Tognella (SP) reicht im Januar 2018 eine parlamentarische Initiative für Familien-EL³⁵ ein. Der Grosse Rat unterstützt die Initiative in erster Lesung (Sitzung vom 7.1.2019) und überweist an die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit. Die Mehrheit der Kommission lehnt die PI ab, reicht aber ein Postulat ein³⁶. Der RR empfiehlt dieses aus finanziellen Gründen zur Ablehnung. Das **Geschäft ist beim Grossen Rat hängig (Stand 22.10.2024).**

³³ Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam) du 23 novembre 2010).

³⁴ Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache. Vorlage 1833.1 – 13120, eingereicht am 28.5.2009.

³⁵ Gesetz über die kantonalen Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen. PI 26/2018, eingereicht am 29.1.2018.

³⁶ Prüfung der Einführung von Familienergänzungsleistungen im Kanton Zürich, Postulat103/2024 eingereicht am 25.3.2024. <https://parlzhcdws.cmicloud.ch/parlzh5/cdws/Files/ccf0205844b14391aa98a5e6ac4401e6-332/1/pdf>

—

10 Ältere Arbeitslose, Überbrückungsrente

Seit einigen Jahren wird der Situation älterer Arbeitsloser besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Proportional und absolut nehmen ihre Zahl in der Sozialhilfe sowie die Bezugsdauer zu. Sowohl auf Bundes- als auf kantonaler Ebene gibt es Vorstösse, um dieser Gruppe von Personen die Sozialhilfe zu «ersparen» und sie mit anderen Leistungen zu unterstützen. Ihre Chancen auf berufliche Wiedereingliederung werden als gering eingeschätzt, ihre Altersvorsorge soll nicht gefährdet werden - und sie gelten als «gute Arme».

Auf Bundesebene wird 2021 eine Überbrückungsrente eingeführt. Der Kanton VD hat dies als bisher einziger Kanton bereits 2011 getan. In drei weiteren Kantonen werden Vorstösse abgelehnt.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf nationaler, danach auf kantonaler Ebene jeweils in chronologischer Abfolge nach dem neusten Datum geordnet.

10. Ältere Arbeitslose, Überbrückungsrente

Nationale Ebene

—

Nationale Ebene

- **2021, Schweiz, Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose (Prestation transitoire pour chômeurs et chômeuses âgées)** - Im Rahmen der Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials beschliesst der Bundesrat am 15. Mai 2019 die Einführung einer Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose über 60 Jahren basierend auf den Vorschriften der Ergänzungsleistungen, um ihnen die Sozialhilfe zu ersparen¹. Folgende Voraussetzungen sind vorgesehen: Aussteuerung nach 60 Jahren, also Arbeitsverlust ab 58 Jahren; mindestens 20 Jahre AHV-Beiträge mit minimalem jährlichem Erwerbseinkommen von 21'330 CHF; Vermögen unter 100'000 CHF (Alleinstehende); die Pauschale für den Lebensbedarf ist um 25% höher als in den EL, also 24'310 CHF, da Krankheitskosten inbegriffen sind; die Leistung beträgt insgesamt maximal das Dreifache des Lebensbedarfs der EL, also 58'350 CHF, zwecks Erhalt des Anreizes zur Arbeitssuche (Medienmitteilung Bundesrat 30.10.2019).

AvenirSocial begrüsst den Vorschlag mit drei Kritikpunkten und Vorschlägen: Zugangsalter zu hoch, Kriterien für den Bezug zu eng, Careearbeit nicht anerkannt (AvenirSocial, Vernehmlassungsantwort 24.9.2019).

Am 19. Juni 2020 nimmt die Bundesversammlung das Gesetz an, allerdings mit Leistungen unter jenen der Bundesratsbotschaft. Ein Komitee von SVP-nahen Personen vorwiegend aus der Deutschschweiz ergreift das Referendum unter dem Titel «Nein zur Entlassungs-Rente». Dieses kommt allerdings nicht zustande. Die Überbrückungsleistung tritt per 1. Juli 2021 in Kraft.

Zwei Jahre später reicht Paul Rechsteiner (SP, SG) eine Interpellation im Ständerat ein², da nur sehr wenige Personen die Überbrückungsrente in Anspruch genommen haben. Er fordert den BR auf, die Anspruchsvoraussetzungen zu überprüfen. Der BR erachtet dies als verfrüht (Stellungnahme 31.8.2022). Das Bundesamt für Sozialversicherungen legt Ende 2023 mit Bezug auf die Interpellation eine Zwischenevaluation vor mit Stand Ende 2022³, welche zeigt, dass 671 Personen Leistungen bezogen, was einer Quote von 9,56% aller Ausgesteuerten entspricht. Die Daten seien unvollständig, die Beobachtungszeit zu kurz und von Covid geprägt. Eine Evaluation ist im Jahr 2026 vorgesehen.

- **2024, Vorschlag zur Beendigung der Überbrückungsrente.** Auf die Überbrückungsrente soll «verzichtet» werden, denn es bestehe keine Notwendigkeit für eine derartige Bundessozialhilfe. Dies schlägt eine Expertengruppe unter Serge Gaillard im Auftrag des Bundesrates im Rahmen geplanter Einsparungen von insgesamt 3 bzw. 4 Milliarden pro Jahr vor⁴.

¹ Entwurf Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose UeLG, 30.10.2019.

² Ueberbrückungsrente für ältere Arbeitslose. Interpellation 22.3561, eingereicht am 8.6.2022.

³ Bundesamt für Sozialversicherungen (Dez.2023). Zwischenevaluation der Überbrückungsleistungen.

⁴ Gaillard et al. (25.8.2024). Aufgaben- und Subventionsüberprüfung 2024. Bericht zuhanden des Bundesrates. <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/89485.pdf>

—

10. Ältere Arbeitslose, Überbrückungsrente

Kantonale Ebene

—

Kantonale Ebene

Kanton Basel-Land, BL

- **2019, Vorstoss Überbrückungsrente** – Am 28.2.2019 reicht die Grossrätin Miriam Locher (SP) ein Postulat ein (2019/192) und fordert den Regierungsrat auf, eine Überbrückungsrente zu prüfen. Entgegen der Empfehlung des Regierungsrates, den Vorstoss abzulehnen, überweist ihn der Grosse Rat (Sitzung 12.9.2019). Da der Auftrag nicht innert der gesetzlichen Frist behandelt worden ist, schreibt ihn der Grossrat am 20.5.2021 ab.

Kanton Basel-Stadt, BS

- **2020, Vorstoss Überbrückungsrente** – Im September 2018 fordert der Grossrat Georg Mattmüller (SP) den Regierungsrat auf, eine Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose zu prüfen⁵. Der Grosse Rat überweist den Anzug an den Regierungsrat mit 72 gegen 17 Stimmen (24.10.2018). Am 9.9.2020 folgt der Grossrat dem Antrag des Regierungsrates vom 12.8.2020, den Anzug stehen zu lassen, bis die Einführung von Überbrückungsleistungen auf nationaler Ebene geklärt ist. Am 8.1.2025 beantragt der RR, den Anzug abzuschreiben, da unterdessen auf nationaler Ebene eine Überbrückungsrente besteht.

Canton de Genève, GE

- **2017 à 2019, non à une rente-pont** - Quatre démarches se succèdent.
 - En novembre 2017, des député:es (PS, Ensemble à Gauche, divers) demandent par motion l'introduction d'une rente-pont sur le modèle vaudois⁶. Le Grand Conseil renvoie la motion à la commission des affaires sociales (14.12.2017).
 - En janvier 2018, le Conseil d'État dépose un projet de loi⁷. Il prévoit la création a) d'une allocation cantonale complémentaire pour chômeurs de 50 ans et plus correspondant à 40% du salaire mensuel brut déterminant ; et b) d'une allocation-pont pour les chômeurs en fin de droit de 61/62 ans durant 18 mois au maximum calculée sur la base de la dernière indemnité journalière.
 - Ces deux objets (Motion 2440 et Projet de loi 12262) sont traités conjointement par la Commission des affaires sociales. Elle dépose son rapport le 11.2.2019 (PL 12262-A et M 2440-A). Le Grand Conseil rejette le projet de loi et accepte la motion (7.11.2019).
 - Parallèlement aux travaux de la commission, Ensemble à Gauche dépose un projet de loi qui demande l'introduction d'une rente-pont selon le modèle vaudois mais dès l'âge de 57 ans⁸. Ce PL prend le contre-pied du PL du Conseil d'État et fait suite à la motion M 2440. Après étude en commission, le Grand

⁵ Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose. Anzug 18.5240.01, eingereicht am 12.9.2018.

⁶ Pour la création d'une rente-pont en faveur de personnes proches de l'âge de la retraite ayant épuisé leur droit aux indemnités de chômage. Motion M 2440, déposée le 27.11.2017.

⁷ Projet de loi modifiant la loi en matière de chômage (Allocation cantonale complémentaire – allocation-pont). PL 12262 déposé le 24.1.2018.

⁸ Projet de loi modifiant la loi sur les prestations complémentaires cantonales (Pour l'introduction d'une rente-pont en faveur des personnes proches de l'âge de la retraite), PL 12567, déposé le 27.8.2019.

10. Ältere Arbeitslose, Überbrückungsrente

Kantonale Ebene

Conseil refuse l'entrée en matière par 52 Oui et 37 Non (gauche) lors de sa séance du 3 juin 2021.

Canton de Vaud, VD

- **2011, Introduction d'une rente-pont par votation populaire** - Le Conseil d'État vaudois par la voix de Pierre-Yves Maillard (PS) soumet un projet de loi dans le but d'assurer une sécurité financière à des familles (cf. chap. EL Familien) et à des chômeurs pour lesquels l'aide sociale n'est pas adaptée, ceci par le biais d'une prestation analogue aux prestations complémentaires fédérales. La rente-pont s'adresse aux chômeurs en chômeuses en fin ou sans droits de 62/63 ans (60/61 pour les personnes remplissant les conditions du revenu d'insertion), domiciliés dans le canton depuis 3 ans au moins et qui remplissent les critères d'accès aux PC. La rente-pont inclut certains frais médicaux. Le Grand Conseil accepte la loi par 85 Oui et 56 Non. Un comité référendaire composé des milieux économiques et des partis de droite s'y oppose, précisant qu'il s'oppose aux seules PC Familles. En votation populaire référendaire du 15 mai 2011, la loi est acceptée par 61% des votant:es⁹. Elle entre en force le 1^{er} octobre 2011.

⁹ Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam) du 23 novembre 2010.

11 Coronakrise

Ab Anfang 2020 erkrankten auch in der Schweiz viele Menschen am neuen Coronavirus. Zum Schutz der Bevölkerung vor Covid-19 erklärt der Bundesrat aufgrund des Epidemien-gesetzes per Notrecht zuerst eine «besondere Lage» (situation particulière) (28. Februar 2020), ab dem 16. März 2020 dann eine «ausserordentliche Lage» (situation extraordinaire, état de nécessité) mit weitgehendem Lockdown. Ab dem 27. April 2020 lockert der Bundesrat die Massnahmen etappenweise und ab dem 19. Juni gilt wieder die besondere Lage. Ab Herbst 2020 steigen die Corona-Fallzahlen erneut sehr stark an («zweite Welle»). Es obliegt wieder den Kantonen, Massnahmen zu ergreifen. Diese fallen höchst unterschiedlich aus. Die Koordination zwischen Bund und Kantonen ist konfliktreich. Anfangs 2022 gilt wieder Home-Office-Pflicht. Ab 17. Februar 2022 werden dann praktisch alle Schutzmassnahmen aufgehoben und ab 1. April 2022 gilt nicht mehr die besondere, sondern die normale Lage.

Bund, Kantone und Gemeinden sprechen rasch vielfache Hilfen in Milliardenhöhe für die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise, dies im Rahmen der Arbeitslosen- und der Erwerbsersatzversicherung, in Form von Krediten, Härtefallverordnungen und weiteren Rettungspaketen für Unternehmen und bestimmte Bereiche sowie für Personen. So erweist sich die soziale Sicherung in der Schweiz als unerwartet schnell anpassungsfähig, ja geradezu grosszügig. Die Unterstützungsmassnahmen und vereinfachten Bedingungen in den Sozialversicherungen werden bereits ab Sommer 2020 etappen- und sektorenweise wieder zurückgefahren; eine Übersicht ist schwierig. Wir führen diese Massnahmen hier nicht auf; Zusammenstellungen finden sich bei der Artias¹ und dem Bund², bei Rosenstein/Mimouni (2022) sowie in einer Übersicht über die kantonalen Covid-19-Regelungen bis November 2020 des Instituts für Föderalismus³.

Zu erwähnen sind ausserdem die unzähligen Initiativen von Gemeinden, Institutionen und Privaten, welche Nachbarschaftshilfe (z.B. für Einkauf) anbieten, freiwilliges Engagement koordinieren oder Informationen zur Verfügung stellen mittels einer unübersichtlichen Menge von Plattformen oder Notrufnummern. Wir führen einige, von denen wir Kenntnis haben, auf.

¹ Coronaveille Artias (2.4.2020 au 24.2.2022), https://artias.ch/artias_veille/corona-veille/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=artias-newsletter-2%2F2022

² Bund, Auswirkungen auf die Bundesfinanzen, 16.9.2022, <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/a/covid19.html>

³ Regelungen bis Mitte November 2020. Höchner Claudia (2020). Kantonale Regelungen zu Covid-19 in der Übersicht. Institut für Föderalismus, Universität Freiburg. https://www.unifr.ch/federalism/fr/assets/public/files/Newsletter/IFF/4_%C3%9Cbersicht%20Kantonale%20Massnahmen%20COVID19.pdf

11. Coronakrise

Kantonale Ebene

Die Verantwortlichen der Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden sowie die SKOS befürchtet zu Beginn der Pandemie einen grossen Ansturm auf Unterstützungsleistungen. Dieser wird dann nicht stattfinden. Die Institutionen der Sozialhilfe empfehlen kurzfristig einige kleine Erleichterungen, die infolge der Massnahmen (Lockdown) ohnehin obligatorisch sind, bauen aber weder Leistungen aus noch erleichtern sie den Zugang wie dies bemerkenswert schnell in der Arbeitslosen- und Erwerbsersatzversicherung entschieden wird. Die wenigen Ausnahmen sind unten aufgeführt (Kantone GE und VD). So bleibt die Sozialhilfe weit von einer «schnellen und unbürokratischen Hilfe» entfernt, wie dies für die Bundes-Milliarden an KMU gehandhabt wird. Unseres Wissens werden die Budgets der Sozialhilfe nirgends aufgestockt (einzige Ausnahme Kanton Jura), aber vielerorts öffentliche Gelder an Wohltätigkeitsorganisationen gesprochen, die Lebensmittelpakete verteilen, punktuelle Geldleistungen gewähren und Notschlafstellen ausbauen. Wohltätigkeit erfährt eine starke, positive Medienpräsenz. «Solidarität» ist in aller Munde.

So erstaunt es wenig, dass die Anzahl Sozialhilfebeziehender während der Coronakrise sinkt. Für uns ist dies Grund zur Sorge.

In diesem Kontext sind aus unserer Sicht folgende Öffnungen umso bemerkenswerter. Während und für die Dauer der Coronakrise führen 6 Kantone (BS, GE, SG, TI, VD, ZH) und 2 Städte (Luzern, Zürich) neue Formen der Existenzsicherung ein für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren: Personen ohne Aufenthaltsrecht (Sans-Papiers) und solche in prekären Arbeitsverhältnissen. Weitere soziale Gruppen - Kulturschaffende und Studierende - erhalten pauschalisierte Grundeinkommen. In der Krise wird die Existenzsicherung verstärkt als eine notwendige, legitime öffentliche Aufgabe betrachtet. **Diese neuen Module sind untenstehend mit gelber Markierung hervorgehoben.** Ab 2022 versuchen etliche Kantone und Städte aufgrund der Erfahrungen während der Coronakrise, dauerhafte Module der Existenzsicherung ausserhalb der Sozialhilfe aufzubauen. Wir führen sie in einem neuen Kapitel («Nach-Covid») auf.

Dieses Kapitel enthält drei Unterkapitel: uns bekannte Vorstösse und Entscheide auf nationaler Ebene, Empfehlungen und Vorstösse der SKOS, sowie Massnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene. In Anbetracht der kurzen Zeitspanne (Jahre 2020 und 2021) nehmen wir keine chronologische Ordnung vor.

Dieses Kapitel ist per 31.12.2024 abgeschlossen und wird also nicht weitergeführt.

Nationale Ebene

- **National- und Ständerat, Keine neuen Hilfen für Papierlose** - Am 6. Mai 2020 – Anfang Coronakrise - reichen der Nationalrat Benjamin Roduit (CVP) und die Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) je eine identische Motion mit dem Titel «Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen» (Prendre en considération la situation des personnes sans statut légal) ein (NR 20.3446; SR 20.3420). Sie verlangen Hilfen in Krisensituationen für Personen ohne Zugang zu den ordentlichen Hilfsmassnahmen der ALV, der Sozialhilfe und des Gesundheitswesens. Der Bundesrat beantragt Ablehnung. Der Ständerat lehnt die Motion ab (15.9.2021), im NR wird sie zurückgezogen (2.3.2022).
- **Keine Nachteile für sozialhilfebeziehende Ausländer:innen** - Das SEM gibt Weisungen zur Umsetzung der COVID-19-Verordnungen im Ausländerbereich heraus in drei fortlaufend präziseren Versionen (13.3.2020, 16.4.2020, 12.2.2021), hier jene vom 12.2.2021: «Ein durch COVID-19 verursachter Sozialhilfebezug soll nicht zu ausländerrechtlichen Konsequenzen führen. Die kantonalen Behörden werden aufgefordert, ihren Ermessensspielraum bei der Verlängerung von Fristen sowie bei der materiellen Beurteilung von Gesuchen zugunsten der Ausländerinnen und Ausländer angemessen auszuschöpfen. [...] Im Ergebnis sollen den Betroffenen infolge der Pandemiesituation keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Dies heisst, dass die Behörde z.B. bei der materiellen Beurteilung der Erfüllung der Integrationskriterien (bspw. Kriterien für Sprachkompetenznachweise) die Pandemiesituation berücksichtigt und bspw. die von der Behörde gesetzten Fristen erstreckt werden können. Dies betrifft namentlich die Beurteilung der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung (Ziff. 3.3.1.4 der AIG-Weisungen) sowie den Nachweis von Sprachkompetenzen [...]. Hinsichtlich des Kriteriums der Sozialhilfeabhängigkeit ist zu berücksichtigen, ob diese durch die Pandemiesituation und ihrer Folgen eingetreten ist bzw. verlängert worden ist. [...] Ein unverschuldetes Unvermögen zur Integration stellt kein Einbürgerungshindernis dar. Dieser allgemeine Grundsatz wurde mit Blick auf die Covid-Pandemie präzisiert»⁴.
- **Ausserparlamentarische Forderungen** - Verschiedene Organisationen stellen bereits zu Anfang der Coronakrise Forderungen betreffend Sozialhilfe.
 - AvenirSocial verlangt Massnahmen für «die Schutzbedürftigsten unserer Gesellschaft», zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund, Armutsbetroffene oder Alleinerziehende, Suchterkrankte, und zwar insbesondere schnelle Hilfeleistungen, niederschwellige Angebote und eine massive Stärkung der in diesen Bereichen tätigen Organisationen sowie die Anerkennung der Care-Arbeit⁵.
 - Jetzt und langfristig gemeinsam handeln - Auf Initiative von AvenirSocial und ATD Vierte Welt rufen (im April 2020) 28 Organisationen von Betroffenen und im Bereich Armut tätige Organisationen zu kurzfristigen Sofortmassnahmen und langfristigem Handeln unter Einbezug der Erfahrungen von

⁴ SEM, Weisung Nr. 323.7-5040/3, Umsetzung der Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 3) sowie zum Vorgehen bezüglich Ein- /Ausreise in/aus der Schweiz, 12.2.2021, Ziffer 3.3.

⁵ Medienmitteilung 2.4.2020, Corona – alles anders und alle solidarisch? Die Sicht der Sozialen Arbeit. https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2020/04/MM_Corona_2.4_D..pdf

11. Coronakrise

—

Armutsbetroffenen auf. Dazu gehören u.a. unbürokratische und niederschwellige Hilfe für alle Menschen in finanzieller Not, nicht nur karitativer Natur, sondern auch staatlich garantiert (auch für Personen, die auf Einkünfte aus nicht anerkannten oder informellen Tätigkeiten angewiesen sind); würdevolle Aufenthalts- bzw. Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen ohne festen Wohnsitz; Freischaltung von gesperrten Stromanschlüssen und temporärer Erlass der Kosten für Menschen, die den Strom nicht bezahlen können; vollumfängliche Übernahme der Krankenkassen von Arzt- und Behandlungskosten (inklusive Franchise) bei Corona-Fällen für Menschen mit tiefen Einkommen. Langfristig verlangen die Organisationen eine nationale Armutsstrategie, um die Armut zu überwinden, Chancengerechtigkeit sowie eine Politik gegen die digitale Kluft⁶.

- Pressekonferenz der Allianz «Austausch Armut» - Im Mai 2021 geben 26 Organisationen von Betroffenen und aus der Armutsbekämpfung auf Initiative von AvenirSocial und ATD Vierte Welt ihrer Besorgnis über die Auswirkungen der Coronakrise Ausdruck. Sie stellen einen Katalog mit konkreten Forderungen vor entlang von drei Themenschwerpunkten zur Förderung der Teilhabe aller Menschen am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben: eine würdige Existenzsicherung, Bildung schützt vor Armut, Stärkung der Sozialen Arbeit. Die Allianz fordert aber auch einen gesellschaftlichen und politischen Paradigmenwechsel: Die von Armut betroffenen Personen hätten ein unersetzliches Wissen, darum seien ihre Stimme und ihr Wissen zum Aufbau einer Gesamtpolitik zur Verhinderung von Armut unverzichtbar⁷.

Empfehlungen und Vorstösse der SKOS

- **Merkblätter der SKOS** – Bereits am 20. März 2020 publiziert die SKOS ein erstes Merkblatt im Kontext der ausserordentlichen Lage. Es wird in der Folge mehrmals angepasst. Die SKOS erwartet einen starken Ansturm auf die Sozialhilfe. Die wesentlichen sozialhilfespezifischen Elemente im Merkblatt vom 20. März 2020 sind folgende:
 - Beratungsgespräche sind auszusetzen oder dann auf eine kurze Zeit zu begrenzen (15 Minuten) ausser in begründeten Ausnahmen;
 - Sitzungen sind zu reduzieren, z.B. indem vorübergehend bestimmte Entscheidungsbefugnisse der Sozialbehörden an Sozialdienste delegiert werden;

⁶ Medienmitteilung 6.4.2020, Die Krise trifft armutsbetroffene Menschen doppelt: Jetzt und langfristig gemeinsam handeln. https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2020/04/Medienmitteilung-Krise-und-Armut_final.pdf

⁷ Medienmitteilung 27.5.2021, Die Krise trifft armutsbetroffene Menschen doppelt: Allianz lanciert Forderungen zur Armutsbekämpfung. https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2021/05/2021_MM_Armut_D.pdf Die Redebeiträge der Pressekonferenz sind zu finden unter: avenirsocial.ch / Was wir tun / Medien / 27.5.2021, Pressekonferenz der Allianz «Austausch Armut».

11. Coronakrise

Empfehlungen und Vorstösse der SKOS

- Die Existenzsicherung ist als zentral zu betrachten, während Massnahmen für Bildung und Integration vorübergehend in den Hintergrund treten. Oft können Massnahmen nicht mehr stattfinden;
- Die Mitwirkungspflicht (Subsidiaritätsprinzip) kann nicht im üblichen Ausmass verlangt werden. Auskunfts- und Meldepflichten betreffend die persönliche und finanzielle Situation gelten weiterhin, ebenso die Pflichten zur Minderung der Bedürftigkeit soweit möglich;
- Die Verhältnismässigkeit in Sachen Auflagen, Massnahmen, Sanktionen, Rückerstattung muss neu geprüft werden;
- Bildungs- und Integrationsmassnahmen sind «vielfach nicht mehr durchführbar und in diesen Fällen zu sistieren». Die Teilnahme ist «nicht mehr ohne weiteres verpflichtend». « Wenn die Arbeitsplätze weiterbestehen und eine Teilnahme für die verpflichtete Person unter Würdigung der gesamten Umstände zumutbar ist, bleibt die Auflage verpflichtend»;
- Vertraglich vereinbarte Beträge (Taglohn, Integrationszulagen, Einkommensfreibetrag) müssen in jedem Fall weiterhin bezahlt werden wie wenn die Massnahmen stattfänden;
- Unterstützung darf nicht (teil-)eingestellt werden, wenn eine Arbeit nicht angenommen oder Drittansprüche nicht geltend gemacht werden können;
- Fristen müssen verlängert werden;
- Sozialhilfe muss rechtzeitig erbracht werden. Unaufschiebbarer wirtschaftlicher Hilfe muss in dringenden Fällen (allenfalls bevorschussend) sofort geleistet werden, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Sozialhilfeanspruch besteht, auch wenn die Verhältnisse noch nicht vollständig abgeklärt sind;
- Selbständigerwerbende haben Anspruch auf Sozialhilfe als unterstes Netz der Existenzsicherung mittels Rückerstattungsverpflichtung und Abtretung allfälliger staatlicher Entschädigungen oder Versicherungsleistungen.

Spätere Merkblätter erwähnen u.a. folgende Aspekte; es gelten zumeist bereits wieder die üblichen Regeln:

- Ausländer:innen, die wegen Corona Sozialhilfe beziehen, sollen daraus keine Nachteile erwachsen. Bei der Meldung des Sozialhilfebezugs soll darauf hingewiesen werden, dass dieser während der Coronakrise erfolgte (Merkblatt 9.4.2020) (siehe oben, Nationale Ebene, Keine Nachteile..., Weisung SEM);
- Ab 1. Juni 2020 sollen Einkommensfreibetrag und Integrationszulage wieder nur dann ausbezahlt werden, wenn sie effektiv geleistet wurden, ausser behördliche Entscheide verunmöglichen eine Teilnahme an Integrationsprogrammen (Merkblatt 29.5.2020);
- Das Prinzip der Verhältnismässigkeit soll bei Auflagen zur Arbeitssuche respektiert werden, obwohl: «Anders als im Rahmen der Arbeitslosenversicherung sollen Auflagen der Sozialhilfe zur Stellensuche resp. zum Nachweis von Arbeitsbemühungen nicht pauschal sistiert werden». Der französische Text sagt das Gegenteil aus (Merkblatt 29.5.2020). Später wird empfohlen, die Personen schriftlich über eine allfällige Sistierung der

11. Coronakrise

Empfehlungen und Vorstösse der SKOS

—

Auflagen zu informieren, wenn diese nicht mehr verhältnismässig oder nicht mehr realisierbar ist (Merkblatt 23.10.2020);

- Die besonderen Empfehlungen betreffend vereinfachter Anspruchsprüfung und Sicherheitsmassnahmen sind aufgehoben (Merkblatt 29.5.2020);
- Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen aufgrund der Coronakrise: es gelten die üblichen Empfehlungen, an welche die SKOS detailliert erinnert (Merkblatt 29.5.2020);
- Kosten für Schutzmasken sollen als grundversorgende situationsbedingte Leistungen übernommen (Merkblatt 3.7.2020) oder gratis abgegeben werden (Merkblatt 20.10.2020);
- Die SKOS erinnert daran, dass alle Corona-Unterstützungen der Sozialhilfe vorgelagert sind und dass bei Selbständigen nur die Grundsicherung (und keine Betriebskosten) geleistet werden soll (Merkblätter 20.4.2020, 29.5.2020, 20.10.2020).
- Die Arbeit auf den Sozialdiensten darf die Gesundheit der Beteiligten nicht gefährden, die Dienstleistung muss aufrechterhalten bleiben. «Als soziale Anlaufstellen sind Sozialdienste nicht ganzheitlich ins Home-Office zu versetzen». Für persönliche Beratungsgespräche «gilt der Grundsatz so viel wie nötig, so wenig wie möglich» (Merkblatt Februar 2021).
- Kosten für Covid-Testzertifikate sollen nicht übernommen werden, da die Impfung zugänglich und kostenlos ist (Merkblatt Sept. 2021).
- **Keine Nachteile für sozialhilfebeziehende Ausländer:innen** - Per Schreiben vom 14. April 2020 wendet sich die SKOS an die Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden VKM im Sinne der Weisung des SEM (siehe oben) und empfiehlt den Sozialhilfebehörden, bei der Meldung des Sozialhilfebezugs darauf hinzuweisen, dass dieser während der Coronakrise erfolgt und also nicht «selbstverschuldet» ist. Der Präsident der VKM leitet das Schreiben der SKOS an die Mitglieder der VKM weiter (Mail vom 14.4.2020).
- **Szenarien betreffend Zunahme von Sozialhilfefällen** – Zu Beginn der Coronakrise fürchtet die SKOS einen starken Anstieg von Sozialhilfebeziehenden. Im Mai 2020 publiziert sie deshalb eine erste Einschätzung von drei möglichen Entwicklungen der Fallzahlen: ein optimistisches, ein pessimistisches und ein mittleres, genannt Referenzszenario. Ausgehend von den Fallzahlen von 2018 geht das Referenzszenario von 77'000 zusätzlichen Sozialhilfebeziehenden aus. Dies entspricht einer Zunahme um 28% und einer Sozialhilfe-Quote von 4,0% (2018 und 2019: 3,2%) (SKOS 2020). In späteren Einschätzungen korrigiert die SKOS ihre Prognose nach unten. Bezogen auf 2019 und für das Referenzszenario rechnet sie mit einem Anstieg um 21.3% bis Ende 2022 (Einschätzung Mai 2021) bzw. nur mehr um 13,8% für 2023 in der Einschätzung von Oktober 2021 (SKOS 2021).
- **SKOS-Fallzahlenmonitoring- stete leichte Abnahme der Fallzahlen** – Um über schnelle Informationen zum befürchteten starken Anstieg zu verfügen, führt die SKOS ab Mai 2020 ein Monitoring zur Fallzahlenentwicklung ein, dies aufgrund von Angaben eines Teils der Sozialdienste (58% der Sozialhilfe-Beziehenden); die Daten sind deshalb nur beschränkt repräsentativ (allerdings

—

11. Coronakrise

—

wird der Vergleich des SKOS-Monitorings mit der Sozialhilfestatistik eine nur geringe Abweichung von rund 1% zeigen). Grundlage ist der Monat Januar 2019 mit Index 100. In den ersten Monaten nehmen die Fallzahlen leicht zu mit einem Höchststand von Index 102 im Mai 2020, danach fallen sie bereits wieder, und Ende August stellt das Monitoring «eher überraschend» eine Abnahme praktisch auf das Niveau des Durchschnittsmonats 2019 fest. Ende 2022 schreibt die SKOS: « Nach Beendigung der Unterstützungsmassnahmen des Bundes sind mittel- und langfristige Folgen der Pandemie auf die Sozialhilfe zu erwarten. Zudem haben neue Krisen wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Sozialwerke [...]. Die Fallzahlen sind entgegen den Befürchtungen während der Pandemie nicht gestiegen und liegen seit Sommer 2021 unter dem Durchschnitt 2019. Den Grund dafür sieht die SKOS in den vorgelagerten Sozialwerken (Taggelder ALV, Kurzarbeit, Corona-Erwerbserersatz), die während der Krise ausgebaut wurden, und in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Zudem wird eine Zunahme beim Nichtbezug von Sozialhilfe vermutet aufgrund der verschärften ausländerrechtlichen Bestimmungen und der Verpflichtung zur Rückerstattung, die in einigen Kantonen weiter geht als in den SKOS-Richtlinien empfohlen»⁸.

Die SKOS führt ihr monatlich aktualisiertes Monitoring weiter bis zur Einführung der neuen Statistik des BFS 2026⁹.

Kantonale und kommunale Ebene

- **Kantone, Abgabe von Schutzmasken** - Mehrere Kantone und Gemeinden geben Schutzmasken ab bzw. vergüten die Kosten für Sozialhilfebeziehende und manchmal weitere Gruppen. Beispiele:
 - Le canton du Jura remet gratuitement des masques de protection aux bénéficiaires du subsidé complet de l'assurance maladie. Les personnes seront informées directement quant à la marche à suivre.
 - Le canton de Vaud remet 1 boîte de 50 masques pour un mois aux bénéficiaires de prestations sociales via les services d'aide à domicile où il faut se rendre muni de la dernière décision d'octroi. «'Nous ne pouvons pas risquer que des personnes renoncent au masque ou l'utilisent de manière inadéquate pour des raisons financières', explique Rebecca Ruiz, la cheffe du Département de la santé et de l'action sociale »¹⁰.

Kanton Basel-Stadt, BS

- **Keine Erleichterungen in der Sozialhilfe** - Die Webseite der Sozialhilfe Basel (12.6.2020) gibt auf der Startseite Informationen zu «Vorsprachen während der Coronakrise»: alle Vorsprachen werden telefonisch durchgeführt; nicht unangemeldet vorbeikommen; «rufen Sie direkt Ihre zuständige Person an»; «Bitte

⁸ <https://skos.ch/themen/sozialhilfe-und-corona/monitoring-fallzahlen>, abgerufen 21.12.2022.

⁹ <https://skos.ch/themen/sozialhilfe-und-corona/monitoring-fallzahlen>, abgerufen 30.10.2024.

¹⁰ État de Vaud, Communiqué de presse, 16.7.2020.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

beachten Sie, dass Ihre Ansprechperson vielleicht nicht am Arbeitsplatz sein kann und es zu Wartezeiten in der Vertretung kommt oder sich Wartezeiten bei Anrufen an unsere Hauszentrale ergeben. Wir bitten Sie hierfür um Ihr Verständnis». Ein weiteres Fenster auf der Startseite verweist auf den «Antrag auf Unterstützung während der Coronakrise». Dieser besagt folgendes: Anmeldungen werden nur schriftlich entgegengenommen; ein Sozialleistungsrechner erlaubt eine selbst durchgeführte Anspruchsberechnung in 20 Minuten; Liste der zwingend nötigen Dokumente (Kopien von ID, Mietvertrag, Krankenkassenpolice und aktueller Einzahlungsschein, Kontoauszüge der letzten beiden Monate und aktueller Kontostand, einkommens- und vermögensrelevante Unterlagen sofern vorhanden).

- **Corona-Härtefall-Unterstützung für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen** – Im April 2021, nach 1 Jahr Coronamassnahmen, fordern mehrere Grossräte eine einmalige Unterstützung für alle Personen mit einer Einkommenseinbusse aufgrund der Corona-Pandemie zwischen 2019 und 2020 von mind. 5%, welche unter die Kriterien der Prämienverbilligung fallen. Der Unterstützungsbeitrag soll 2x dem Montagsbeitrag der Prämienverbilligung entsprechen oder mindestens 500 Franken betragen¹¹. In einer ersten Stellungnahme beantragt der Regierungsrat Ablehnung, da andere Hilfen bestünden und der administrative Aufwand hoch wäre (RR BS, Regierungsratsbeschluss 7.9.2021). Trotzdem überweist der Grossrat den Antrag an den RR zur Ausarbeitung einer Vorlage. Dieser legt daraufhin einen Vorschlag vor für eine Unterstützung von 550 Franken pro Haushaltsmitglied. Die Anspruchsberechtigung muss von Amtes wegen vom Departement WSU und der Steuerverwaltung ermittelt werden (RR an den Grossen Rat, 28.6.2021, 22.0890.01). Am 20.10.2022 nimmt der Grossrat den Vorschlag an.
(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)
- **Temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe** - Der Vermögens-Freibetrag in der Sozialhilfe soll temporär (bis Ende 2023) erhöht werden, damit Betroffene nicht ihr bisher erspartes Vermögen aufgrund der aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrise vernichten müssen. Der Grossrat überweist eine entsprechende Motion¹² an den Regierungsrat (17.11.2021). Der Freibetrag wird temporär von April 2022 bis Dezember 2023 verdoppelt, von 4000 auf 8000 Franken (Einzelperson). Ab 2024 wird die Erhöhung definitiv (s. Kapitel Post-Covid).
- **Kein sicherer Zugang zur Sozialhilfe für Personen ohne Schweizer Pass** – Per Motion¹³ fordern der Grossrat Oliver Bolliger (Grün-Alternatives Bündnis GAB) und die Grossrätin Tonja Zürcher (Grün-Alternatives Bündnis GAB) den RR auf, während der Krise keine Daten ans Migrationsamt zu überweisen und den Zugang zur Sozialhilfe für Sans-Papiers zu prüfen. Der RR will keine Stellung nehmen, der Grossrat lehnt die Motion mit 49 zu 42 Stimmen ab (16.9.2020).

¹¹ Corona-Härtefall-Unterstützung für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Motion 21.5275.01, eingereicht am 14.4.2021 von Pascal Pfister (SP) und Konsorten.

¹² Motion 21.5317.01, eingereicht von Oliver Bolliger (Grünes Bündnis), BastA und Konsorten, 22.4.2021. <https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200110977>

¹³ Motion betreffend sicherer Zugang zur Sozialhilfe-Unterstützung für alle, die Sistierung von ausländerrechtlichen Sanktionen und die Prüfung der Arbeitsintegrationsmassnahmen. Motion 20.5129.1, eingereicht am 14.4.2020.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

- **Taggeld für Kulturschaffende** - Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt beschliesst am 9. Februar 2021, Kulturschaffenden subsidiär zu andern Leistungen und nach Abzug anderweitiger Einkommen ein Taggeld von 98 Franken auszubehalten während maximal 6 Monaten (1.11.2020 bis 30.4.2021)¹⁴. *(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)*
- **Unterstützung für Selbständige** – Der Kanton unterstützt Selbständigerwerbende mit einem Beitrag an die betriebliche Liquidität mit maximal 2x 30 Taggeldern à mindestens 98 Franken¹⁵. Diese Leistung wird für die Zeit zwischen dem 1.4.2020 und dem 31.3.2021 ausgerichtet.

Canton de Fribourg, FR

- **Aides publiques par œuvres privées** – En juin 2020, le Conseil d'État fribourgeois engage un nouveau train de mesures d'urgence qui comprend, entre autres, « des aides aux plus démunis » car, écrit-il, « il émerge actuellement une catégorie de population nouvellement précarisée. Cette population rechigne souvent à avoir recours à l'aide sociale et est encline à se tourner vers les autres réseaux d'aide existants. C'est donc vers ces réseaux que se tourne la nouvelle aide du Gouvernement. Le Conseil d'État veut ainsi renforcer le partenariat avec les institutions et réseaux d'entraide, afin d'assurer une aide directe et l'orientation des personnes concernées vers les aides adéquates »¹⁶.
- **Manifeste pour la Dignité** – Le Collectif Dignité Fribourg lance une pétition adressée aux autorités cantonales. Signée par plus de 80 organisations du secteur de l'action sociale dont AvenirSocial, de syndicats et de 4200 personnes, elle demande de diminuer la précarité dans le canton. Elle est déposée le 4 octobre 2021 et propose plusieurs mesures urgentes : le droit à l'alimentation et au logement, la suppression du devoir de remboursement de l'aide sociale et l'égalité de traitement, des PC pour les familles, la participation aux décisions des personnes concernées et des organisations de terrain et le renforcement de l'intégration (dignite-fribourg.ch). Le Conseil d'État répond à la pétition par une lettre de 7 pages énumérant ses actions en la matière¹⁷.

Canton de Genève, GE

Le canton de Genève prend de nombreuses mesures d'aide à certains secteurs de l'économie ainsi qu'aux personnes touchées par la pandémie. L'aide individuelle directe aux personnes passe systématiquement par le financement d'organisations privées, toutes préexistantes à la pandémie. L'ensemble de ces aides, toutes extraordinaires, doivent faire l'objet d'une loi. Pas moins de 36 de telles lois ont été

¹⁴ Kanton Basel-Stadt, Präsidialdepartement. «Taggelder zur Existenzsicherung von Kulturschaffenden», Merkblatt Unterstützungsmassnahmen gemäss Covid-19-Verordnung Kulturschaffende. Version vom 12. März 2021.

¹⁵ Kanton Basel-Stadt. Verordnung zur Ausrichtung von Unterstützungsleistungen an arbeitslos gewordene Selbständigerwerbende (COVID-19-Verordnung Unterstützung Selbständigerwerbende) vom 31.3.2020, aufgehoben per 31.3.2021.

¹⁶ COVID-19 : le canton de Fribourg complète l'arsenal de ses mesures d'urgence. Conseil d'État fribourgeois, 5.6.2020.

¹⁷ https://dignite-fribourg.ch/wp-content/uploads/2021/12/fr_DCES-LACE_petition_dignite_signiert-1.pdf, 30.11.2021.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

—
votées entre le 12 mai 2020 et le 19 mai 2022, au point qu'un onglet spécifique a été créé dans le Recueil systématique législation genevoise SIL¹⁸. Quelques exemples de lois d'aide aux personnes dans la précarité :

- Soutien à la Fondation Partage pour le droit à l'alimentation (12725, 4.6.2020)
- Lutte contre le sans-abrisme (12821, 26.11.2020 pour l'hébergement dans des structures hôtelières ; 12939, 30.4.2021)
- Soutien aux organismes privés à but non lucratif (12836, 4.12.2020), dite loi des 12 millions

Les autres lois genevoises Covid complètent les aides fédérales (p.ex. RHT pour bas revenus, acteurs et actrices de la culture) ou interviennent lorsqu'elles font défaut. Certaines lois entrent en vigueur rétroactivement et pour une courte durée, d'autres sont prolongées – pas facile de s'y retrouver. Toutes les aides prévues n'ont pas été dépensées. Un rapport du Conseil d'État présente le bilan de la gestion de la crise analysée par deux études externes¹⁹. Il montre que, régulièrement, des fondations privées ont été sollicitées pour (co-)financer les mesures.

Voici d'autres mesures dont nous avons connaissance.

- **Pas de préjudice en matière de titre de séjour** - Le canton de Genève se réfère aux directives du SEM (cf. ci-dessus, Niveau national). « L'Office cantonal de la population et des migrations (OCPM) applique les directives du SEM et tiendra compte, comme le recommande l'autorité fédérale, des circonstances spécifiques de la pandémie dans l'examen des dossiers. Dans le respect des directives du SEM, le Conseil d'État tient à souligner que les personnes qui, temporairement, font appel aux prestations d'aide sociale pendant et à cause de la crise sanitaire du Covid-19 ne subiront pas de préjudice, à ce titre, au niveau de l'obtention ou du renouvellement de leur titre de séjour »²⁰.
- **Indemnisation pour perte de revenus précaires** - Une aide financière ponctuelle pour des travailleurs et travailleuses précaires est introduite à Genève. Deux acteurs se disputent la paternité de ce dispositif : d'un côté le Conseiller d'État en charge des affaires sociales qui dépose formellement un tel projet de loi ; de l'autre côté les syndicats qui luttent pour le droit au remplacement d'un salaire par opposition à de l'aide humanitaire et qui, dans ce but, construisent une « Plateforme pour une sortie de crise sans exclusion » dans le cadre de laquelle un projet de loi est rédigé. Cette plateforme comprend une large coalition allant des œuvres d'entraide jusqu'aux associations patronales (Pelizzari 2022 : 202).

En tout état de cause, au début de la crise du coronavirus, le 25.5.2020, le Conseil d'État dépose un projet de loi sur l'indemnisation de catégories de travailleurs et travailleuses précaires²¹. Cette mesure à durée limitée vise à compenser 80% de la perte de revenu effective survenue entre le 17 mars et le 16 mai 2020

¹⁸ <https://silgeneve.ch/legis/> > Covid-19 loadsilgrp:COR

¹⁹ Conseil d'État, Genève. Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil sur la motion de Mmes et MM J-M. Guichard, Vanek, Zuber-Rox, Cuendet, Esteban, Magnin, Mizrahi, Müller Sontag, Preffer: pour demander un bilan de la gestion de la crise sanitaire. M 2838 renvoyée au CdE le 7.4.2022. Rapport fondé sur : Evaluanda, Mandat Retex ; Centre de Politique de Sécurité de Genève.

²⁰ Conseil d'État, Genève, Covid-19, nomination et condoléances, Aide sociale et application de la LEI. Communiqué de presse 23.4.2020.

²¹ Projet de Loi sur l'indemnisation pour perte de revenus liée aux mesures de lutte contre le coronavirus, PL 12723.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

indépendamment de l'activité et du statut professionnel et légal. Une durée de séjour d'un an est exigée. Ce soutien exceptionnel vise les personnes qui n'ont pas droit à d'autres aides. Car, écrit le Conseil d'État, en matière d'aide sociale, «les droits y sont très limités pour les personnes sans statut légal [... et] le recours à l'aide sociale est souvent retardé par l'existence d'éléments de fortune». 15 millions sont prévus pour ce dispositif.

Le Grand Conseil accepte le projet par 51 contre 47 voix (25.6.2020) en baissant le plafond de l'aide de 5880 (projet) à 4000 francs par mois indemnisé. Les partis UDC et MCG lancent un référendum sous l'intitulé « Non au travail illégal et non déclaré ». En votation populaire référendaire du 7 mars 2021, la loi est acceptée par 68.8% des votant:es.

L'indemnité financière unique est donc au maximum de 8000 francs (2 mois à 4000 francs). Le délai pour la demander est limité à la période entre le 7 avril et le 6 juillet 2021 – plus d'un an après la perte de salaire. L'information passe par les syndicats, des affiches format mondial et des annonces dans les transports publics sous le titre Indemnités pour les travailleurs et travailleuses précarisés.

(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

- **Réinvention des services sociaux – le Bureau d'information sociale (BIS)** - En novembre 2020, le Conseiller d'État en charge des affaires sociales ouvre un Bureau d'information sociale (BIS) pour toutes les personnes impactées par les mesures prises contre le Covid-19 indépendamment de leur statut. Participent à ce BIS des représentant:es de l'Hospice général, de communes genevoises, du CapaS, des Colis du Cœur, de l'Asloca et de la HETS-Ge. Ces professionnel:les fournissent des informations, identifient les aides auxquelles les personnes ont droit et les orientent vers les services utiles²².

Durant un premier mois, le BIS est ouvert, à raison de 3h par semaine, dans une paroisse à la frontière de la ville. Il change par la suite de lieu tous les deux mois environ « pour faciliter l'accès ». En mars 2021, le BIS devient permanence et élargit ses prestations aux personnes en difficultés non liées à la crise sanitaire. Il est désormais ouvert 2h par semaine. Des affiches format mondial en ville et des annonces dans les transports publics invitent à s'y rendre. Après une fermeture durant l'année 2022, le BIS rouvre en septembre 2023 avec les mêmes buts et regroupant toujours diverses associations privées, avec un statut pérenne et dans un lieu fixe ; il est ouvert 2x/semaine durant 3h.

- **Droit à la couverture des besoins vitaux de toute personne sans abri** – Depuis longtemps, la Ville de Genève assume seule ou presque (pas d'actions des autres communes) l'aide d'urgence aux personnes sans abri. Durant la crise du Covid, la problématique devient plus criante. Après deux lois votées en 2020 et 2021, permettant l'hébergement d'urgence durant des périodes limitées, contribuant explicitement à soutenir le secteur hôtelier, le Conseil d'État soumet un

²² Commentaire : ce type de prestations est proposé de manière pérenne par les Centres d'action sociale de l'HG ainsi que par les services sociaux de certaines communes, ouverts tous les jours de la semaine. De plus, il existe à Genève, depuis 1970, un Bureau central d'aide sociale (BCAS) qui comprend un service social.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

nouveau projet de loi²³ afin de régler les compétences du canton et des communes – comprendre : impliquer les communes dans le financement. Cette loi « vise à garantir à toute personne sans abri la couverture de ses besoins vitaux » (art. 1). Ces prestations sont « inconditionnelles » (art. 2), ce qui signifie, selon l'exposé des motifs, qu'elles « sont délivrées à toute personne se trouvant en situation de sans-abrisme, sans condition de domicile, d'établissement ou de ressources ». La question de savoir si ce droit est ouvert aux personnes sans statut légal (les sans-papiers, les passants), ou si c'est le régime d'aide d'urgence qui s'applique à elles, n'est pas explicitée. L'« inconditionnalité » n'est par ailleurs pas complète puisque le Règlement d'application précise que « la durée de l'hébergement d'urgence d'une personne sans abri peut être limitée » (art. 7 RAPSA).

La loi entre en vigueur le 6 novembre 2021.

- **Hospice général, informations minimalistes** - Le 9.4.2020, le site de l'HG contient ces seules indications en matière de Covid-19 : aucun paiement ne sera bloqué, même à cause de documents manquants ; les prestations seront délivrées dans les délais habituels ; les nouvelles demandes d'indépendants nécessitent de longs entretiens.

Le 22.5.2020, la page d'accueil du site de l'HG présente une fenêtre « Covid-19, Êtes-vous dans le besoin? » avec ces précisions: « N'hésitez pas à nous contacter! Nous pouvons évaluer rapidement votre droit à une aide financière de base avec un minimum de renseignements et documents ». Il est noté que l'octroi d'une aide sociale durant la crise sanitaire n'entraînera pas de préjudice quant au titre de séjour. L'on énumère les principaux documents à fournir : un papier d'identité ou permis de séjour, les copies des derniers revenus ainsi que les décomptes bancaires des trois derniers mois.

- **Aide sociale élargie aux indépendant:es** - Par dérogation pour 2021, l'aide sociale aux indépendant:es peut être de 6 mois (et non de 3 mois comme auparavant) si la personne est en difficultés financières en raison de la crise sanitaire²⁴.
- **La charité privée se fête** - Le 18.4.2020, l'association Caravane de la Solidarité organise à Genève une première distribution de quelques centaines de colis alimentaires et biens de première nécessité. Ne disposant pas d'autorisation, la police confisque le matériel et arrête l'une des membres. Par la suite, tous les samedis, aux Vernets (caserne désaffectée et patinoire), un nombre croissant de colis se distribue. L'action est désormais coordonnée par la Ville de Genève et comprend plusieurs organisations dont notamment les Colis du cœur et la Fondation Partage – Banque alimentaire genevoise ; elle engage de nombreux bénévoles. Les biens distribués sont donnés par des particuliers et des entreprises. Lors de la première distribution aux Vernets, le 2.5.2020, 1500 colis d'une valeur de 20 francs sont distribués à des personnes qui forment une queue de plusieurs centaines de mètres et attendent 3 heures (*Le Courrier*, 4.5.2020). Les images scandalisent et l'action est fortement médiatisée tant en Suisse qu'à l'étranger. Lors de la dernière distribution aux Vernets, le 6 juin, 3100 colis et 500

²³ Projet de loi sur l'aide aux personnes sans abri (LAPSA), 31.3.2021. <https://ge.ch/grandconseil/data/texte/PL12911.pdf>

²⁴ Règlement d'exécution de la LIASI du 25.7.2007, art. 16 al.3, entrée en vigueur au 30.1.2021.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

bons d'achat sont distribués. Lors des 6 distributions entre le 2 mai et le 6 juin 2020, un total de 16'000 colis a été distribué, tandis que les inscriptions aux Colis du cœur ont triplé pour atteindre le nombre de 14'000. Certains points de distribution alimentaires habituels passent à la distribution de bons d'achat par mesure de protection des bénévoles et des bénéficiaires (limiter les contacts physiques) et pour cause d'absence d'inventés des supermarchés. Dès la mi-juin et pour trois mois, les distributions sont décentralisées et « mieux coordonnées » entre les associations, les communes et le Canton²⁵.

Obtenir un colis alimentaire n'est pas démarche spontanée mais exige une inscription aux Colis du cœur. Pour ce faire, il faut remplir un formulaire, démontrer que l'on réside dans le canton de Genève et présenter une pièce d'identité. Ces documents sont à présenter à un service social agréé qui délivre un bon d'octroi si le besoin est avéré. Durant le semi-confinement, des bons d'achat sont envoyés par la poste (carte d'achat hebdomadaire dans un magasin d'alimentation d'un montant indicatif de 50 francs pour une personne seule ou 120 francs pour un ménage de 4 personnes)²⁶.

Le 4 juin 2020, le Grand Conseil genevois accorde un soutien financier de 5 millions à la Fondation Partage – Banque alimentaire afin de compléter les colis alimentaires.

En été 2020, les distributions alimentaires font l'objet d'une exposition financée par la Caravane de la Solidarité et soutenue par la Ville de Genève au Parc des Bastions (juillet et août 2020). Le titre fait référence au nombre de colis distribués : « 16'127 colis, la solidarité s'expose aux Bastions ». L'exposition vise « un hommage aux bénéficiaires, donateurs et bénévoles [...] ». L'objectif de cette exposition est d'enrichir le débat par la mise en lumière de cette précarité cachée. La volonté est de donner une voix et une place, au cœur de la Cité, aux héros de ces distributions, à travers des photographies et des témoignages recueillis sur place »²⁷.

En juillet 2020, les présidences du Conseil national et du Conseil des États, Isabelle Moret et Hans Stöckli, visitent l'exposition dans le cadre de leur tournée des 10 cantons les plus touchés par le Coronavirus. Elles rencontrent, en plus de représentant:s de l'aéroport, de Palexpo, des Hôpitaux universitaires HUG et du Grand Conseil (mais pas de l'Hospice général), la responsable de la Caravane de la solidarité au parc des Bastions et visitent la distribution des colis alimentaires à l'école de Trembley. A ce propos, un journaliste se réjouit de l'« Aide sociale de pointe », tandis que la Ville a été « honorée et ravie de montrer son travail de distribution d'aide et d'accompagnement social » (*Tribune de Genève*, 31.7.2020, p.5). En juin 2021, l'exposition sera installée à Berne à proximité de la Place fédérale.

La fondatrice de la Caravane de la solidarité, Silvana Mastromatteo, est reçue sur la plaine du Grütli lors de la fête nationale du 1er août 2020 qui « rendait hommage aux héros et héroïnes qui ont aidé à la lutte contre le Covid-19 ». A cette

²⁵ Canton de Genève, Distributions alimentaires : bilan intermédiaire et suite des opérations. Communiqué de presse, 6.6.2020.

²⁶ Colis du cœur, questions fréquentes sur l'aide alimentaire d'urgence distribuée lors du COVID-19. A destination des services sociaux. 21 avril 2020, 5 pages.

²⁷ Ville de Genève, Communiqué de presse 17.6.2020.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

occasion, la présidente de la Confédération offre à chaque canton un pommier, symbole de leur engagement. Remis à la Ville de Genève, cette dernière plante son pommier au Parc des Bastions avec cette inscription : « Ce pommier a été offert par la Présidente de la Confédération, Simonetta Sommaruga, aux héros et héroïnes genevois et genevoises qui ont manifesté leur générosité lors de la crise sanitaire et sociale de 2020. 30 novembre 2020 »²⁸.

En mai 2021, la Caravane de la solidarité reçoit un prix spécial de *l'International Society for Human Rights* (2000 francs).

- **Une distribution alimentaire réservée aux étudiant:es HES** démarre en automne (15.10.2020). Conçue par deux étudiantes de la Haute école de travail social Genève dans le cadre d'un module libre, cette distribution alimentaire hebdomadaire est réservée aux étudiant:es HES. Elle se tient au sous-sol de la HETS-GE et est soutenue par cette dernière et la banque alimentaire Partage pour le lancement. Les deux étudiantes vont récolter des invendus dans des commerces. Elles cherchent à lutter contre la précarité des étudiant:es tout en luttant contre le gaspillage. Elles ont appelé leur initiative La Farce (*Le Courier*, 19.10.2020). Elles ont par la suite élargi les distributions aux étudiant:es de l'Université et distribué 300 colis chaque jeudi. Après une fermeture, La Farce rouvre ses portes le 14.10.2021 dans un nouveau lieu. Il n'y a plus de colis, mais désormais les étudiant:es inscrit:es pourront choisir eux-mêmes les denrées, gratuitement, selon un quota ; à terme le libre service est prévu (*Tribune de Genève*, 14.10.2021).
- **Aide financière pour étudiant:es des Hautes écoles** - L'Université et la Haute École Spécialisée de Suisse occidentale à Genève renforcent et simplifient leur dispositif pour étudiant:es en difficultés financières suite à la disparition de nombreux «jobs étudiants» et confrontés à de nouveaux coûts liés à l'enseignement à distance. Ainsi, un forfait mensuel d'au minimum 600 francs selon leur niveau de revenus sera accordé selon une procédure simplifiée et accélérée. Par ailleurs, une aide ponctuelle d'un montant de 600 à 1000 francs peut être octroyée. Ces aides, déployées durant l'année académique 2020-21, sont financées par moitié par les deux écoles et par des fondations privées (Communiqué de presse Université de Genève, 8.7.2020)²⁹.
(*Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren*)
- **Ville de Genève, Bons d'achat** - Afin de soutenir le commerce local, la Ville de Genève propose à toute personne habitant la commune des bons d'achats à faire valoir dans les commerces locaux sur lesquels elle prend en charge un rabais de 20% (communication 4.12.2020).

²⁸ Ville de Genève, Communiqué de presse, 30.11.2020 https://www.geneve.ch/sites/default/files/2020-11/CP_plantation%20pommier_20_11_30.pdf

²⁹ *Commentaire. Des colis alimentaires composés d'office pour les uns, de l'argent liquide pour les autres.*

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

- **Ville de Genève, Plan d'actions.** Le Département de la cohésion sociale et de la solidarité publie, en novembre 2020, un plan d'actions et d'intentions face à la pandémie. Une unique adresse y figure, celle de la direction du Département³⁰.

Canton du Jura, JU

- **Une mesure unique en Suisse : Forfaitisation de l'aide sociale** - En mars 2020, le Gouvernement jurassien prend neuf mesures cantonales de soutien aux secteurs de l'économie, du social et de la formation pour un total de 9,245 millions. « Les bénéficiaires de l'aide sociale ne devront plus justifier tous leurs frais et se verront verser un montant forfaitaire pendant trois mois. Il s'agit notamment de limiter les contacts »³¹. Concrètement, les bénéficiaires d'aide sociale toucheront un forfait supplémentaire de 15% du forfait de base entre mai et juillet au titre de prestations circonstanciées et frais de santé. Le montant de la mesure prévu est de 180'000 francs³². Cette mesure de forfaitisation, donc de simplification, est à notre connaissance unique en Suisse.
- **Fonds d'aides d'urgence** - Dans le canton du Jura les œuvres d'entraide se coordonnent afin de proposer des aides financières subsidiaires exceptionnelles et temporaires via un fonds d'aide d'urgence notamment pour les personnes et familles « qui n'ont pas la possibilité d'obtenir rapidement une aide financière publique pour compenser une absence ou perte de revenu ». Le fonds est alimenté par des dons de privés, de fondations et des œuvres d'entraide (Caritas, Croix-Rouge, Secours d'hiver géré par le Service cantonal d'action sociale³³. Les aides sont accordées « sans excès de formalités » sous forme de bons d'achat ou d'aides directes ponctuelles de dépannage après une analyse rapide de situation sur la base d'un questionnaire. Un tri est opéré : les rentiers et rentières sont redirigés vers Pro Senectute et Pro Infirmis et les personnes nécessitant une aide plus durable vers les Services sociaux régionaux³⁴.
- **Fonds cantonal de solidarité pour acteurs économiques**, culturels, sportifs et associatifs. Ce fonds, créé et géré par le Canton, vient en aide en complément et à titre subsidiaire aux aides publiques. Il est alimenté par des dons de personnes privées, de fondations, banques et autres entreprises.

Kanton Luzern, LU

- **Stadt Luzern, Pilotprojekt Wirtschaftliche Überbrückungshilfe** – Die SP-Fraktion fordert ein Pilotprojekt «Wirtschaftliche Basishilfe»³⁵ analog zur Stadt Zürich. Das Stadtparlament bewilligt dafür einen Beitrag von 400'000 CHF aus dem städtischen Margaretha-Binggeli-Fonds (9.6.2021). Diese Hilfe richtet sich an von der

³⁰ Ville de Genève (2020). Enjeux sociaux liés au Covid-19. Plan d'actions, Département de la cohésion sociale et de la solidarité. <https://www.geneve.ch/document/plan-actions-enjeux-sociaux-lies-covid>

³¹ Chancellerie d'Etat, Mesures cantonales de soutien aux secteurs de l'économie, du social et de la formation. Communiqué 24.03.2020.

³² Mesures cantonales complémentaires aux mesures fédérales du 20 mars 2020. Document joint au communiqué du 24.03.2020.

³³ [jura.ch/fr/Autorites/Coronavirus/Aides-d-urgence](https://www.jura.ch/fr/Autorites/Coronavirus/Aides-d-urgence), consultée le 5 juin 2020.

³⁴ Chancellerie d'Etat, Aides financières coordonnées pour les personnes et les familles en situation difficile. Communiqué de presse, 15.4.2020.

³⁵ Dringliche Motion 106, eingereicht am 20.5.2021.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

Pandemie betroffene Personen ohne oder mit risikobehaftetem Zugang zur Sozialhilfe, also jene mit B- oder C-Bewilligung, die seit mindestens 2 Jahren in der Stadt leben sowie Sans-Papiers. Das Ziel ist Armutsbekämpfung durch eine befristete Überbrückung von Notlagen durch Sicherung des Lebensbedarfs und eine Kurzzeitberatung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Unterstützung. Ausgerichtet wird die Unterstützung von Hilfswerken (Caritas zu 91%, Kontaktstelle für Sans-Papiers 9%). Das Pilotprojekt dauert 18 Monate ab dem 1.9.2021 (Stadt Luzern, Medienmitteilung 10.9.2021) und wird von der ZHAW evaluiert³⁶.

(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

Kanton Solothurn, SO

- Die Regierung des Kantons Solothurn erlässt per 1.4.2020 eine für 1 Jahr geltende Notverordnung über die Überbrückungshilfe für Selbstständigerwerbende infolge der Corona-Pandemie von 10 Millionen, dies bis zum Erhalt anderweitiger Leistungen. Damit sollen Kleinstbetriebe in besonders schwierigen akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten unbürokratisch und schnell Unterstützung erhalten. Die Hilfe beträgt maximal 2000 Franken. In den ersten Tagen gehen über 450 Gesuche ein, 60 werden positiv beurteilt³⁷.

Kanton St.Gallen, SG

- **Kantonale EL für Personen mit Erwerbsausfall in finanziellen Schwierigkeiten** - Im Kanton wohnhafte Personen am Existenzminimum haben Anspruch auf Corona-Hilfe, allenfalls ergänzend zu Sozialversicherungsleistungen (Vermögensobergrenze 4000 CHF Einzelperson), aber nicht zur Sozialhilfe. Das Gesuch geht über das Sozialamt der Gemeinde bzw. in der Stadt St.Gallen über die AHV-Zweigstelle und beinhaltet auch Beratung. Die Hilfe ist nicht rückzahlbar und hat keinen Einfluss auf den Aufenthaltsstatus. Sie berechnet sich nach der Logik der Ergänzungsleistungen aufgrund eines Pauschalbetrags (19'610 CHF Einzelperson). Die Hilfe beträgt maximal 10'000 CHF. Eine entsprechende Verordnung der Regierung vom 30.März 2021 tritt am 15. April 2021 in Kraft und soll allenfalls angepasst werden. Der Kredit ist auf 5 Millionen begrenzt³⁸. Bis zum 30. Juni finden 370 Beratungen statt, 170 Gesuche werden bewilligt, im Durchschnitt für 7'270 CHF³⁹. Die EL werden von April 2021 bis Juli 2022 gewährt.

(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

Kanton Tessin, TI

- **Prestazione ponte COVID** - Der Kanton Tessin richtet für die Zeit zwischen dem 1.März und dem 30.Juni 2021 eine Unterstützung für Personen ohne Anspruch auf ALV oder Sozialhilfe ein, welche im Kanton seit mind. 3 Jahren wohnhaft sind. Die Leistung beträgt max. 2000 Franken für die 1. Person und 800 Franken für

³⁶ Meyer E & Brüesch N. (2023). Evaluation Pilotprojekt Überbrückungshilfe der Stadt Luzern. Schlussbericht. Zürich: ZHAW. https://www.stadt Luzern.ch/_doc/4567252

³⁷ Regierungsrätin S. Schaffner. 27.3.2020, Rasche Soforthilfe für Selbständige. <https://www.susanne-schaffner-hess.ch/aktuell/rasche-soforthilfe-fuer-selbstaendige.html>

³⁸ Kanton Sankt-Gallen Medienmitteilung 31.3.2021.

³⁹ News Kanton Sankt-Gallen 8.7.2021.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

jede weitere Person im Haushalt. Sie wird insbesondere in Form von Bons oder zum Bezahlen von Rechnungen ausgerichtet, daraufhin mehrmals und bis Ende Juni 2022 verlängert und von der Wohngemeinde verwaltet⁴⁰. Eine Evaluation von 2022 stellt fest, dass sich die Prestazione ponte Covid in Laufe der Zeit von einer punktuellen Soforthilfe zu einer Sozialhilfeleistung mit vereinfachten Zugangskriterien gewandelt hat; deren Verwaltungskosten für durchschnittliche Beträge um 1600 CHF werden als hoch erachtet⁴¹. Sie endet Ende Juni 2022. (Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

Canton de Vaud, VD

- **Ville de Lausanne, Charité en nature** - En juillet et août 2020, à Lausanne, dans un centre de loisirs, une nouvelle association « Solid-ère – pour que personne ne soit oublié-e » remet 50 à 300 sacs de nourriture par semaine. Elle a reçu chaque semaine 1'500 francs de dons. « Avec l'argent reçu, nous avons pu ajouter des produits supplémentaires. Nous avons aussi d'autres fournisseurs comme la Carl, Table Suisse ou encore les fermes de Bassenges et de Ballens » précise Corentin Van Dongen, à l'initiative de l'association⁴². En janvier 2023, la distribution hebdomadaire d'environ 300 sacs alimentaires continue. L'association a divers projets dont une épicerie gratuite, un « accueil psy précarité et exclusion » et des partenariats culturels (*Le Courrier* 16.1.2023). A fin octobre 2024, l'association ne semble plus active (aucune actualité sur le site depuis début 2023).
- **Allègements mineurs** - Le 25.3.2020, le Conseil d'État du canton de Vaud prend diverses décisions dans le domaine de l'action sociale durant la crise. Son Arrêté du 17 avril 2020⁴³ préconise que les services « veillent à ce que les prestations nécessaires à assurer le minimum vital des citoyens vaudois soient garanties. Dans cette perspective, les processus d'octroi et de renouvellement des prestations peuvent être simplifiés pour toute la durée de la pandémie de COVID-19 » (art. 3). Sur la base de cet Arrêté, la Direction générale de la cohésion sociale émet diverses réglementations successifs dont
 - Directive concernant le plan de continuité des autorisés d'application du RI dans le cadre de la pandémie Covid-19 du 26 mars 2020.
 - Directive RI pandémie COVID-19. Aide à la pratique pour les indépendants. Ouverture et octroi des prestations financières du RI pour les nouveaux dossiers d'indépendants durant la pandémie covid-19 (9 resp. 23 avril 2020).
 - Directive concernant le plan de reprise des activités des autorités d'application du RU dans le cadre de l'après-pandémie Covid-19 entrée en vigueur le 1^{er} juin 2020

⁴⁰ Messaggio n. 7906 concernente la Prestazione ponte Covid (7.10.1020) ; Decreto legislativo concernente il rinnovo della prestazione ponte COVID.

⁴¹ Divisione dell'azione sociale e delle famiglie (2022). Rapporto sull'andamento e le prospettive future della Prestazione ponte COVID. Bellinzona : Dipartimento della sanità e della socialità.

⁴² *Le Courrier*, 3.8.2020; www.solid-ere.ch

⁴³ Arrêté sur l'organisation des régimes sociaux cantonaux, ainsi que l'adaptation des structures d'hébergement et d'accompagnement médico-social, pendant la phase de lutte contre la pandémie de coronavirus (COVID-19) du 17 avril 2020, entré en vigueur rétroactivement au 25 mars 2020 (850.00.170420.1).

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

- Aide à la pratique pour les indépendants. Continuité de l'octroi du RI pour les indépendants ayant subi les conséquences de la pandémie COVID-19. Entrée en vigueur au 1^{er} juin 2020 jusqu'au 31 décembre 2020.

Il ressort de ces textes la garantie des prestations d'aide sociale en cours sur la base de la reprise des données déjà saisies le mois précédent. Pour les nouvelles demandes, la procédure est légèrement allégée ; elle nécessite toutefois toujours les documents suivants : le formulaire de demande RI signée, la carte d'identité, les 3 derniers décomptes bancaires mais au minimum le dernier décompte bancaire, le formulaire de renseignement complémentaire signé.

- **Hébergements d'urgence** - La Ville de Lausanne avec le soutien du Canton élargit les hébergements d'urgence en doublant le nombre de lits pour personnes sans domicile⁴⁴.
- **Aide aux indépendant:es** - Dès janvier 2021, la Direction générale de la cohésion sociale (DGCS, canton) mandate le Service social lausannois de la mise en place d'un Centre cantonal de compétence Indépendants RI (CCI-RI), afin de traiter l'ensemble des dossiers de personnes exerçant une activité indépendante du canton de Vaud. L'analyse des situations d'indépendant:es s'avère particulièrement délicate (Bovay, ZeSo 2/2021).
- **Aide d'urgence temporaire aux étudiant:es** - Une aide d'urgence temporaire est accordé aux étudiant:es des hautes écoles vaudoises précarisé:es par la pandémie suite à la perte de leur job alimentaire. L'aide est accordée entre le 1.9.2020 et le 31.7.2021 et consiste en un soutien mensuel renouvelable de max. 900 CHF, 2x 600 CHF pour l'achat de matériel informatique et des factures médicales liées au Covid⁴⁵.
(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

Kanton Zürich, ZH

- **Stadt Winterthur – Nothilfe für Selbständige und Kleinstbetriebe.** Die städtische Exekutive spricht einen Kredit von 5 Millionen, um rasch die Liquidität von Selbständigen und gesunden Kleinstbetrieben (max 2 Vollzeitstellen) zu erhalten, damit sie keine Sozialhilfe beziehen müssen. Diese Nothilfe beträgt maximal 2 Monatsumsätze und ist rückerstattungspflichtig, sobald die Leistungen von Bund und Kanton greifen. Sie richtet sich an Geschäftsinhaber:innen mit Wohnsitz in Winterthur und orientiert sich an den Empfehlungen des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich, welche wiederum dem Entscheid der Kantonsregierung folgen. Diese stellt 15 Millionen bereit mit der Aufforderung an die Gemeinden, diese Mittel aufzustocken und für rasche Hilfe zu sorgen⁴⁶.

⁴⁴ Cf. Interpellation Grand Conseil, Hadrien Buclin 20-INT-485 du 20.5.2020.

⁴⁵ Arrêté 49.00.270121.1 pour la mise en place d'un dispositif d'aide d'urgence temporaire aux étudiants précarisés par les conséquences économiques de la pandémie COVID-19 de l'Université de Lausanne, de la Haute école pédagogique Vaud et des Hautes écoles vaudoises de type HES du 27 janvier 2021 suite au décret du 3 novembre 2020 voté par le Grand Conseil.

⁴⁶ Stadt Winterthur. Wirtschaftliche Unterstützung für Selbständige und Kleinstbetriebe. Medienmitteilung 27. 2020.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

- **Stadt Zürich, Sozialhilfe wie gewöhnlich** - Informationen zur Sozialhilfe finden sich auf der Webseite der Stadt Zürich, wenn man denn das Sozialdepartement angeklickt hat. Dort erscheint ein Banner «Coronavirus. Brauchen Sie Hilfe, weil Sie obdachlos sind, benötigen Sie finanzielle oder soziale Unterstützung? Hier finden Sie die Beratungsstellen und Angebote des Sozialdepartements, die weiterhin geöffnet sind». Wer mehr erfahren möchte, gelangt nach einigen Klicks zum Abschnitt Sozialhilfe. Dort steht: «Befinden Sie sich in einer finanziellen Notlage? Wir sind weiterhin für Menschen da, die neu Sozialhilfe beantragen möchten oder bereits Sozialhilfe beziehen. Zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden. Bitte nehmen Sie telefonisch mit uns Kontakt auf – gerne besprechen wir Ihre Anliegen oder vereinbaren einen Termin im Sozialzentrum. Sie können sich auch an Ihre zuständige Sozialarbeiterin oder Ihren zuständigen Sozialarbeiter wenden» (9.6.2020).
- **Stadt Zürich, Lebensmittelverteilung durch kirchlichen Verein** - In der Stadt Zürich organisiert der kirchliche Verein Incontro eine tägliche Verteilung von Lebensmittelpaketen an der Langstrasse. Am 30.5.2020 werden über 1400 Pakete an eine lange Menschenschlange verteilt (NZZ 2.6.2020).
- **Stadt Zürich, Wirtschaftliche Basishilfe** - Im Sommer 2021 startet die Stadt Zürich ein auf 18 Monate begrenztes Pilotprojekt zur Unterstützung insbesondere von Ausländern (Sans-Papiers, prekär Beschäftigte, usw.), um die in der Coronakrise sichtbar gewordene Armut mitten in der Stadt Zürich zu verhindern⁴⁷. Die neue «Basishilfe» richtet sich an «in Zürich verankerten Menschen ohne Zugang zur Sozialhilfe sowie Menschen, die beim Bezug von Sozialhilfe Risiken eingehen». In Notlagen sollen sie vorübergehend aus Steuermitteln finanziell unterstützt werden. Die operative Umsetzung wird von «zivilgesellschaftlichen Partner-Organisationen» übernommen (Caritas Zürich, Schweizerisches Rotes Kreuz, Sans-Papiers Anlaufstelle (SPAZ) und Solidara Zürich)⁴⁸. Die Unterstützung ist auf 6 Monate beschränkt; der Ansatz ist tiefer als in der Sozialhilfe. Die Webseiten der Stadt und der vier Hilfswerke enthalten keine detaillierten Informationen, ja meist gar keinen Hinweis auf die Basishilfe (8.12.2021) – ein Geheimtipp?

Am 15. Juli 2021 reichen drei Mitglieder des Gemeindeparlaments (Alexander Brunner, Patrick Brunner, Mélissa Dufournet, alle FDP) eine aufsichtsrechtliche Beschwerde beim Bezirksrat ein. Argumentation: Ein neues Sozialhilfesystem, das Bundesrecht missachte, dürfe nicht durch den Stadtrat eigenmächtig durch die Hintertür eingeführt werden. Der Bezirksrat gibt der Beschwerde Folge (9.12.2021). Somit müssen die Zahlungen eingestellt werden und der Stadtratsbeschluss vom Sommer 2021 wird aufgehoben. Der Stadtrat kündigt dagegen einen Rekurs an, verpasst aber die fristgerechte Einreichung⁴⁹.

Die Basishilfe endet im April 2022. Ein Evaluationsbericht stellt fest, dass diese ein «sinnvolles und zielführendes Instrument darstellt, vulnerablen Gruppen Unterstützung zukommen zu lassen, die sie sonst nicht bzw. nicht risikolos erhalten können». Insgesamt wurden 100 von den 160 gestellten Gesuchen bewilligt für eine durchschnittliche Leistung von 3100 Franken (Götzö et al. (2022)).

⁴⁷ Stadtratsbeschluss 30.6.2021, STRB Nr. 690/2021

⁴⁸ Stadt Zürich, Medienmitteilung 10.5.2021.

⁴⁹ Stadt Zürich, Medienmitteilung 4.2.2022.

11. Coronakrise

Kantonale und kommunale Ebene

Im April 2023 beschliesst das Gemeindeparlament ein neues Modul Basishilfe in zwei Teilen, welches der Bezirksrat wiederum kippt

(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

- **Temporäres Grundeinkommen für Kulturschaffende** - Im Zuge der Corona-hilfsmassnahmen zahlt der Kanton Zürich rückwirkend von November 2020 bis Ende Januar 2021 pauschal 3840 Franken an Kulturschaffende aus, ohne dass diese pandemiebedingte Ausfälle nachweisen müssten (es werden keine Veranstaltungen mehr abgesagt). Diese Pauschalisierung ist gemäss Regierung wesentlich einfacher (5x weniger Aufwand) und gerechter als eine Entschädigung aufgrund der Steuererklärung des vergangenen Jahres. Der Betrag ist auf maximal 9000 Franken begrenzt, wovon übrige Einkünfte abgezogen werden⁵⁰. Der Vorschlag stammt von der Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP).
(Gelb hinterlegt, da neue Form der Existenzsicherung für Personengruppen, die bisher von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen waren)

⁵⁰ Regierungsratsbeschluss Kanton Zürich, 206/2021, 3. März 2021.

12 Post-Covid

Gestützt auf Erfahrungen und Pilotversuche während der Coronakrise (2020-2021) richten ab 2022 etliche Kantone und Städte dauerhafte Leistungen für Personen in Armut ausserhalb der Sozialhilfe ein. Verschiedentlich legt die politische Rechte Re-kurse ein mit dem Argument, die Gesetze über Ausländer:innen würden damit verletzt. Anderswo werden aufgrund der Coronaerfahrungen Bestimmungen der Sozialhilfe dauerhaft verbessert oder neue Grundrechte konkretisiert. Wir führen jene, die uns bekannt sind und die sich explizit auf die Corona-Erfahrungen stützen, in diesem neuen Kapitel auf.

12. Post-Covid

Kantonale und kommunale Ebene

Kanton Basel-Stadt, BS

- **2024, Erhöhung des Freibetrags von Vermögen.** Nachdem im Zuge der Corona-Pandemie der Freibetrag von Vermögen ab April 2022 temporär verdoppelt worden war (von 4000 auf 8000 Franken für eine Einzelperson) (siehe Kapitel Corona), verlangt der Grossrat Oliver Bolliger im Herbst 2023 eine Verstetigung der Erhöhung¹. Der Grossrat überweist das Anliegen und der Regierungsrat führt dieses ab Januar 2024 definitiv ein.

Kanton Bern, BE

- **2024, Stadt Bern, Projekt Überbrückungshilfe.** Die Stadt spricht einen Projektkredit von 200'000 CHF für 2 Jahre (2023 und 2024) für niederschwellige Überbrückungshilfen zum Schutz vor unmittelbarer Not für Personen, die nicht oder nur unter hohem Risiko Sozialhilfe beziehen können (Ausländer:innen mit oder ohne Aufenthaltsberechtigung (Sans-Papiers), die mindestens 2 Jahre in der Stadt wohnhaft sind oder enge Verbundenheit glaubhaft machen können). Die Überbrückungshilfe unterliegt wie die Sozialhilfe dem Subsidiaritätsprinzip. Grundsätzlich ist der Betrag auf 3000 CHF für eine Einzelperson während max. 6 Monaten begrenzt. Er soll zur Bezahlung von Lebensmitteln und Kleidung über Gutscheine (Migros), Direktzahlungen von Wohn- und Stromkosten, KK-Prämien und Gesundheitskosten dienen. Die Beziehenden werden nicht beim Sozialamt gemeldet. Es besteht kein Rechtsanspruch (Fondsmodell). Die Leistungen beinhalten eine Kurzberatung und werden durch eine Stelle ausserhalb der Stadtverwaltung erbracht (Fachstelle Sozialarbeit Katholische Kirche Region Bern FASA). Informationen über diese Hilfe sowie die diesbezüglichen Eingaben erfolgen über die bestehenden Hilfsorganisationen. Das Projekt startet im Januar 2023. Anfang 2024 reicht die SVP eine Beschwerde dagegen ein, welche die Regierungsratsstatthalterin Anfang September 2024 gutheisst. Die Überbrückungshilfe sei Sozialhilfe, welche nach Bundesrecht meldepflichtig sei. Die Stadt zieht den Entscheid ans kantonale Verwaltungsgericht weiter, welches dann entscheiden wird (**Entscheid ausstehend, Stand Ende Oktober 2024**).
- **2025, Kanton Bern, Bürger:innen-Geld für Kulturschaffende prüfen** – Mit der Erfahrung der Covid-19-Pandemie soll der Kanton Bern einen zeitlich begrenzten Versuch starten und Kunst- und Kulturschaffende mittels bedingungslosem Grundeinkommen anstatt mit den bisherigen Beiträgen aus unterschiedlichen Töpfen unterstützen. So könnte die ungesicherte Situation vieler Kulturschaffender verbessert, die Unterstützung vereinfacht und die kulturelle Vielfalt gefördert werden. Diese Anliegen vertritt ein Postulat von Manuel Widmer (Grüne), Brigitte Hilty Haller (Grüne) und Nicola von Greyerz (SP)².

Der RR beantragt Ablehnung. **Das Postulat wird in der Frühlingssession 2025 behandelt.**

¹ <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100406/000000406719.pdf>

² «BürgerInnen-Geld», bzw. «Kulturschaffenden-Geld» als Versuch im Kanton Bern. Postulat 2024.RRGR.209, eingereicht am 11.6.2024, erteilt dem RR einen entsprechenden Prüfauftrag. ice.apps.be.ch/api/gr/documents/document/e23ea26906984347bdccbc10ea79637-332/4/Vorstoss-de.pdf

12. Post-Covid

Kantonale und kommunale Ebene

Canton de Genève, GE

- **2021, Droit à la couverture des besoins vitaux de toute personne sans abri** – une loi entrée en vigueur le 6 novembre 2021 implique les communes dans le financement du logement d'urgence. La loi et son règlement d'application ne précisent pas complètement si la formulation « toute personne sans abri » et « l'inconditionnalité » prônée à l'article 2 comprend les personnes sans titre de séjour ni à quelles conditions.
- **2022, Aide aux locataires en difficulté** – « Tirant les enseignements de la pandémie, pendant laquelle de nombreuses personnes ont connu d'importantes baisses ou variations de revenu, le canton a construit le projet Domos » dans une collaboration entre le Département de la cohésion sociale, le Département du territoire, l'Union suisse des professionnels de l'immobilier (USPI Genève), la Chambre genevoise immobilière (CGI) et l'Asloca.

Activé dès juin 2022 comme projet pilote pour une durée de deux ans, DOMOS propose une aide (par le biais d'un don non remboursable) octroyée sous conditions de ressources par une fondation privée et mise en œuvre par l'Hospice générale. DOMOS s'adresse aux personnes en difficultés financières passagères et qui ne touchent pas de prestations sociales. Le dispositif, évalué positivement par l'ensemble des parties prenantes, est pérennisé dès le 1.1.2025 et désormais pris en charge financièrement par l'Hospice général³.

- **2023 Introduction d'un droit constitutionnel à l'alimentation** - En novembre 2020, en pleine crise de Covid-19, un groupe de 28 député:es (PS, Ensemble à gauche, Vert:es, PDC, hors-parti) dépose un projet de loi constitutionnelle pour le « droit à l'alimentation ». Le groupe se réfère à la « crise humanitaire et alimentaire » devenue visible à Genève durant la crise du Covid-19. Il demande un nouvel article 38A dans la constitution genevoise : « Le droit à l'alimentation est garanti. Toute personne a droit à une alimentation adéquate, ainsi que d'être à l'abri de la faim »⁴. Ce droit fondamental serait universel, accessible à toutes et à tous en tout temps⁵. Lors des débats en commission, des députés UDC proposent de limiter ce droit aux personnes de nationalité suisse ou au bénéfice d'un titre de séjour. Cette proposition est refusée. Il appartiendra à la loi de mise en œuvre de régler explicitement, éventuellement, l'applicabilité de ce droit aux personnes sans titre de séjour.

Le Grand conseil accepte la modification constitutionnelle en troisième débat, par vote nominal avec 52 Oui et 43 Non (23.9.2022)⁶. En tant que modification de la Constitution, une votation populaire obligatoire a lieu lors de laquelle 67% des votant:es l'acceptent (18.6.2023).

Par la suite, le Département de la cohésion sociale constitue une Commission du droit à l'alimentation qui regroupe les milieux agricoles de la production des denrées alimentaires, la distribution, l'assistance sociale, des représentant:es des

³ Canton de Genève, Service de communication et d'information. Après un bilan positif, le dispositif DOMOS de soutien aux locataires en difficulté est pérennisé. Communiqué de presse, 27.6.2024.

⁴ Projet de loi pour le « droit à l'alimentation » PL 12811 déposée le 9.11.2020.

⁵ Rapport PL 12811-A, p. 3 et 4.

⁶ Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève A 2 00 12811 du 23.9.2022.

12. Post-Covid

Kantonale und kommunale Ebene

consommateurs et consommatrices ainsi que ceux et celles de la lutte contre le gaspillage alimentaire dont le CAPAS. La Commission a pour mission de formuler des lignes directrices pour la future loi **actuellement en préparation (état fin 2024)**.

- **2023, Un nouveau Bureau d'information sociale BIS**, ouvert durant la crise du coronavirus en novembre 2020 par le Conseiller d'État chargé de l'action sociale, réunit des représentant:des de diverses institutions sociales et oriente les personnes à la recherche de prestations sociales. Depuis septembre 2023, il est ouvert avec un statut pérenne dans un lieu fixe 2x par semaine durant 3h.

Canton de Vaud, VD

- **2021, Mise en place d'un Centre cantonal de compétence Indépendants RI (CCI-RI)**. La Direction générale de la cohésion sociale (DGCS, Canton de Vaud) a chargé le Service social lausannois de mettre en place un tel Centre afin de traiter l'ensemble des dossiers de personnes exerçant une activité indépendante du canton de Vaud.

Zürich ZH, Stadt Zürich

- **2024, Erneutes Pilotprojekt Wirtschaftliche Basishilfe** - Nachdem das während der Coronakrise eingeführte Pilotprojekt Wirtschaftliche Basishilfe (siehe Kapitel Corona) vom Bezirksrat gestoppt wurde, reichen Stadtparlamentarier:innen von linker Seite (SP, Grüne und AL) zwei Vorstösse für ein erneutes, dreijähriges Pilotprojert ein. Es ist in zwei Teilprojekte unterteilt: eines für Ausländer:innen mit Aufenthaltsstatus und eines für jene ohne⁷. Am 5. April 2023 stimmt das Gemeindeparlament der Stadt Zürich beiden Vorstössen zu, dem ersten mit 62 Ja gegen 54 Nein, dem zweiten mit 62 Ja gegen 57 Nein.

Wieder hebt der Zürcher Bezirksrat den Entscheid auf, weil die gesetzlich vorgeschriebene Meldepflicht von Sozialhilfe verletzt und damit das Ausländerrecht verletzt würde. Das Gemeindeparlament kann den Entscheid weiterziehen (**Stand 5.11.2024**).

⁷ Rahmenkredit für ein dreijähriges Pilotprojekt «Wirtschaftliche Basishilfe für Ausländerinnen und Ausländer mit gültigem Aufenthaltsstatus, die keinen risikofreien Zugang zur Sozialhilfe haben». Parlamentarische Initiative GR Nr. 2022/145 der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 13.4.2022. <https://www.gemeinderat-zuerich.ch/geschaefte/detailansicht-geschaeft?gld=e09751f7-4e2f-4d15-be6a-29af7b0fc703>;

Rahmenkredit für ein dreijähriges Pilotprojekt zur Schaffung einer Überbrückungshilfe für Ausländerinnen und Ausländer ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Parlamentarische Initiative GR Nr. 2022/144 der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 13.4.2022. <https://www.gemeinderat-zuerich.ch/geschaefte/detailansicht-geschaeft?gld=69aae2f0-9928-4c87-8552-c9f69efdad29>.

13 Zahnbehandlungen

Auch in der Schweiz nimmt die Gesundheit mit sinkendem Einkommen ab. Dies gilt verstärkt für die Zahngesundheit, für welche keinerlei öffentliche Versicherung besteht.

Zahnbehandlungen mögen ein Detail der Sozialhilfe sein, sie legen aber Einmischungen in die Intimsphäre, Einschränkungen der persönlichen Freiheit und behördlich verordnete Verhaltensvorschriften als Bedingung für Leistungen für Personen in Armut mit einer Selbstverständlichkeit offen wie in kaum einem anderen Bereich. Deshalb schenken wir dieser Thematik hier Aufmerksamkeit.

Nach SKOS-Richtlinien werden bestimmte Zahnbehandlungen unter bestimmten Bedingungen als situationsbedingte Leistungen übernommen. Kantone bzw. Gemeinden regeln die Details.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide auf Bundesebene und in den Kantonen, chronologisch geordnet.

13. Zahnbehandlungen

Nationale Ebene

—

Nationale Ebene

- **2016, Zahnbehandlungen nach SKOS-Richtlinien** - Nach SKOS-Richtlinien werden Zahnbehandlungen als situationsbedingte Leistungen übernommen, wenn «die Behandlung nötig ist und in einer einfachen, wirtschaftlichen und zweckmässigen Weise erfolgt. Ausser in Notfällen ist vor jeder Behandlung ein Kostenvoranschlag zu verlangen. Dieser soll auch über das Behandlungsziel Auskunft geben. Die Kosten werden zum SUVA-Tarif bzw. zum Sozialtarif des jeweiligen Kantons übernommen. Bei kostspieligen Zahnbehandlungen kann das Sozialhilfeorgan die freie Wahl des Zahnarztes einschränken und einen Vertrauenszahnarzt beiziehen» (SKOS 12/16, C.I-8).
- **2018, revidierter Zahnarztтарif** - Per 1. Januar 2018 tritt das neue Tarifsysteem Dentotar des Bundes in Kraft. Es kommt mit Ausnahme des KVG-Bereichs und der Privatpatient:innen für alle Leistungsabrechnungen zum Einsatz, also auch im Bereich des sogenannten SUVA-Tarifs (Sozialtarif). Das Tarifsysteem wird von der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft SSO und ihren Tarifpartnern der Unfall-(UV), der Militär- (MV) und der Invalidenversicherung (IV) ausgehandelt. Dentotar ersetzt (erhöht) den Tarif von 1994 und heisst neu Zahnarztтарif UV/MV/IV. Die Kosten steigen damit um 15 bis 20%. Zahnbehandlungen in der Sozialhilfe werden gemäss SKOS-Richtlinien nach diesem Tarif übernommen, allerdings nach kantonalen Regelungen. Die allermeisten Kantone übernehmen aufgrund ihrer gesetzlichen Regelungen automatisch den neuen Dentotar-Tarif.
- **2018, 2024, Empfehlungen der Kantonszahnärzt:innen (VKZS) für Patient:innen mit Sozialhilfe** - Nach Empfehlung der Vereinigung der Kantonszahnärzt:innen (VKZS) soll jeder Mensch eine angemessene zahnmedizinische Grundversorgung erhalten entsprechend dem Medizinalberufegesetz unter Berücksichtigung der allgemeinen Prognose und der individuellen Möglichkeiten zur Mitarbeit (Mundhygiene, Einhaltung von Terminen)¹. Diese kann nach VKZS bei Personen mit Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen eingeschränkt sein, darf aber nicht stigmatisierend wirken. Die VKZS empfiehlt deshalb «bei einem fraglichen Verlauf eine abwartende und palliative Therapie: Schmerzbekämpfung mittels Extraktion von hoffnungslosen Zähnen sowie einfache Versorgungen [...]. Begleitend dazu soll eine Motivation zur persönlichen Verantwortung und eine langfristige Protokollierung des Mundhygiene- und Motivationsstandes erfolgen. Arbeitet der Patient aktiv mit und besteht auch nach Meinung der Behörden Aussicht auf einen guten Verlauf, so kann nach einer gewissen Zeit – in der Regel eineinhalb bis zwei Jahre ('18 Monate') – eine einfache zahnärztliche Sanierung geplant werden. Andernfalls ist schrittweise der Übergang zu einer Totalprothese vorzusehen»².

Anfangs 2025 publizieren die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft (SSO), die SKOS und die Vereinigung der Kantonszahnärzt:innen der Schweiz (VKZS) eine gemeinsame Absichtserklärung (Letter of Intent). Sie streben «eine nachhaltige Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung armutsgefährdeter Menschen an» mittels eines niederschweligen Zugangs zur regulären zahnmedizinischen Versorgung, des Pilotprojets «Mundgesundheits für alle» im Kanton Freiburg

¹ VKZS, [Behandlungsempfehlungen](#), Januar 2018.5. Im Januar 2025 weiterhin gültig.

² VKZS, Empfehlung A: Mitarbeit des Patienten, Attest Compliance, Januar 2018.5. Im Januar 2025 weiterhin gültig.

13. Zahnbehandlungen

Kantonale Ebene

(siehe unten, 2022), die Stärkung der Schulzahnpflege und verbesserter Information über die Rechte armutsgefährdeter Menschen.

Kantonale Ebene

- **2007, Canton de Vaud, Convention de tarif avec les dentistes** – En 2007, le canton de Vaud met en place le programme Medident-VD. Les dentistes qui traitent des patient:es soutenu:es par les régimes sociaux (aide sociale, prestations complémentaires) doivent signer une convention avec le Canton³. Cette [convention](#)⁴ établit une valeur du point pour les factures (Fr. 0.85 en 2019, Fr. 0.90 en 2020, Fr. 1.00 en 2023, prolongée pour début 2025).
- **2015, Kanton Solothurn, Selbstbehalt Zahnbehandlungen** – Im Kontext mehrerer Kürzungen in der Sozialhilfe führt der Kanton Solothurn per 1. Januar 2015 einen Selbstbehalt für Zahnbehandlungen ein.
- **2016, Kanton Schaffhausen, Selbstbehalt Zahnarztkosten** - Per 1.1.2016 müssen neu alle Sozialhilfebeziehenden 10% der Zahnarztkosten aus dem Grundbedarf bestreiten.
- **2018, Kanton Bern, Höhere Übernahme von Zahnbehandlungskosten** - Per 1. Januar 2018 führt der Kanton Bern den neuen (höheren) Zahnarzttarif UV/MV/IV ein, welcher geschätzte 2 Millionen Mehrkosten in der Sozialhilfe verursachen wird. Die Grossrätinnen Margrit Junker Burkhard (SP), Elisabeth Striffeler-Mürset (SP) und Andrea de Meuron (Grüne) und 31 Mitunterzeichnende fordern den Regierungsrat auf, den alten Tarif wieder einzuführen, um nicht die eben beschlossenen Kürzungen (das heisst Einsparungen) in der Sozialhilfe zunichte zu machen⁵. Der Grosse Rat lehnt die Wiedereinführung des alten Tarifs ab, stimmt hingegen Verhandlungen mit der SSO für eine kostenneutrale Lösung zu (12.6.2018).
- **2019, Kanton Bern, Regeln für Zahnbehandlungen** - Der Kanton erlässt nach erfolgter Verhandlung mit der SSO eine neue kantonale Weisung zum Umgang mit Zahnarztkosten⁶. Die Zahnarzt-Kosten bleiben auf Basis des neuen Tarifes, dieser wird aber indexiert (Stand Kosten 2017) und bei grosser Kostensteigerung kann der Kanton die Zahnärzte ab 2020 zu einem «Rabatt» zwingen. Gegenüber den Zahnärzt:innen und den Sozialhilfebeziehenden werden neue Regelungen zum Umgang mit Zahnbehandlungen erlassen. Diese werden im Handbuch der Berner Konferenz für Sozialhilfe übernommen. So müssen Zahnbehandlungen notwendig, einfach, wirtschaftlich, wirksam, zweckmässig und verhältnismässig sein. Notfallbehandlungen bis 300 Franken, Erstuntersuchungen bis 250 Franken und Dentalhygiene bis 210 Franken werden ohne Kostenvoranschlag und ohne Prüfung durch einen Vertrauensarzt übernommen. Alle weitergehenden Behandlungen bedingen einen Kostenvoranschlag, der von einem Vertrauensarzt geprüft

³ Convention État - Profession Dentaire Vaudoise du 26 mars 2007.

⁴ Avenant 2024 et convention 2019 - 2020 pour les médecins-dentistes. <https://www.md-conseil-vaud.ch/documentation/reference/avenant-2024-et-convention-2019-2020-pour-les-medecins-dentistes>

⁵ Sparpotenzial in der Sozialhilfe nutzen. Motion M-032-2018, 2018.RRGR.147, eingereicht 9.3.2018.

⁶ BSIG Nr. 8/860.1/12.2 vom 25.4.2019, Übernahme von Zahnarztkosten durch die Sozialhilfe ab 1.5.2019.

13. Zahnbehandlungen

Kantonale Ebene

wird. Und: «Vor einer weitergehenden Zahnbehandlung müssen die Klientinnen und Klienten aktiv über einen Zeitraum von 18 Monaten hinweg zu ihrer Mundhygiene beitragen», was vom behandelnden Zahnarzt attestiert wird. «Bei offensichtlicher oder durch eine Fachperson bestätigter schlechter Mundhygiene kann eine Weisung betreffend Mundhygiene erlassen werden. Die Zahnpflege wird periodisch durch den Zahn-arzt/die Zahnärztin kontrolliert. Wird dieser Weisung nicht gefolgt, kann eine Kürzung der Leistungen verfügt und, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, eine Rückerstattung der Zahnarztkosten wegen grobem Selbstverschulden veranlasst werden»⁷.

- **2019, Tarif UV/MV/IV in den Kantonen** - Gemäss einer Umfrage der SKOS (Stand 23.4.2019) wenden 20 Kantone den neuen Zahnarztтарif UV/MV/IV an, 2 Kantone (JU und NE) sind beim alten Tarif geblieben, und 4 Kantone wenden spezielle Tarife an (BE, GE, VD, VS).
- **2022, Kanton Freiburg, Pilotprojekt Mundgesundheit für alle** (Santé bucco-dentaire pour tout le monde) - Die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft SSO, die SSO Fribourg, die kantonale Direktion für Gesundheit und Soziales und Caritas Fribourg lancieren eine zweijährige Informationskampagne «Mundgesundheit für alle», um das Wissen zu Hilfsangeboten und Mundhygiene bei Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu verbessern. Die Kampagne wird von der SKOS unterstützt⁸.

⁷ Handbuch Sozialhilfe Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE, 6.6.2019, «Zahnbehandlung».

⁸ SSO, Caritas Fribourg, GSD Fribourg. Mundgesundheit für alle. Medienmitteilung 29.6.2022. <https://www.mundgesundheit-fuer-alle.ch/media/1837/download?attachment>

14 Positionen, Kampagnen und Allianzen (Nationale Ebene)

In den 2010-er-Jahren macht die SVP den Angriff auf die Sozialhilfe zu einem ihrer Hauptthemen. Sie verbindet den Kampf gegen Ausländer:innen mit Angriffen gegen die Grundrechte von Personen in Armut und stellt ausserdem demokratische Institutionen und öffentlichen Dienst grundsätzlich in Frage. Oft gewinnt die SVP andere politische Parteien für ihre Ideen. Gleichzeitig bilden diverse Organisationen Allianzen, um die Rechte sozialhilfebeziehender Personen bzw. die soziale Sicherheit für alle zu entwickeln.

14. Positionen, Kampagnen und Allianzen (Nationale Ebene)

Kantonale Ebene

Nachfolgend die uns bekannten Aktionen auf nationaler Ebene in chronologischer Abfolge. Jene auf kantonaler Ebene finden sich im Kapitel «Sozialhilfe in den Kantonen».

- **2014, Medienkonferenz «Für ein soziales Existenzminimum»** - Am 16.12.2014 nehmen rund 20 Vereine (Hilfswerke, nationale Gewerkschaften, Kirchen, Kriso, AvenirSocial, Planet 13, usw.) Stellung zu den Angriffen auf die Sozialhilfe. Sie sind besorgt und schockiert über die Angriffe in den Kantonen gegen Sozialhilfebeziehende und sozialstaatliche Institutionen. Gemeinsam organisieren sie eine Medienkonferenz «Für ein soziales Existenzminimum: Die Armut bekämpfen, nicht die Armutsbetroffenen» (AvenirSocial > Medien).
- **2010 - 2015, Treffen der Nichtregierungsorganisationen** - Zwischen 2010 und 2015 treffen sich zweimal jährlich rund 30 NGO, aufgerufen von AvenirSocial und anderen Organisationen, als kritische Begleitung zum Nationalen Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (NAP) (Beuchat 2018).
- **2015, Positionspapier der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz** - Im April 2015 veröffentlicht die SP Schweiz ein Positionspapier zur Sozialhilfe: «Für eine moderne und gerechte Sozialhilfe». Darin wird der Ausbau des sozialen Schutzes und des Solidaritätsprinzips in Einklang mit der Präambel der Bundesverfassung gefordert (SP Schweiz 2015).
- **2015, SVP-Kampagne gegen Sozialhilfe** - Im Juni 2015 lanciert die SVP eine schweizweite Kampagne «Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen». In einem Positionspapier kritisiert die Partei zu hohe Leistungen, Klüngerlei der Sozial-Funktionäre gegenüber den Sozialhilfebeziehenden und moniert, dass zu vielen Ausländer:innen und Asylsuchenden unbesehen geholfen werde. Die Partei setzt sich für eine minimale Hilfe ein, für ein Anreizsystem für kooperierende Sozialhilfe-Beziehende, für mehr Gemeindeautonomie und für den Einsatz von Freiwilligen und Milizbehörden in der Sozialhilfe. Das Positionspapier enthält Mustervorstösse für alle politischen Ebenen in der Schweiz (SVP 2015). Eine Vielzahl an Vorstössen setzen daraufhin diese Kampagne in den Kantonen und Gemeinden um (s. Sozialhilfe in den Kantonen).
- **2009 - 2022, Reform der Sozialversicherungen und Existenzsicherung für alle gefordert - Reconstruire la protection sociale pour toutes et tous** - Der sozialkritische Thinktank Denknetz entwickelt Vorschläge zur Existenzsicherung. Ein erstes Reformkonzept schlägt eine Allgemeine Erwerbsversicherung vor (Gurny & Ringger 2009), gefolgt von einem Vorschlag zur Existenzsicherung für alle (Gurny & Tecklenburg 2016 und 2020). Diese beiden Konzepte werden in ein drittes Modell integriert mit dem Titel «Für alle und für alle Fälle» (Reconstruire la protection sociale pour toutes et tous). Eine einzige Sozialversicherung soll alle Risikofälle abdecken. Sozialhilfe und alle andern Bedarfsleistungen sollen in Ergänzungsleistungen für alle und für Fälle überführt werden. Erwerbsfähige Personen wären zur Arbeitssuche angehalten (Gurny & Ringger 2022, deutsch und französisch).
- **2022, Allianz Armut ist kein Verbrechen** - Die SP, Unia und SBAA bilden eine Allianz und lancieren eine Petition an den Nationalrat mit dem Titel «Armut ist kein Verbrechen». Sie wird von rund 80 Organisationen unterstützt, darunter

14. Positionen, Kampagnen und Allianzen (Nationale Ebene)

Kantonale Ebene

—

AvenirSocial¹, und wird im Juni 2023 mit 17'000 Unterschriften eingereicht im Zusammenhang mit einer Parlamentarischen Initiative von Nationalrätin Samira Marti (PI 20.451) (siehe Kapitel Personen ohne Schweizer Pass, 2020-2024, Keine Wegweisung).

- **2009 - 2024, Caritas Schweiz gegen Armut** - Caritas Schweiz fordert wiederholt eine Strategie zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz, z.B. mittels der Erklärung «Armut halbieren» (2009), der Forderung nach einer nationalen Strategie im Kampf gegen Kinderarmut (November 2017) oder einem Appell für eine Schweiz ohne Armut mit sechs Forderungen (2022), den rund 7000 Personen unterschreiben. Eine der Forderungen des Appells von 2022 verlangt «Ergänzungsleistungen für alle Menschen, deren Einkommen nicht für den Lebensunterhalt reicht, sowie die Abschaffung der rechtlichen Verknüpfung von Aufenthaltsstatus und Existenzsicherung»²; dies entspricht dem Denknetzmodell für eine allgemeine Erwerbsversicherung (s. oben, 2009 - 2022, Reform Sozialversicherungen). 2024 spricht sich Caritas für die Weiterführung der Nationalen Armutsstrategie und der Plattform gegen Armut aus. Auch fordert sie zusätzliche Prämienverbilligungen.
- **2019-2024, Charta Sozialhilfe Schweiz** - Am 29.3.2019 stellt eine breite Allianz bestehend aus der Konferenz der kantonalen Sozialdirektionen SODK, dem Schweizerischen Städteverband, der Städteinitiative Sozialpolitik, dem Schweizerischen Roten Kreuz SRK, der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft SGG sowie der SKOS der Presse eine Charta vor mit dem Ziel, die Diskussion zu versachlichen und aufzuzeigen, dass eine faire, solide Sozialhilfe im Interesse der gesamten Gesellschaft ist (www.charta-sozialhilfe.ch). Ende 2022 ist die Charta von 40 Botschafter:innen, 500 Personen, 60 Gemeinden und 45 Organisationen unterzeichnet. Im Oktober führt 2024 die Charta eine Veranstaltung im Zusammenhang einer für sie erstellten Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe (Höglinger et al. 2024).

¹ <https://poverty-is-not-a-crime.ch/de/>, abgerufen 22.12.2022.

² <https://www.caritas.ch/de/was-wir-sagen/unsere-aktionen/fuer-eine-schweiz-ohne-armut.html>

—

15 Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

In der Schweiz ist die Sozialhilfe in den kantonalen Gesetzen geregelt. Diese richten sich mehr oder weniger nach den Empfehlungen der SKOS-Richtlinien, welche nicht bindend sind. Dies führt zu sehr unterschiedlichen Sozialhilfeleistungen je nach Wohnort. Auch die Finanzierung und die Organisationsformen der Sozialhilfe sowie die Kompetenzverteilung zwischen Gemeinden und Kanton unterliegen kantonalen Kompetenz und sind also in jedem Kanton anders. In 9 Kantonen liegt die Sozialhilfe in deren alleiniger oder starker Verantwortung (GE, VD, JU, TI, UR, NW, GL, AR, AI), in den übrigen 17 ist die Verantwortung zwischen Kanton und Gemeinden auf unterschiedliche Weisen aufgeteilt (SKOS 2022). Wir gehen in diesem Dokument nur ausnahmsweise auf diese Aspekte ein.

Die Aktivität zur Sozialhilfegesetzgebung ist intensiv, der Vorstösse im Bereich Sozialhilfe sind unzählige.

In den 1990-er-Jahren beschlossen 3 Kantone grundlegende Revisionen. GE und VD führten neben der traditionellen Sozialhilfe neue Mindesteinkommen für bestimmte Personengruppen ein (GE 1995, VD 1997), hoben diese aber nach wenigen Jahren wieder auf durch revidierte Sozialhilfegesetze. Der Kanton Tessin reorganisierte per Gesetz von 2000 sämtliche Sozialleistungen, darunter auch die Sozialhilfe.

Aus welchem Jahr stammen die 26 kantonalen Sozialhilfegesetze? Heute (Stand Ende 2024) haben 13 Kantone ein Sozialhilfegesetz von vor 2000, 11 Kantone eines von zwischen 2000 und 2009 und 2 Kantone ein 2010 oder später verabschiedetes Gesetz¹. Zwei Kantone (FR und GE) haben neue Gesetze verabschiedet, die 2025 in Kraft treten. In BE ist 2024 eine Totalrevision im Gang. Ausnahmslos alle 26 Kantone haben seit 2010 einzelne Artikel revidiert (Teilrevisionen).

Die Gesetzesänderungen sind oft Verschärfungen: die Leistungen für alle Sozialhilfeberechtigten oder für bestimmte Gruppen werden gesenkt, das Verhalten der Sozialhilfebeziehenden stärker kontrolliert, ihre Rechte beschnitten und/oder Sanktionen verschärft. Vorstösse mit dem Ziel, die Leistungen zu verbessern oder den Zugang zu vereinfachen, sind weiterhin seltener.

Nachfolgend die uns bekannten Vorstösse und Entscheide in Kantonen und Gemeinden. Jene zu bestimmten Themen sind in den Themen-Kapiteln detailliert aufgeführt. Zwecks Vollständigkeit und Übersicht über die Vorstösse in den Kantonen erwähnen wir Titel und Jahr dieser Vorstösse in den jeweiligen Kantonen.

¹ Gesetze vor 2000: FR, GL, GR, NE, OW, SG, SH, SZ, TI, TG, UR, ZG, ZH.
Gesetze zwischen 2000 und 2009: AG, AI, AR, BE, BL, BS, GE, JU, NW, SO, VD.
Gesetze ab 2010: LU, VS.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Aargau, AG



Kanton Aargau, AG

- **2003, Autoverbot** - Nach den SKOS-Richtlinien ist der «Grundbedarf» eine Pauschale, die den Warenkorb eines bescheidenen Haushalts abbildet und über den die Sozialhilfebeziehenden frei verfügen können. Die Betriebskosten eines Autos werden als situationsbedingte Leistungen übernommen, wenn die Person darauf angewiesen ist (SKOS-Richtlinien 12/16 B.2.2. und C.1.1). In expliziter Abweichung davon werden im Kanton Aargau die Betriebskosten eines Autos vom Grundbedarf abgezogen, ausser die Benützung eines Motorfahrzeuges sei beruflich oder krankheitsbedingt zwingend. Ein durch Dritte zur Verfügung gestelltes Motorfahrzeug gilt als Naturalleistung, die ohne Vorliegen der erwähnten zwingenden Gründe als eigene Mittel angerechnet wird².
- **2012, Gemeinde Berikon, Beat der Sozialschmarotzer** - Das Bundesgericht (BGer) hebt einen Entscheid auf, der ursprünglich von der Gemeinde Berikon betreffend eines Sozialhilfeempfängers gefällt wurde. Die Sozialhilfe wurde diesem für nicht kooperatives Verhalten («renitentes, rechtsmissbräuchliches Verhalten») entzogen. Gemäss BGer ist eine Sanktion gerechtfertigt, nicht aber die Einstellung der Sozialhilfe. Das BGer kritisiert die Auslegung des Gesetzes durch die kantonalen und kommunalen Stellen, insbesondere die Verwendung des Begriffs Rechtsmissbrauch. Gemäss BGer liegt nur ein Rechtsmissbrauch vor, wenn das Verhalten der unterstützten Person einzig darauf ausgerichtet ist, in den Genuss von materieller Hilfe zu gelangen (8C_500/2012, 22. November 2012). Dieser Entscheid erregt in der Deutschschweiz viel Aufsehen («Beat der Sozialschmarotzer») und bewegt mehrere Gemeinden, die SKOS zu verlassen, darunter die Gemeinde Berikon mit viel medialem Getöse.
- **2018, Schärfere Kriterien** - Der Aargauer Grosse Rat revidiert das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention. Das revidierte Gesetz präzisiert die Kriterien für Kürzungen und Einstellungen und führt die Verhaltensweisen auf, die als missbräuchlich betrachtet werden. Es sieht ausserdem die automatische Weitergabe von Informationen inklusive besonders schützenswerten Personendaten vor und schreibt vor, dass Weisungen auch bei Wohnortwechsel gültig bleiben. Die Revision geht auf zwei Motionen zurück, die der Regierungsrat in seiner Botschaft betr. Änderung des Sozialhilfegesetzes behandelt (16.114, 25.5.2016):
 - Eine Motion Franz Hollinger (CVP) verlangt eine klare Regelung bei Kürzungen und Einstellungen, denn der «Fall Berikon» habe gezeigt, dass die Kriterien zu rudimentär seien (13.26, 5.3.2013);
 - Eine Motion Titus Meier (FDP) verlangt die Möglichkeit für Weitergabe von Informationen und Weisungen bei Wohnortswechseln (15.192, 25.8.2015).Der Grosse Rat nimmt die Revision mit 128 Ja und 0 Nein an (27.6.2017); das Gesetz tritt am 1. Januar 2018 und 8. April 2018 in Kraft. Trotz dieser

² Art. 10 Abs. 5c Sozialhilfe- und Präventionsordnung (SPV) vom 28.8.2002, Inkraft per 1.1.2003.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Aargau, AG

—

Einstimmigkeit verlangen Mitglieder des Grossen Rates nur fünf Monate später eine Reduktion der Sozialhilfe um 30 Prozent (siehe nachfolgend 2017-2022).

- **2018, Verwarnung vor Ausschaffung von ausländischen Sozialhilfebeziehenden** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2017, 2019 – keine Familien-EL per Volksabstimmung (s. Kapitel Familien-EL).**
- **2019, Keine Diskriminierung von Grossfamilien** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2020, Doch keine Armenhäuser** - Per 1. März 2019 tritt eine vom Regierungsrat beschlossene Ordnungsänderung in Kraft: «Personen, die in verschiedenen Lebensbereichen Unterstützung bedürfen, können zur Umsetzung entsprechender Betreuungs- oder Integrationsmassnahmen einer Unterkunft zugewiesen werden» (Art. 8 Abs. 3bis, Sozialhilfe- und Präventionsverordnung). Pikanterweise wird diese Änderung in der Woche bekannt, als die Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen UEK ihren Schlussbericht öffentlich vorlegt³. Gegen diese Regelung lanciert die Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS am 3.9.2019 eine Kampagne und eine Petition «Armenhäuser Nein»⁴. Diese haben Erfolg: per 1. März 2020 wird der entsprechende Paragraf wieder abgeschafft.
- **2020, Erschwerte Einbürgerung bei Sozialhilfebezug** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2020, Geflüchtete werden wieder nach SKOS-Ansätzen unterstützt** (s. Kapitel Geflüchtete).
- **2017 - 2022, Keine Senkung für Ausländer:innen** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2017 - 2022, Keine Senkung um 30 Prozent** - Martina Bircher (SVP) und Konsorten (SVP, FDP, CVP) verlangen per Motion⁵, die Sozialhilfe auf das reine Existenzminimum zu reduzieren (und damit das soziale Existenzminimum aufzuheben), was 70 % des in den SKOS-Richtlinien festgelegten Grundbedarfs entspricht, und diese durch eine «Motivationsentschädigung» zu ergänzen. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, sie als Postulat entgegenzunehmen. Der Grosse Rat nimmt den Vorstoss als Postulat mit 71 gegen 53 Stimmen an (20.3.2018). Der RR verfasst daraufhin einen Bericht von 116 Seiten an den Grossen Rat (März 2022)⁶. Der Bericht betrifft auch die Motion «Sozialen Frieden in der Sozialhilfe bewahren» (siehe oben, Keine Senkung für Ausländer:innen). Der RR erachtet es als fraglich, dass der geforderte Systemwechsel einen Nutzen hätte und empfiehlt, die Forderungen nicht umzusetzen. Dies tut der Grossrat (Sitzung 3.5.2022) ohne Gegenstimme bei 2 Enthaltungen. Die Urheber:innen der Vorstösse aus SVP, FDP und CVP stimmen also der Abschreibung zu

³ www.uek-administrative-versorgungen.ch

⁴ www.armenhaeuser-nein.ch

⁵ Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe – Änderung der Bemessungsrichtlinien. Motion 17.270, eingereicht am 7.11.2017.

⁶ Regierungsrat Kanton Aargau, 2. März 2022, Ergebnis der Prüfung der Postulate (17.157) "Sozialen Frieden in der Sozialhilfe bewahren – Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien gemäss § 10 Bemessungsrichtlinien (§ 10 SPG)" und (17.270) "Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe – Änderung der Bemessungsrichtlinien (§ 10 SPG)", 22.45.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Aargau, AG

- **2019-2023, Altersvorsorge-Guthaben dürfen nicht mehr zur Rückzahlung von Sozialhilfeleistungen verwendet werden** – Mehrere Aargauer Gemeinden zwingen Sozialhilfebeziehende, kurz vor dem Pensionsalter ihr Guthaben der beruflichen Vorsorge zu beziehen und damit rechtmässig bezogene Sozialhilfeleistungen zurückzubezahlen. Verschiedene Vorstösse mit gegenteiliger Ausrichtung befassen sich mit der Frage, die schliesslich zur Aufhebung dieser Praxis führt.
 - 2019. Der Grossrat Adrian Schoop, FDP, fordert eine systematische Durchführung der Rückerstattungspflicht⁷. Der RR lehnt den Vorstoss ab: er würde Bundesrecht verletzen; es brauchte eine gesamtschweizerische Lösung (RR, 18.9.2019). Der Postulant zieht den Vorstoss zurück (5.11.2019).
 - 2021. Therese Dietiker (EVP) und Konsorten⁸ fordern, im Gegenteil, dass Altersguthaben nicht mehr für Rückerstattung von Sozialhilfe benützt werden dürfen. Der RR empfiehlt Umwandlung in ein Postulat, welches der Grossrat stillschweigend an den RR überweist (4.5.2021).
 - 2021. Die FDP-Fraktion verlangt vom Regierungsrat Auskunft über die Fälle, wo Vermögen nicht gemeldet, ins Ausland überwiesen oder rasch für teure Reisen ausgegeben wurden⁹. Der RR beantwortet die Fragen am 3. März 2021.

Ein Bundesgerichtsurteil schützt die Aargauer Praxis¹⁰. Es erklärt zwar, dass Pensionskassengelder nicht speziell geschützt sind und deshalb zur Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen eingefordert werden dürfen, allerdings nur – und dies ist neu für den Kanton Aargau – via Betreibungsverfahren und wenn sie das betriebsrechtliche Existenzminimum überschreiten. Daraufhin schlägt der Regierungsrat den Gemeinden vor, künftig komplett auf Rückzahlungsverfahren mit Altersguthaben zu verzichten,

Auch die SKOS kritisiert die Einforderung solcher Guthaben, welche so ihrem Zweck entfremdet werden (SKOS, News 27.12.2021).

Am 24. Juni 2022 beschliesst dann die Aargauer Regierung, Rückerstattungsforderungen aus derartigen Altersvorsorgeguthaben per 1.1.2023 zu verbieten.

- **2023 Senkung der Sozialhilfeansätze als Lohnabstand und Arbeitsanreiz** - Sozialhilfeansätze müssen einen genügenden Abstand zu Löhnen aufweisen, um «einen ausreichenden Arbeitsanreiz» und die Gerechtigkeit zwischen Sozialhilfebeziehenden und Arbeitenden bzw. Steuerzahlenden zu sichern. Dies verlangt der Aargauer Grossrat Adrian Schoop (FDP)¹¹. Der RR empfiehlt Ablehnung. Der GR überweist das Anliegen mit deutlichem Mehr (SVP, EDU, FDP, einige Mitte; dagegen GLP, Grüne, einige Mitte, EVP und SP. 7.11.2023) als Postulat an den RR.

⁷ Postulat betreffend Einhaltung der Rückerstattungspflicht von Bezüglern von Sozialhilfe bzw. Verhinderung der Weiterleitung von Geldern auf Drittkonten. Postulat 19.202, eingereicht am 25.6.2019.

⁸ Existenzsicherung im Alter mit AHV-Rente und Freizügigkeitsguthaben sowie für eine einheitliche Praxis zur Rückerstattung von Sozialhilfegeldern mit Freizügigkeitsguthaben. Motion 20.323, eingereicht am 8.12.2020 von Grossratsmitgliedern aus SP, Grünen, GLP und CVP.

⁹ Verwertung von Altersguthaben für die Rückerstattung finanzieller Leistungen der Sozialhilfe. Interpellation GR.20.328 der FDP-Fraktion (Sprecher Titus Meier, FDP) eingereicht am 8.12.2020.

¹⁰ Bundesgerichtsurteil vom 24.11.2021 8C_441/2021. https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/fr/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza%3A%2F%2Faza://24-11-2021-8C_441-2021&lang=de&zoom=&type=show_document

¹¹ Einführung eines Lohnabstandsgebots in der Sozialhilfe. Motion [23.187](#) von Grossrat Adrian Schoop, FDP, eingereicht am 23.6.2023.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Aargau, AG

- **2020- 2023, Vorstösse zur Einschränkung des Sozialhilfebezugs** – Die SVP, manchmal mit Unterstützung weiterer Parteien, reicht zahlreiche Vorstösse insbesondere gegen Personen ohne Schweizer Pass ein:
 - Observationen beim Verdacht auf Missbrauch der Sozialhilfe. Motion [20.124](#) René Bodmer, SVP
 - Strafanzeigespflicht bei Sozialhilmisbrauch. Motion [20.194](#) Schoop FDP
 - Entwicklung der Sozialhilfekosten aufgrund der Zuwanderung von "Wirtschaftsmigranten" in der Schweiz und im Kanton Aargau, Interpellation [22.188](#) Werner Scherer, SVP
 - Meldung von ausländischen Sozialhilfeempfängern, Interpellation [23.132](#) Christoph Riner, SVP
 - Verwertung von Luxusautos von Personen mit S-Ausweis in der Sozialhilfe, Interpellation [24.262](#) Adrian Schoop, FDP
 - Sozialhilfequote im Kanton Aargau nach Nationalitäten aufschlüsseln. Interpellation [24.8](#) Nicole Heggli-Boder, SVP
- **2022 – 2024, Etliche Vorstösse schlagen Verbesserungen vor:**
 - Sozialhilfeabhängigkeit von Bewohnerinnen und Bewohnern in den aargauischen Pflegeheimen. Interpellation [22.372](#) Andre Rotzetter, Mitte.
 - Sinkende Sozialhilfequote 2022 und Nichtbezug. Interpellation [24.12](#) Therese Dietiker, EVP
 - Kantonale Mietzinsrichtlinien in der Sozialhilfe. Postulat [24.264](#) Therese Dietiker, EVP.
- **2017, 2020 und 2024, Gesetzliche Grundlage für Observationen** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2024, Teilrevision Sozialhilfegesetz** – Im September 2021 schlägt der Regierungsrat einige Artikel des Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG zur Revision vor. Neu soll die Alimentenhilfe, eine gesetzliche Grundlage für Observationen (in Beantwortung mehrerer Vorstösse) (siehe Kapitel Grundrechte) sowie die Unterbringung von Flüchtlingen ins Gesetz aufgenommen werden. AvenirSocial nimmt an der Vernehmlassung teil¹². Die revidierten Artikel treten per 1.1.2024 in Kraft.
- **2024, SVP-Initiative gegen Sozialhilfebeziehende** – Ab 1.4.2023 sammelt die Junge SVP des Kantons Aargau Unterschriften für ihre Initiative «Arbeit muss sich lohnen». Sie fordert, den Grundbedarf um 5% zu kürzen bei Personen, die länger als 2 Jahre Sozialhilfe beziehen. In einer gemeinsamen Medienmitteilung (11.4.2023) kritisieren das Netzwerk Sozialer Aargau, die UFS und AvenirSocial die Initiative als überflüssig, teuer, kontraproduktiv und juristisch unhaltbar. Die Initiative kommt knapp zustande und wird am 24.4.2024 eingereicht. Sie ist von bekannten SVP- und FDP-Politiker:innen unterstützt, Martina Bircher, Adrian Schoop, Andreas Glarner. **Abstimmungsdatum noch unklar (Stand 11.11.2024)**

¹² Antwort 25.11.2021, www.avenirsocial.ch/was-wir-tun/politische-aktivitaeten/ http://www.avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2021/11/20211125_Vernehmlassungsantwort_AG_Sozialhilfegesetz_AvenirSocial-1.pdf

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Basel-Land, BL



Kanton Basel-Land, BL

- **2015, Unterstützung für Lernende** - Eine Attest-Lehre soll nicht als Erstausbildung angerechnet werden, damit Personen während einer anschliessenden unverkürzten Lehre (EFZ) von der Sozialhilfe unterstützt werden können. Dies fordert die Grossrätin Marianne Hollinger (FDP)¹³. Der Grosse Rat überweist die Motion an die Regierung mit 67 zu 0 Stimmen (26.3.2015). Sie wird am 4.11.2021 im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes abgeschrieben (siehe unten, 2020-2022, Noch mehr Anreizsystem).
- **2016, Senkung des Grundbedarfs** - Per 1. Januar 2016 wird der Grundbedarf für eine Einzelperson um 91 Franken gesenkt (von 1077 auf 986 Franken).
- **2017, Keine Luxusgüter für Sozialhilfebezüger** - Der Grossrat Reto Tschudin (SVP) will keine Luxusgüter für Sozialhilfebezüger¹⁴. Er verlangt, die Kosten für Tabakwaren und auswärts eingenommene Getränke im Grundbedarf nicht mehr zu berücksichtigen, das heisst, diesen für eine Einzelperson um 100 Franken zu senken. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, da der Grundbedarf kürzlich reduziert worden sei und der Staat nicht vorschreiben solle, wofür das Sozialhilfegeld verwendet werden dürfe, sondern vielmehr die Teilhabe von Sozialhilfebeziehenden am gesellschaftlichen Leben fördern solle. Das Parlament lehnt die Motion mit 42 gegen 41 Stimmen ab (8.2.2018).
- **2018, Senkung für Ausländer:innen** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2018, Vorstoss für Senkung um 30 Prozent**. Der Grossrat Peter Riebli (SVP) will nicht nur für Ausländer:innen senken, sondern für alle. Er reicht am gleichen Tag eine zweite Motion ein und fordert, die Sozialhilfe auf das Existenzminimum zu reduzieren, also auf das Niveau der maximalen Sanktion von 30 Prozent des Grundbedarfs. Er will nicht, schreibt er, dass «renitente, integrationsunwillige und unmotivierte Personen» gleich hohe Sozialhilfeleistungen erhalten wie motivierte und integrationswillige Personen. Letztere sollen stufenweise eine «Motivationsentschädigung» erhalten, die bis zum heutigen Grundbedarf gehen kann. Der Motionär betont, dass diese Vorgehensweise schneller, einfacher und weniger kostspielig sei als Sanktionen und Beschwerden¹⁵.

Der Regierungsrat lehnt die Motion hauptsächlich aus folgenden Gründen ab: die Motivationsentschädigungen wurden im Kanton erst gerade (2014) abgeschafft, da deren Wirksamkeit unklar war; Motivation sei eine schwierig messbare Grösse; der administrative Aufwand würde erhöht und eine Kostensenkung sei nicht zu erwarten; es würde zu rechtlichen Schwierigkeiten kommen und die Armut verstärkt werden, nachdem der Kanton 2016 den Grundbedarf bereits gesenkt hatte; er wolle an der Harmonisierung der Hilfen via SKOS-Richtlinien festhalten.

Trotzdem nimmt der Grosse Rat die Motion mit 42 Ja, 41 Nein und 1 Enthaltung an (19.4.2018 und 26.4.2018).

¹³ Eine Lehre für alle. Motion 2014/309, eingereicht am 18.9.2014.

¹⁴ Keine Luxusgüter für Sozialhilfebezüger. Motion 2017/341, eingereicht am 14.9.2017.

¹⁵ Sozialhilfe: Motivation statt Repression. Motion 2017/612, eingereicht am 30.11.2017.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Basel-Land, BL

Zahlreiche Organisationen, darunter die Region Nordwestschweiz von Avenir-Social, protestieren gegen diesen Entscheid¹⁶. Am 27. August 2019 lanciert das Bündnis «Verkehrt BL», welches nach dem Vorbild der gleichnamigen und erfolgreichen Aktionen in Bern arbeitet und rund 20 Organisationen umfasst, eine Kampagne gegen die anstehende Gesetzesänderung mit Medienmitteilungen und Standaktionen im Kanton.

Im Jahr darauf fordert die Grossrätin Miriam Locher (SP), die Umsetzung der Motion Riebli per sofort abzubrechen¹⁷. Der RR empfiehlt Ablehnung ihres Vorstosses, da die Arbeiten an einer Sozialhilfegesetzesrevision weit vorgeschritten seien. Daraufhin zieht sie ihren Vorstoss zurück.

Die Motion Riebli wird am 4.11.2021 im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes abgeschrieben (siehe unten, 2020-2022, Noch mehr Anreizsystem).

- **2018, Rückerstattung bleibt** - Der Grossrat Werner Hotz (EVP) will die Möglichkeit vorsehen, auf die Rückzahlung von Sozialhilfeleistungen zu verzichten, um ehemalige Bezüger:innen, die eine Stelle gefunden haben, nicht zu demotivieren¹⁸. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung, da das geltende Gesetz genügend Ermessensspielraum liesse (22.5.2018). Das Parlament lehnt die Motion mit 64 gegen 13 Stimmen ab (14.6.2018).
- **2018, Sozialhilfestrategie** - Die Grossrätin Saskia Schenker (FDP) fordert den Regierungsrat auf, die Erarbeitung einer kantonalen Sozialhilfestrategie zu prüfen (Postulat 2018/386, 22.3.2018). Das Postulat wird vom Grossen Rat stillschweigend überwiesen (14.6.2018).
- **2017-2019, Einführung Familien EL per Volksabstimmung** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2019, Vorstoss Motivationspauschale** - Andreas Bammatter (SP) verlangt, dass gemeinnützige und im öffentlichen Interesse stehende Arbeitseinsätze mit einer Motivationspauschale honoriert werden analog zum Freibetrag bei Erwerbstätigkeit¹⁹. Die Motion wird im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt (siehe unten, 2020-2022 Noch mehr Anreizsystem).
- **2019, Vorstoss Überbrückungsrente** (s. Kapitel Ältere Arbeitslose).
- **2019, Mehr Sozialarbeitende** - Miriam Locher (SP) fordert den Regierungsrat auf, eine Fallreduktion pro Sozialarbeitende in Anlehnung an die Winterthurer Studie von Eser Davolio et al. zu prüfen²⁰. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme (19.11.2019). Der Grosse Rat nimmt das Postulat an (30.1.2020). Es wird am 4.11.2021 im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes abgeschrieben (siehe unten, 2020-2022, Noch mehr Anreizsystem).

¹⁶ AvenirSocial > Wer wir sind > Regionen > Nordwestschweiz, 27.4.2018.

¹⁷ Stopp bei der Kürzung der Sozialhilfe in Baselland; Stopp der Umsetzung Motion 'Motivation statt Repression'. Motion 2019/561, eingereicht am 28.9.2019.

¹⁸ Rückforderungen in der Sozialhilfe: Mehr Freiraum für die Behörden. Motion 2018/384, eingereicht am 22. März 2018.

¹⁹ Anreiz für gemeinnützige und im öffentlichen Interesse stehende Arbeitseinsätze. Motion 2019/679, eingereicht am 17.10.2019.

²⁰ Stärkung der Sozialhilfe: Mehr Zeit - tiefere Kosten. Postulat 2019/671, eingereicht am 17.10.2019. (Siehe dazu: Sozialhilfe in den Kantonen, Zürich, Winterthur 2017).

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Basel-Land, BL

- **2020, Keine Folgen des Sozialhilfebezugs für Ausländer während Corona** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2021, Langzeitverhütung in den Leistungskatalog aufnehmen.** Da Langzeitverhütung teuer ist, soll deren Kosten von der Sozialhilfe übernommen werden ähnlich wie Brillen oder Zahnarztbehandlungen. Dies fordert die Grossrätin Lucia Mikeler (SP) in ihrer Motion²¹. Der Gross nimmt den Vorstoss als Postulat an (29.9.2022). Der RR hat 2 Jahre Zeit, um dieses zu beantworten (**30.12.24: hängig**).
- **2020-2022, Noch mehr Anreizsystem** - Am 29.1.2020 gibt der Regierungsrat den Entwurf einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes in die Vernehmlassung unter dem Titel «Anreize stärken - Arbeitsintegration fördern», dies insbesondere infolge einer Motion der SVP, die die Regierung dazumal entschieden ablehnte (Motion Riebli, Motivation statt Sanktion 2017/612, siehe oben) und fünf weiterer Vorstösse²². Als Ziele der Revision nennt der Regierungsrat: Anreize für die Ablösung von der Sozialhilfe, Arbeitsmarktintegration stärken, Kostenneutralität für den Kanton, keine Sparvorlage. Die Sozialhilfe solle keine Sozialrente sein, die Förderung der Selbständigkeit sei eine Kernaufgabe der Sozialhilfe, Arbeit solle sich lohnen²³. Die Vorlage schlägt insbesondere Folgendes vor:
 - Eine Abstufung der materiellen Unterstützung zur Stärkung der Anreize und Individualisierung. Die 5 Stufen der Unterstützung sollen neu für jede Person einzeln berechnet werden (und nicht wie bisher und nach SKOS-Richtlinien für den Haushalt) nach den Kriterien Alter, Integrationsbemühungen, Erwerbstätigkeit, Bezugsdauer:
 - Einstiegsstufe, 690 Franken. Zu Beginn oder bei Pflichtverletzungen;
 - Allg. Mitwirkungsstufe, 887 Franken. Bei Erfüllen der Mitwirkungspflicht und Kooperation mit den Behörden;
 - Integrationsstufe 1086 Franken. Erwerbstätige, besondere Integrationsleistungen, Besuch von Förderprogrammen;
 - Ausnahmestufe, 986 Franken. Kinder, Mütter mit Kindern unter 4 Monaten, Ältere und Personen, die während 20 Jahren erwerbstätig waren;
 - Lanzeitbezugsstufe, 937 Franken. Über 2 Jahre Bezugsdauer.
 - Einrichtung eines kantonalen Assessment-Centers verschiedenster Institutionen. Information, Beratungen (auch bei Schulden), Arbeitsmarktintegration. Abklärung von Subsidiaritäten, Beurteilung der Arbeitsmarktfähigkeit, des Potenzials, medizinische Beurteilungen, IV-Abklärungen.
 - Der Informationsaustausch zwischen Gemeinden bei Wohnungswechsel wird zwingend (bisher: kann-Artikel). Integrationsmassnahmen werden neu zu 100%

²¹ Langzeitverhütung in den Leistungskatalog der Sozialhilfeverordnung. Motion 2021/561, eingereicht am 2.9.2021.

²² Alle Vorstösse siehe weiter oben: Lehre für alle, Motion 2014/309; Steuerjahre definieren Sozialhilfeshöhe, Postulat 2017/611 (Kapitel Ausländer:innen); Schuldenfalle – Prävention auch eine Sache des Kantons, Postulat 2019/558; Stärkung der Sozialhilfe: mehr Zeit – tiefere Kosten. Postulat 2019/671; Anreiz für gemeinnützige und im öffentlichen Interesse stehende Arbeitseinsätze, Motion 2019/679.

²³ RR Basellandschaft, 29.1.2020, Vorlage an den Landrat, « Anreize stärken - Arbeitsintegration fördern », Teilrevision Sozialhilfegesetz, S. 17.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Basel-Stadt, BS

—
von den Gemeinden (heute 50%) finanziert und das neue Assessmentcenter neu zu 100% vom Kanton.

Zahlreiche Organisationen lehnen die Vorlage mittels Medienmitteilungen, Leserbriefen und Vernehmlassungsantworten vehement ab, darunter AvenirSocial, Caritas, Heilsarmee, SKOS, SAH, UFS, verkehrt Basel-Land (verkehrt-bl.ch/), Winterhilfe).

Daraufhin legt der RR einen überarbeiteten Vorschlag vor (4.3.2021) unter dem Titel «Innovative Neuausrichtung der Sozialhilfe»²⁴. Der Grundbedarf bleibt unverändert, neue Zuschüsse werden eingeführt (100 Franken/Mt «Motivationszuschuss» und 80 Franken «Beschäftigungszuschuss»), wohingegen für Personen mit sog. Langzeitbezug (>2 Jahre) eine Kürzung um 40 Franken/Monat vorgesehen ist. Die Vorlage findet im Grossen Rat (Sitzung 8.11.2021) keine 4/5-Mehrheit insbesondere wegen des Langzeit-Abzugs und wird deshalb einer Volksabstimmung vorgelegt. Verkehrt Basel-Land führt eine Kampagne gegen die Vorlage, insbesondere gegen die Bestrafung von sog. Langzeitbeziehenden (www.nein-zum-sozialhilfegesetz.ch). An der Volksabstimmung vom 15. Mai 2022 wird die Teilrevision unter dem Titel «Anreize stärken – Arbeitsintegration fördern» von 63.8% der Stimmenden angenommen. Vier Gemeinden lehnen die Revision knapp ab.

- **2025, keine Rückerstattungspflicht mehr auf Erwerbseinkommen** – Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Rückerstattungspflicht aus Erwerbseinkommen aufzuheben und auf «erheblichen Vermögensanfall» zu begrenzen²⁵. In seiner Vernehmlassungsantwort begrüsst AvenirSocial die Neuregelung, vermisst aber das Verhältnismässigkeitsprinzip²⁶. Die Gesetzesrevision geht auch auf ein Postulat zurück, welches eine «Kollektivhaftung» in dieser Sache kritisierte²⁷. Der Grossrat nimmt die Revision an (11.4.2024 mit 79 zu 3 Stimmen). Inkrafttreten ist per 2025 vorgesehen.



Kanton Basel-Stadt, BS

- **2002, Kanton, Arbeit soll sich lohnen** - Im Jahr 2002 führt der Kanton Basel-Stadt ein Anreizsystem ein unter dem Slogan Arbeit soll sich lohnen. Dieses belohnt Sozialhilfebeziehende, die eine Arbeitsstelle haben, mit einem finanziellen Bonus und senkt die Leistungen für Personen ohne Arbeitsstelle.
- **2013, Kanton, Berufsbildung** – Ab Herbst 2013 richtet der Kanton ein Pilotprojekt «Enter – vom Bittgang zum Bildungsgang» ein, welches sich an

²⁴ <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/regierungsrat/medienmitteilungen/innovative-neuausrichtung-der-sozialhilfe>

²⁵ Änderung des Sozialhilfegesetzes: Neuregelung der Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen. Vorlage des Regierungsrats an den Landrat, 19. Dezember 2023.

²⁶ 14.5.2023 https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2023/05/20230511_Vernehmlassungsantwort_BL_Ru%CC%88ckerstattungspflicht_AvenirSocial_web.pdf

²⁷ Einzigartiges Baselbiet: Rückforderungen in der Sozialhilfe. Postulat 2020/293 von Werner Hotz, EVP, eingereicht am 11.6.2020.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Basel-Stadt, BS

Sozialhilfebeziehende von 25 – 40 Jahren ohne in der Schweiz anerkannten Berufsbildungsabschluss richtet. Das Projekt ist angesiedelt bei Gap – Case Management Berufsbildung des Kantons Basel-Stadt. Nach einer Standortbestimmung werden die Personen während der Ausbildung und bis zur Aufnahme einer Arbeit begleitet (Rudin et al. 2016).

- **2017, Kanton, Einbürgerung von Sozialhilfeempfängern (noch) unverändert** – (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2019, Kanton, Keine Erhöhung des Grundbedarfs** - Eine Motion von Olivier Bolliger (Grünes Bündnis) und Konsorten (SP, Grünes Bündnis) verlangt eine Erhöhung des Grundbedarfs²⁸ entsprechend den Ergebnissen der Studie BASS. Die Motion verlangt ausserdem, dass sich der Kanton in der SODK aktiv für eine Erhöhung der SKOS-Richtlinien einsetzt. Am 15.5.2019 lehnt der Grosse Rat die Motion per Stichentscheid des Präsidiums ab.
- **2020, Kanton, Vorstoss Überbrückungsrente** (s. Kapitel Ältere Arbeitslose).
- **2020-2021, Massnahmen während Coronakrise** (s. Kapitel Coronakrise).
- **2021, Kanton, Pilotversuch weniger Fälle** - Luca Urgese (FDP) und Konsorten (SP, Grünes Bündnis, CVP/EVP, LDP) fordern den Regierungsrat auf, einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch wie in Winterthur (siehe Kanton ZH, 2017 Winterthur) zu initiieren, um eine Reduktion der Sozialhilfekosten durch eine tiefere Fallbelastung zu erreichen²⁹. Der Grosse Rat überweist den Vorstoss an den Regierungsrat (23.10.2019). Dieser äussert sich kritisch zur Übertragbarkeit der Winterthurer Studie auf Basel, stimmt aber einem angepassten Pilotversuch zu³⁰. So sollen während 6 Jahren (2022 bis 2027) 5,5 Stellen in Spezialbereichen (Arbeitsintegration und Subsidiarität) geschaffen werden. Diese entsprechen Ausgaben von 6,8 Mio. Es wird ein Ertrag von rund 16,8 Mio erwartet, was netto Einsparungen von rund 10 Mio entspricht. Der Grossrat stimmt diesem Vorschlag mit nur einer Gegenstimme und 0 Enthaltungen zu (Sitzung vom 20.5.2021)³¹.
- **2022, Kanton, Einführung Mindestlohn** (s. Kapitel Mindestlohn).
- **1994 bis 2024, immer noch keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2024, Erhöhung des Freibetrags von Vermögen** (Siehe Kapitel Post-Covid).
- **2025, Teuerungsanpassung** – Die Unterstützungsrichtlinien 2025 sehen neu eine jährliche Teuerungsanpassung des Grundbedarfs entsprechend der Berechnung des kantonalen Mindestlohns vor, wenn die Teuerung über 1% beträgt.

²⁸ Erhöhung des Grundbedarfs bei der Sozialhilfe per 1. Januar 2020». Motion 19.5125.01, eingereicht am 20.3.2019.

²⁹ Pilotprojekt für eine Reduktion der Sozialhilfekosten durch eine tiefere Fallbelastung. Anzug 19.5230.01, eingereicht am 16.5.2019.

³⁰ Ratschlag des Regierungsrates 21.0030.01 «Pilotprojekt für eine Reduktion der Sozialhilfekosten durch gezielten Einsatz von zusätzliche Personalressourcen» vom 19.1.2021. Siehe auch Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission (GSK) 21.0030.02 vom 25.3.2021.

³¹ <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100393/000000393417.pdf>

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

—



Kanton Bern, BE

- **1971-2016, EL für minderbemittelte Personen** (s. Kapitel Grundeinkommen).
- **1997, Stadt Bern, Arbeit statt Fürsorge** - Die Stadt Bern führt das Prinzip Arbeit statt Fürsorge ein.
- **2012, Bonus-Malus-System und Generalvollmacht** - Der Grosse Rat stimmt einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes zu (137 Ja, 4 Nein von 1 SP und 3 Grünen, 2 Enthaltungen, 24.1.2011). Die Revision führt zwecks Kosteneffizienz ein Bonus-Malus-System für Sozialdienste ein (Art. 80d). Somit erhalten Sozialdienste einen Bonus, wenn ihre Sozialhilfeaufwendungen mehr als 30% unter dem kantonalen Durchschnitt liegen und entsprechend einen Malus, wenn diese mehr als 30% darüber liegen. Bestimmten strukturellen Faktoren wird bei der Berechnung des Vergleichswertes Rechnung getragen (Art. 80e). Ebenso führt das revidierte Gesetz eine Generalvollmacht ein (s. Kapitel Grundrechte, 2012, Kanton Bern, Generalvollmacht). AvenirSocial Bern und KABBA (Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen) ergreifen das Referendum unter dem Titel Datenschutz für alle. Das Referendum kommt nicht zustande. Das revidierte Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Das Bonus-Malus-System wird in der Folge zu mindestens 5 Vorstössen Anlass geben (2015 - 2020, siehe unten).

- **2009 - 2013, Kanton und Städte, Testarbeitsplätze** - Zwei Grossräte (EVP) fordern, dass «arbeitsfähige Personen mit einem grundsätzlichen Anspruch auf Unterstützung vor ihrer Aufnahme in die Sozialhilfe zu einem einmonatigen Arbeitseinsatz verpflichtet werden können» entsprechend dem Projekt Passage in Winterthur. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat. Der Grosse Rat nimmt die Motion an³². Daraufhin führen die Städte Bern, Biel, Langenthal und Thun ab 2009 Testarbeitsplätze (TAP) ein. Sie dauern zwischen 1 und 3 Monaten und generieren einen Minimallohn. In der Stadt Bern besteht ein TAP u.a. aus Unterhaltsarbeiten in den öffentlichen Parkanlagen (Citypflege). TAP werden, gemäss RR, bei «Unklarheit über den Arbeitswillen, die Arbeitsfähigkeit und/oder den Kooperationswillen von Sozialhilfebeziehenden oder bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch genutzt»³³.

Im Jahr 2011 wird einem Sozialhilfebezüger in der Stadt Bern die Sozialhilfe gestrichen, weil er einen TAP nicht angetreten hat mit dem Argument, die Arbeit sei nicht zumutbar. Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern entscheidet daraufhin, dass die Leistungen nur für die Dauer des vorgesehenen Arbeitseinsatzes gestrichen werden dürfen, dass allerdings keine Wahlfreiheit bestehe zwischen Arbeit und Sozialhilfe, auch wenn die Arbeit nicht vollständig den Interessen des Bezügers entspreche³⁴.

³² Arbeitsintegration fördern – Fallzahlen vermindern. Neue Wege in der Sozialhilfe. Motion 182-2009, eingereicht von Philippe Messerli und Willfried Gasser (beide EVP) am 9.4.2009.

³³ Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation 100-2013 Sancar, 2013.0392, 19.11.2013.

³⁴ Urteil 100.2011.428Ua, 18.10.2012. Siehe Tecklenburg 2012.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

—

Ab 2014 werden die TAP aufgehoben aus juristischen und wirtschaftlichen Gründen und da ihre Wirksamkeit beschränkt sei³⁵.

- **2013, Keine Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2014, Kürzungen der Sozialhilfe** - Der Grossrat Ueli Studer (SVP) und 30 Mitunterzeichnende verlangen per Motion (21.11.2012) eine Senkung der wirtschaftlichen Hilfe auf 90% der SKOS-Richtlinien (betrifft Grundbedarf, situationsbedingte Leistungen und Integrationszulagen)³⁶. Viele Sozialhilfebeziehende stünden besser da, wenn sie nicht arbeiteten und hätten zu wenig Anreiz, eine Arbeit zu suchen, was der Umstand zeige, dass «ein nicht unbedeutender Teil der Sozialhilfeempfänger über ein Privatauto verfügt».

Eine Koalition genannt «SKOS-Allianz» (AvenirSocial, SAH, KABBA, usw.) bekämpft die Motion Studer. Sie setzt sich für ein klares Bekenntnis des gesamten Regierungs- und Grossen Rates des Kantons Bern zu den SKOS-Richtlinien sowie zu den ihnen zugrunde liegenden Prinzipien von Rechtsgleichheit, Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit und gesamtgesellschaftlicher Solidarität und daher für eine Ablehnung der Motion Studer ein (Hälfte/Moitié, Newsletter 21.5.2013; Tecklenburg 2014).

Der Grosse Rat nimmt die Motion mit grossem Mehr an (5.9.2013), was eine Einsparung von 22 Millionen zur Folge haben soll dank der Senkung der Sozialhilfeleistungen um 10%. Gegen diesen Beschluss lanciert eine neue, breite Koalition eine Petition für ein soziales Existenzminimum (März 2014). Die Petition wird von 9'300 Personen unterschrieben und von zahlreichen Organisationen, Hilfswerken, Verbänden und Parteien der Linken unterstützt³⁷. Auf Verordnungsebene werden in der Folge bereits Kürzungen im Sinne der Motion Studer eingeführt in einer Höhe von rund 30 Millionen³⁸.

Die Annahme der Motion Studer verpflichtet den Regierungsrat, eine entsprechende Gesetzesrevision vorlegen. Ein erster Vorschlag (2015) stösst bei der Vernehmlassung auf widersprüchliche Meinungen. Auch ein Runder Tisch führt zu keiner Annäherung. Nachdem er am 3. Januar 2017 die «Eckwerte» der Sozialhilfegesetzesrevision vorgestellt hat, legt der neue Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg (SVP), der den früheren SP-Mann ersetzt, am 28. Juni 2017 eine neue Gesetzesrevision vor. Siehe unten 2019, Keine Kürzung der Sozialhilfe.

- **2014, Verstärkte Sanktionen** - Der Grossrat Mathias Müller und die Grossrätin Sabina Geissbühler-Struple (beide SVP) fordern stärkere Sanktionen³⁹. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat. Der Vorstoss wird als Motion angenommen (100 Ja, 38 Nein, 13 Enthaltungen, 21.1.2015).

³⁵ Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation 100-2013 Sancar, 2013.0392, 19.11.2013.

³⁶ Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe. Motion 260-2012, eingereicht am 21.11.2012.

³⁷ Kriso. Petition für ein soziales Existenzminimum, 5.3.2014. <https://www.kriso.ch/2014/03/die-kriso-bern-lanciert-zusammen-mit-verschiedenen-organisationen-und-parteien-im-kanton-bern-die-petition-fur-ein-soziales-existenzminimum/>

³⁸ Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE. Revision des Sozialhilfegesetzes und Einsparungen in der Sozialhilfe im Kanton Bern. Die Motion Studer ist bereits erfüllt. MM 17.4.2017.

³⁹ Verstärkung der Sanktionsmöglichkeiten bei nicht kooperativen Sozialhilfebezügern. Motion 115-2014, eingereicht am 2.6.2014. RRGR.11123.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

- **2016, Rückerstattung nach Erbschaften systematischer einfördern** – Dies verlangt eine Motion von SVP und glp⁴⁰, welche in der Novembersession 2016 mit wenigen Enthaltungen angenommen wird.
- **2018, Erschwerte Einbürgerung** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2018, Nein zu einem Mindestlohn** (s. Kapitel Mindestlohn).
- **2018, Erhöhung Zahnbehandlungskosten** (s. Kapitel Zahnbehandlungen).
- **2014 und 2019, Keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2015 – 2019, Zahlreiche Vorstösse für Abstrafen der Gemeinden** – Die politische Rechte fordert immer wieder, die Gemeinden noch stärker als das 2012 eingeführte Bonus-Malus-System (siehe oben) an den Sozialhilfekosten zu beteiligen, um «Kosten zu sparen». Im Klartext: den Sozialhilfebezug einzuschränken und die geltenden Richtlinien, Gemeindeautonomie und Professionalität der Sozialdienste auszuhebeln.
 - 2015 - Eine Motion der FDP verlangt eine Neugestaltung des Kostenausgleichs im Bereich Sozialhilfe, um die «heute bestehenden kostentreibenden Fehlanreize» zu überwinden⁴¹. Die Motion wird mit 81 Ja gegen 59 Nein angenommen (Junisession 2015).
 - 2015 - Eine Motion von SVP und FDP will die zu starke Kostensteigerung der Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen bremsen, indem den Gemeinden nur 25% der Kosten (aktuell 50%) beim kantonalen Kostenausgleich erstattet werden⁴². Dieses «Verursacherprinzip» ist gemäss den Motionär:innen notwendig, denn «der Hauptgrund für diese explosionsartige Entwicklung ist die Tatsache, dass die Mechanismen im Finanz- und Lastenausgleich (Filag) in diesen Bereichen nicht genügend Anreize zu kostendämpfendem Verhalten der ausführenden Behörden setzen». Der RR empfiehlt Ablehnung der vorgeschlagenen 25%-Formel. In der Novembersession 2015 wird diese Ziffer zurückgezogen; die übrigen Anliegen werden als Postulat mit vielen Gegenstimmen angenommen.
 - 2016 - Ein Vorstoss der glp verlangt, das Bonus-Malus-System der Sozialdienste zu überarbeiten, um «falsche Anreize» auszumerzen⁴³. Begründung: «Der Bonus setzt aber einen gefährlichen Anreiz für nicht gesetzeskonformes Handeln gegenüber den Bürgern und verführt die Politik dazu, sich mittels Boni politisch kurzfristig zu profilieren [...] Insgesamt ist der Malus in seiner heutigen Form schlecht konstruiert, weil seine [...] negativen ökonomischen Anreize zu schwach ausgestaltet sind». Neu sollen die Boni abgeschafft und die Mali bereits ab 20% negativer Abweichung (aktuell 30%) verrechnet werden und unabhängige Revisionen eingeführt werden. Die Motion wird teilweise als Postulat angenommen (Januar 2016).

⁴⁰ Sozialhilferechtliche Rückerstattungspflicht nach Erbschaften besser durchsetzen. Motion 054-2016 Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP), eingereicht am 11.3.2016.

⁴¹ Für die Vermeidung kostentreibender Fehlanreize in der Sozialhilfe. Motion 278-2014 Müller, FDP, eingereicht am 26.11.2014.

⁴² Kosten der Sozialhilfe durch neuen Verteiler im Lastenausgleich bremsen und verursachergerecht verteilen. Motion 075-2015 Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP), eingereicht am 13.3.2015.

⁴³ Gleiche Vollzugsstandards für Sozialhilfe im ganzen Kanton Bern. Motion 158-2015 Brönnimann (Mittelhäusern, GLP), eingereicht am 1.6.2015.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

- 2019 - eine überparteiliche Motion Krähenbühl (SVP) und Konsorten (SVP, glp, FDP, BDP)⁴⁴ verlangt, das Bonus-Malus-System durch einen Selbstbehalt für die Gemeinden zu ersetzen. Diese müssten 5 bis 20% der Kosten selber finanzieren, bevor der Lastenausgleich (50% Kanton, 50% Gemeinden) zum Tragen kommt. Der Selbstbehalt würde durch einen Soziallastzuschuss abgedeckt. Begründung: problematische Kostensteigerung durch fehlende Anreize. «Sozialdienste, die bewusst etwas grosszügiger sind, könnten dies auch weiterhin sein, müssten aber zumindest einen Teil der von ihnen verursachten Kosten mittragen». Die Berner Konferenz für Sozialhilfe BKSE lehnt das Anliegen aus fachlichen Gründen ab; es halte keinem Faktencheck stand⁴⁵. Der RR seinerseits empfiehlt Annahme der Motion⁴⁶. Der Grossrat nimmt die Motion mit 85 Ja gegen 68 Nein an (4.9.2019). In der Revisionsvorlage des Sozialhilfegesetzes (2024, siehe unten) wird dieser Beschluss wörtlich übernommen.

- **2019, Regeln für Zahnbehandlungen** (s. Kapitel Zahnbehandlungen).
- **2019, Keine Kürzung der Sozialhilfe** - Der Regierungsrat will die Sozialhilfe kürzen und das Anreizsystem verstärken. Sein Vorschlag hat folgende Ziele: Umsetzung der Motion Studer (2014 Kürzungen, siehe oben), Verstärkung des Anreizsystems, Entlastung der Gemeinden und des Kantons, Kürzung des Grundbedarfs nach SKOS-Richtlinien um 8% für alle Sozialhilfebeziehenden und bis zu 30% für junge Erwachsene ohne Ausbildung oder Arbeitsstelle sowie für Personen mit ungenügenden Kenntnissen einer Amtssprache⁴⁷. Der Grosse Rat nimmt die Vorschläge an (93 Ja, 1 Nein, 50 Enthaltungen, 29.3.2018).

Die Berner Konferenz für Sozialhilfe, die SKOS sowie zahlreiche weitere Verbände und Expert:innen stellen sich gegen diese Änderungen, die das soziale Existenzminimum unterschreiten und eine Strafe aller bedürftigen Personen darstellen (Pressemitteilung SKOS 29. März 2018). Ein Komitee Wirksame Sozialhilfe, bestehend aus Betroffenen, Verbänden wie AvenirSocial und VPOD sowie linken Parteien, lanciert einen Volksvorschlag Wirksame Sozialhilfe. Dieser, ein konstruktives Referendum, legt einen alternativen Gesetzestext mit folgenden Neuerungen vor: Ansätze bei SKOS-Richtlinien belassen; Massnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden bereitstellen und diese zur Teilnahme verpflichten können; Arbeitslose über 55 nach Ansätzen der EL unterstützen; Wirtschaft einbeziehen bei der Arbeitsintegration. Der Vorschlag wird am 13.8.2018 mit über 16'000 Unterschriften (10'000 sind verlangt) eingereicht. Regierungsrat und Grosser Rat lehnen den Volksvorschlag ab.

Das Komitee Wirksame Sozialhilfe arbeitet eng mit der Kampagne Verkehrt zusammen, welche aus AvenirSocial, Betroffenen, Kriso, KABBA usw. entstanden ist und sich bereits länger gegen geplante Sparmassnahmen in der Sozialpolitik im Kanton Bern wehrt. Verkehrt organisiert seit Juni 2017 Kundgebungen, nimmt teil

⁴⁴ Selbstbehalt setzt wirksame Anreize bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Motion 131-2019, eingereicht am 3.6.2019 von Samuel Krähenbühl (SVP), Barbara Mühlheim (glp), Hans-Peter Kohler (FDP), Daniel Bichsel (SVP) und Peter Gerber (BDP).

⁴⁵ BKSE-Positionspapier Selbstbehalt Lastenausgleich Sozialhilfe, Stand 21.6.2023. https://www.bernerkonferenz.ch/assets/uploads/5-BKSE-Position-Selbstbehalt-Lastenausgleich-Sozialhilfe_Handout_DE.pdf

⁴⁶ Bericht 810/2019, 2019.RRGR.167, 14.8.2019.

⁴⁷ Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) (Änderung). Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat, 28.6.2017.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

an jenen des Kollektivs Sozialen Kahlschlag stoppen, sammelt Unterschriften gegen die Sozialhilfegesetzrevision und engagiert sich im Abstimmungskampf (www.verkehrt.ch).

An der Abstimmung vom 19. Mai 2019, welche schweizweit grosse Aufmerksamkeit erlangt hat, lehnt die Berner Stimmbevölkerung beide Vorschläge ab: die vom Grossen Rat beschlossene Gesetzesänderung mit 52,6% Nein, den Volksvorschlag mit 56,0% Nein bei einer Stimmbeteiligung von 42.3%. Der Grossratsbeschluss wird in 3 (von 10) Verwaltungskreisen (z.T. knapp) und der Volksvorschlag in allen 10 mehrheitlich abgelehnt. Bei der Stichfrage (im Falle von zwei Ja) siegt der Volksvorschlag knapp mit 50.6% gegenüber dem Grossratsbeschluss (49.4%). Die drei Verwaltungskreise, die den Grossratsbeschluss ablehnen (Jura bernois, Bienne, Bern-Mittelland), bevorzugen in der Stichfrage den Volksvorschlag. Somit gilt der Status quo und eine Kürzung ist abgelehnt. *Grosse schweizweite Erleichterung für Viele.*

- **2019, Offizielle sachliche Informationsbroschüre** - Die Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE publiziert eine Broschüre, damit «jenseits von politischen Grabenkämpfen [...] Sozialhilfe besser verstanden und die Diskussion darüber sachlich geführt wird. Das ist anspruchsvoll, auch weil die öffentliche Diskussion über die Sozialhilfe von Einzelfällen geprägt ist und sich viele falsche Bilder festgesetzt haben»⁴⁸.
- **2019, Arbeiten in sozialen Einrichtungen auch ohne Ausbildung** - Michel Seiler (Grüne) verlangt, die Arbeitserfahrung als äquivalent zu einer sozialpädagogischen Ausbildung anzuerkennen, wenn die Personen bereits mindestens doppelt so lange sozial berufstätig waren als die Dauer einer entsprechenden Ausbildung⁴⁹. Der Regierungsrat ist skeptisch und will je nach Adressatengruppe differenzieren; er will das Anliegen als Postulat annehmen (Antwort 28.8.2019). AvenirSocial fordert den Grossen Rat auf, die Motion abzulehnen⁵⁰. Dieser nimmt den Vorstoss als Postulat an (4.12.2019).
- **2019, Kredit für Integrationsmassnahmen** - Grossräte und Grossrätinnen aus der SP, den Grünen und der EVP fordern 5 Millionen für Integrationsmassnahmen für Sozialhilfebeziehende⁵¹. Der Grosse Rat lehnt den Budgetposten ab, nimmt aber einen Auftrag für einen Massnahmenplan an (2019.RRGR.166, 2.9.2019).
- **2020, Weniger Sozialhilfe** - Eine Motion von Thomas Brönnimann (glp) und Anita Luginbühl-Bachmann (BDP)⁵² will die Sozialhilfequote im Kanton senken und fordert deshalb Soziallohnmodelle, Stipendien, Selbstbehalte für Gemeinden und Klienten bei «nicht zwingenden situationsbezogenen Leistungen», Reorganisation der Sozialdienste in Kompetenzzentren, Vollzug der Sanktionsmöglichkeiten, Sprachförderung sowie eine jährliche Anpassung an die Teuerung gemäss

⁴⁸ BKSE, 4.2.2019, Sozialhilfe – kurz und gut erklärt. www.bernerkonferenz.ch

⁴⁹ Arbeitserfahrung in sozialen Einrichtungen aufwerten. Motion 2019.RRGR.78, eingereicht am 4.3.2019.

⁵⁰ AvenirSocial > Wer wir sind > Bern und Wallis > Aktuell > 14.11.2019.

⁵¹ Einstellung von 5 Millionen Franken im Budget 2020 zur Finanzierung von Massnahmen zur Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt und in Tagesstrukturen. Motion 130-2019 eingereicht am 2.6.2019 von Margrit Junker Burkhard (SP), Elisabeth Striffeler-Mürset (SP), Stefan Jordi (SP), Andrea de Meuron (Grüne) und Christine Schnegg (EVP).

⁵² Fordern und fördern - Ein Reformplan für die Sozialhilfe im Rahmen von SKOS. Motion 162-2019, eingereicht am 11.6.2019 von Thomas Brönnimann (glp) und Anita Luginbühl-Bachmann (BDP).

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

—

Landesindex. Der Grosse Rat nimmt 3 Punkte der Motion an, 2 lehnt er ab und 3 weitere nimmt er als Postulat an (4. März 2020).

- **2020, Einheitliches IT- Fallführungssystem in der Sozialhilfe und im Erwachsenen- und Kinderschutz des Kantons Bern** - Dies verlangt eine Motion⁵³, welche in der Frühlingssession 2020 angenommen wird.
- **2021, Kein Vorstoss für Bundesrahmengesetz zur Sozialhilfe** (s. Kapitel Bundeskompetenz).
- **2022, Rückerstattung unrechtmässig bezogener Sozialhilfeleistungen nach Umzug** – ein überparteilicher Vorstoss verlangt, dass unrechtmässig bezogene Sozialhilfeleistungen nach einem Umzug mit laufenden Leistungen verrechnet werden können⁵⁴. Der RR ist bereit, das Anliegen in die laufende Sozialhilfegesetz-Revision aufzunehmen. Die Motion wird ohne Gegenstimme angenommen (15.9.2022).
- **2016-2023, Kürzungen für vorläufig Aufgenommene** (s. Kapitel Geflüchtete)
- **2024, Stadt Bern, Pilotversuch bedingungsloses Grundeinkommen gefordert** (s. Kapitel Grundeinkommen).
- **2024, Städte Bern und Biel, Mindestlohninitiativen eingereicht (s. Kapitel Mindestlohn).**
- **2024, Vorschlag Totalrevision Sozialhilfegesetz** – Am 4. Juli 2024 schickt der Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg (SVP) eine Totalrevision des Sozialhilfegesetzes in die Vernehmlassung (Dauer bis 18.10.2024). Das neue Gesetz soll per Oktober 2026 in Kraft treten. Damit soll die Sozialhilfe modernisiert werden; es soll keine Sparmassnahme darstellen, denn die in einer Volksabstimmung 2019 abgelehnte Kürzung des Grundbedarfs werde nicht übernommen⁵⁵. Es nimmt acht parlamentarische Vorstösse von rechten Parteien auf (4 GLP, 3 SVP, 1 FDP, alle oben aufgeführt), eine davon wörtlich (Motion 131-2019 Krähenbühl).

Die vorgeschlagene Gesetzesrevision beinhaltet 162 Artikel (geltendes Gesetz 90 Artikel). Besonders problematische sind u.a.:

- Bei unzureichendem Sprachniveau nach 6 Monaten Sozialhilfebezugs soll der Grundbedarf «um höchstens 30 Prozent, bis die erforderlichen Kenntnisse erlangt sind», reduziert werden. Ausnahmen für bestimmte Personengruppen und Umstände sind möglich (Art. 45).
- Sozialhilfe soll in Form von Bezahlkarten ausgerichtet werden können (Art. 49).
- Vermögensverzicht soll als Einkommen angerechnet werden (Art. 46).

⁵³ Einheitliche Fallführung durch einheitliche IT-Lösung in der Sozialhilfe. Motion 150-2019 Mühlheim (Bern, GLP), eingereicht 4.6.2019.

⁵⁴ Unnötige Belastung des sozialen Lastenausgleichs verhindern – unrechtmässig bezogene Sozialhilfe auch nach Gemeindefwechsel mit laufenden Leistungen verrechnen. Motion 080-2022 Gasser (Ostermündigen, GLP), mitunterzeichnet von SVP, SP, FDP, Mitte, EVP, EDU, eingereicht am 17.3.2022.

⁵⁵ Regierungsrat Kanton Bern (26.6.2024). Vortrag Sozialhilfegesetz. <https://www.rgrg-ser-vice.apps.be.ch/api/rr/documents/document/5015d49ca7ad4eb0b81bc1260f15a359-332/3/Vortrag-26.06.2024-de.pdf>

—

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Bern, BE

- Für Kürzungen und Sanktionen wird keine zeitliche Beschränkung vorgesehen (Art. 57s.)
- Einzige Verbesserung: Als rückzahlungspflichtig ist einzig ein grosser Vermögenszuwachs erwähnt, Erwerbseinkommen hingegen nicht (Art. 62 s.). Daraus lässt sich schliessen, dass dieses nicht mehr rückzahlungspflichtig ist, was allerdings nicht explizit im Gesetzestext steht.
- Das bisherige Bonus-Malus-System für Sozialdienste entsprechend ihren Sozialhilfekosten habe sich nicht bewährt und soll durch ein neues «Anreizsystem» ersetzt werden. Den Gemeinden soll ein Selbstbehalt an den SH-Leistungen auferlegt werden (zw. 5 und 20%, je nach Einstufung des Kantons), welcher dann entsprechend eines noch zu definierenden Soziallastenindex («Leistungsausweis») rückbezahlt werden soll (Art. 146 s.).

Kommentar. Die Revisionsvorlage fällt insbesondere durch ihre Mängel auf: Keine Nennung der Grundrechte, keine Pflicht der Sozialdienste zu speditiver Beantwortung der Anträge, keine unabhängige Rechtsberatung, keine Erhöhung des Grundbedarfs, Sozialinspektionen werden weiterhin direkt vom Sozialdienst verfügt, kein Bezug auf SKOS-Richtlinien. Die hochkomplizierte Organisation bleibt (Kanton, Gemeinden oder Zusammenschluss von Gemeinden, Sozialbehörden der Gemeinde, Sozialdienst, Bürgergemeinden). Das «neue» «Selbstbehaltmodell» führt unter einer andern Vokabel das Bonus-Malus-System weiter. Zahlreiche Aspekte sollen auf Verordnungsebene geregelt werden und die Vorlage geht in keiner Weise auf manifeste soziale Probleme (Bildung, Schulden, usw.) ein. Insgesamt ist die Vorlage stark geprägt durch die zahllosen Vorstösse von SVP und andern rechten Parteien.

Die Revisionsvorlage stösst auf starke Kritik. AvenirSocial gemeinsam mit 6 weiteren Organisationen nimmt «mit Vehemenz» gegen die Vorlage Stellung⁵⁶. Auch die SKOS äussert sich sehr kritisch und detailliert⁵⁷. Und die Exekutiven von vier Berner Städten (Bern, Biel, Burgdorf, Langenthal) «erwarten, dass die zentralen Schwächen der Gesetzesvorlage korrigiert werden. In der aktuellen Form weisen sie diese zurück»⁵⁸.

Die Gesetzesrevision ist in Arbeit (Stand Ende 2024).

- **2025, BürgerInnen-Geld für Kulturschaffende prüfen** – (s. Kapitel Post-Covid).

⁵⁶ Gemeinsame Medienmitteilung, 30. September 2024 <https://9o931.r.sp1-brevu.net/mk/cl/ff/sh/SMK1E8tHeGF9lwHRt01yXHRBP9h/CSNxREKVyHe8>; Detaillierte Vernehmlassungsantwort von AvenirSocial, 26.9.2024 https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2024/09/20240924_SHG-Bern_Vernehmlassungsantwort-AvenirSocial.pdf

⁵⁷ SKOS (16.10.2024). Totalrevision des Sozialhilfegesetzes des Kantons Bern: Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung. https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/Publikationen/Vernehmlassungen/241016_Vernehmlassung_SHG_Bern.pdf

⁵⁸ Gemeinsame Medienmitteilung, 17. Oktober 2024). Revision Sozialhilfegesetz: Vier Städte bemängeln die Vorlage. https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/revision-sozialhilfegesetz-vier-staedte-bemaengeln-vorlage

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Fribourg, FR



Canton de Fribourg, FR

- **2017, Fribourg pour tous** - Un postulat déposé au Grand Conseil en mars et accepté en septembre 2004 demande l'ouverture d'un guichet d'information et d'orientation sociales pour les familles (postulat Anne-Claude Demierre et Yves Menoud). Treize ans plus tard, en septembre 2017, un guichet ouvert à toute la population appelé « Fribourg pour tous » (FpT) ouvre ses portes. Il est rattaché à la Direction cantonale de la santé et des affaires sociales avec un accès par un guichet au centre de Fribourg, ouvert tous les jours de la semaine, par Hotline ou par courriel. Il a pour buts de faciliter l'accès à des informations, orienter au sein du dispositif d'action sociale et prévenir la détérioration de situations précaires⁵⁹.
- **2019, Non à un salaire minimum** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2020-2021, Mesures durant la crise du coronavirus** (cf. chap. Crise de Covid-19).
- **2023, Rückerstattung diskutiert** - Im Oktober 2020 verlangen die Grossrätinnen Martine Fagherazzi und Violaine Cotting-Chardonnens (beide SP) die Abschaffung der Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen ausser bei plötzlichem Vermögensanfall⁶⁰. Sie beziehen sich auch auf die plötzliche Armut von neuen Personengruppen infolge der Coronakrise. Die Regierung erachtet die Rückerstattungspflicht als zentral für die Eigenverantwortung und als bewährtes System und empfiehlt Ablehnung (12.1.2021). Dem folgt der Grossrat und lehnt die Motion mit 53 gegen 45 Stimmen ab (25.3.2021).

Im September des gleichen Jahres verlangen daraufhin die Grossrätinnen Antoinette de Weck (FDP-GL) und Chantal Pythoud-Gaillard (SP) einen Bericht zur Rückerstattung der Sozialhilfe⁶¹. Der Grossrat nimmt das Postulat mit 82 gegen 1 Stimme (SVP) an (4.2.2022). Der Grossrat nimmt den daraufhin erstellten Bericht⁶² «eher positiv» zur Kenntnis (Sitzung 21.12.2023); ein Entscheid wird im Rahmen der Revision des Sozialhilfegesetzes fallen (siehe unten).
- **2023, Initiative populaire pour un salaire minimum déposée** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2022, Kanton Freiburg, Pilotprojekt Mundgesundheit für alle** (Santé bucco-dentaire pour tout le monde) – (cf. chap. Traitements dentaires)
- **2014 - 2025, Révision de la loi sur l'aide sociale** – En 2014, deux députées demandent une révision de la loi sur l'aide sociale de 1991 laquelle, selon elles, ne

⁵⁹ <https://www.fr.ch/dsas/fpt/mission-de-fribourg-pour-tous>

⁶⁰ Abschaffung der Rückerstattungspflicht im Sozialhilfegesetz (SHG). Motion 2020-GC-160 eingereicht am 14.10.2020.

⁶¹ Rückerstattung der Sozialhilfe: Wovon sprechen wir? Postulat 2021-GC-130, eingereicht am 14.9.2021.

⁶² Staatsrat Kanton Freiburg. Bericht 2022-DSAS-20, 7. November 2023, Rückerstattung der Sozialhilfe: Wovon sprechen wir?

https://www.parlinfo.fr.ch/de/politbusiness/berichte/?action=showinfo&info_id=108046

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Genève, GE

répond plus aux questions que doivent résoudre les services sociaux régionaux, à savoir si et dans quelle mesure l'aide sociale doit être accordée. Disparités des pratiques et tensions entre les SSR s'ensuivent. Elles demandent également d'éviter que des ressortissants de l'UE/AELE émargent systématiquement à l'aide sociale⁶³.

Le Grand Conseil accepte la motion (8.9.2015). Plusieurs prolongations du délai de traitement sont accordées. En 2021, un avant-projet de loi est mis en consultation. Il comprend, entre autres, un renforcement de la régionalisation, passant de 24 à 7 services sociaux régionaux, le maintien du principe de la remboursabilité (art. 65) et de la possibilité de mesures obligatoires (art 25). 80 organisations prennent part à la consultation dont AvenirSocial⁶⁴. Le 16.11.2023, un projet de loi est soumis au Grand Conseil⁶⁵. Il est discuté durant trois sessions en 2024. La régionalisation des services sociaux donne lieu à de vifs débats au nom de l'autonomie communale. Refusée en deuxième débat par 55 contre 46 voix et 1 abstention, elle est finalement acceptée en 3^e débat par 54 contre 52 voix et 1 abstention. La loi dans sa globalité est finalement acceptée le 9 octobre 2024 par 54 contre 24 voix et 7 abstentions. Elle entrera en vigueur en 2025.

Le nombre de services sociaux régionaux passera donc de 21 à 8. La remboursabilité des prestations est maintenue pour un revenu imposable dépassant 57'000 francs.

- **2026, Introduction de PC familles par votation populaire 2024** (cf. chap. PC pour familles).



Canton de Genève, GE

Les années 1990 sont caractérisées, à Genève comme ailleurs, par une crise économique, des débats sur «la fin du travail», une volonté affichée de combattre «l'exclusion», le développement de «politiques d'activation» et de réformes de l'assistance publique. C'est dans ce contexte que se déploie, annoncée lors du Discours de Saint-Pierre à l'occasion de la prestation de serment du nouveau gouvernement en 1989, «une importante réforme de la politique genevoise, se caractérisant par la suppression progressive du régime séculaire de l'assistance publique et par l'introduction des revenus minimaux d'aide sociale cantonale»⁶⁶. Le Conseiller d'État Guy-Olivier Segond (Radical, 1989 – 2001) en est un promoteur décidé. Quatre étapes marquent cette réforme (November A. 2002) ; elles seront détaillées ci-dessous.

⁶³ Révision de la loi du 14 novembre 1991 sur l'aide sociale. Motion 2014-GC-155 déposée par Antoinette de Weck (PLR) et Erika Schnyder (PS) le 23.9.2014.

⁶⁴ avenir.social > Was wir tun > Politische Aktivitäten > 26.4.2021 Kanton Freiburg (art.35) : Vernehmlassungsantwort zum Vorentwurf des SH-Gesetzes.

⁶⁵Message du Conseil d'Etat <https://www.fr.ch/document/515461>; Projet de loi <https://www.fr.ch/document/515456>

⁶⁶ Commission des affaires sociales chargée d'étudier le PL sur le revenu minimum de réinsertion et sur les contreprestations des bénéficiaires, PL 8453, Rapport de majorité, Mémorial Grand Conseil Genève, 21.9.2001.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Genève, GE

- 1992, revenu minimum cantonal d'aide sociale pour rentiers et rentières AVS-AI;
- 1995, revenu minimum cantonal d'aide sociale pour chômeurs en fin de droits;
- 1998, fin du régime d'assistance pour pensionnaires d'EMS;
- 2002, projet de revenu minimum de réinsertion généralisé, refusé en votation populaire.
- **1978, Ville de Genève, Suppression des magasins pour pauvres** - Le Service social de la Ville de Genève ferme ses magasins de fruits et légumes pour personnes nécessiteuses et les remplace par une allocation personnalisée d'aide financière.
- **1992, Première loi mentionnant un revenu minimum** - Le Conseil d'État présente une loi transformant en revenu minimum cantonal d'aide sociale les prestations complémentaires et les prestations sociales accordées aux rentiers et rentières AVS-AI par l'Office cantonal d'aide aux personnes âgées (OCPA). Le terme de «revenu minimum» apparaît alors pour la première fois dans une loi genevoise (November A. 2002), ceci par l'introduction d'un nouveau Titre I «Revenu minimum cantonal d'aide sociale» dans la Loi sur les prestations complémentaires cantonales du 25 octobre 1968.
- **1990-1995, Introduction d'un revenu minimum social** - Deux interventions déposées le même jour au Grand Conseil proposent l'introduction d'un revenu minimum qui transformerait l'assistance publique en un droit social. Ce revenu minimum serait lié à un projet d'insertion.
 - Des député:es écologistes proposent un «revenu minimum social garanti» à verser à toute personne habitant depuis un certain temps à Genève et ne disposant pas d'un revenu considéré comme le minimum vital, ce qui comprend l'accès aux activités culturelles et aux loisirs. La motion veut transformer l'assistance sociale en droit et lier aide financière et insertion sociale afin d'aider les bénéficiaires à acquérir leur autonomie financière et à maintenir leur place dans la société. Le revenu social est associé à l'engagement volontaire dans un projet (économique, social, d'utilité publique ou associative, éducation de ses enfants, formation, personnel) permettant de s'insérer dans un groupe social⁶⁷.
 - Des député:s socialistes proposent l'introduction d'une allocation d'insertion. Elle correspondrait à l'équivalent de la rente AVS minimum (900 francs à l'époque) et serait destinée à toute personne dont le revenu ne dépasse pas le montant d'assistance et qui propose un projet d'insertion (formation ou réadaptation⁶⁸).

Les deux objets sont renvoyés à la Commission des affaires sociales (9.11.1990). Dans un premier rapport intermédiaire, elle présente ses nombreuses auditions d'expert-e-s et propose, à l'unanimité, un projet de loi sur l'allocation d'insertion selon la proposition socialiste. Elle demande, de plus, d'étudier l'opportunité de transformer l'assistance en un droit pour tous les exclus et d'introduire à Genève des allocations selon le modèle bernois, soit une prestation sociale non

⁶⁷ Motion 684 concernant le revenu minimum social garanti déposée le 23.10.1990 par A. November, F. Bugnon, R. Cramer, G. Maulini-Dreyfus, V. Olsommer, C. Rapp, J. Schneider, A. Vaissade.

⁶⁸ Projet de loi portant sur l'allocation d'insertion. PL 6629, déposé le 23.10.1990 par E. Sutter-Pleines, P.-A. Champod et A. Sauvin.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Genève, GE

remboursable⁶⁹. Un an plus tard, la Commission présente un second rapport. Elle propose, à l'unanimité, une prestation hors assistance pour les chômeurs en fin de droit. La loi y relative est débattu et accepté le 18 novembre 1994 et entre en vigueur au 1er janvier 1995: le nouveau Revenu minimum cantonal d'aide sociale pour chômeurs en fin de droits (RMCAS) est né «afin de leur [aux chômeurs en fin de droit] éviter de devoir recourir à l'assistance publique»⁷⁰. Contrairement à l'aide sociale traditionnelle de l'époque, le RMCAS constitue explicitement un droit et n'est pas remboursable. Il introduit une contreprestation obligatoire. Il est supérieur d'environ 100 francs (pour une personne) par rapport à l'aide sociale, mais soumis à l'impôt. Les limites de fortune sont supérieures à celles de l'aide sociale. Une allocation d'insertion unique de 10'000 francs au maximum peut être accordée aux bénéficiaires pour financer un projet de réinsertion sociale ou professionnelle (création d'activité lucrative, formation, etc.). Au cours du temps, plusieurs évaluations seront effectuées tel que l'exige la loi sur le RMCAS.

- **1995, Non aux PC familles** - (cf. chap. PC pour familles).
- **1997, Les barèmes de l'aide sociale deviennent publics** - Le Canton de Genève rend publics les directives et les barèmes d'assistance par une publication annuelle dans la Feuille d'avis officielle⁷¹.
- **1998, Les pensionnaires des EMS n'ont plus besoin de solliciter l'assistance** – Jusqu'en 1997, deux tiers des pensionnaires des EMS doivent demander des prestations d'assistance pour payer leur pension et donc utiliser leurs économies et laisser une dette à leurs descendant:es. Le canton de Genève est le seul canton de Suisse avec ce régime. Le Conseil d'État par la voix de Guy-Olivier Segond propose de «mettre un terme à ce scandale du régime de l'assistance publique pour les pensionnaires des EMS» (GOS, débat au Grand Conseil, 3 octobre 1997). Il propose de remplacer l'assistance individuelle octroyée aux personnes âgées en EMS par un subventionnement direct des EMS. Son projet de loi (PL 7602) est adopté par le Grand Conseil le 3 octobre 1997 par 60 Oui, 26 Non et 5 Abstentions et entre en vigueur le 1^{er} janvier 1998⁷².
- **2002, Refus populaire d'un revenu minimum de réinsertion (RMR) pour l'ensemble de la population** - Le Conseil d'État cherche à poursuivre sa réforme de la politique sociale genevoise «dans le but de faire disparaître progressivement le régime d'assistance publique par l'introduction de revenus minimums avec des contreprestations». Le gouvernement évalue positivement l'expérience du RMCAS. Il constate que les bénéficiaires de l'aide sociale et du RMCAS se ressemblent de plus en plus. Il propose donc un nouveau dispositif appelé RMR qui doit marquer « le point d'aboutissement de cette réforme fondamentale de la

⁶⁹ Commission des affaires sociales, Rapport intermédiaire en réponse à la motion 684 et au PL 6629, Françoise Saudan, 16.9.1993 (Pour la prestation bernoise, cf. chap. Revenu de base).

⁷⁰ art. 1, Loi sur les prestations cantonales accordées aux chômeurs en fin de droit du 18 novembre 1994 (Revenu minimum cantonal d'aide sociale).

⁷¹ Nouvelle teneur de l'art. 4 al.3, entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1997 suite à une Révision de la Loi sur l'assistance publique du 19 sept 1980 proposée par le Conseil d'État (PL 7423).

⁷² Loi relative aux établissements médico-sociaux accueillant des personnes âgées du 3 octobre 1997. Elle sera abrogée et remplacée par la Loi sur la gestion des établissements pour personnes âgées du 4 décembre 2009 entrée en vigueur au 1er avril 2010.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Genève, GE

politique sociale genevoise »⁷³. Il propose ainsi, début 2001, un projet de loi qui supprime le RMCAS, introduit un RMR et ne maintient l'assistance que pour les groupes de personnes exclus du RMR (les rentiers AVS et AI, les étudiant:es, les requérant:s d'asile ainsi que les personnes domiciliées dans le Canton depuis moins de 2 ans)⁷⁴. Selon le projet, le montant du RMR et sa composition sont ceux des PC et les bénéficiaires s'engagent à effectuer une contreprestation d'utilité personnelle, sociale ou socioprofessionnelle.

Renvoyé en Commission des affaires sociales, cette dernière modifie le projet qui sera accepté par la majorité (de gauche) du Grand Conseil tandis que la minorité de droite, emmenée par les libéraux, le refuse (séance du 21 septembre 2001). La droite (partis libéral et démocrate-chrétien, diverses associations professionnelles et patronales) lance un référendum. Un débat public passionné accompagne la campagne référendaire, avec des positions qui critiquent le projet, ceci autant à gauche qu'à droite.

Au moment de la votation référendaire, la gauche a perdu sa majorité au parlement lors des élections d'automne 2001 et le Conseiller d'État Guy-Olivier Segond, partisan résolu des revenus minimums, s'est retiré. Ainsi, le projet perd de ses soutiens. La majorité du nouveau Conseil d'État fait volte-face et propose de rejeter cette loi. Lors de la votation référendaire le 2 juin 2002, le projet RMR est refusé par 58.45% des votant:es.

- **2004, Suppression de la dette d'assistance** - Le Grand Conseil accepte de considérer les prestations d'assistance comme non remboursables sauf exceptions tel des prestations touchées indûment, des avances sur prestations ou un héritage⁷⁵.
- **2006, Baisse des barèmes d'assistance** - Le Conseil d'État décide, dans le cadre du budget 2005, que l'Hospice général appliquera désormais les normes CSIAS, ce qui revient à une baisse de 208 francs par mois pour une personne seule, compensé éventuellement, selon les « efforts » des bénéficiaires, par un « supplément d'intégration » entre 100 et 300 francs.

Une pétition des syndicats (CGAS, 13.12.2004) et diverses interventions s'opposent à cette diminution et à une « aide sociale au mérite ».

Le changement prend effet au 1^{er} juillet 2006. En mai 2006, les bénéficiaires reçoivent une lettre de la direction de l'HG les invitant à « rester courtois », car les AS n'y sont pour rien dans la diminution.

- **2012, Une nouvelle loi sur l'aide sociale supprime le RMCAS et réduit certaines prestations** - Après l'échec du projet de RMR en 2002, le Conseil d'État propose une nouvelle révision de l'aide sociale. Selon lui, avec la suppression de la dette d'assistance à Genève en 2004 et le nouvel article 12 de la Constitution fédérale de 1999 instaurant le droit à l'aide, les principales différences entre RMCAS et aide sociale traditionnelle ont disparu. Il propose dès lors de supprimer

⁷³ Commission des affaires sociales chargée d'étudier le PL sur le revenu minimum de réinsertion et sur les contreprestations des bénéficiaires, PL 8453, Rapport de majorité, Mémorial Grand Conseil Genève, 21.9.2001.

⁷⁴ Projet de Loi sur le Revenu minimum de réinsertion et sur les contreprestations des bénéficiaires (RMR), PL 8453, déposé le 31.1.2001.

⁷⁵ Révision de la Loi sur l'assistance publique proposée par le Conseil d'État (PL 8867) acceptée le 12.2.2004.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Genève, GE

le RMCAS par une révision de la Loi sur l'aide sociale individuelle (LASI), autrement dit, une fusion des deux dispositifs. La nouvelle loi s'intitulera Loi sur l'insertion et l'aide sociale individuelle (LIASI). Son but est de « réinsérer plus de gens, plus vite ». Elle abolit les « contreprestations » jugées souvent dévalorisantes, rétablit une égalité de traitement entre personnes ayant besoin de soutien financier, ouvre l'accès à diverses prestations pour chômeurs et prévoit un « stage d'évaluation » obligatoire de 4 semaines⁷⁶. La loi prévoit une aide financière « exceptionnelle » (réduite) pour les jeunes adultes (art. 11) ainsi que, pour toute personne (art. 17) durant les trois premiers mois et jusqu'à la signature d'un contrat d'aide sociale individuel obligatoire (CASI). L'aide financière exceptionnelle est de 457 francs en 2020, alors qu'elle se monte à 977 francs pour l'aide sociale ordinaire⁷⁷.

La nouvelle loi – qui est en réalité une révision de la loi précédente avec un nouveau titre et la modification de certains articles - est votée par le Grand Conseil. La gauche⁷⁸ lance un référendum contre la loi révisée. Elle critique le fait que les chômeurs en fin de droits seront « repoussés à l'aide sociale » et donc privés de prestations (financières et d'insertion) que le RMCAS leur octroyait. En votation populaire référendaire du 27 novembre 2011, la LIASI est acceptée par 54.8% des votant:es. Elle entre en vigueur le 1^{er} février 2012.

- **1995 et 2012, Introduction de PC familles** – (cf. chap. PC pour familles).
- **2016, Manifeste du social** - Dans le contexte de mouvements de la fonction publique contre l'austérité, des travailleurs et travailleuses sociales de diverses institutions dont l'Hospice général rédigent un Manifeste du social (mai 2016), dans lequel ils et elles dénoncent les restrictions des prestations et la dégradation de leurs conditions de travail.
- **2014 - 2019, Observatoire de l'aide sociale et de l'insertion OASI** - Une association comprenant divers organismes syndicaux et professionnels, de défense de personnes usagères et d'œuvres d'entraide publie des rapports d'observation dans ce domaine, comprenant notamment des témoignages de personnes usagères. Quatre rapports ont paru (2014, 2015, 2016, 2019) <http://cgas.ch/OASI/>.
- **2017 à 2019, non à une rente-pont** (cf. chap. Chômeurs âgé:es).
- **2020, Une allocation de préformation en alternative à l'aide sociale** – Depuis le 1.1.2020, une allocation de préformation (APF) forfaitaire est versée à certains jeunes. Elle s'adresse à de jeunes adultes (18-25 ans) en décrochage sans problématique sociale prépondérante, éligibles à l'aide sociale et qui acceptent de suivre un coaching individualisé dans le cadre de CAP Formations (dispositif interinstitutionnel comprenant l'Office d'orientation, OCE, Hospice général). L'APF est allouée pour six mois renouvelables deux fois et n'est pas soumise à des contrôles mensuels, à l'instar d'une bourse d'études⁷⁹.
- **2011 et 2021, Introduction d'un salaire minimum** (cf. chap. Salaire minimum).

⁷⁶ Chancellerie d'État, votation cantonale du 27 novembre 2011, Brochure explicative, p. 38.

⁷⁷ art.2 al.1 et art.19 al.2 du Règlement d'exécution de la Loi sur l'insertion et l'aide sociale individuelle (RIASI) du 25 juillet 2007.

⁷⁸ Partis de gauche, syndicats, diverses associations (chômeurs, étudiants HETS, AvenirSocial Genève).

⁷⁹ www.citedesmetiers.ch/thematiques/formations-et-metiers/soutien-pour-jeunes-non-scolarises/

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Genève, GE

- **2020-2021, Canton et communes, Mesures durant la crise du coronavirus** (cf. chap. Crise de Covid-19).
- **2021, Non à une rente-pont** (cf. chap. Chômeurs âgé:es).
- **2023, Introduction d'un droit constitutionnel à l'alimentation** (cf. chap. Post-Covid)
- **2024, Non à une expérience pilote de revenu de base** (cf. chapitre Revenu de base).
- **2019-2025, Nouvelle loi sur l'aide sociale et la lutte contre la précarité (LASLP)** – En 2019, le gouvernement charge une commission ad hoc d'une première réflexion sur une révision de la LIASI⁸⁰. La commission, présidée par Stéphane Rossini, comprend des usagers et usagères de l'aide sociale. Elle rend son rapport fin 2019⁸¹. En novembre 2021, le gouvernement lance une consultation sur un avant-projet de loi. Il le motive notamment par « l'augmentation continue du nombre de bénéficiaires [...et] des nouvelles formes de précarité ». Le pré-projet préconise une certaine forfaitisation de la prestation. L'actuel supplément accordé après la signature d'un contrat d'aide sociale individuelle CASI sera intégré dans le forfait. La prestation sera calculée pour 6 mois et non chaque mois. AvenirSocial GE répond à la consultation avec un soutien critique⁸². Le 27.4.2022, le Conseil d'État dépose le projet de Loi sur l'aide sociale et la lutte contre la précarité (LASLP) devant le Grand Conseil qui le renvoie pour étude à sa Commission des affaires sociales. Après 13 séances et 30 auditions, la Commission, dans sa séance du 10.1.2023, refuse l'entrée en matière par 9 voix (PLR, Centre, UDC, MCG) contre 6 et 0 abstentions, possiblement pour des raisons électoralistes. Les élections passées, le Grand conseil accepte la loi avec 74 Oui, 8 Non (UDC) et 12 abstentions (Liberté et Justice) (23 juin 2023).

La LASLP nomme de nombreuses intentions (sans préciser les moyens mis en œuvre) : lutter contre le non-recours en collaborant avec les communes (art.8), la santé des bénéficiaires doit faire l'objet d'une attention particulière (art. 11), soutien dans la recherche de logement (art. 17), prestations de désendettement (art. 20), l'Hospice collabore avec le milieu économique (art. 59). Un projet d'accompagnement social vise la participation active des bénéficiaires (art.14) qui doivent y collaborer (art.15) et qui ne peut être dissocié de l'aide financière (art.21). Faute de participer activement aux mesures du projet d'accompagnement, la prestation peut être réduite jusqu'à 30% (art. 47). Il n'y a par contre pas de droit à des mesures d'insertion (art. 55). L'accompagnement peut continuer après la prise d'un emploi (art. 58). L'accompagnement est déterminé en fonction des besoins mais tout le moins mensuellement (art. 39). La loi reste muette quant au personnel chargé du projet d'insertion. De même, les normes CSIAS ne sont pas mentionnées.

Une aide financière inférieure à l'aide ordinaire (min. 70%) sera définie par règlement pour des groupes comme les étudiantes, les indépendant:es, les étrangers

⁸⁰ Arrêté du 16 janvier 2019.

⁸¹ Révision de la loi cantonale sur l'insertion et l'aide sociale individuelle – LIASI. Rapport à l'intention du Conseil d'État de la République et canton de Genève. Rossini Stéphane, Haute-Nendaz, 31 décembre 2019.

⁸² 10.1.2022, [avenirsocial.ch/fr/qui-sommes-nous/regions/geneve/](https://www.avenirsocial.ch/fr/qui-sommes-nous/regions/geneve/)

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Graubünden, GR

et les étrangères, les sans-papiers (art. 24 et 25). Une « rente sociale » est prévue pour personnes ne pouvant, durablement, « être réinsérées » (et non : se réinsérer) ceci dans le cadre d'un projet pilote (art. 77), sans précision mais avec renvoi à un règlement.

L'aide financière ne sera plus calculé chaque mois mais pour une durée maximale de 6 mois, renouvelable (art. 39). L'une des intentions affichées - forfaitiser le montant de base pour l'entretien en vue d'une simplification et d'une marge de décision des bénéficiaires - est partiellement réalisée. Pas moins de 4 différents « forfaits » sont distingués : un pour l'entretien, un autre pour l'intégration, un pour frais administratifs, un pour frais liés aux activités des enfants (art. 31).

La loi entre en vigueur au 1.1.2025.



Kanton Graubünden, GR

- **2011, Keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2018, Erschwerte Einbürgerung** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2018, Stadt Chur, Bündner Modell bleibt** - Seit 2004 wird im Kanton Graubünden die Sozialhilfe überwiegend getrennt in wirtschaftliche und persönliche Hilfe: Die wirtschaftliche Sozialhilfe wird von den Gemeinden erbracht und die persönliche Hilfe (Beratung) von regionalen Sozialdiensten, die dem Kanton unterstellt sind. Nun verlangt die Stadtexekutive Chur neu die Rückführung der kantonalen Aufgaben in die Städtischen Sozialen Dienste insbesondere aus Spargründen⁸³.
Die Regionalorganisationen von AvenirSocial und VPOD lehnen diese Änderung aus rechtlichen und fachlichen Gründen ab. Das Parlament lehnt den Vorschlag klar ab (13.12.2018).
- **2020, Gerechtere Organisation der Sozialhilfe** - Der Grossrat Patrik Degiacomi (SP) beauftragt die Regierung, «die Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe so zu verbessern, dass eine optimalere Steuerung im Sinne der fiskalischen Äquivalenz möglich wird und dass die Aufgaben jenen staatlichen Ebenen zugewiesen werden, die sie in aller Regel am professionellsten erbringen können»⁸⁴. Die Regierung schlägt dem Grossen Rat Annahme vor (Antwort 6. März 2020).
- **2024, Kaum Verbesserungen bei der Rückerstattungspflicht** – Im Sommer 2021 fordern mehrere Grossräte um Anna-Margreth Holzinger-Loretz (FDP) die Aufhebung der Rückerstattungspflicht für junge Erwachsene bis 25 Jahren, die während ihrer Erstausbildung Sozialhilfe bezogen haben⁸⁵. Der RR stimmt dem

⁸³ Botschaft der Stadtexekutive Chur an das Gemeindeparlament «Prüfung der Wiedereingliederung der Aufgaben des regionalen Sozialdienstes in die städtischen Sozialen Dienste», Auftrag GPK, 24.11.2015.

⁸⁴ Auftrag «betreffend Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe», 4.12.2019.

⁸⁵ Auftrag Holzinger-Loretz betreffend Aufhebung der Rückerstattungspflicht für junge Erwachsene während der Erstausbildung, eingereicht am 16.6.2021.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton du Jura, JU

Anliegen zu und will darüber hinaus die Rückerstattungspflicht für alle Bedürftigen überprüfen⁸⁶. Der Grossrat überweist den Auftrag einstimmig (20.10.2021).

Nach zwei Jahren gibt der RR eine entsprechende Teilrevision des Sozialhilfegesetzes⁸⁷ in die Vernehmlassung⁸⁸. Die Revision behält unverändert eine Rückerstattungspflicht bei, wenn sich die Einkommens- oder die Vermögensverhältnisse «verbessert» haben und dies mit einer unveränderten, sehr langen Verjährungszeit von 15 Jahren. Neu ist die Erwähnung der Richtlinien der SKOS bei der Festlegung der Berechnungsgrundlagen. Neu sind auch Ausnahmen bei Leistungen an junge Erwachsene bis 25 in Erstausbildung sowie an Personen in beruflicher und sozialer Integration oder mit Behinderungen (Artikel 11c, neu).

AvenirSocial reicht eine ausführliche, kritische Stellungnahme ein. Im Widerspruch zu den SKOS-Richtlinien halte die Revision an der Rückerstattung aus Erwerbseinkommen fest, da sie schon bei «verbesserten» und nicht erst bei «günstigen» Vermögensverhältnissen eine Rückerstattung vorsehe⁸⁹.

Einer überarbeiteten Gesetzesvorlage (Juni 2024)⁹⁰ stimmt der Grossrat zu (Oktobersession 21.-23.10.2024).

- **2024, Aufteilung der Sozialhilfekosten für Fahrende unter allen Gemeinden** - Eine weitere Teilrevisionen des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger betrifft eine Neuregelung der Sozialhilfekosten von Schweizer:innen mit fahrender Lebensweise. Diese sollen gerecht auf alle Gemeinden, entsprechend ihrer Einwohneranzahl, verteilt und nicht mehr von der Gemeinde des Halte- oder Standplatzes getragen werden. Die Regierung lanciert eine entsprechende Vernehmlassung⁹¹ gleichzeitig mit jener zur Revision der Rückerstattungspflicht (siehe oben, 2024), welche am 6. März 2024 abgeschlossen ist. Der Grossrat stimmt der Änderung mit grossem Mehr zu (Oktobersession 21.-23.10.2024).



Canton du Jura, JU

- **2010, Non au « Modèle Passage Winterthur »** - Le député Damien Lachat, au nom du groupe UDC, demande l'introduction de mesures similaires à celles de Winterthur (modèle *Passage*) et plus particulièrement une période de travail

⁸⁶ Antwort 24.8.2021, Prot. Nr. 763/2021.

⁸⁷ Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger, UG, vom 3.12.1978.

⁸⁸ [www.gr.ch/DE/publikationen/vernehmlassungen/dvs/Seiten/Teilrevision-Gesetz-über-die-Unterstützung-Bedürftiger-\(Rückerstattung-von-sozialhilferechtlichen-Unterstützungsleistungen\).aspx](http://www.gr.ch/DE/publikationen/vernehmlassungen/dvs/Seiten/Teilrevision-Gesetz-über-die-Unterstützung-Bedürftiger-(Rückerstattung-von-sozialhilferechtlichen-Unterstützungsleistungen).aspx)

⁸⁹ AvenirSocial Schweiz und Region Graubünden (4.3.2024). Vernehmlassung zur Teilrevisionen des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger. avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2024/03/2024-03-04_VNL_Unterstu%CC%88tzung_Bedu%CC%88ftiger_AvenirSocial_def.pdf

⁹⁰ Kanton Graubünden. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 5 / 2024 – 2025, 4. Juni 2024. <https://cdws-staka-gr.gr.ch/cdws/files/1348ae24825b404e86f722d622caddfe-332/1/pdf>

⁹¹ Vernehmlassung lanciert am 7.12.2023. [www.gr.ch/DE/publikationen/vernehmlassungen/dvs/Seiten/Teilrevision-des-Gesetzes-über-die-Unterstützung-Bedürftiger-\(Schweizerinnen-und-Schweizer-mit-fahrender-Lebensweise\).aspx](http://www.gr.ch/DE/publikationen/vernehmlassungen/dvs/Seiten/Teilrevision-des-Gesetzes-über-die-Unterstützung-Bedürftiger-(Schweizerinnen-und-Schweizer-mit-fahrender-Lebensweise).aspx)

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton du Jura, JU

—

obligatoire avant toute admission à l'aide sociale pour les personnes aptes au travail⁹². Le Grand Conseil rejette la motion (20.10.2010).

- **2012, Occupations d'urgence** - Le député Yves Gigon (groupe PDC-JDC) demande au Gouvernement d'étudier la pertinence de mettre en place une occupation « même ne correspondant pas exactement aux compétences et volontés de l'usager organisées extrêmement rapidement (dans les 3 jours environ) »⁹³. Le Grand Conseil accepte le postulat par 35 Oui contre 20 Non (28.3.2012).
- **2012, Favoriser l'insertion professionnelle** - Le député André Parrat (Groupe CS-POP et Verts) demande une révision de la loi sur l'aide sociale permettant d'organiser des AIT au niveau social afin de mettre fin au traitement moins favorable des personnes à l'aide sociale comparé au traitement dans le cadre des assurances chômage et de l'AI⁹⁴. Sa motion est acceptée par le Grand Conseil (23.5.2012).
- **2013, Maintien du secret professionnel** - Le député Didier Spies (groupe UDC) demande d'assouplir le secret professionnel dans le domaine de l'aide sociale afin de pouvoir prononcer des sanctions radicales en cas de perceptions abusives⁹⁵. La motion est refusée au Grand Conseil (27.2.2013).
- **2013, Obligation de demander la retraite anticipée** - Le député André Parrat (groupe Cs-POP-Les Verts) demande de « supprimer la pratique insensée qui consiste à obliger les bénéficiaires de l'aide sociale de demander la retraite anticipée »⁹⁶. La motion, transformée en postulat, est acceptée par le Grand Conseil (27.3.2013).
- **2018, refus de PC familles en votation populaire** (cf. chap. PC pour familles).
- **2020, Introduction d'un salaire minimum** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2020-2021, Mesures durant la crise du coronavirus** (cf. chap. Crise de Covid-19).
- **2021, Demande d'étudier un Revenu de transition écologique RTE** (cf. chap. Revenu de base).
- **2021, Demande d'un guichet unique** - Le député Loïc Dobler (PS), constatant une trop grande complexité, des redondances administratives et un accès difficile aux prestations sociales, demande au gouvernement la mise en place de guichets uniques sociaux dans le canton, à l'image de ceux du canton de Neuchâtel⁹⁷. Sa

⁹² Travail avant de toucher l'aide sociale : une mesure qui a fait ses preuves. Motion M 950 déposée le 24.2.2010.

Des détails quant au modèle Passage, Winterthur, se trouvent dans le chapitre Aide sociale dans les cantons, Zürich, Villes, 2001 Winterthur.

⁹³ Aide sociale et mesures d'insertion (MI) : Pour garder le rythme, une occupation d'urgence? Postulat P 312 déposé le 23.11.2011.

⁹⁴ Pour permettre l'insertion professionnelle des personnes à l'aide sociale. Motion M 1024 déposée le 14.12.2011.

⁹⁵ Secret professionnel en matière de l'aide sociale. Motion M 1051 déposée le 26.9.2012.

⁹⁶ Supprimer un non-sens : l'obligation faite aux bénéficiaires de l'aide sociale de demander la retraite anticipée. Motion M 1061 déposée le 21.11.2012.

⁹⁷ Bénéficiaires de prestations sociales, État et communes : simplifier les procédures, renforcer l'efficacité et la clarté du système. Motion 1362 déposée par Loïc Dobler (PS), le 4.3.2021.

—

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Luzern, LU

—
motion est acceptée par le parlement le 4 mars 2021 avec le délai de réponse habituelle de 2 ans (**non encore effectuée le 3 juin 2024**). L'action JU-lien en 2024 (ci-dessous) s'y réfère.

- **2010 2019, 2022, Rapport social** - En avril 2010, le groupe PCSI du parlement jurassien invite le Gouvernement à présenter, en début de législature, un plan de mesures pour lutter contre la pauvreté ainsi qu'un rapport annuel décrivant son ampleur et son évolution⁹⁸. La motion est acceptée le 20 octobre 2010 et un premier rapport social est publié en 2019 suivi d'un deuxième en 2022 (« Rapport social 2021 »).
- **2017-2022, Réorganisation des services d'aide sociale** - Dès juin 2017, les autorités cantonales de l'aide sociale entament un large processus de réorganisation du dispositif d'aide sociale. La réorganisation, intitulée Cohésion.JU, comprend notamment le rôle des communes, la séparation progressive des tâches d'aide financière et d'aide personnelle ainsi que le transfert de certaines décisions dans les services sociaux régionaux. Des journées participatives de réflexion et de consultation s'organisent dans ce cadre, la dernière en date le 2 juin 2022 par l'AJAS (Association jurassienne pour l'action sociale)⁹⁹. Le but de la réforme reste de raccourcir les délais d'octroi de l'aide et de recentrer le travail des AS sur l'accompagnement.
- **2024, Campagne de lutte contre le non-recours aux prestations sociales JU-lien** – Se référant à deux motions (nr. 1362 en 2010 et 959 en 2021, cf. ci-dessus), le Canton du Jura lance une campagne d'information dans le but d'atteindre et d'informer les personnes en situation de précarité qui ne recourent pas aux aides sociales alors qu'elles y auraient droit. La campagne se déroule du 2 mai au 16 juin 2024 au moyen de permanences, interventions dans les médias, affiches, flyers et un site internet (JU-lien.org).



Kanton Luzern, LU

- **2005, Gemeinde Emmen/LU, Einführung von Sozialdetektiven** - Als erste Gemeinde in der Schweiz führt Emmen Sozialdetektive ein, was starke Reaktionen in der Presse hervorruft. Zahlreiche Gemeinden und Kantone folgen dem Beispiel.
- **2013, Sozialhilfeleistungen mit Pensionskassengeldern verrechnen** - Der Grossrat Arnold Robi (SVP) und Mitunterzeichnende schreiben in einem Motionstext: «Es kann nicht sein, dass die Kommune für Personen über Jahre Sozialhilfegelder bezahlt und diese dann zum Beispiel beim Verlassen unseres Landes in ihre Heimat die Pensionsgelder sich ausbezahlen lassen, ohne dass die

⁹⁸ Ampleur et évolution de la pauvreté dans le Canton du Jura. Rapport annuel et plan de mesures. Motion 959 déposée le 21.4.2010 par le Groupe PCSI, Jean-Paul Miserez.

⁹⁹ <https://www.ssru.ch/Htdocs/Files/v/6905.pdf/Actualites/RV-Papillon-02.06.2022-A4.pdf?download=1>

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Luzern, LU

von der Gemeinde geleisteten Hilfgelder verrechnet werden»¹⁰⁰. Die Motion wird als Postulat angenommen (7.5.2013).

- **2013, Kürzung des Grundbedarfs** - Im Rahmen eines Sparpaketes «Leistungen und Strukturen» schlägt der Regierungsrat vor, den Grundbedarf für Personen, die weniger als 18 Monate in der Schweiz gearbeitet haben, für eine alleinstehende Person auf 85% der SKOS-Richtlinien und für Mehrpersonen-haushalte auf 90% zu kürzen (Bericht 55, 23.10.2012). Der Vorschlag wird ohne Diskussion vom Grossen Rat angenommen. Die Änderung tritt auf den 1. Januar 2013 in Kraft¹⁰¹.
- **2015, Nein zu Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2019, Stadt Luzern, Erhöhung des Grundbedarfs gefordert** - Zwei Mitglieder des Gemeindeparlements, Claudio Soldati und Maria Pilotto (beide SP/JUSO-Fraktion), verlangen eine Erhöhung des Grundbedarfs gemäss der Studie BASS 2019¹⁰². Das Postulat wird überwiesen (24. September 2019).
- **2020-2021, Massnahmen während Coronakrise** (s. Kapitel Coronakrise).
- **2023, Luzern Stadt, Volksinitiative Mindestlohn eingereicht** (s. Kapitel Mindestlohn).
- **2023, Diffuse fachliche Mindeststandards in Sozialdiensten** – In seiner revidierten Sozialhilfeverordnung, die per 1.2.2023 in Kraft tritt, regelt der RR die fachlichen Mindestanforderungen in Sozialdiensten. Diese waren vordem nicht definiert. Der Kanton schreibt in seiner Mitteilung: «Neben der Aus- und Weiterbildung wird die vorhandene Praxiserfahrung der in der Sozialhilfe und Alimentenhilfe tätigen Fachpersonen berücksichtigt». Die Verordnung schreibt vor, dass jeder Sozialdienst der Sozialhilfe über mindestens eine Person verfügen muss, die einen Fachhochschulabschluss in Sozialer Arbeit oder eine gleichwertige Ausbildung vorweisen kann, oder aber mindestens eine Person, die in den letzten 10 Jahren während mindestens 3 Jahren in einem Sozialdienst tätig war und mindestens 80 Lektionen fachlicher Weiterbildung absolviert hat (Art. 2a). Die Gemeinden haben bis am 1. September 2024 Zeit, diese Anforderungen zu erfüllen¹⁰³.
- **2023, Stadt Luzern, Reduktion der Falllast von sehr viel auf viel** –Die Stadtexekutive soll die Falllast in der Sozialhilfe massgeblich (um 15 bis 20%) reduzieren. Dies verlangen zwei Mitglieder der SP-Fraktion mit Hinweis auf die Winterthurer Studie¹⁰⁴. Die Stadtexekutive nimmt das Postulat entgegen. Die Fallbelastung liege aktuell bei einem Soll von 92 einer effektiven Belastung von 96 Fällen oder noch mehr für ein 100%-Pensum, was auch zu sehr hoher Personalfuktuation führe. U.a. aufgrund einer Studie des Büro Bass zur Situation in Luzern

¹⁰⁰ Über die Verrechnung von bezogenen Sozialhilfeleistungen mit Pensionskassengeldern. M 241, eingereicht am 5.11.2012.

¹⁰¹ Art. 13a Sozialhilfeverordnung vom 13. Juli 1990 bzw. Art. 9 al.1 der neuen Verordnung vom 24. November 2015.

¹⁰² Teilhabe und menschenwürdiges Dasein bedingen eine Erhöhung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe. Postulat 364, eingereicht am 11.12.2019.

¹⁰³ Kanton Luzern, Mitteilung 12.1.2023, https://news.lu.ch/html_mail.jsp?params=7bhW%2BK2KV9UuliUyzTpTCcYiA498Raa1PQ%2BwQKnOpMnTRdHmn5QFJfBU3k17tPeCkH5Gri5ZvpmqpMmvSdYDzDe4uzgsFB6ph7tlAMfZxCg%3D

¹⁰⁴ Reduktion der Fallbelastung in der Sozialhilfe. Postulat 84, eingereicht am 12.4.2021 von Claudio Soldati und Tamara Celato, SP.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Neuchâtel, NE

—

schlägt die Exekutive dem Stadtparlament eine Soll-Falllast von neu 80 Fällen ab September 2023 und von 75 Fällen ab 2024 vor. Dies entspricht insgesamt rund 16 Vollzeitstellen und Krediten von 13,3 Millionen Franken (Nachtragskredit für 2023, Sonderkredit ab 2023)¹⁰⁵. Das Stadtparlament stimmt dem Antrag mit 38 Ja gegen 4 Nein bei 0 Enthaltungen zu (Protokoll 35. Sitzung, 4.5.2023).

In der gleichen Sitzung werden auch die Fallzahlen im Kinder- und Erwachsenenschutz gesenkt.

- **2023, Stadt Luzern, Pilotversuch Grundeinkommen in Volksabstimmung abgelehnt** (s. Kapitel Grundeinkommen).



Canton de Neuchâtel, NE

- **2014, Baisse des normes pour les jeunes adultes** - En mars 2014, le canton baisse de 15% les normes pour les personnes entre 18 et 35 ans sans famille.
- **2017, Diverses diminutions** - En « s'inspirant des recommandations émises sur le plan suisse », soit des normes de la CSIAS, diverses prestations d'aide sociale sont baissées dès le 1^{er} mars 2017 sous l'intitulé « Diminution de l'aide financière aux jeunes adultes sans charge de famille et sans projet professionnel et renforcement de l'aide sociale ». Pour les jeunes adultes (18-35 ans), le forfait d'entretien baisse de 830 à 782 francs. Le forfait déductible du revenu des apprentis passe de 400 à 200 francs, le supplément pour formation d'enfants majeurs de 100 à 50 francs et celui pour les montures de lunettes de 150 à 100 francs. Quant aux médicaments prescrits mais non remboursés par l'assurance maladie, ils ne sont plus pris en charge¹⁰⁶.
- **2017, Introduction du premier salaire minimum en Suisse** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2016 - 2018, Campagne Reglo** - Le Conseil d'État neuchâtelois lance un « Programme transversal de lutte contre les abus dans les domaines du travail, de la fiscalité et des prestations sociales » (Conférence de presse, 13.1.2016). Ce programme fait suite à un rapport du Conseil d'État concernant la lutte contre les abus adopté sans opposition par le Grand Conseil¹⁰⁷. Dans ce contexte, tous les bénéficiaires de prestations sociales reçoivent un courrier les invitant à régulariser leur situation. A la fin de la campagne, il est constaté que 95,4 mio de francs ont été récupérés dans le domaine fiscal et 1,5 mio dans celui des prestations sociales (500'000 francs subsides LaMal, 700'000 francs PC AVS-AI et 315'000 francs de prestations d'aide sociale). Les abus dans le domaine du travail

¹⁰⁵ Stadtrat Stadt Luzern. Stellungnahme zum Postulat 84, ohne Datum.

<https://www.stadtluzern.ch/doc/3272768>

¹⁰⁶ Conseil d'État Neuchâtel, Révision des normes d'aide sociale dès le 1^{er} mars 2017. Communiqué de presse, 19.1.2017 ; Arrêté du Conseil d'État du 18 janvier 2017.

¹⁰⁷ Rapport 16.03, adopté le 06.12.2016.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Neuchâtel, NE

n'ont pas pu être chiffrés¹⁰⁸. Quant aux suites, le rapport ne préconise rien dans les domaines fiscal et du travail, alors que le domaine des prestations sociales fera l'objet de réflexions voire d'ajustements organisationnels.

- **2018 - 2020, Redéfinition des prestations sociales** - Le Conseil d'État souhaite une vaste redéfinition des prestations sociales sous condition de ressources. La réforme prévoit 4 étapes à déployer entre 2019 et 2021: éliminer les effets de seuil dans les subsides LaMal, dé plafonner les avances sur contributions d'entretien, repenser l'aide sociale avec le projet Raisone (cf. ci-dessous) et créer une PC cantonale pour personnes n'ayant pas besoin d'un suivi social¹⁰⁹. Le Grand Conseil prend acte du rapport et approuve à l'unanimité une première réforme, celle de la LaMal (28.5.2019) qui sera suivie de celle des avances sur contributions d'entretien. Quant à l'introduction d'une PC cantonale, les travaux sont suspendus en attendant le déploiement du projet Raisone¹¹⁰ (cf. ci-dessous).
- **2008 à 2021, plusieurs demandes d'introduire des PC Familles** (cf. chap. PC pour familles).
- **2023, Les Assises de la cohésion sociale** – La Conseillère d'État en charge des affaires sociales lance une année de rencontres, débats et réflexions sur le renouvellement des politiques sociales dans le canton (avril 2022 à avril 2023)¹¹¹. Un rapport de l'Université de Neuchâtel clôt la démarche (Carmillot & Dahinden 2023).
- **2018 - 2025, Projet Raisone** - Dans le contexte de la redéfinition des prestations sociales (cf. ci-dessus) et dans une situation de « ressources financières restreintes », le Conseil d'État lance, en janvier 2018, un vaste chantier intitulé projet Raisone (Repenser l'aide sociale neuchâteloise) avec les objectifs déclarés suivants : simplifier l'intervention de l'aide matérielle, repenser le rôle des intervenants, renforcer la gouvernance¹¹². En 2020, les travaux se focalisent notamment sur un modèle de « Suivi social différencié harmonisé » (SDH) dans les SSR¹¹³. En 2021, les travaux aboutissent à diverses simplifications dans l'octroi de l'aide sociale. Après quelques retards en lien avec l'introduction de nouveaux outils informatiques¹¹⁴, le « Suivi différencié harmonisé » (SDH) entre en force au 1.1.2025. Désormais, les personnes « suffisamment autonomes pour recevoir uniquement une aide matérielle » bénéficieront d'un suivi administratif et non d'un suivi social. La personne peut faire une demande dans ce sens, mais c'est à l'autorité d'aide sociale que revient la décision¹¹⁵.

¹⁰⁸ Rapport du Conseil d'État « Suite du programme de lutte contre les abus », 18.020, 6.6.2018.

¹⁰⁹ Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil concernant la redéfinition des prestations sociales, 18.034, 3.9.2018.

¹¹⁰ Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil du 17 février 2020, 20.013, débattu par le Grand Conseil le 24.6.2020, p. 25.

¹¹¹ <https://www.ne.ch/autorites/DECS/ACS/Pages/accueil.aspx>

¹¹² Rapport du Conseil d'État au Grand Conseil concernant la redéfinition des prestations sociales, 18.034, 3.9.2018, p.45.

¹¹³ SASO Rapport de gestion 2021 extrait, 17 février 2020, 20.013, chapitres 3.3 et 5.1.

¹¹⁴ SASO Rapport de gestion 2021 extrait, p. 446 https://www.ne.ch/autorites/DECS/SASO/Documents/SASO_Rapport%20de%20gestion_2021_extrait.pdf

¹¹⁵ Etat de Neuchâtel. Communiqué de presse 11.12.2024. Le canton de Neuchâtel innove dans sa manière de délivrer l'aide sociale. <https://www.ne.ch/medias/Pages/2024-12-11-aide-sociale-suivi-differencie.aspx>; Livret explicatif. Le suivi différencié harmonisé c'est quoi ?

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Schaffhausen, SH

—



Kanton Schaffhausen, SH

- **2010, Keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2016, Senkung Grundbedarf** - Per 1.1.2016 wird der Grundbedarf für junge Erwachsene auf 755 Franken festgelegt (SKOS 789 Franken). Neu müssen alle Sozialhilfebeziehenden 10% der Zahnarztkosten aus dem Grundbedarf bestreiten.
- **2022 und 2024, Kanton und Stadt, Mindestlohn nein bzw. Mindestlohninitiative eingereicht** (s. Kapitel Mindestlohn).



Kanton Schwyz, SZ

- **2011, Volksabstimmung gegen Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2014, Senkung der Sozialhilfeansätze** - Der Grossrat Othmar Buele (SVP) und 12 Mitunterzeichnende verlangen eine Gesetzesrevision, welche die Sozialhilfeleistungen auf 90% der SKOS-Richtlinien beschränkt und eine Verstärkung des Anreizsystems vorsieht¹¹⁶. Der Regierungsrat beantragt Ablehnung der Motion¹¹⁷. Sie wird im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes beantwortet (siehe unten).
- **2015, Senkung des Grundbedarf für junge Erwachsene** - Der Grossrat Hanspeter Rast (SVP) will den Grundbedarf für den Lebensunterhalt junger Erwachsener reduzieren¹¹⁸. Seine Motion wird in ein Postulat umgewandelt und ebenfalls im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes beantwortet (siehe unten).
- **2017, Keine Kürzungen per Teilrevision Sozialhilfegesetz** - Beide Motionen (M 3/14 und M 3/15, gleich oben) werden im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt. In seiner Vorlage an den Grossrat unterstreicht der Regierungsrat die zentrale gesellschaftliche Bedeutung der Sozialhilfe. Sie ermögliche ein Leben in Würde, schütze vor Ausgrenzung und fördere den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Eine generelle Kürzung sei der falsche Weg und treffe die Falschen¹¹⁹. Die kantonsrätliche Kommission lehnt, wie der Regierungsrat, die Motionen ab, schlägt aber u.a. eine Erhöhung der Sanktionen von 30

https://www.ne.ch/autorites/DECS/SASO/aide-sociale/Documents/SDH_LivretExplicatif_Version-December2024.pdf

¹¹⁶ SKOS, Kostenoptimierung und Flexibilität muss auch bei der Sozialhilfe möglich sein. Motion M 3/14, eingereicht am 3.2.2014.

¹¹⁷ Beschluss 739/2014, 1.7.2014.

¹¹⁸ Entlassung aus der Sozialhilfe: Anreize für Junge erhöhen. Motion M 3/15, eingereicht 23.2.2015.

¹¹⁹ Beschluss RR 107/2017, 7.2.2017.

—

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Solothurn, SO

—
auf 40% auf Verordnungsstufe vor¹²⁰. Der Grosse Rat beschliesst Nichteintreten (89 Nein, 2 Ja, 6.9.2017).



Kanton Solothurn, SO

- **2010, Einführung Familien-EL per Volksabstimmung** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2015, Kürzungen** - Per 1. Januar 2015 führt der Kanton Solothurn Abweichungen von den SKOS-Richtlinien ein, u.a. Kürzungen des Grundbedarf bei Pflichtverletzungen; Kürzungen bei Wohnkosten, auswärtiger Verpflegung, Umzugskosten, Integrationszulagen und Einkommensfreibetrag; Halbierung der Vermögensfreibeträge; Ausschluss von Prämien für Hausrat- und Haftpflichtversicherung und Erholungsaufenthalten; Selbstbehalt für Zahnbehandlungen¹²¹.
- **2015, Keine Kostenbeteiligung der Sozialregionen** - Der Grossrat Peter Brügger und Mitunterzeichnende (FDP.Die Liberalen) fordern mit einem Auftrag ein Bonus-Malus-System oder eine Kostenbeteiligung der Sozialregion an den Kosten der Sozialfälle¹²². Der Regierungsrat empfiehlt Annahme mit einem veränderten Wortlaut: Revisions- und Aufsichtskonzept, Fallführungsstandards (24.2.2017). Der Grosse Rat lehnt den Auftrag ab (23.6.2015).
- **2018, Keine Kürzungen für Junge und für Ausländer:innen** - Die Grossrätin Johanna Bartholdi (FDP.Die Liberalen) verlangt Abweichungen von den SKOS-Richtlinien in Abhängigkeit des Alters und der Anzahl AHV-Beitragsjahre sowie eine Beschränkung der Anspruchsdauer für Ausländer¹²³. Der Regierungsrat beantragt entschieden Ablehnung¹²⁴. Dem folgt die Sozial- und Gesundheitskommission (13.12.2017). Frau Bartholdi zieht den Antrag zurück (24.1.2018).
- **2019, Reduktion der Sozialhilfequote** - Drei Grossratsmitglieder (CVP) beauftragen die Regierung, mit den Gemeinden Massnahmen zur Senkung der Sozialhilfequote zu entwickeln, u.a. durch Freiwilligen- und Familienarbeit, Ausbildung sowie Kompensationsarbeit¹²⁵. Der Regierungsrat beantragt Annahme (26.2.2019), ebenso die Sozial- und Gesundheitskommission (20.3.2019). Der Grosse Rat nimmt den Auftrag am 3.7.2019 an.
- **2020, Keine Kürzung des Grundbedarfs** - Der Grossrat Tobias Fischer (SVP) fordert, der Grundbedarf solle lediglich das Existenzminimum decken, während der frei werdende Betrag an integrationswillige und engagierte Personen

¹²⁰ Beschluss RR 107/2017 und 617/2017.

¹²¹ Sozialverordnung SV Art. 93 gemäss RRB 2014/1623 vom 16. September 2014.

¹²² Mehr Kostenbewusstsein in der Sozialhilfe. Auftrag A 171/2014 DDI, 12.11.2014.

¹²³ Kostenanstieg bei der Sozialhilfe bremsen. Erweiterung der zulässigen Abweichungen von den SKOS-Richtlinien gemäss Art. 93 Sozialverordnung SV. Auftrag A 0101/2017, 17.5.2017.

¹²⁴ Regierungsratsbeschluss 2017/2007, A 0102/2017, DDI, vom 28.11.2017.

¹²⁵ Massnahmen zur Reduktion der Sozialhilfequote. Auftrag 121/2018 von Josef Maushart, Michael Ochsenbein und Sandra Kolly (alle CVP), mitunterzeichnet von 52 Grossräten und Grossrätinnen, 12.9.2018.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton St.Gallen, SG

weitergegeben werden solle¹²⁶. Der Regierungsrat hält in seiner ausführlichen Antwort fest, dass der Grundbedarf bereits knapp bemessen sei, vor allem Familien betroffen seien, gezielte Förderung bereits praktiziert würde, die SKOS-Richtlinien wichtig seien, kurz: dass eine Umkehrung des bewährten Systems nicht nötig sei. Er empfiehlt Ablehnung¹²⁷. Dieser Empfehlung folgt der Grosse Rat und lehnt mit 68 Nein und 23 Ja ab (29.1.2020).

- **2022, Gleiche Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene per Volksabstimmung** (s. Kapitel Geflüchtete).
- **2024, Volksinitiative Mindestlohn eingereicht** (s. Kapitel Mindestlohn).



Kanton St.Gallen, SG

- **2008, Keine Bussen bei Sozialhilfemissbrauch** - Die SVP-Fraktion des Grossen Rates will Bussen für Sozialhilfemissbrauch¹²⁸. Der Regierungsrat empfiehlt Nicht-eintreten. Der Grosse Rat lehnt den Vorstoss ab (2.6.2008).
- **2014, Solidarität unter den Gemeinden** - Die Fraktionen CVP-EVP, SP-GRÜ, FDP und GLP-BDP verlangen eine Verbindlicherklärung der Richtlinien unter bestimmten Bedingungen, um den Negativwettbewerb zwischen den Gemeinden zu verhindern¹²⁹. Der Grosse Rat nimmt die Motion mit verändertem Wortlaut an (25.11.2014); er beauftragt die Regierung, eine umfassende Revision des Sozialhilfegesetzes zu unterbreiten (siehe unten).
- **2017, Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden nicht weiter verschärft** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2018, Nein zu einem Mindestlohn** (s. Kapitel Mindestlohn).
- **2018, Teilrevision des Sozialhilfegesetzes** - Der Regierungsrat will die Verbindlichkeit der Richtlinien der St.Gallischen Konferenz der Sozialhilfe regeln. Er sieht eine Verschärfung der Sanktionen vor, will eine klarere Abgrenzung von Sozialhilfe und Nothilfe sowie eine stärkere Verankerung der sozialen und beruflichen Integration¹³⁰. Am 21.2.2017 nimmt der Grosse Rat die Revision einstimmig an. Sie tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.
- **2013-2019, Gemeinde Rorschach, Niederlassungsfreiheit muss per Bundesgericht geschützt werden** - Der Stadtpräsident von Rorschach, Thomas Müller

¹²⁶ Anpassung der Bemessungsrichtlinien für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und zweckmässige Sozialhilfe. Auftrag 0087/2019, 15.5.2019.

¹²⁷ Regierungsratsbeschluss 2019/1495, A 0087/2019 DDI, 24.9.2019.

¹²⁸ Bussen für Sozialhilfemissbrauch. Motion 42.08.14, eingereicht am 20.2.2008.

¹²⁹ Revision des Sozialhilfegesetzes: Negativwettbewerb verhindern. Solidarität zwischen Gemeinden stärken. Motion 42.14.21, eingereicht am 15.9.2014.

¹³⁰ Entwurf für eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz). Botschaft und Entwurf der Regierung vom 6. September 2016, Geschäftsnummer 22.16.02.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton St.Gallen, SG

(SVP), Nationalrat, verhindert die Wohnsitznahme einer Sozialhilfebezügerin mit Schweizer Bürgerrecht in seiner Stadt (September 2013). Die Frau lässt sich schliesslich in der Stadt St.Gallen nieder. Diese verlangt von Rorschach Rückerstattung der Sozialhilfebeträge mit Bezug auf das Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) und die Niederlassungsfreiheit. Rorschach ist nicht einverstanden, verliert aber in allen juristischen Instanzen bis zum Bundesgericht¹³¹. 2013 tritt die Stadt Rorschach aus Protest aus der SKOS aus, 2020 wird sie wieder Mitglied. Den gleichen Weg gehen die Städte und Gemeinden Romanshorn TG (Austritt 2014, Wiedereintritt 2021), Dübendorf ZH (A. 2013, W. 2021), Volketswil ZH (A 2014, W 2021) und Spreitenbach AG (A. 2015, W. 2025).

- **2019, Keine Senkung des Grundbedarfs** - Die SVP will den Grundbedarf auf 70% der SKOS-Richtlinien ansetzen; für integrationswillige, aktiv mitwirkende Sozialhilfebezüger kann er auf 100 Prozent erhöht werden¹³². Die Regierung empfiehlt Ablehnung, da die Motion zu «grosser Rechtsunsicherheit und Willkür führen würde» (Antrag vom 19.3.2019). Der Grosse Rat lehnt die Motion deutlich ab (72 Ja, 35 Nein, 24.4.2019).
- **2019, Keine Kürzung für Junge und für Ausländer:innen** - Aber es geht immer weiter. Die Grossrätin Carmen Bruss und der Grossrat Sascha Schmid (beide SVP) verlangen in einer weiteren Motion eine Kürzung der Sozialhilfe von 30% «für Leute, die noch nie einen Franken» einbezahlt haben, sie nennen Junge und Ausländer:innen¹³³. Der Grosse Rat lehnt die Motion ab (25.11.2019).
- **2020-2021, Massnahmen während Coronakrise** (s. Kapitel Coronakrise).
- **2022, Kein Zwang zum Vorbezug von Pensionskassenguthaben**- Am 17. März 2021 fordern die Sozialen Dienste einer St.Galler Gemeinde einen 60-jährigen Sozialhilfebezüger auf, sein Pensionskassenguthaben (berufliche Vorsorge, 2. Säule nach BVG) einzufordern. Die Sozialhilfeleistungen würden wegen dieses Vermögensanfalls eingestellt, denn er sei nicht weiter bedürftig. Dagegen legt der Mann mit Unterstützung der UFS Rekurs ein, dieser wird erstinstanzlich gutgeheissen. Die Gemeinde erhebt Beschwerde; sie erachtet ihren Entscheid als zumutbar und argumentiert mit dem Subsidiaritätsprinzip und der Gemeindeautonomie. Die Beschwerde wird von der nächsten Instanz, dem kantonalen Verwaltungsgericht, dezidiert abgewiesen. Laut dem Gericht würde durch die Verpflichtung zum Vorbezug des Pensionskassenguthabens der bundesrechtliche Vorsorgeschutz verletzt und unverhältnismässig in die Altersvorsorge eingegriffen. «Dem gesundheitlich stark angeschlagenen, schon mehrere Jahre arbeitslosen, inzwischen ausgesteuerten und 100% arbeitsunfähigen, alleinstehenden Beschwerdegegner kann ein Vorbezug seines Freizügigkeitsguthabens im Zeitpunkt der Vollendung des 60. Altersjahres nicht zugemutet werden»¹³⁴. Das Gericht bezieht sich insbesondere auf

¹³¹ Kanton: August 2016. Bundesgericht 8C_748/2018, 26. März 2019.

¹³² Sozialhilfe – Belohnen anstatt kürzen. Motion 42.19.04, eingereicht am 19.2.2019.

¹³³ Kürzung der Sozialhilfe für Leute, die noch nie einen Franken in unser Sozialsystem einbezahlt haben. Motion 42.19.30, eingereicht am 12.9.2019.

¹³⁴ St.Galler Gerichte, Publikationsplattform. Entscheid Verwaltungsgericht 13.12.2022. Grundsätze der Subsidiarität der Sozialhilfe (Art. 2 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 lit. b und Art. 9 Abs. 1 SHG) und des Vorsorgeschutzes von Freizügigkeitsleistungen (Art. 10 ff. FZV). Urteil B 2022/74, Publiziert am 13.1.2023. Seite 1/11. <https://sozialhilfeberatung.us4.list-manage.com/track/click?u=a44ffb097f4f504f66dd64f26&id=646958d5e7&e=7c6ff168fb>

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Thurgau, TG

Bundesgerichtsurteile, bundesrechtliche Normen zur Altersvorsorge sowie die SKOS-Richtlinien. Der Entscheid ist für andere Kantone nicht rechtsverbindlich, aber dennoch wegweisend.

- **2024, Keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).



Kanton Thurgau, TG

- **2016, Leistungskürzung** - Eine Änderung der Sozialhilfeverordnung führt zu Kürzungen über die Empfehlungen der SKOS hinaus. In der Folge kürzen mehrere Gemeinden noch weiter, um Kosten zu senken. Auch sind Personen bis zum Alter von 30 Jahren als junge Erwachsene definiert.
- **2012 und 2020, Keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2022, Gesetzliche Grundlage für Observationen** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2022, Rückzahlung der Sozialhilfe von Geflüchteten** (s. Kapitel Geflüchtete).



Canton du Tessin, TI

- **1997, Première introduction de PC familles en Suisse** (cf. chap. PC pour familles).
- **2003, Vaste réorganisation des prestations sociales** - Le canton du Tessin entreprend une vaste réorganisation des prestations financières et de conseil. La réforme vise à garantir à tous les ménages un revenu suffisant en recourant le moins possible à l'aide sociale, tout en facilitant l'accès aux prestations. Cette réforme est mise en œuvre par une nouvelle Loi sur l'harmonisation et la coordination des prestations sociales¹³⁵ entrée en vigueur en 2003. Cette profonde réorganisation de l'Administration cantonale implique 12 services de quatre départements qui allouent 8 prestations financières sous condition de ressources ainsi que des prestations de consultation dans 3 domaines différents (Beffa 2003).
- **2020, Weiterhin 200 Fälle pro Sozialarbeiter:in** – Grossrat Raoul Ghisletta (SP) und Mitunterzeichnende fordern die Regierung auf, die Anzahl Sozialarbeiter:innen den gestiegenen Fallzahlen anzupassen. Gemäss den Motionären liegt die Anzahl Fälle bei 330 pro Sozialarbeiter:in im Tessin und bei 150 in Zürich¹³⁶. Der Regierungsrat schlägt 200 Fälle pro Sozialarbeiter:in vor und erklärt, dass die Fallquote ohnehin unterdessen auf 214 gesunken sei (Bericht 20.11.2019). Die

¹³⁵ Legge sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali (LAPS) del 5 giugno 2000.

¹³⁶ Abusi sociali, mettiamo fine a una situazione scandalosa!. Motion 610, eingereicht am 14.4.2008.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Uri, UR

—

Sozialkommission betrachtet damit das Anliegen der Motion als erfüllt (Bericht 16.1.2020), dem stimmt der Grosse Rat am 17.2.2020 zu.

- **2015 - 2021, Einführung Mindestlohn** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2020-2021, Mesures durant la crise du coronavirus** (cf. chapitre Crise de Covid-19).
- **2021, Erschwerte Einbürgerung** – (cf. chap. Étrangers).



Kanton Uri, UR

- **2024, Neues Sozialhilfegesetz** - Der Kanton Uri lanciert eine Gesamtrevision seines Sozialhilfegesetzes von 1998 infolge einer Motion des Grossrates Flavio Gisler (CVP). Im Juni 2023 schickt die Regierung den Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung. In seiner Stellungnahme kritisiert AvenirSocial, dass die im Bericht versprochene Modernisierung des Gesetzes weitgehend ausbleibe, dass die Ausführungsbestimmungen in einem Reglement anstatt in einer Verordnung festgelegt werden, dass auf Rückerstattungen aus dem Einkommen nicht verzichtet und dass die Professionalität der Sozialdienste im Gesetz nicht verankert werde¹³⁷.

Im daraufhin revidierten Gesetzesentwurf kritisiert die UFS u.a., dass ein Vermögensverzicht innerhalb der letzten 10 Jahre als Einkommen angerechnet werden soll und dass die Rückerstattungspflicht aus Erwerbseinkommen und beruflicher Vorsorge nicht ausgeschlossen ist¹³⁸. Eine Verjährung erfolgt erst nach 15 Jahren, gegenüber Erben gar erst nach 20 Jahren. Auch sollen Sozialinspektoren eingeführt werden. **Die Volksabstimmung ist für 2025 geplant.**



Canton du Valais, VS

- **2011, Les jeunes adultes doivent rester chez leurs parents** - Les jeunes adultes à l'aide sociale (18-25 ans) doivent vivre dans le ménage d'un des parents, sauf exception – c'est ce que préconise l'art. 9 du Règlement d'exécution de la LIAS du 7 décembre 2011.
- **2013, Baisse de 10% des prestations d'aide sociale** - Les députés Egon Furrer et Aron Pfammatter (tous deux PDC) demandent de réduire de 10% les diverses

¹³⁷ 5.9.2023, http://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2023/09/20230905_Vernehmlassung_SHG_Fragebogen_AvenirSocial.pdf

¹³⁸ UFS-Newsletter 12/2024. Kanton Uri: Die Revision des Sozialhilfegesetzes an der Urne ablehnen.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton du Valais, VS

—
prestations prévues par les normes CSIAS¹³⁹. Le Conseil d'État propose de transformer la motion en postulat et de l'accepter (réponse du 24.4.2014). C'est ce que fait le Grand Conseil par 61 Oui, 48 Non et 7 Abstentions (septembre 2014).

- **2014, Non à un salaire minimum** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2015, Réduction à 500 francs pour les jeunes adultes** - Les député:es Fournier (UDC), Bregy (PDC), Favre (PLR) et Maret (PDC) demandent, par motion urgente, une réduction de l'aide sociale au niveau de l'aide d'urgence, soit à 500 francs, pour les jeunes de 19-25 ans¹⁴⁰. Le Grand Conseil accepte la motion le 11.9.2015.
- **2015, Expulser les étrangers qui demandent une aide sociale** (cf. chap. Étrangers).
- **2015, Refus de remettre des cartes prépayées aux étrangers** (cf. chap. Étrangers).
- **2016, Durcir les conditions d'accès pour les ressortissants européens** (cf. chap. Étrangers).
- **2017, Base légale pour observations** (cf. chap. Droits fondamentaux).
- **2017, Délai de remboursement de l'aide sociale porté à 20 ans** - La prescription des prestations d'aide sociale doit être allongée de dix à vingt ans à compter du dernier versement. C'est ce que demandent, par motion urgente et une argumentation vive, les commissions de gestion et celle des finances par les député:es Bregy (PDC), Fournier (UDC), Maret (PDC) et Favre (PLR)¹⁴¹. Le Grand Conseil accepte la proposition (11.9.2015) avec une modification de la Loi sur l'intégration et l'aide sociale (LIAS, art. 24) qui entre en vigueur le 16 février 2017.
- **2017, Abroger les programmes de qualification inutiles** - Le député Enzo Bregy (PDC) demande l'abrogation du programme de qualification systématique, trop cher pour les communes et généralement inutile selon lui¹⁴². Il retire son postulat lors de la session de juin 2017.
- **2021, Révision totale de la loi sur l'aide sociale** - Le 24.6.2019, le Département met en consultation un avant-projet de modification de la loi sur l'intégration et l'aide sociale datant de 1996. Ce projet propose diverses réorganisations (réduction à 5 CMS, compétence décisionnelle au canton quant aux mesures d'insertion, meilleure visibilité du mandat de prévention, abandon de l'obligation de rembourser l'aide sociale suite à la reprise d'une activité lucrative sauf situations très favorables, facilitation de la transmission des données¹⁴³. Dans leur réponse à la consultation, AvenirSocial Suisse et l'UFS estiment que ce projet contient de nombreux durcissements parfois manifestement anticonstitutionnels notamment en matière de protection des données et de droits de procédure, qu'il ne respecte pas

¹³⁹ Lorsque les travailleurs ont moins d'argent que les bénéficiaires de l'aide sociale/optimisation des coûts de l'aide sociale. Motion 2.0029, déposée le 15.11.2013.

¹⁴⁰ Prestations de l'aide sociale – appliquer les mesures proposées par les rapports de la COFI et de la COGEST. Motion 2.0104, déposée le 8.9.2015.

¹⁴¹ Aide sociale – augmenter le délai de prescription des créances en faveur des collectivités. Motion 2.0105, déposée le 8.9.2015.

¹⁴² Il faut abolir le système selon lequel un bénéficiaire de l'aide sociale qui n'a pas exercé d'activité durant plus d'un an doit suivre un programme de qualification de 3 mois avant de pouvoir revenir sur le marché du travail! Postulat 2.0175, déposé le 16.2.2017.

¹⁴³ Rapport explicatif accompagnant l'avant-projet de révision de la loi sur l'intégration et l'aide sociale.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Vaud, VD

les droits fondamentaux et ne garantit pas de sécurité juridique en ne précisant pas les bases de calcul de l'aide. Les deux organisations qualifient dès lors ce projet comme « complètement disproportionné »¹⁴⁴. Elles ne seront pas entendues et le Grand Conseil accepte la loi révisée à l'unanimité en première lecture (séance du 10.9.2020). La nouvelle Loi sur l'intégration et l'aide sociale LIAS entre en vigueur au 1.7.2021.

- **2024, Initiative pour un salaire minimum déposée** (cf. chap. Salaire minimum).



Canton de Vaud, VD

- **1996, Régionalisation de l'action sociale (RAS)** - Suite à une révision de la Loi sur la prévoyance et l'aide sociales du 25.5.1977 (LPAS), les communes vaudoises, dès 1996, doivent se regrouper pour former des régions d'assistance et mettre en place des Centres sociaux régionaux (CSR).
- **1997, Revenu minimum de réinsertion (RMR)** - Au 1er juillet 1997, le système vaudois d'aide aux chômeurs en fin de droits, appelé «Bouton d'Or», du nom de la couleur du formulaire, est remplacé par le Revenu minimum de réinsertion (RMR)¹⁴⁵. Il est octroyé pour une durée maximale de deux ans aux personnes sans emploi qui n'ont pas ou plus droit aux prestations LACI. Il est subordonné à l'engagement du bénéficiaire de participer à sa réinsertion professionnelle et/ou sociale, fixé dans un contrat (art. 39). Il est supérieur de 100 francs à l'aide sociale vaudoise ; la limite de fortune est celle des PC fédérales. Il n'est pas remboursable (art. 41). Les personnes sans ressources qui ne répondent pas aux critères du RMR relèvent du régime d'aide sociale vaudoise (ASV) conformément à la Loi sur la prévoyance et l'aide sociales (LPAS) du 25 mai 1977.

Assez rapidement, la coexistence de deux régimes d'aide apparaît comme problématique. Deux motions, d'Yves Guisan (radical) et de Martial Gottraux (PS), demandent la fusion des deux régimes. Gottraux (motion du 4.5.1998) estime qu'un dispositif unique sera plus simple, plus efficace et plus équitable pour les bénéficiaires. Il faudra toutefois encore attendre quelques années avant qu'une fusion se réalise. Divers rapports sont établis. Celui de l'Université de Lausanne (Cunha et al. 1999) propose une fusion des deux régimes. Le rapport d'une seconde étude (Atag Ernst & Young 1999) sort publiquement suite à une fuite. Il propose également la fusion des deux régimes ainsi que de nombreuses réorganisations. Il pointe de sérieuses lacunes et critique, par exemple, qu'aujourd'hui, «Il n'y a donc pas de pression sur la personne suivie pour qu'elle s'améliore» (p.6). La fusion sera réalisée en 2006 (voir ci-dessous).

- **1997, Ville de Lausanne, cas Vincent et suites** - En 1997, à Lausanne, éclate un des premiers cas d'« abus » de prestations d'aide après la découverte d'un montant de 100'000 francs touchés indument. L'« affaire Vincent », montée en

¹⁴⁴ avenirsocial.ch/fr/qui-sommes-nous/regions/bern-und-wallis/, 15.9.2019.

¹⁴⁵ Loi sur l'emploi et l'aide aux chômeurs LEAC du 25 septembre 1996, art. 27 s.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Vaud, VD

épinglé par une partie de la presse, crée un choc dans le monde de l'aide sociale et le marquera fortement pour plusieurs années en focalisant l'attention sur l'évitement de tout « abus » et scandale public. Le cas Vincent provoque un rapport du Contrôle cantonal des finances qui identifie divers autres « abus » dans plusieurs centres sociaux vaudois et propose une série de mesures de réorganisation. Le rapport dénonce des défaillances graves et estime que la sécurité financière est défaillante, qu'il manque des directives et que le service cantonal ne contrôle pas suffisamment le travail des CSR¹⁴⁶. Un Comité de suivi dirigé par Bernard Ziegler, juriste, ancien conseiller d'État genevois, élabore diverses mesures: réorganisation (spécialisations) du service social lausannois, limitation de la charge de dossiers, formation des AS, instauration d'instances de contrôle, établissement de contrats de prestations entre les CSR et le canton, nouvel outil informatique.

Suivent d'autres « cas » traités notamment par un nouveau rapport du Contrôle cantonal des finances publié le 5.7.2002 suite à un courriel anonyme qui dénonce des dysfonctionnements au CSR de Lausanne, suivi d'un contre-rapport de la Ville et d'un débrayage du personnel.

- **1997 - 2004, Coordination des praticiens RAS et actions syndicales** - Sur initiative d'assistants et assistantes sociales du CSR Lausanne, des employé:es des CSR et d'autres organismes chargés de l'aide sociale forment, en 1997, une Coordination des praticiens RAS (ci-après: Coordination). Ils et elles organisent diverses actions pour dénoncer les baisses des prestations, critiquer divers projets cantonaux et défendre « le sens de notre travail ». La Coordination mène une analyse critique des dispositifs d'aide publique dans le contexte de la crise socio-économique¹⁴⁷, publie quelques numéros d'un journal appelé « Le CSRvolant » (dès juillet 1999) et publie une fausse lettre du Conseil d'État proposant d'économiser 60 à 70 millions en déplaçant les RMRistes, ainsi que leurs familles, vers les pays de l'Est (1999). Elle critique la nouvelle gestion publique et les contrats de prestation (février 2001).

Au printemps 2002, des syndicats (SSP et Sud) organisent des États généraux du travail social (4 mai 2002) pour « s'opposer à la dégradation des conditions de travail et pour favoriser la reconquête d'une action sociale ambitieuse ».

Dans le cadre d'un programme de « redressement des finances » cantonales pour 2005, le gouvernement propose des économies dans l'aide sociale, soit la suppression du forfait II à l'ASV et du supplément d'intégration au RMR. Les oppositions sont vives : en novembre 2004, la Coordination lance une pétition intitulée « L'État doit-il régler ses comptes sur le dos des pauvres? ». Le Centre social protestant Vaud écrit aux député:es en soutien à la pétition (6.9.2004).

- **2006, Revenu d'insertion (RI)** - Le RMR et l'ASV sont fusionnés en un nouveau dispositif, le Revenu d'insertion (RI)¹⁴⁸. Le RI comprend l'exigence d'un projet d'insertion auquel le bénéficiaire doit activement participer (art. 50) et fixé dans un contrat (art. 55). Les mesures d'insertion sociale sont régies par la LASV et les

¹⁴⁶ Service de prévoyance et d'aide sociale, Contrôle sur la sécurité financière liée à l'octroi de l'aide sociale vaudoise, avril 1998.

¹⁴⁷ États généraux des services publics et des prestations sociales, bilan d'une décennie sous le signe de l'austérité. Bouton-d'Or, Aide sociale vaudoise, Revenu minimum de réinsertion. 1^{er} mai 1999.

¹⁴⁸ Loi sur l'action sociale vaudoise (LASV) du 2 décembre 2003 entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2006.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Vaud, VD

—
mesures d'insertion professionnelle par la LEAC qui est modifiée. Le RMR entre en vigueur au 1.1.2006.

- **2007, Convention de tarif avec les dentistes** (cf. chap. Traitements dentaires).
- **2007 - 2010, Ville de Lausanne, Séparation des tâches de suivi social et de prestations financières** - Dans un contexte difficile fait d'augmentation des coûts, de pressions politiques, l'injonction au retour à l'emploi et d'exigences de contrôle, de surcharges et d'insatisfactions des personnels, le Service social de la Ville de Lausanne développe un projet pilote de réorganisation appelé « Projet RI métier » déployé dès fin août 2007. Le projet consiste notamment en une redéfinition des métiers par une séparation des tâches entre, d'un côté, les assistantes et assistants sociaux (AS) et, de l'autre, les collaboratrices administratives (AD). Un nouveau protocole de l'appui social est également introduit. Le projet est évalué ; les auteur-e-s proposent de le prolonger (Horber-Papazian et al. 2009).

En 2010, le projet pilote devient réorganisation. Dès le 1^{er} avril 2010, les AS se consacrent à l'« accompagnement » et à l'« insertion » des bénéficiaires, alors que des collaboratrices administratives se chargent du calcul des prestations financières et de toute la tenue administrative du dossier.

- **2009, Séparation des tâches de suivi social et de prestations financières** - Fort de l'expérience pilote en cours à la Ville de Lausanne (cf. ci-dessus, 2007-2010), le canton de Vaud réorganise à son tour les services d'aide sociale dans un contexte d'augmentation du nombre de dossiers afin d'accélérer « l'autonomisation des bénéficiaires ». Pour ce faire, la réforme « doit permettre de recentrer les assistants sociaux (AS) sur l'exercice de leur métier (appui social et soutien à l'insertion), [et] d'attribuer au personnel administratif (AD) la délivrance de la prestation financière du RI. L'idée est que, déchargé-e-s de la gestion financière des dossiers, les AS pourront se concentrer sur leurs tâches d'appui social et de soutien à l'insertion »¹⁴⁹.

Après quelques années, la nouvelle organisation est évaluée. Elle montre une large adhésion des personnels. Le temps consacré par les AS aux tâches d'appui social et de soutien à l'insertion a été augmenté de façon importante (41% de leur temps avant la réforme contre 76% après) (Horber-Papazian et al. 2012).

- **2011, Introduction de PC Familles et d'une Rente-pont** - (cf. les chapites PC pour familles et Chômeurs âgé(es)).
- **2006 et 2013, FORJAD et FORMAD** - En 2006, le canton de Vaud lance un projet pilote FORJAD (Formation des jeunes adultes en difficulté) permettant aux jeunes adultes (18-25 ans) d'acquérir une formation professionnelle tout en étant aidés financièrement. Au début, les jeunes sont soutenus dans le cadre de l'aide sociale, car les bourses sont bien trop basses, et dès 2009 avec des bourses désormais harmonisées avec l'aide sociale. Le dispositif comprend une aide dans la recherche d'une place d'apprentissage et un coaching scolaire et personnel. Fin 2013, le programme Forjad est élargi aux adultes (26 à 40 ans, Formation pour adultes, FORMAD) pour un projet pilote de 5 ans. Il devra permettre d'acquérir

¹⁴⁹ Service de prévoyance et d'aide sociales SPAS (27.1.2009). Principes directeurs de l'action sociale vaudoise PDASV. Actes du séminaire réunissant les autorités d'application du RI et le SPAS, 1-2 décembre 2008, Villars-sur-Ollon, V2.00.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Canton de Vaud, VD

une formation professionnelle certifiée au moyen d'un coaching. La loi sur les bourses a été adaptée en conséquence pour les adultes également.

- **2015-2017, Ville de Lausanne puis Canton, Intensifier le retour à l'emploi** - Entre février 2015 et janvier 2017, la Ville de Lausanne déploie un projet pilote visant à favoriser l'insertion professionnelle des bénéficiaires RI. Durant cette période, une partie des nouveaux bénéficiaires - ceux et celles avec un taux d'emploi inférieur ou égal à 50% et considérés comme capables de travailler - sont adressés à une « Unité commune » composée d'AS et de conseillers et conseillères ORP. Dans cette Unité, le taux d'encadrement est plus favorable: un conseiller ORP s'occupe de 65 demandeurs et demandeuses d'emploi, alors que dans la prise en charge RI ordinaire ce ratio est de l'ordre de 1/120 – 1/130. Une évaluation montre que dans l'Unité commune, davantage de dossiers peuvent être fermés, que les personnes sont plus nombreuses à avoir trouvé du travail (9 points de %), que la satisfaction est plus grande, que le coût supplémentaire (en personnel) est à peu près compensé par l'économie en prestations financières (11%) (Bonoli et al 2017).

Le 21.6.2017, fort de l'expérience positive en Ville de Lausanne, le Conseil d'État décide d'étendre le dispositif d'Unités communes OPR-CSR à l'ensemble du canton. Le SPAS édicte des critères d'accès et de sortie des Unités communes, confidentiels.

- **2017, Baisse du barème pour jeunes adultes** - Le barème des jeunes adultes est réduit de 1110 à 986 francs et les sanctions sont renforcées pour ce groupe. On note de petites améliorations pour les bourses et barèmes des loyers (*Surprise* 423/18).
- **2020, Base légale pour mener des observations** (cf. chap. Droits fondamentaux).
- **2021, Non à une assurance générale de revenu AGR** (cf. chap. Revenu de base).
- **2021, Université Lausanne et Canton, Promotion d'un Revenu de transition écologique RTE** (cf. chapitre Revenu de base).
- **2020-2021, Mesures durant la crise du coronavirus** (cf. chap. Crise de Covid-19).
- **2011 et 2022, Non à un salaire minimum** (cf. chap. Salaire minimum).
- **2023, Vaud pour vous** – Dans le but de prévenir et de détecter précocement des situations de précarité, l'État initie une démarche commune avec les communes et des associations au travers d'un programme d'appui social. Dix projets pilotes « testent, par différentes approches, l'aide personnelle (information, orientation, accompagnement) ». L'accompagnement doit être plus poussé et mieux coordonné. Les projets, financés à hauteur de 1,8 million, sont mis en place courant 2023¹⁵⁰. Le site¹⁵¹ semble compliqué à utiliser : il faut choisir le type de prestation,

¹⁵⁰ État de Vaud, DSAS, Actualité, 30.3.2023 ; Dossier de presse, 30.3.2023.

¹⁵¹ <https://www.vd.ch/themes/aides-financieres-et-soutien-social/informations-et-accompagnement-personnel/titre-par-defaut>, consulté le 23.5.2023.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Zug, ZG

puis sa région, puis le projet qui répond au besoin. Si l'on ne trouve pas la prestation recherchée, suivent plusieurs adresses que l'on peut aussi consulter.

- **2023, Initiatives pour un salaire minimum déposée** (cf. chap. Salaire minimum).



Kanton Zug, ZG

- **2017, Keine Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2017, Keine Deprofessionalisierung** - Die Auflage, dass die Sozialhilfe «fachliche Beratung durch für diese Aufgabe ausgebildetes Personal» gewähren muss, soll aus dem Sozialhilfegesetz (Art. 10) gestrichen werden. Dies wollen der Grossrat Manuel Brandenburg (SVP) und Konsorten¹⁵². Entsprechend der Empfehlung des Regierungsrates sowie eines Briefs von AvenirSocial an die Grossrät:innen (28.9.2017) lehnt das Parlament die Motion ab (26.10.2017).
- **2024, Observationen und Datenbeschaffung** (s. Kapitel Grundrechte).



Kanton Zürich, ZH

(Städte weiter unten)

- **2012, Einbürgerung von Sozialhilfebeziehenden nicht eingeschränkt** (s. Kapitel Ausländer:innen).
- **2012, Kein Datenschutz mehr für Sozialhilfebeziehende und Personen, die mit ihnen im Kontakt stehen** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2014, Direktzahlung von Krankenkassenprämien** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2015, Autobesitz** - Während der üblichen Unruhen am 1. Mai in der Stadt Zürich fällt 2007 ein BMW den Flammen zum Opfer. Es zeigt sich, dass das Auto einer sozialhilfebeziehenden Frau gehöre. Ein Teil der Medien und die SVP skandalisieren einen Sozialhilfemissbrauch. Die städtische parlamentarische Untersuchungskommission stellt daraufhin fest, dass der BMW vom Freund der Frau auf deren Namen geleast war.

Die Grossräte Peter Preisig, Hansruedi Bär und Beat Stiefel (alle SVP) fordern, dass Sozialhilfeempfangende per Gesetz keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder erwerben dürfen¹⁵³. Der Grossrat überweist das Postulat knapp an den

¹⁵² Motion betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes - Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen, Nr. 2472.1, eingereicht am 13.1.2015.

¹⁵³ Autos und Sozialhilfe. Postulat 84/2008, eingereicht am 3.3.2008.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Zürich, ZH

Regierungsrat (86 Ja, 84 Nein, 20.6.2011), welcher den Vorstoss zurückweist (Bericht vom 30.4.2013). Am 27.10.2014 wird der Vorstoss abgeschrieben.

Die gleiche Forderung stellen Claudio Schmid (SVP) und Linda Camenisch (FDP) parallel mit einer parlamentarischen Initiative¹⁵⁴. Diese wird von der Kommission zurückgewiesen, hingegen im Grossen Rat mit 3 Stimmen Mehr angenommen, dann aber in der Schlussabstimmung mit 85 Nein gegen 81 Ja abgelehnt (19.1.2015).

- **2015, Keine Senkung der Sozialhilfe** - Die Sozialhilfe soll auf maximal 90% der SKOS-Richtlinien gesenkt und das Anreizsystem gestärkt werden. Zahlreiche Sozialhilfebeziehende stünden besser da als Bürger mit bescheidenem Einkommen und die Ansätze seien zu hoch, was der Besitz eines Privatautos zeige. Dies fordern die Grossrätinnen Ruth Frei-Baumann und Barbara Steinemann (beide SVP)¹⁵⁵. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung. Der Grosse Rat lehnt die Motion mit 121 gegen 48 ab (22.6.2015).
- **2020, Keine zusätzliche Weitergabe von Informationen** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2018, Keine Ferien und medizinischen Luxusbehandlungen** - Am 12.12.2016 reichen die Grossräte Hans Egli (EDU), Stefan Schmid (SVP) und Rico Brazerol (BDP) eine parlamentarische Initiative ein mit dem Titel «Keine Besserstellung von Sozialhilfebezügern gegenüber Arbeitenden» (406/2016). Die Initiative will keine Finanzierung von Ferien sowie keine medizinischen Luxusbehandlungen für Sozialhilfebeziehenden. Der Grosse Rat nimmt die Motion an (26.11.2018).
- **2019, Direktzahlung von Mietkosten** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2019, Keine tertiären Ausbildungen für Sozialhilfebeziehende** – Die Grossrät:innen Benedikt Hoffmann (SVP), Linda Camenisch (FDP) und Cyrill von Planta (GLP) verlangen, dass wirtschaftliche Hilfe während und für eine Ausbildung auf Tertiärstufe, namentlich während eines Studiums an einer Universität, nur in Ausnahmefällen gewährt wird¹⁵⁶. Der Grosse Rat überweist an die Kommission, welche knapp zustimmt (7 zu 6 Stimmen). Der Regierungsrat folgt der Kommissionsminderheit und empfiehlt Ablehnung (Initiative unnötig). Der Grosse Rat nimmt die Initiative mit 103 Ja gegen 60 Nein an (21.1.2019).
- **2019, Keine Senkung um 30%** - Der Grossrat Stefan Schmid (SVP) verlangt, dass die Richtlinien um 30% herabgesetzt werden und dass integrationswillige, motivierte und engagierte Personen stufenweise eine Motivationsentschädigung erhalten, welche zusammen mit dem Existenzminimum dem heutigen Grundbedarf entspricht¹⁵⁷. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, da deren Forderungen das soziale Existenzminimum massiv unterschritten und eine minimale Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben verunmöglichten. Die Motion würde «in fundamentalen Bereichen ein unerwünschtes Ausscheren des Kantons Zürich aus

¹⁵⁴ Gesetzliche Grundlagen im Sozialhilfegesetz zur Benützung von Fahrzeugen. Parlamentarische Initiative 169/3013, eingereicht am 3.6.2013.

¹⁵⁵ Kostenoptimierung und Flexibilität muss auch bei der Sozialhilfe möglich sein. Motion 286/2014, eingereicht am 3.11.2014.

¹⁵⁶ Keine Finanzierung universitärer Ausbildung durch die Sozialhilfe. Parlamentarische Initiative 170/2016, eingereicht am 23.5.2016.

¹⁵⁷ Sozialhilfe – Motivation statt Sanktion. Motion 366/2018, eingereicht am 3.12.2018.

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Kanton Zürich, ZH

dem gesamtschweizerischen System der SKOS-Richtlinien bedeuten». Auch die Sozialkonferenz des Kantons Zürich stellt sich klar gegen die Vorschläge¹⁵⁸. Der Grosse Rat lehnt die Motion deutlich ab (121 gegen 48 Stimmen, 24.6.2019).

- **2019, Keine Senkung für Ausländer:innen** – (s. Kapitel Ausländer:innen)
- **2021, Anfechtungen erschwert** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2020, Keine Totalrevision des Sozialhilfegesetzes** - Am 13.4.2018 schickt der Regierungsrat den Vorschlag einer Totalrevision des Sozialhilfegesetzes von 1981 in die Vernehmlassung (RRB 323/2018). An den SKOS-Richtlinien wird festgehalten und die Observation von Sozialhilfebeziehenden soll nicht intensiviert werden. Grössere persönliche Hilfeleistungen (Beratungen) sollen kostenpflichtig werden (Art. 26). Der Kanton soll neu 25% der Kosten übernehmen (bisher 4%). Leistungen können neu auf Nothilfe gekürzt werden (Art. 44). Der Informationsaustausch wird erleichtert (Teil 9).

Die Region Zürich und Schaffhausen von AvenirSocial kritisiert den Vorschlag, da er zahlreiche Verschärfungen beinhaltet¹⁵⁹.

Nachdem die Vernehmlassung viele Kritikpunkte zu Tage gebracht habe und die Coronakrise ein Ansteigen der Fallzahlen vermuten lasse, beschliesst der RR, auf eine Totalrevision zu verzichten und bei Bedarf Teilrevisionen vorzunehmen (RRB 2020-0410, 22.4.2020).

- **2020, Krankenkassenprämien-Übernahme (KPÜ)** - Personen mit Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung, deren sozialhilferechtliches Existenzminimum trotzdem nicht gedeckt ist, können von ihrer Wohngemeinde die Übernahme des ungedeckten Teils der Krankenkassenprämien (Prämienrest) verlangen¹⁶⁰. Dies gilt unabhängig davon, ob sie Sozialhilfe beziehen oder nicht oder dies nicht möchten.

Kommentar. Eine aufwändige Lösung. Zuerst individuelle Prämienverbilligungsbeantragung, dann Prüfung des Anspruchs auf Sozialhilfe und ein weiterer Antrag für Übernahme des Prämienrests.

- **2017-2021, Gesetzliche Grundlage für Observationen** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2020-2021, Kanton und Stadt, Massnahmen während Coronakrise** (s. Kapitel Coronakrise).
- **2021, Qualifiziertes Fachpersonal in den Sozialdiensten** - Sozialdienste sollen sich regional zusammenschliessen können, über eine minimale Anzahl Stellenprozente für qualifiziertes Fachpersonal verfügen und die operative Fallführung wahrnehmen, während die politische Sozialbehörde strategisch tätig sein soll. Dies fordern die Mitglieder des Grossen Rates Esther Straub (SP) und Konsorten¹⁶¹. Der Grossrat nimmt den Vorstoss mit 84 Ja und 83 Nein bei 0 Enthaltungen

¹⁵⁸ Stellungnahme vom 5. Dezember 2018, Protokoll des RR, Sitzung vom 19. Dezember 2018, KR-Nr. 366/2018.

¹⁵⁹ [AvenirSocial](#) > Region Zürich und Schaffhausen > Aktuell > 21.12.2018.

¹⁶⁰ Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) vom 29. April 2019, in Kraft per 1.4.2020. <https://www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/unterstuetzung/finanz/kpu.html>

¹⁶¹ Grundlagen für eine fachgerechte Sozialhilfe. Motion 376/2020, eingereicht am 19.10.2020 von Esther Straub (SP), Ronald Alder (Grüne), Jeannette Büsser (Grüne), Mark Anthony Wisskirchen (EVP) und Kaspar Bütikofer (AL).

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Städte Zürich und Winterthur

an (6.12.2021) und überweist ihn an den **RR zur Ausarbeitung einer Vorlage (Stand Oktober 2024: hängig bei RR)**.

- **2022, Kein Modellversuch Grundeinkommen** (s. Kapitel Grundeinkommen).
- **2007 und 2024, Vielleicht Familien-EL** (s. Kapitel Familien-EL).
- **2024, Keine Stipendien für vorläufig aufgenommene Personen** - Der Grosse Rat des Kantons Zürich beschliesst per Änderung des Bildungsgesetzes Stipendien auch an vorläufig aufgenommene Personen auszurichten, um ihre Integration zu fördern. Dagegen wird von der SVP, unterstützt von FDP und EDU, ein Kantonsratsreferendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom 22.9.2024 lehnen 54% der Stimmenden eine solche Änderung ab. Die Städte Zürich, Winterthur und Regensberg stimmen zu.

Städte Zürich und Winterthur

- **1998, Stadt Zürich, Arbeit statt Fürsorge** - Ab 1998 reorganisiert die Stadt Zürich die Sozialhilfe nach dem Prinzip Arbeit statt Fürsorge. Die Stadt entwickelt Projekte im Rahmen eines sog. Zweiten Arbeitsmarktes. Im Jahr 2002 werden diese unter dem Titel Chancenmodell formalisiert. Im Frühling 2005 schafft die Stadt Arbeitsplätze für 1000 Franken, welche mit vollen Löhnen nicht rentabel wären (*Le Temps*, 26.5.2005). Der Vorschlag stösst auf Kritik, insbesondere seitens der Gewerkschaften (z.B. *Work*, 10.6.2005).
- **2001, Stadt Winterthur, Passagenmodell** - Im Jahr 2001 führt die Stadt Winterthur ein «Passagenmodell» ein. Personen, welche Sozialhilfe beantragen, müssen vorgängig ein Beschäftigungsprogramm absolvieren. In der Folge führen zahlreiche Städte ähnliche Programme ein (z.B. Zürich 2009, Bern 2010, Basel 2011, Genf 2011). Passagenmodelle werden von Sozialarbeitenden und Forschenden kritisiert, da sie teuer seien, nur einen Teil der Beziehenden betreffen und deshalb Ungleichheiten schaffen und in juristischer Hinsicht problematisch seien.
- **2017, Stadt Winterthur, Einsparungen durch Reduktion der Falllast**. Eine Studie im Auftrag der Sozialen Dienste Winterthur stellt fest, dass eine Senkung der Falllast pro Sozialarbeitende zu einem rascheren Beenden der Hilfe führt und damit deutliche Einsparungen der Sozialhilfekosten ermöglicht (Eser Davolio et al 2017). Die Resultate der Studie führen in der Folge zu Vorstössen an andern Orten (Kapitel Bundeskompetenz Nationalrat 2021, BL 2019; BS 2019 und 2021; Stadt Luzern 2023, siehe dort) sowie einem Projekt der SKOS (2023 Caseload Converter, siehe Kapitel SKOS-Richtlinien).
- **2017, Stadt Winterthur, Unterstützung bei Mietzinssenkungen** - Ein externer Bericht zur Steuerung der Sozialkosten in Winterthur schätzt, dass eine Einsparung zwischen 200'000 bis 500'000 Franken pro Jahr möglich ist, wenn die Mieten von Sozialhilfebeziehenden auf den geltenden Referenzzinssatz gesenkt würden. Da die Sozialen Dienste jetzt mehr Personalressourcen haben, überprüfen sie ab Juni 2017 die Mietzinse und unterstützen die Sozialhilfebeziehenden bei Senkungsbegehren, dies in enger Zusammenarbeit mit dem Mieterverband (Winterthurer Zeitung, 1.6.2017).

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Städte Zürich und Winterthur

—

- **2017-2022, Stadt Zürich, Kein Pilotversuch Grundeinkommen** (s. Kapitel Grundeinkommen).
- **2018, Rheinau/ZH, Dorf testet Zukunft nicht** (s. Kapitel Grundeinkommen).
- **2019, Stadt Zürich, Bildungsstrategie für Geringqualifizierte** – Im Kontext der nationalen Weiterbildungsoffensive von SKOS und SVEB von 2018 (siehe Kapitel SKOS-Richtlinien) lanciert die Stadt Zürich ein Paket aus Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen für Sozialhilfebeziehende und weitere «Gefährdete» (Junge und Erwerbstätige in prekären Lagen)¹⁶². In diesen Kontext fällt auch eine Motion von Januar 2019 von zwei Mitgliedern des Stadtparlaments, welche einen Bericht über Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Sozialhilfebeziehende verlangen¹⁶³. Im Januar 2022 legt die Stadtexekutive den entsprechenden Bericht vor¹⁶⁴.

Verschiedene Bildungsmassnahmen folgen (siehe unten, 2021 - 2024, Stadt Zürich, Unterstützung für Personen an der Armutsgrenze).

- **2007 – 2021, Stadt Zürich, Sozialdetektive und Observationen** (s. Kapitel Grundrechte).
- **2022, Stadt Zürich, Kein Pilotversuch Grundeinkommen, Volksabstimmung** (s. Kapitel Grundeinkommen).
- **2023, Städte Zürich und Winterthur, Einführung eines Mindestlohnes per Volksabstimmung** (s. Kapitel Mindestlohn).
- **2023, Stadt Kloten, Mindestlohn per Volksabstimmung abgelehnt** (s. Kapitel Mindestlohn).
- **2021 - 2024, Stadt Zürich, Unterstützungen für Personen an der Armutsgrenze** – Die Stadt Zürich baut eine Reihe von Massnahmen auf für Personen an der Armutsgrenze, also insbesondere Personen ohne Anspruch auf Sozialhilfe (Schwelleneffekt) und solche, die aus verschiedenen Gründen keine Sozialhilfe beziehen (wollen, können). Wir erwähnen sie hier, da sie zwar ausserhalb der Sozialhilfe stehen, diese jedoch reformieren, indem sie Lücken und Grenzen der heutigen Sozialhilfe zu korrigieren suchen und der gleichen Verwaltung unterstehen. Die entsprechenden Informationen sind auf der Webseite der Stadt Zürich nicht einfach zu finden und setzen Kenntnisse der Hilfemöglichkeiten und der Verwaltungsorganisation voraus¹⁶⁵.
 - *2021, Ausbildungsbeiträge für Personen über 45* - Im Januar 2018 verlangen zwei Mitglieder des städtischen Parlaments per Motion eine Revision der Stipendienordnung, um Personen in schwierigen finanziellen Situationen eine Aus-

¹⁶² Sozialdepartement Stadt Zürich, Medienmitteilung 28.10.2019.

¹⁶³ Postulat GR Nr. 2019/16 von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Natalie Eberle (AL), eingereicht am 16. Januar 2019 betreffend Bericht über Aus-, Nachhol- und Weiterbildungsmöglichkeiten für motivierte Sozialhilfeempfangende.

¹⁶⁴ Stadtrat Stadt Zürich. Beilage zu GR Nr 2022/22. «Förderung von Aus-, Nachhol- und Weiterbildung bei motivierten Sozialhilfebeziehenden im Erwerbsalter». Bericht zum Postulat GR Nr. 2019/16 von Katharina Prelicz-Huber und Natalie Eberle vom 16. Januar 2019. 19. Januar 2022.

¹⁶⁵ Sozialdepartement > Beratung und Unterstützung > Finanzielle Unterstützung > Titel der gesuchten Unterstützung. Abgerufen 3.5.2024, <https://www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/unterstuetzung.html>

15. Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden

Städte Zürich und Winterthur

und Weiterbildung zu ermöglichen durch Beiträge an die Bildungskosten und die Existenzsicherung¹⁶⁶. Das Parlament nimmt die Motion an und revidiert dazu die Verordnung über die Ausbildungsbeiträge der Stadt Zürich (112. Rats-sitzung vom 28. Oktober 2020). Somit können Personen ab dem 45. Altersjahr sowie «allfällige weitere Personengruppen, die Stipendien auf Grund ihrer finan-ziellen Situation bedürfen», eine Aus-, Weiter- oder Nachholbildung starten in Ergänzung zu allfälligen Stipendien des Kantons¹⁶⁷. Die Verordnung tritt per 1.1.2021 in Kraft.

- 2022, *Arbeitsmarktstipendien Stadt Zürich* – Mit dem Ziel, die Chancen von Per-sonen mit ungenügender oder ungeeigneter Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und deren wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken, insbeson-dere im Bereich der Grundkompetenzen, richtet die Stadt Zürich neu Arbeitsmarktstipendien ein. Diese übernehmen Bildungskosten und Erwerb-sausfall. Sie richten sich an alle Personen (inkl. Sozialhilfebeziehende) ohne Anspruch auf Ausbildungsbeiträge und stehen auch Selbständigerwerbenden offen¹⁶⁸. In Kraft per 1.1.2023. Eine erste Bilanz fällt positiv aus¹⁶⁹.
- 2024, *Stadt Zürich. Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte* – Aufgrund der starken Erhöhung der Wohnnebenkosten können einkommensschwache Haushalte mit individueller Prämienverbilligung, aber ohne EL oder Sozialhilfe, einen einmaligen Pauschalbetrag beantragen. Dieser wird vom Amt für Zusatzleistungen zur AHV-IV ausgerichtet. Im Jahr 2023 erhalten 17'000 Haushalte diese Zulage. Für 2024 beträgt der Pauschalbetrag je nach Energie-träger und Haushaltsgrösse zwischen 198 und 1118 Franken¹⁷⁰.

¹⁶⁶ Motion Anpassung der Beiträge für die Bildungsfinanzierung GR 2018/16, eingereicht am 17.1.2018 von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Markus Baumann (GLP).

¹⁶⁷ Verordnung über die Ausbildungsbeiträge der Stadt Zürich (Stipendienverordnung), Weisung 2020/173 vom 29.4.2020. <https://www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/unterstuetzung/laufbahn-zentrum/stipendien.html>

¹⁶⁸ Verordnung über Beiträge zur Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit (Verordnung Arbeitsmarktsti-pendien, VO AMS) vom 16. März 2022.

¹⁶⁹ Medienmitteilung 6.11.2023 Stadt Zürich Sozialdepartement. https://www.stadt-zu-erich.ch/sd/de/index/ueber_das_departement/medien/medienmitteilungen_aktuell/2023/november/231106a.html

¹⁷⁰ Erneute Ausrichtung einer Energiekostenzulage, Sozialdepartement, Medienmitteilung 3.4.24; Sozi-aldepartement > Beratung und Unterstützung > Finanzielle Unterstützung > Energiekostenzulage. Abgerufen 3.5.2024, <https://www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/unterstuetzung/finanz/energie-kostenzulage.html>

16 Quellen

Hier sind die Quellen aufgeführt, die uns von breiterem Interesse scheinen. Unterlagen zu den einzelnen Vorstössen finden sich in den Fussnoten.

ATAG, Ernst & Young Consulting (1999). *Rapport pour l'analyse des processus RMR et ASV des Centres sociaux régionaux*. DSAS. Document interne.

Auer, D. et al. (2024). *Social Assistance and Refugee Crime*. Cesifo Working Papers 11051 April 2024. https://www.cesifo.org/DocDL/cesifo1_wp11051.pdf; *Höhere Sozialleistungen für Geflüchtete können Kriminalität reduzieren*. Nccr on the move. IPL immigration policy lab. https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/public-policy-dam/documents/IPL_ResearchBrief_Welfare_Crime_German.pdf

Beffa, S. (2003, août). *Le projet «Intervento sociale» : Comment le Tessin a réformé son système de prestations sociales*. Dossier du mois, Artias. https://artias.ch/wp-content/uploads/2008/08/Dossier_aout_2003.pdf

Beuchat, S. (2018). *Armutsbekämpfung aus Sicht von AvenirSocial*. SozialAktuell, 9, S.31-33.

BFS (2015). *SKOS-Grundbedarf. Aktualisierte Berechnungen des BFS*. Bern: BFS. SKOS > Publikationen > Archiv > SKOS-Grundbedarf. https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/Publikationen/Archiv/2015_Studie-Grundbedarf.pdf

Bonoli, G. et al. (2017). *Évaluation de l'Unité commune ORP-CSR en Ville de Lausanne*. Lausanne : Université de Lausanne, IDHEAP.

Charmillot, E., Dahinden, J. (10 mai 2023). *Assises de la cohésion sociale. Rapport scientifique sur mandat du Département de l'emploi et de la cohésion sociale de la République et canton de Neuchâtel*. Université de Neuchâtel. <https://www.ne.ch/autorites/DECS/ACS/Documents/rapport-scientifique-des-assises.pdf>

Coullery, P. (1995). *Diskussionsentwurf*. Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, 39, 5, 1995, p. 336-363.

Coullery, P. (2018). *Der Anspruch auf existenzsichernde Leistungen und seine verfassungsrechtlichen Grundlagen. Rechtsgutachten zuhanden der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe*. Bern: Berner Fachhochschule Soziale Arbeit.

Cunha Da A. et al. (1999). *Évaluation du Revenu minimum de réinsertion, rapport final*. Neuchâtel et Lausanne : IGN, IREC.

Dubach, P. et al. (2015). *Evaluation der Leistungen mit Anreizcharakter gemäss SKOS-Richtlinien. Schlussbericht*. Bern: Bureau BASS. SKOS > Publikationen > Studien > 30.1.2015 Evaluation der Leistungen.

Ecoplan (2022). *Familien-EL für den Kanton SG. Schweizweite Übersicht und Vorschlag für ein St.Galler-Modell*. Im Auftrag des Amtes für Soziales des Kantons St.Gallen. Schlussbericht. https://www.sg.ch/gesundheit-soziales/soziales/familie/studie-ecoplan--familien-el-fuer-den-kanton-st-gallen-/jcr_content/Par/sgch_downloadlist_1706371261/DownloadListPar/sgch_download.ocFile/Studie%20ECOPLAN%202022_Familien-EL%20Kanton%20SG.pdf

16. Quellen

Enquête sur le paupérisme dans le canton de Vaud en 1840 (1977). Lausanne : Ed. En bas.

Eser Davolio, Miryam et al. (November 2017). *Falllast in der Sozialhilfe und deren Auswirkung auf die Ablösequote und Fallkosten. Wissenschaftliche Begleitung eines Pilotprojekts in der Langzeitunterstützung der Sozialen Dienste der Stadt Winterthur (1.9.2015 – 28.2.2017)*. Schlussbericht. Zürich: ZHAW. <https://doi.org/10.5169/seals-855356>

Fondation Zoein & EPER (2023). *Étude pour le développement d'un projet pilote de revenu de transition écologique (RTE) dans le canton de Vaud*. Synthèse. https://zoein.org/wp-content/uploads/2023/11/Synthese-Etude-RTE-VD-mai-2023_1.pdf

Fuchs, G. et al. (2020). *Rechtsberatung und Rechtsschutz von Armutsbetroffenen in der Sozialhilfe. Nationale Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut. Beiträge zur Sozialen Sicherheit*. Forschungsbericht 18/20. Bern: BSV. https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/forschung/forschungspublikationen/_jcr_content/par/externalcontent_130482312.bitexternalcontent.ex-turl.pdf/aHR0cHM6Ly9mb3JzY2h1bmcuc296aWFsZS1zaWN0ZXJoZWl0LW/Noc3MuY2gvd3AtY29udGVudC91cGxvYWRzLzlwMjEvMDEvMThf/MjBEX2VCZXJpY2h0X25ldy5wZGY=.pdf

Gerfin M., (2004). *Schlussbericht Evaluation der Richtlinien der SKOS zuhanden der SKOS*. Bern: Universität Bern.

Götzö Monika et al. (2022). *Evaluation der Massnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation besonders vulnerabler Gruppen in der Stadt Zürich: Evaluation des Pilotprojekts Wirtschaftliche Basishilfe*. Zuhanden des Sozialdepartements der Stadt Zürich. ZHAW.

Goll, C. (2005). *Den aufrechten Gang immer wieder üben*. In: W. Schmid, U. Tecklenburg (Hg). *Menschenwürdig leben? Fragen an die Schweizer Sozialhilfe: eine Publikation zum 100-jährigen Bestehen der Schweizer Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)*. *Vivre dignement ? L'aide sociale suisse en question. Une publication pour le 100e anniversaire de la Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS)*. Luzern: Caritas Verlag. S. 75-82.

Gordzielik, T. (2020). *Sozialhilfe im Asylbereich. Zwischen Migrationskontrolle und menschenwürdiger Existenzsicherung*. Zürich: Schulthess.

Guggisberg, J., Gerber, S. (2022). *Nichtbezug von Sozialhilfe bei Ausländer/innen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz. Ergebnisse einer Onlinebefragung bei Führungs- und Fachpersonen von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen im Migrations- und Sozialbereich sowie statistische Analysen zur Entwicklung des Sozialhilfebezugs 2016 bis 2019*. Im Auftrag der Charta Sozialhilfe Schweiz und der Eidgen. Migrationskommission EKM. Bern: BASS. https://charta-sozialhilfe.ch/fileadmin/user_upload/charta-sozialhilfe/Publikationen_Studien_Vernehmlassungen/2022_Nichtbezug_Sozialhilfe_BASS_def.pdf

Gurny, R., Ringger, B. (2022). *Für alle und für alle Fälle*. Zürich: Denknetz. <https://www.denknetz.ch/fuer-alle-und-fuer-alle-faelle/>

Gurny, R., Ringger, B. (2022). *Reconstruire la protection sociale pour toutes et pour tous*. Zurich : Denknetz - Réseau de réflexion. https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2022/08/Pour_Toutes_et_Tous.pdf

Gurny, R., Ringger, B. (Denknetz) (2009). *Die grosse Reform – die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV*. Zürich: editon 8.

Gurny, R., Tecklenburg, U. (2016). *Fallgruben und Sackgassen. Zur Entwicklung der schweiz. Sozialhilfe in den letzten Jahrzehnten*. Zürich: Denknetz. denknetz.ch > Bibliothek > Soziale Sicherheit und Grundeinkommen > Sozialversicherungen und Sozialhilfe.

Gurny, R., Tecklenburg, U. (2020). *Heraus aus der Sackgasse: Existenzsicherung statt Sozialhilfe*. Sozialalmanach 2020, Eine Sozialhilfe für die Zukunft. Luzern: Caritas, S. 213 – 230.

Hänzi, C. (2011). *Die Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Entwicklung, Bedeutung und Umsetzung der Richtlinien in den deutschsprachigen Kantonen der Schweiz*. Basel: Helbing Lichtenhahn.

HEKS Asyllexikon (2022). *Die wichtigsten Begriffe kurz erklärt*. Zürich: HEKS Hilfswerk evangelisch-reformierte Kirche Schweiz.

16. Quellen

- Höglinger, D., Heusser, C., Sager, P. (2024). *Die materielle Situation von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe. Studie für die Charta Sozialhilfe Schweiz im Auftrag von Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS, Schweizerischer Städteverband SSV und Städteinitiative Sozialpolitik, Stadt Zürich, Eidgenössische Migrationskommission EKM*. Bern: Büro Bass. https://charta-sozialhilfe.ch/fileadmin/user_upload/charta-sozialhilfe/Publikationen_Studien_Vernehmlassungen/Schlussbericht_zur_Studie_des_Buero_BASS.pdf
- Horber-Papazian, K. et al. (2009, février). *Évaluation du projet pilote «RI Métiers»*, CSR Lausanne. Lausanne: Idheap.
- Horber-Papazian, K. et al. (2012). *Rapport d'évaluation de la mise en œuvre des Principes directeurs de l'action sociale vaudoise (PDASV) par les autorités d'application du RI*. Lausanne : IDHEAP.
- Kopf, Françoise (2010). *L'éradication des requérants d'asile déboutés en Suisse*. *Vivre Ensemble* 25^e, 129.
- Neukomm, S. (2023). *Sozial- und ArmutBerichterstattung in den Kantonen. Synthesebericht*. Zürich: Neukomm Impacts. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/forschung/forschungspublikationen.exturl.html?lang=de&lnr=31/23#pubdb>
- November, A. (2022). *Le revenu minimum social à Genève: douze ans de débats politiques*. *Basic Income European Network, 9th International Congress*, Geneva, 12th-14th September 2002.
- OECD (1999). *Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. Sozialhilfe in Kanada und in der Schweiz*. Beiträge zur Sozialen Sicherheit Band 3. Bern, Bundesamt für Sozialversicherung BSV. BSV-Online > Publikationen & Service > Forschung und Evaluation > Forschungspublikationen.
- Oeffentlichkeitsgesetz.ch & Reflekt (9.6.2024). *Wohnen am Limit*, <https://mietlimite.ch/recherchen/wohnen-am-limit/>
- Oesch, D., Graf, R., Gaillard, S. (2005). *Die SGB-Mindestlohnkampagne – eine Evaluation*. *Denknetz Jahrbuch 2005*, S. 137-155.
- Pelizzari, A. (2022). *Protection de la santé et des revenus : hésitations et réussites syndicales*. In Rosensteint et Mimouni (Dir.). *Covid-19, Les politiques sociales à l'épreuve de la pandémie*. Genève et Zurich : Seismo, pp.193-208.
- Poledna, T. (2010). *Stimm- und Wahlrecht*. *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/>
- Rieger, A. & Galusser, D. (2023). *25 Jahre Mindestlohnkampagne der Schweizer Gewerkschaften, 1998-2023*. Bern: Unia.
- Rosenstein, E., Mimouni, S. (dir.) (2022). *COVID-19, Les politiques sociales à l'épreuve de la pandémie*. Genève et Zurich: Seismo.
- Roulin, Christophe & Hassler, Benedikt (2023). *Vergleich von Sozialhilfeleistungen in fünf Schweizer Kantonen (HarmSoz)*. Olten: Fachhochschule Nordwestschweiz.
- Schweizerische Flüchtlingshilfe. *Asylrechtliche Ausweise und die wichtigsten Rechte*. https://www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Themen/Asyl_in_der_Schweiz/Aufenthaltsstatus/240813_Statusrechte_Dt_def.pdf, abgerufen 5.11.2024.
- SEM (2009). *Bericht Monitoring Sozialhilfestopp. Berichtsperiode 2008*. Bern: Bundesamt für Migration BFM (2020: Staatssekretariat für Migration SEM). <https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/asyl/sozialhilfe/ab-2008/ber-monitoring-2009-d.pdf.download.pdf/ber-monitoring-2009-d.pdf>
- SKOS (2011, Juni). *Ergänzungsleistungen für Familien – Modell SKOS. Ausführliche Diskussion der Eckwerte*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS.
- SKOS (2011, Dezember). *Stipendien statt Sozialhilfe. Für eine wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS.
- SKOS (2018a, Januar). *Arbeit dank Bildung. Weiterbildungsoffensive für Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS.

16. Quellen

- SKOS (2018b, Februar). *Alternativen zur Sozialhilfe für über 55-Jährige. Vorschläge der SKOS für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden über 55*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS.
- SKOS (2020). *Corona-Epidemie. Aktuelle Lage und zukünftige Herausforderungen für die Sozialhilfe. Analysepapier*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS.
- SKOS (2021). *Corona-Pandemie. Aktuelle Lage und zukünftige Herausforderungen für die Sozialhilfe. 3. Aktualisierte Version Oktober 2021*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS.
- SKOS (2022, 31.3.2022, aktualisiert 26.9.2022). *Monitoring Sozialhilfe 2021*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS. https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/Publikationen/Monitoring/Monitoring-Bericht_2021_D.pdf
- SKOS (2023, Januar). *Fachliche Positionierung der SKOS: Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt in der Asylsozialhilfe*. Bern, Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe SKOS.
- SODK (2021) Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren. *Unterstützungsleistungen im Asylbereich*. Abgerufen von https://ch-sodk.s3.amazonaws.com/media/files/e89f4550/5f09/4af1/aaa8/2e91bbc2352a/Tabelle_Unterst%C3%BCtzungsleistungen_im_Asybereich.pdf
- SODK Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, Generalsekretariat (29.11.2022). *Anpassung des Grundbedarfs [...] und Weiterführung des Auftrags SODK an die SKOS zur Bearbeitung der aktuellen Fragen zur Asylsozialhilfe*.
- SP Schweiz (2015). *Für eine moderne und gerechte Sozialhilfe. Lösungsvorschläge der SP*. Grundlagentext zur Sozialhilfe. Bern: SP Schweiz.
- Stanic, P. (2020). *Incidences de l'aide sociale sur les permis de séjour dans la LEI*. Artias, Dossier du mois, février. https://artias.ch/artias_dossier/incidences-de-laide-sociale-sur-les-permis-de-sejour-dans-la-lei/
- Stern, S. et al. (2024). *Nationale Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut. Evaluation der Nationalen Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut (NAPA)*. Beiträge zur Sozialen Sicherheit, Forschungsbericht, 1/24. Bern: BSV. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/forschung/forschungspublikationen.exturl.html?lang=de&lnr=01/24#pubdb>.
- Stutz, H., Stettler, P., & Dubach, Ph. (BASS), Gerfin M. (Universität Bern) (2018). *Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS- Richtlinien. Schlussbericht im Auftrag der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)*. Bern: Büro BASS. SKOS > Publikationen > Studien > 8.1.2019 Grundbedarf.
- SVP (2015). *Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen. Zur Sicherung der Hilfe für die wirklich Bedürftigen*. Positionspapier. Bern: SVP.
- Swaton, S. (2022). *Le revenu de transition écologique*. Dossier du mois Artias janvier 2022. https://artias.ch/wp-content/uploads/2022/01/Artias_Dossier_Janvier2022_Revenu_transition_ecologique.pdf
- Tabin, J.-P., Frauenfelder, A., Togni, C. & Keller, V. (2010). *Temps d'assistance. Le gouvernement des pauvres en Suisse romande depuis la fin du XIXe siècle*. Lausanne : Antipodes.
- Tecklenburg, U. (2012). *Aide sociale : un parcours de combattant*. www.reiso.org/spip.php?article2637, 6.12.2012.
- Tecklenburg, U. (2014). *Alliances contre la baisse de l'aide sociale*, www.reiso.org/articles/themes/politiques/259-alliances-contre-la-baisse-de-l-aide-sociale, 26.3.2014.
- Weber, S. et al. (2024). *Mandat « Impact du salaire minimum ». Rapport 2/4. Analyse sur les données administratives du chômage (système PLASTA)*. Genève : HEG de Genève, IREG, Université de Genève. <https://www.ge.ch/document/36913/telecharger>

Herausgeberin

© AvenirSocial – Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz

Geschäftsstelle
Schwarztorstrasse 11
Postfach
3001 Bern

info@avenirsocial.ch
avenirsocial.ch

Januar 2025, 4. erweiterte Auflage

Autorin

Véréna Keller, emeritierte Professorin,
Fachhochschule Soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne, hetsl hes-so